

Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein e.V.

(446.) Protokoll über die Arbeitstagung vom 7. – 9. Oktober 2005 in Lörrach

Mitveranstalter: Stadt Lörrach, Museum am Burghof

Anwesend: **Allgayer**, Konrad, Brühl; **Anders**, Bärbel, Lörrach; **Babeck**, Kathryn, Lörrach; **Balharek**, Christa, Karlsruhe; **Barth**, Ulrich, Basel; **Bausenhardt**, Ursula, Basel; **Bergier**, Prof. Dr. Jean-François, Zurich/Clarens; **Blank**, Clemens, Karlsruhe; **Bosch**, Manfred, Lörrach; **Bürgel**, Helmut, Lörrach; **Ebner**, Renate, Singen; **Farnwarth**, Helga, Kandern; **Farnwarth**, Richard, Kandern; **Furtwängler**, Dr. Martin, Karlsruhe; **Gabelmann**, Dr. Andreas, Singen; **Gantner-Schlee**, Dr. Hildegard, MuttENZ; **Hagedorn**, Dr. Eckhard, Steinen; **Hagmann**, Dr. Daniel, Basel; **Heck**, Brigitte, Karlsruhe; **Herren-Oesch**, Prof. Dr. Madeleine, Heidelberg; **Hopmann**, Susanne, Lörrach; **Huber**, Konstantin, Pforzheim; **Hupfer**, Waltraut, Lörrach; **John**, Dr. Herwig, Marxzell; **John**, Heide, Marxzell; **Kaufmann**, Dr. Uri, Dossenheim; **Kessler**, Gian, Oberwil; **König**, Dr. Mario, Basel; **Krimm**, Prof. Dr. Konrad, Karlsruhe; **Krüger**, Tobias, Bern; **Kühl**, Dr. Uwe, Weil am Rhein; **Kunze**, Dr. Rolf-Ulrich, Karlsruhe; **Lang**, Susanne, Karlsruhe; **Leichsenring**, Frank, Lörrach; **Ludwig**, Annette, Bad Herrenalb; **Lukanow-Moehring**, Gertrud, Lörrach; **Mahso**, Annette, Grenzach-Wyhlen; **Matter**, Dr. Max, Freiburg; **Moebus**, Stefan, Neckarsulm; **Moehring**, Gerhard, Lörrach; **Moehring**, Markus, Lörrach; **Raible**, Susanne, Lörrach; **Reichle**, Susanne, Lörrach; **Renggli**, Josef, Stuttgart; **Rödel**, Prof. Dr. Volker, Karlsruhe; **Röttle**, Paula., Weil am Rhein; **Scherrer-Rychen**, Axel, Münchenstein; **Schmidt**, Hans-J., Steinen; **Schmidt-Bergmann**, Prof. Dr. Hansgeorg, Karlsruhe; **Schröder**, Rita, Lörrach; **Schumacher**, Beatrice, Basel; **Schwinge**, Dr. Gerhard, Durmersheim; **Stack**, Dr. Barbara, Konstanz; **Strebel**, Ernst, Zürich; **Stuckert**, Dr. Klaus, Wetzikon; **Willersinn**, Mario, Freiburg; **Wipfler**, Judith, Basel; **Wunderlin**, Dr. Dominik, Basel.

Die Schweiz und der deutsche Südwesten Wahrnehmung, Nähe und Distanz im 19. und 20. Jahrhundert

Begrüßung

Kulturreferent Helmut Bürgel, Lörrach

Generalkonsul Josef Renggli, Stuttgart

Prof. Dr. Konrad Krimm, Karlsruhe

Vorträge

Prof. Dr. Madeleine Herren-Oesch, Heidelberg

Grenzüberschreitender Wissenstransfer

Dr. Uri Kaufmann, Heidelberg

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Baden und
der Schweiz 1805-1870

Prof. Dr. Jean-François Bergier, Zürich/Clarens

Erschwerte Nachbarschaft. Schweizer Unternehmen in
Süddeutschland während der Nazi-Zeit

Dr. Eckhard Hagedorn, Steinen

Nur eine ‚Schwabenkaserne‘? Die Bedeutung der Basler Mission
für den deutschen Südwesten

Prof. Dr. Hansgeorg Schmidt-Bergmann, Karlsruhe

Von außen betrachtet – Badisch-schweizerischer
Literaturtransfer im 19. Jahrhundert

Dipl. Arch. Ernst Strebel, Zürich

Curjel & Moser und die offizielle Schweizer
Architekturlehre um 1900

Dr. Andreas Gabelmann, Singen

Faszination Hodler – August Babberger und die
Rezeption der Schweizer Moderne

Öffentlicher Vortrag

Markus Moehring, Lörrach

Tabus, Klischees und klare Fakten:
Grenzüberschreitende Geschichtsdarstellung in der ExpoTriRhena

Dr. Mario König, Basel

Basel und der grenzüberschreitende Schienenverkehr
im 19. und 20. Jahrhundert

Brigitte Heck M.A., Karlsruhe

„Hart an der Grenze“. Die Textilherstellung
als Leit(d)industrie am Hochrhein

PD Dr. Rolf-Ulrich Kunze, Karlsruhe

Der Oberrhein als Migrationsraum im
19. und 20. Jahrhundert

Dr. Uri Kaufmann, Dossenheim

Zusammenfassung, Schlussdiskussion

Begrüßung

Helmut Bürgel, Lörrach

Herr Krimm, liebe Gäste aus dem nahen und fernerem Ausland, ich freue mich, dass Sie zu dieser Tagung nach Lörrach gekommen sind und heiße Sie im Namen der Stadt ganz herzlich willkommen. Die gegenseitige Wahrnehmung zwischen dem deutschen Südwesten und unseren schweizerischen Nachbarn ist für uns in Lörrach ein Dauerthema. Das ist nicht nur jetzt in den letzten Jahren so, sondern das ist seit Generationen, wenn nicht seit Jahrhunderten so. Und deswegen ist es auch ein Dauerthema hier bei uns im Museum. Sie sind hier also am richtigen Ort, wenn Sie sich einzelne Themen aus diesem Verhältnis vornehmen und eingehender Untersuchung unterziehen. „Fremdeln in großer Nähe“ ist der Titel eines Artikels, den der Journalist Franz Schmieder heute in der Badischen Zeitung veröffentlicht hat. Der Titel bringt das markant auf den Punkt und zeugt davon, dass der Journalist, der diesen Artikel geschrieben hat, ebenfalls zu denjenigen zählt, die sich hier im deutschen Südwesten, hier im Dreiländereck, seit vielen Jahren und Jahrzehnten mit diesem Thema beschäftigen. „Fremdeln in großer Nähe“: Wir haben seit zehn Jahren – jetzt konzentriere ich mich auf das, was ich überschauen kann – dieses Thema in der Kulturarbeit immer wieder vorgenommen. Zuerst 1995 mit einer großen, damals beispielhaften Ausstellung, die „Nach dem Krieg“ hieß. Fünfzig Jahre nach dem Krieg haben wir die Verhältnisse, die Veränderungen der Beziehungen seit der Zeit des Nationalsozialismus bis zum Ende der Wirtschaftswunderzeit untersucht. Und das Neue daran war nicht nur, dass sich ein Museum dieses Thema der Nachkriegszeit vorgenommen hat,

sondern dass das in dieser grenzüberschreitenden Betrachtungsweise geschah. Und vor allem, dass das in Zusammenarbeit mit Historikern und Museumsfachleuten aus der Schweiz und aus Frankreich geschah und dabei Erstaunliches festgestellt wurde, dass sich ganz bestimmte Selbstverständlichkeiten in Luft aufgelöst haben, dass der unterschiedliche Blick sogar notwendig ist, um diese Sache und diese Vorgänge in dieser Zeit richtig zu erfassen, weil nicht nur die Mentalitätsunterschiede so groß sind, sondern auch die nationalen Entwicklungen, die den Blick, die Wahrnehmung auch prägen. Nur die Gesamtschau und das Zusammenfügen dieser unterschiedlichen Wahrnehmungsweisen aus diesen unterschiedlichen Ländern können zu einer vertieften und ganzheitlichen Sicht der historischen Vorgänge führen. Es sind also nicht nur die sozialen Verhältnisse, Wirtschaft, Kultur oder anderes in einer geschichtlichen Perspektive zusammen zu fassen, sondern noch einmal die unterschiedlichen Brechungen dieser einzelnen Themen im jeweiligen nationalen Blickwinkel. Sie sehen, wie kompliziert die ganze Angelegenheit wird, und wie kompliziert sie auch dann wird, wenn da am Ende, in relativ kurzer Zeit, auch noch eine Ausstellung zustande kommen soll. Wir haben das damals geschafft. Wir haben dabei sehr viel gelernt und alle Beteiligten haben davon viel in ihr berufliches Umfeld mitgenommen. In Lörrach hat sich dies auch in ganz unterschiedliche Projekte hinein fortgesetzt, die dann auch in anderen Sprachen und Genres des kulturellen Lebens Ausdruck gefunden haben, in gemeinsamen Theaterproduktionen, in einer Reihe mit jährlich stattfindenden literarischen, szenischen Lesungen, die jedes Jahr wieder gemeinsam mit Partnern aus der Schweiz an verschiedenen Orten, hier in Lörrach und auch im benachbarten Basel und Baselland, stattfinden. „Nach dem Krieg“ war für uns eine Art Keimzelle, aus der sich eine neue Qualität in der Zusammenarbeit verschiedener Akteure und kultureller Partner diesseits und jenseits der Grenze entwickelt hat. In diesem Kontext verstehen wir auch diese Tagung und freuen uns darüber, dass Sie Lörrach als Tagungsort gewählt haben. Ich heiße Sie noch einmal recht herzlich willkommen und wünsche Ihnen anregende Vorträge und Diskussionen und schöne Tage in Lörrach.

Josef Renggli, Stuttgart

Es ist mir ein großes Vergnügen und eine große Freude, dass ich hier ein Grußwort sprechen darf und ich möchte mich bei den Organisatoren dieser Tagung recht herzlich dafür bedanken, dass sie mich eingeladen haben. Beim Betrachten der Karikatur auf der Einladung ist mir unweigerlich ein Sprichwort eingefallen, nämlich: „So wie man in den Wald hinein schreit, so

dröhnt es zurück". Die Antwort dürfte damals etwas lauter ausgefallen sein als erwartet – jedenfalls nehme ich das an, wenn ich die verdatterte Figur mit dem Schweizer Kreuz auf der Brust betrachte. Zum Glück ist es ein Relikt der Vergangenheit. Mit dem positiven Ausgang der Abstimmung vor zwei Wochen werden vorerst die Personenkontrollen an der Schweizer Grenze sehr bald der Vergangenheit angehören. Wir sind alle sehr glücklich darüber und hoffen, dass bald auch der Warenverkehr ungehindert passieren kann. Dies wäre gerade hier im Dreiländereck eine große Erleichterung.

Mit dem Titel der Veranstaltung haben Sie ein Thema gewählt, das mir sehr am Herzen liegt, bin ich doch als Generalkonsul in Stuttgart in dieser Region tätig. Dabei interessiert mich natürlich die Gegenwart etwas mehr als die Vergangenheit. Ein Blick ins Programm Ihrer Tagung, vor allem bei der Durchsicht der Referenten und Referaten, ist mir sehr schnell klar geworden, dass ich im Kreis von ausgewiesenen Fachgelehrten wohl kaum einen sachlichen Beitrag leisten kann. Und gerade hier in Lörrach, wo die Schweiz im täglichen Leben vieler Menschen mehr oder weniger eine Rolle spielen mag, ist es auch etwas müßig, über grenzüberschreitende Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland zu sprechen. Man könnte fast sagen, es sei Wasser in den Rhein getragen. Trotzdem möchte ich den Versuch wagen und die wenigen Minuten, die mir zur Verfügung stehen, die ersten Eindrücke und Wahrnehmungen eines erst vor kurzem in den Südwesten Zugewanderten, in abgekürzter Form zu schildern versuchen. Es ist fast auf den Tag genau ein Jahr her, dass ich zusammen mit meiner Frau in Stuttgart Fuß gefaßt habe. Eine unserer ersten und sehr erfreulichen Feststellungen war, dass die Deutschen, damit meine ich vor allem die Baden-Württemberger, uns Schweizer mögen. Und je mehr man nach Südbaden kommt, näher zur Grenze, desto besser kennen sie uns. Und sie mögen uns in der Regel trotzdem. Wir haben gerade zu Beginn die zahlreichen freundschaftlichen Begegnungen als einen wichtigen Faktor für unser persönliches Wohlbefinden empfunden. Es erlaubt uns ein Leben und Wirken in einem ausgesprochen positiven und angenehmen Umfeld. Während meiner ganzen Karriere war ich mit wenigen Ausnahmen eigentlich nur außerhalb von Europa tätig. Es war somit für uns, für meine Frau und mich, eine ganz neue Erfahrung, in eine Gegend mit Menschen zu kommen, die praktisch die gleiche Sprache sprechen wie wir und mit denen wir auch weitgehend die gleiche Mentalität teilen. Mit einemmal war das Exotische weg und man wurde auf Anhieb verstanden. Wir erlitten beinahe einen Kulturschock. In beruflicher Hinsicht war für mich insbesondere auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit eine ganz neue Erfahrung. Was mich dabei vor allem überrascht hat, ist die Komplexität der Fragen, die diese Beziehungen mit sich bringen. Es gibt

kaum Bereiche, die davon nicht betroffen werden. Auch in dieser Beziehung sind die ersten Ergebnisse sehr positiv, wobei das ausgezeichnete Verhältnis unter den Behörden, beiderseits der Grenze, wie auch viele Freundschaften und Partnerschaften, auf privater Ebene, im gleichen Maße dazu beitragen. Vieles aus unserem Zusammenleben wird selbstverständlich durch internationale Gremien wie z.B. die Oberrheinkonferenz oder die internationale Bodenseekonferenz oder durch bilaterale Staatsverträge geregelt. Sie bilden jedoch lediglich die Rahmenbedingungen oder die Basis unserer Zusammenarbeit. Wenn es jedoch darum geht, diese Abkommen in die Praxis umzusetzen, das heißt, wenn es zum Umgang miteinander kommt, spielt die Flexibilität der zuständigen und betroffenen Personen eine entscheidende Rolle. Und gerade darin liegt die Stärke unserer Partnerschaft. Die Leute diesseits und jenseits der Grenze kennen sich und vertrauen einander; und dies nicht nur auf den Führungsetagen der Ministerien in Stuttgart. Kontakte bestehen insbesondere auch unter regionalen und kommunalen Behörden, gerade im Grenzgebiet. Bei dieser intensiven Zusammenarbeit spielt die Grenze immer weniger eine Rolle, dies auch ohne Schengener Abkommen, eine Grenze übrigens, die zwischen Deutschland und der Schweiz bis heute nicht eindeutig festgelegt ist. So bildet entlang des Rheins der Talweg oder auch Uferweg die Grenze, die sich je nach Wasserstand verändern kann. Am Bodensee hört die Staatshoheit jeweils am Ufer auf. Wenn etwas auf dem See passiert, ist diejenige Polizeieinheit zuständig, der der Vorfall gemeldet wird oder die als erste am Ort des Geschehens sein konnte. Das jedenfalls hat mir der Polizeipräsident von Freiburg kürzlich erklärt. Und er hat mir auch gesagt: Wir haben die besseren Rettungsboote für hohen Wellengang und die Schweizer sind mit dem Tauchen besser ausgerüstet; das klappt hervorragend. Die Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte ist übrigens im Polizeivertrag vom 1. März 2002 festgeschrieben und ist nur eines von zahlreichen Beispielen der hervorragenden Beziehungen. Unzählige weitere Gebiete wie Wirtschaft, Kultur, Verkehr, Umwelt, Bildung, Gesundheitswesen usw. ließen sich beliebig anfügen. So mancher Bürokrat in Brüssel wäre vielleicht gut beraten, wenn er ab und zu einen vertieften Blick auf die deutsch-schweizerischen Beziehungen in Südbaden werfen würde. Leider gehören zu meinen Erfahrungen und Aufgaben auch grenzüberschreitende Dauerprobleme. Dies liegt bei so intensiven Beziehungen in der Natur der Sache. Sie sollen hier nicht verschwiegen, aber auch nicht überbewertet werden. Einige dieser Probleme sind sehr hartnäckig und fordern viel Geduld. Ich glaube, gerade die anwesenden Personen aus Lörrach wissen, wovon ich spreche, wenn sie an die Zollfreistrasse denken. Es handelt sich jedoch zum Glück um Einzelfälle und ich bin überzeugt, dass schließlich bewährte und auf gut nachbarschaftliche Tradition und bei allseitigem guten Willen einvernehmliche Lösungen

gefunden werden können. Meine Damen und Herren, ich hoffe, dass ich Sie mit diesen sehr kurzen Aufzählungen, einigen Eindrücken und Erfahrungen, davon überzeugt habe, wie im Großen und Ganzen unsere grenzüberschreitenden Beziehungen freundlich und auch nutzbringend sind. Man sagt, der Erfolg hat viele Väter, dies gilt auch für die über Jahrzehnte gewachsenen Beziehungen der beiden Nachbarn, Deutschland und Schweiz. Viele haben dazu beigetragen, auch die Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde am Oberrhein. Sehr vieles, was heute unser Zusammenleben erleichtert und als selbstverständlich betrachtet wird, musste über lange Zeit erarbeitet werden. Und vieles kann nur durch gegenseitiges Verständnis und mit Toleranz erhalten bleiben. Dazu, meine Damen und Herren, leisten Sie, ich meine die Arbeitsgemeinschaft, einen äußerst wertvollen Beitrag und ich danke Ihnen dafür. Ich wünsche der Tagung viel Erfolg, einen kritischen Blick zurück und vor allem eine ungetrübte Sicht in die Zukunft. Herzlichen Dank.

Konrad Krimm, Karlsruhe

Herr Bürgel, Herr Generalkonsul, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin Historiker, ich bin der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, und als Historiker fange ich von vorne an, vor etwa sechs Jahren, als Herr Kaufmann und ich bei einer Tagung der Arbeitsgemeinschaft in Herrenalb zusammen saßen, und Herr Kaufmann die Idee hatte, eine Tagung doch auch einmal über das Verhältnis zwischen der Schweiz und dem deutschen Südwesten zu veranstalten. Dafür, Herr Kaufmann, vorab einmal meinen Dank! Nicht jede Tagung braucht sechs Jahre bis zur Realisierung: Sie haben immer wieder nachgefragt, haben immer wieder auch den Faden in der Hand behalten. Vor sechs Jahren waren die Siebenhundertjahrfeiern der Eidgenossenschaft gerade vorbei, es gab viel Literatur zum Thema, auch zum Verhältnis der Eidgenossenschaft zum Heiligen Römischen Reich und zur langsamen Entwicklung der Eidgenossenschaft aus dem Reichsverband heraus zum souveränen Staat. Uns beiden war klar, dass wir an diese Thematik nicht anknüpfen wollten. Wir wollten einmal die „Normalzeit“ zum Gegenstand einer Tagung machen. Es musste eine lange Zeitspanne sein, nicht eine Episode wie 1848/49 oder 1933/45: die letzten hundertfünfzig Jahre, in die als Normalzeit die „besonderen Zeiten“ eingelagert waren. Die „besonderen Zeiten“ sind deswegen ja nicht weniger wichtig. Die Zeit des Nationalsozialismus vor allem: Ich begrüße Sie, Herr Prof. Bergier, als Nestor der Forschung, die sich mit den Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz 1933-1945 befasst. Auch wollten wir bewusst die Zeit der Diktatur in Deutschland miteinbeziehen, in der

Vermutung, dass sich so auch die „Normalzeit“ besser verstehen ließe – die „besondere Zeit“ ist ja nie isolierte Zeit, sondern hat ihre Vor- und Nachgeschichte.

Eine andere Sonderzeit im Verhältnis zwischen der Schweiz und dem Südwesten ist die Revolution von 1848/49. Am 30. November 1847 versammelten sich in Lörrach eine große Zahl Bürger aus der Stadt und den umliegenden Dörfern. Sie schickten eine Adresse zur Schweizer Tagsatzung; es handelte sich um die sogenannte Adressenbewegung im Sonderbundskrieg zwischen den katholischen und evangelischen Kantonen – einem Krieg, der die deutschen Nachbarn außerordentlich aufgeregt hat. Die Lörracher also schickten ein Schreiben *von zweihundert hiesigen und Bürgern mehrerer Nachbargemeinden als Beweis lebendiger Sympathie, mit der eine stammverwandte Bevölkerung der heiligen Sache der Eidgenossen und ihrer Ausdauer, im Kampf gegen die Allianz der Finsternis, ihren Beifall und ihre Hilfe anboten.* Die Adresse beginnt mit den Worten: *„Hohe Tagsatzung, wenn jetzt die Augen aller, in ganz Europa, auf den Kampf gerichtet sind, der gegenwärtig in ihrem Vaterlande, an der Wiege der Freiheit, geschlagen wird, so sind es vor allem ihre Nachbarn, die Bewohner des badischen Oberlandes, deren Herz, der mutigen und kraftvollen Erhebung der Schweiz, voll Begeisterung entgegenschlägt! In dem Kampfe den das Volk selber auf dem Boden des Rechtes und der Wahrheit für die innere Einheit und Freiheit des Vaterlandes geschlossen hat, sehen wir nicht bloß einen Schweizer Krieg, sondern einen Kampf für die Freiheit aller, für Licht und Wahrheit überhaupt, einem Kampf im Namen der Kultur und der ewigen Menschenrechte. Denn in der Verbindung steht die Menschheit, dass jedes Stück Land, welches auf dem heiligen Boden der Freiheit erobert wird, ein Gemeingut, ein Gewinn für alle ist“.* Stören wir uns nicht am Pathos der frühen Demokratiebewegung. Hören wir lieber das Motiv der Nähe heraus, das da zur Sprache kommt, der besonderen Nähe der Hochrheinbevölkerung, und das Motiv des Vorbildes, das die Schweiz gerade für den deutschen Südwesten im 19. Jahrhundert hatte. Für unsere Tagung aber haben wir 1848/49 bewusst ausgeklammert. Die Jubiläumsfeiern von 1998 sind noch in Erinnerung, die Arbeitsgemeinschaft hat selbst eine Tagung und einen Band der Oberrheinischen Studien dazu beigetragen – jetzt wollten wir darauf verzichten. Das Büchlein aber, in dem ich die Lörracher Adresse gefunden habe, hat mir überraschend der Herausgeber, Nationalrat Josef Lang geschickt; er wäre gerne unserer Einladung gefolgt, ist aber verhindert und hat mich gebeten, den Tagungsteilnehmern seine Grüße auszurichten.

Verhindert sind auch manche, mit denen wir fest gerechnet hatten. Der Tagung ist während der Vorbereitungen sozusagen das „Basler Standbein“ verlorengegangen, aus vielerlei

unvorhergesehenen Gründen. Um so schöner ist es, dass Sie, meine Damen und Herren, da sind, dass wir freundliche und selbstlose Hilfe auch von der Basler Historisch-antiquarischen Gesellschaft, vom Geschichtsverein des Baselgebiets und dem Aargauischen Geschichtsverein erhalten haben: Dafür danke ich sehr herzlich. Am meisten aber zu danken haben wir natürlich der Stadt Lörrach. Sie hat uns eingeladen, mit ihrer Hilfe richten wir die Tagung aus. Erlauben Sie mir aber, Herr Bürgel, dass ich dies auszuführen mir für den morgigen Empfang aufhebe. Die Stadt Lörrach als Tagungsort war für uns ideal, denn sie bedeutet erlebte Grenze.

Es gab freilich auch Bedenken. Kann man wirklich die Schweiz und den deutschen Südwesten zu einander in Beziehung setzen? Müsste man nicht über die Schweiz und Deutschland sprechen? Um es literaturgeschichtlich auszudrücken: Keller war zwar auch in Heidelberg, aber vor allem doch in München. Robert Walser ging nach Berlin, der Gesprächspartner von Max Frisch war Brecht (er kam zwar in der Nachkriegszeit auch einmal nach Stuttgart, aber so sehr prägend war dieses Erlebnis wohl nicht). Oder, in anderem Kontext: Der Finanztransfer im Dritten Reich war ja kein Thema der Schweiz und des deutschen Südwestens, sondern betraf ganz Deutschland und die Schweizer Großfinanz. Trotzdem wollten wir es wagen, den Südwesten als Bezugspunkt zur Schweiz einzuführen, weil auch die erlebte Grenze, um das Wort noch einmal aufzugreifen, etwas Besonderes sein kann. Das Plakatmotiv, das Sie auch auf dem Flyer sehen, wollen wir als ikonographischen Wegweiser dazu verstehen. Ich bin dem Chefredakteur des „Nebelspalter“, Herrn Marco Rothschilder, außerordentlich dankbar, dass er mich auf die Karikatur des unvergesslichen „Bö“ aufmerksam gemacht und uns die Verwendung erlaubt hat; Herr Rothschilder hat selbst über das deutsch-schweizerische Verhältnis in der Karikatur gearbeitet. Die Szene zeigt die Grenze als Thema der Wirtschaftsbeziehungen und als Alltag am Hochrhein; zugleich ist sie Quelle zur Wahrnehmungsgeschichte auf beiden Seiten. Der Schweizer verkörpert mit hellem Kopf und erhobenem Zeigefinger die aufklärerische und auch didaktische Tradition der Schweiz; ihm gegenüber steht der deutsche Michel mit verdrossen-dumpfem Neidblick – er kann nur mit Lautstärke antworten, nicht mit Argumenten, und sein Gebrüll schüchtert den kleinen Nachbarn ein. Es ist ein Motiv der Distanz. Auch Distanz, nicht nur Nähe wurde im Südwesten empfunden. Die Schweizer Internationalität – gerade in Basel – war immer etwas Ungewohntes, ganz Anderes als die deutsche Selbstbetrachtung, die sich so gerne innerhalb ihrer Grenzen gesehen hat. Distanz bedeutete freilich auch, dass man fliehen konnte; ohne Distanz wäre Flucht ja nicht möglich. Die Schweiz war vielfach, im 19. wie im 20. Jahrhundert, Fluchtort, und der Hochrhein war Fluchtgrenze. Die Distanz war aber wiederum nicht so groß, dass nicht die

gemeinsam erlebte Kultur den Flüchtenden Verständnis und auch manchmal Wirkungsmöglichkeit gegeben hätte. Von dieser gemeinsamen Kultur haben Sie, Herr Generalkonsul, gesprochen. Ich habe auch Ihnen sehr herzlich zu danken für die Zusammenarbeit und für die Aufnahme der Tagung in Ihr Programm. Der Kontakt zum Generalkonsulat geht dabei zurück auf die Karlsruher Schweizerwoche im Jahr 2002. Die Arbeitsgemeinschaft war schon damals als Partner durch einen Vortrag von Conradin von Planta miteinbezogen, und ebenso das Generallandesarchiv, mein Berufsort, das zusammen mit dem Naturkundemuseum eine Ausstellung über Wilhelm Paulcke veranstaltete, einen Karlsruher Geologen. Paulcke fand sein Hauptforschungsgebiet in den Alpen und leistete als begeisterter Bergsteiger und Fotograf Pionierarbeit in der Schweizer Schneeforschung. So war auch Paulcke einer der vielen Grenzgänger der deutsch-schweizerischen Hochschullandschaft im 19. und im 20. Jahrhundert. Und im 21. – und damit bin ich bei Ihnen, verehrte Frau Herren-Oesch. Sie machen freundlicherweise den Anfang in unserer Referatsreihe. Erlauben Sie mir, dass ich Ihre Vorstellung auf eine Kürzestform beschränke; in der Tagungsmappe, meine Damen und Herren, finden Sie jeden Referenten mit Lebenslauf und vorrangig den Veröffentlichungen, die sich auf unser Tagungsthema beziehen. Frau Prof. Dr. Madeleine Herren-Oesch hat nach einer Studienzeit, vor allem von Bern ausgehend, mit Lehrtätigkeiten und Professuren in Bern, Basel, Zürich und Luzern seit 2004 den Lehrstuhl für neuere Geschichte in Heidelberg inne. Ihre Publikationen kreisen vor allem um Internationalismus und Wissenstransfer. Für unsere Tagung können wir uns keine bessere Einführung vorstellen. Vielleicht erinnern Sie sich noch an die alten RORORO-Monographien, die immer auf einer Seite das „Enzyklopädische Stichwort“ mitlieferten. Im Wortsinn „enzyklopädisch“ werden Sie uns weit gefaßt zu einem engen Thema hinführen.

Madeleine Herren, Heidelberg

Grenzüberschreitender Wissenstransfer

In der meist verbreiteten, deutschsprachigen Enzyklopädie des 18. Jahrhunderts, in Zedlers Universallexikon, gibt es keine Schwabenwitze. Schwaben werden als das „mächtigste, größte und tapferste Volck“ in der deutschen Geschichte beschrieben. In der Etymologie der Erbauung wird der Name nach etwas lieblosen geografischen Implementierungsversuchen schließlich von „schweben“ abgeleitet, „weil ihr Ruhm und Macht weit von andern Völkern emporgeschwebt hatte.“ Basel hingegen schwebte zwar nicht und erfuhr im gleichen Lexikon dennoch eine Transformation, die Transformation zum Label für chemische Produkte. Mit dem Namen Basels waren verschiedenen Tinkturen verbunden, Tinkturen gegen Epilepsie, Stahltinkturen, Vitriolgeist und ein Wundöl, zu dessen Herstellung Pferdemist nötig war.

Die beiden Beispiele zeigen nicht nur unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie Regionen vorgestellt und Räume metaphorisch besetzt werden, sie lösen überdies Nähe und Distanz in unterschiedliche Ordnungskonfigurationen auf und zeichnen unterschiedliche mentale Landkarten mit unterschiedlicher Informationsdichte auf, in der bei einem Beispiel nicht sehr viel mehr als die schöne Metapher des Schwebens übrig bleibt.

Ausgangspunkt meiner Auseinandersetzung mit Nähe und Distanz ist der enzyklopädische Wissenstransfer, den ich sogleich als Ansatz modifizieren will. Es geht nicht um die Art und Weise, wie Wissen in die Gesellschaft gerät im Sinne einer Popularisierung von Wissenschaft. Ich will Ihnen auch nicht einzelne Enzyklopädien im Sinne eines lexikographischen Ansatzes vorstellen. Vielmehr soll die historische Entwicklung von Informationskulturen und deren Bedeutung für die Region angedacht werden. Dabei soll nicht die Enzyklopädie als Textsorte, sondern das Enzyklopädische im Vordergrund stehen. Mit anderen Worten: es geht um eine Form der Informationsgewinnung, die nicht linear gelesen werden muss, die an unterschiedlichen Orten, mit unterschiedlichen Intentionen zugänglich ist, und die den Anspruch hat, Allgemein- und nicht Spezialwissen zu verbreiten. Das Ziel besteht darin, Information als sozial- und kulturhistorischen Begriff zu diskutieren. Das Verständnis von Information geht mithin über den Habermas'schen Begriff der Öffentlichkeit hinaus und erlaubt einen auch genderbezogenen, breiten Begriff des Politischen, wie auch Foucaults Vorstellungen von der disziplinierenden Ordnung von denen, die Ordnung intendieren, zu denen ausgeweitet werden sollte, welche unterschiedliche Verwendungszwecke vorsehen. Enzyklopädien, so die These, sind Plattformen der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung um Identität, sie

werden in Phasen totalitärer Herrschaft streng kontrolliert und sie haben ein diffundierendes Potential durch eine spezifische Form der Ambivalenz: Enzyklopädien versprechen abgesichertes und allgemeingültiges Wissen, haben aber dennoch ein spezifisches, geographisch und sprachlich verortetes Publikum. Enzyklopädien sind prinzipiell grenzenlos und fokussieren dennoch auf Grenzen und Regionen, sie präsentieren universale Wahrheiten und werben dennoch mit Aktualität. Sie lassen sich an beliebiger Stelle konsultieren und steuern dennoch mit Verweissystemen die Lektüre. Mit anderen Worten: sie stellen eine Quellenbasis dar, die auch dazu geeignet ist, die Funktion der neuesten und letztlich ersten Enzyklopädie des Oberrheins historisch zu analysieren. Diese ist als digitale Enzyklopädie des Oberrheins aufgeschaltet, betont Heimatbezogenheit und führt dennoch direkt zum UNESCO Weltkulturerbe, was im Gemisch von regionaler Verbundenheit und globaler Vernetzung dem Zedlerschen Universallexikon des 18. Jahrhunderts nicht unähnlich ist.

Im Folgenden sei die enzyklopädische Darstellung der Region aus jeweils zwei Blickrichtungen betrachtet. Wir verzichten auf definitorische Feinunterscheidungen zwischen Enzyklopädie und Lexikon und diskutieren ein breit angesetztes Verständnis dessen, was als enzyklopädisches Prinzip und nicht als spezifische Textsorte verstanden wird. Um so mehr gilt unsere Aufmerksamkeit der Art und Weise, wie Wissen über die Region in ein Konzept des Allgemeinwissens eingebunden wird. Zum einen sei die Einbindung von Wissen über die Region in ein übergeordnetes, universelles und nationales Konzept diskutiert. Zum anderen sei auch die gegenteilige Strategie beachtet, die auf Selbstdarstellung besteht und nach einer eigenen Präsentation von Wissen strebt. In einem ersten Teil sei die reichhaltige Produktion von Enzyklopädien im süddeutschen Raum vorgestellt. In einem zweiten Teil soll die Lemmatisierung der Region im 19. Jahrhundert diskutiert werden. In einem dritten Teil werden die regionalhistorischen Befunde mit der globalen Entwicklung des Enzyklopädischen verglichen und ein Konzept entworfen, das vorschlägt, Veränderungen von Informationskulturen zu untersuchen. Schließlich soll das Enzyklopädische als geeignete Form der Grenzüberschreitung vorgestellt und ein denkbare regionales Forschungsprogramm über den Konsum von enzyklopädischem Wissen mit amerikanischen Beispielen angedacht werden.

Die enzyklopädische Eigenständigkeit im 18. Jahrhundert

Zedlers Schilderungen der Region sind historisch und geographisch verortet, das Schwabenkapitel, der so bezeichnete Konstanzer See und die Gegenden des Oberrheins sind ebenso wenig zentrale Lemmata wie einzelne schweizerische Städte und Regionen. Immerhin

findet sich auch ein Gegenbild grenzübergreifender Entwicklung, etwa wenn der Wirkungskreis des Schwabenspiegels breit diskutiert und der Einschluss der Schweiz betont wird. Allerdings sind es bei Zedler vornehmlich die Güterströme, welche Grenzen global diffundieren. Auch Europa - mal mit, mal ohne türkisches Gebiet - ist vor allem eine Wirtschaftsregion, Europa des Handels. Zu dieser Thematik war im Schwabenkapitel nicht viel mehr zu vernehmen, als Gras, Getreide und Wein. So gab es aus regionaler Sicht wenig Gründe, zum großen Zedler zu greifen, und viele Gründe, sich der reichhaltigen Basler Enzyklopädienproduktion zuzuwenden. War das Universallexikon ein Produkt des Leipziger Buchhandelszentrums, so zeigten die Basler Druckereien im 18. Jahrhundert ein nicht minder großes Interesse am Druck lukrativer Nachschlagewerke. In der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts profilierten sich insbesondere die Gebrüder Brandmüller auf den Druck von Nachschlagewerken. Die Brandmüllers machten ihre Geschäfte vor allem mit Nachdrucken, ohne dabei vor ideellen Inkompatibilitäten zurückzuschrecken. Sie druckten die Enzyklopädien von Moréri und Bayle gleich mehrfach, kopierten Wörterbücher und beschlossen schließlich auch die Herausgabe einer regionalen Enzyklopädie. Ausgangspunkt war der Nachdruck des Allgemeinen Historischen Lexikons von Johann Franz Buddeus, der seinerseits auf Moréri und Bayle beruhte. Buddeus Lexikon erfuhr nun aber eine substantielle Erweiterung durch den Einbezug der Schweiz und der süddeutschen Region. Verantwortlich dafür war der Basler Theologieprofessor Jakob Christoph Iselin. Auf diese Weise erschien die Region in einem historisch- und geografischen allgemeinen Lexikon, das in einem für die Zeit üblichen opulenten Titelblatt über eine ganze Seite hinweg die zu erwartenden Informationsbereiche aufzählte. So durfte das Publikum Kirchenväter und Kaiser, Flüsse und Meere, aber eben auch enzyklopädisches Wissen erwarten, das um „die Schweitzerische und angränzender Orte und Länder Sachen“ vermehrt worden war. Das als „Basler Lexikon“ zitierte Werk hatte den süddeutschen Raum gleich mit einbezogen, erweiterte diesen Bereich in den kommenden Auflagen weiter und gab 1742 dabei als Informationslieferanten den Theologen Georg Friedrich Steinweg an. Steinweg hatte die Geographie, die Gelehrten- und die Kirchengeschichte Württembergs ins Lexikon eingebracht. 1747 erschien überdies der erste Band des Schweizerischen Lexicons von Hans Jakob Leu in Zürich, so dass der süddeutsche Raum enzyklopädisch überaus gut vertreten war - dies sollte sich allerdings gewaltig ändern. Im 19. Jahrhundert, dem Jahrhundert des Siegeszuges der Konversationslexika und Nationalenzyklopädien, wurde Basel als Druckort von Nachschlagewerken bedeutungslos. Der Basler Buchdrucker katalog weist im Vergleich zum 18. Jahrhundert signifikant weniger Werke auf, die im weitesten Sinne grenzübergreifen und

enzyklopädisch ausgerichtet gewesen wären. Der Hauptbereich der Buchproduktion fiel auf religiöse Erbauungsliteratur.

Während sich die Herausgabe einer Enzyklopädie zum Merkmal nationaler Souveränität entwickelte, ließ eine schweizerische Nationalenzyklopädie auch außerhalb von Basel auf sich warten. Wenn wir das Historisch-biographische Lexikon der Schweiz als eine mit den Realenzyklopädien nicht vergleichbare Spezialenzyklopädie betrachten, dauerte es nach dem Erscheinen von Leus Schweizerlexikon 200 Jahre, bis schließlich zwischen 1945 und 1947 ein Schweizer Lexikon erschien. Das Erscheinen dieses Lexikons begründete der Initiator und Mitherausgeber Gustav Keckeis damit, dass dem schweizerischen Publikum die deutschen Enzyklopädien der NS-Zeit nicht zuzumuten waren. Dieses Eingeständnis der totalitären Vereinnahmung kam allerdings in einem Moment, in dem sich die Problematik einer totalitären Kontrolle des Wissenstransfers bereits wieder ungefährlich und auf verkaufsfördernde Weise umsetzen ließ. Auf dem amerikanischen Markt wurde nämlich das Schweizer Lexikon 1947 als First European postwar encyclopaedia angeboten und die schweizerische Herkunft, ein in dieser Zeit international eher angeschlagenes Label, als Garant von „unbiased information“ verkauft.

19. Jahrhundert - die Lemmatisierung der Region

Lassen Sie uns ins 19. Jahrhundert zurückgehen, in der sich in Europa eine Situation entwickelte, in der große Konversationslexika den Markt in ähnlicher Weise wie heute Google monopolisierte. Die Region war als Lemma Objekt, aber nicht mehr Subjekt der enzyklopädischen Wissenspräsentation. In der fünften, am Ende des 19. Jahrhunderts herausgegeben Auflage von Meyers Konversationslexikon war die Region wie die Mücke im Bernstein in die Meistererzählung des Historismus eingeschlossen. Die schwäbischen Gebiete präsentierten die große Vergangenheit des römischen Reiches deutscher Nation. Selbst die Revolutionäre der Region wie Ludwig Uhland waren unter dem Stichwort „schwäbische Dichter“ untergebracht, ein Lemma, das seinerseits auf die Minnesänger des Mittelalters verwies. Die Gegenwart war unter den Stereotypen zu finden. Im Konversationslexikon war der Schwabenstreich ein Eintrag wert, verbunden mit dem Lemma „Schwabenalter“, das, so die Erklärung, das 40. Lebensjahr bezeichne, „weil die Schwaben vor diesem nicht verständig werden sollten“. Die Lage sah aus einem noch fernerem Blick ganz ähnlich aus. Die 1911 erschienene Auflage der Encyclopaedia britannica zog zur Darstellung des Gebietes gerade mal Literatur aus den 1820iger Jahre bei und wusste zur Gegenwart bloß beizutragen, dass der Name sich nun auf eine Bayrische Provinz mit der Hauptstadt Augsburg bezog. Für die Britannica,

auch sie auf die Linie der Nationalenzyklopädien eingeschwenkt, waren interessanterweise jene Orte gegenwartsbezogen, welche international vernetzt und zugänglich waren. Wichtigster Ort in Deutschland war demnach eine Stadt, der als Handels- und Informationsdrehscheibe eine globale Bedeutung zugeschrieben wurde, deren Buchhandel das Volumen von Paris und London übertraf und deren Bahnhof der größte der Welt war - Leipzig. Für die süddeutsche Region galt dies für Baden-Baden, ein Kurort, der mit globalem Publikum, Eisenbahn und dem sogenannten Konversationshaus in ein dynamisches Netzwerk eingebunden erschien.

Die Frage ist, wie bedeutend solche Darstellungen sind und welche Auswirkungen die Fremddarstellung durch den Verzicht auf eine eigene Enzyklopädie denn hatte. Die Bedeutung des enzyklopädischen Wissenstransfers scheint in der Tat speziell bei der Überschreitung von Sprachbarrieren nicht groß genug eingeschätzt werden zu können. 1896 hielt WAB Coolidge in der *English Historical review* fest, dass die Geschichte der Schweiz mangels englischer Publikationen auch für ein englischsprachiges Fachpublikum ausschließlich in der *Encyclopaedia Britannica* greifbar war.

Enzyklopädien im 19. und 20. Jahrhundert

In der Tat hatte sich an der Jahrhundertwende zum 19. Jahrhundert ein informationshistorisch bedeutender Wandel in der Durchsetzung eines neuer Typus von Enzyklopädie vollzogen. Waren bislang Enzyklopädien entweder als diskursive Plattformen der *République des lettres* konzipiert oder als Ratgeber der Führungselite gefasst worden, so erschienen nun Konversationslexika auf dem Markt, die sich zunehmend an ein breites Publikum richteten. Zwischen 1800 und 1848 richteten sich deutschsprachige Enzyklopädien an das bürgerliche Kollektiv der «gebildeten Stände», das nach 1848 zum Publikum aller Stände erweitert wurde. Enzyklopädien wurden nun zum Produkt großer Unternehmungen ohne individuelle Autoren- und Herausgeberschaft. Das erfolgreiche Konzept, das dieses Jahr in der Zweihundertjahrfeier des Brockhausverlages zelebriert wird, bediente sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts der Nationalstaatsbildung als neuer Meistererzählung. Diese Meistererzählung werden Nationalenzyklopädien bis zum heutigen Tag nicht müde zu erzählen. Zeitgleich zu Julirevolution und Wahlrechtserweiterung in England näherte sich die Enzyklopädie dem wichtigsten Instrument politischer Mobilisierung, der Presse. Große Enzyklopädien waren nun von Periodika begleitet, in ein zeitungähnliches Format gebracht, oder zumindest in periodische Lieferungen gefasst worden. Auf Zeitungen waren allerdings schon einige Enzyklopädien des 18. Jahrhunderts bezogen, zwei weitere Elemente unterscheiden die

Nachschlagewerke der Moderne von ihren Vorgängern. Zum einen boten Enzyklopädien des 19. Jahrhunderts den starken Einbezug normativer Elemente in der Form von Taxonomien, Statistiken, Landkarten, Produktionszahlen, der Länge von Eisenbahnschienen und der Reichweite der Kanonen. Vor allem aber und ganz besonders setzte sich mit dem Typus des Konversationslexikons und später der Nationalenzyklopädie als generelles Ordnungsprinzip eine historistische Darstellung durch. Die Wissensvermittlung setzte in der Vergangenheit an und entwarf in einer zukunftsgerichteten Projektion eine prinzipiell fortschrittsgerichtete und modernisierungsorientierte Entwicklung, wobei diese Zeitströme jeweils die intellektuelle Landkarte prägten: Asien erschien als überwundene Vergangenheit, Afrika als zeitlose Barbarei, Amerika als Kontinent ohne eigenständige Geschichte. Die Darstellung der Region war ebenfalls auf dieses historistisch begründete Entwicklungsgefälle ausgerichtet. Dynamiken und Gegenwartsbezug entstanden im Nachweis eines ökonomischen Potentials, bei dem die im 18. Jahrhundert noch wichtigen universitären Informationszentren von der Einbindung der jeweiligen Orte ins Eisenbahnnetz abgelöst worden waren und die internationale Bedeutung zumindest für die Britannica eine wichtige Rolle spielte. Dieser Fokus verschob sich mit dem Ersten Weltkrieg, bei dem die Region als Grenzgebiet und Kriegsschauplatz an Bedeutung zunahm. Die Konversationslexika produzierten Kriegssupplementsbände, die kriegerischen Auseinandersetzungen waren aber auch zentrales Verkaufsargument der in den USA erscheinenden „New International Encyclopedia“. Von einem amerikanischen Rezensenten als „storehouse of authenticated information“ gefeiert, zeigen Intention wie Gebrauch solcher Enzyklopädien, wie sehr der Weltkrieg noch vor dem Abschluss globaler Kriegsallianzen ein Weltkrieg geworden war. Nicht in der international ausgerichteten New York Times, nein, im Atlanta Constitution berichtete ein Rezensent 1915 von der erfolgreichen Überprüfung der Enzyklopädien auf kriegsinduzierte Interessen. „What is the meaning of moratorium, landwehr, landsturm, Armageddon, cataclysm, vodka, verst, kilometer, pan-Germanism, balance of power, foreign exchange, reichstag?“ Auf solche und weitere Fragen hatte die im Folgenden mehrmals neu aufgelegten New International Encyclopedia Antworten gefunden. Einen Weltkrieg später sollte sich die enzyklopädische Informationspolitik nochmals bedeutend verstärken. Die während des NS-Regimes produzierte Neuauflage von Meyers Konversationslexikon sah nun die Schweiz schon dermaßen deutlich als künftigen Bestandteil des großdeutschen Reiches, dass die Auflage in der Schweiz konfisziert und nicht in den öffentlichen Bibliotheken aufgestellt wurde. Aber auch jenseits dieses enzyklopädischen Skandals hatte das nationalsozialistische Regime ein großes Interesse an Enzyklopädien und ließ Kleinstenzyklopädien unter dem martialischen Titel „Schlag nach!“ kursieren. Diese in die

Feldbüchereien aufgenommen und als so genannte Tornisterschriften an Wehrmachtsangehörige abgegebenen Nachschlagewerke waren auf umstrittene Grenzregionen bezogen. Sie berichteten in handlichen Taschenbüchern über Mandschukuo, aber auch über das Elsass, über die westlichen und südöstlichen Kriegsgebiete.

Das enzyklopädische Prinzip hat demnach im 19. und 20. Jahrhundert für Zentren wie Regionen eine wesentliche informationspolitische Bedeutung und ist geeignet, zivilgesellschaftliche Aushandlungsprozesse über Wissensvermittlung als auch obrigkeitliche und totalitäre Steuerungsversuche sichtbar zu machen. Die Inhaltsanalyse von enzyklopädischen Texten ist allerdings zu einer nachhaltigen Analyse des Enzyklopädischen nicht ausreichend. Dazu braucht es ein informationshistorisches Konzept und die Aufarbeitung von Gebrauchssituationen, welche die Überprüfung der enzyklopädischen Werbestrategien erlauben und erst eigentlich Aussagen darüber ermöglichen, wie enzyklopädischer Wissenstransfer verläuft.

Der Kern der Schwierigkeiten besteht darin, dass der Geschichtswissenschaft im Verlauf des 19. Jahrhunderts die gesellschaftspolitische Bedeutung des Begriffes Information abhanden geriet, obwohl dieser mit Aufklärung, Modernisierung und politischer Partizipation ursächlich verbunden ist. Der Ruf nach politischer Emanzipation durch Information des Citoyen stellt die Kernthese einer überaus mächtigen europäischen Meistererzählung dar. Es handelt sich um die Meistererzählung über die in Europa verortete Aufklärung als kulturelle und politische Voraussetzung der Moderne, zu deren Gelingen Wissen und Macht eng verzahnt sind. In der Tat spielt der Informationsbegriff im langen 18. Jahrhundert für die République des lettres eine wichtige Rolle. Enzyklopädien des 18. Jahrhunderts weisen den Begriff Information einem juristischen Kontext zu. Im Zedlerschen Lexikon ist Information ein juristischer Fachterminus. Ein Informat ist ein Urteil oder eine Belehrung, die einer «über einen zweifelhaften Casum von einer Juristen-Facultät oder Schöppen-Stuhl zu seinem Unterricht einholt»(Zedler). In der Encyclopédie bestätigte sich die Lemmafähigkeit des Begriffes, der nun aber nicht auf seine juristische Bedeutung als Zeugenbefragung in einem Prozess beschränkt war, sondern als Synonym von *enquête* erschien. Damit hatte der Begriff zum juristischen auch einen parlamentarischen Kontext gewonnen. Die Bedeutung von *Enquête* wird im Artikel *Parlement* in Geschichte und Funktion der *Chambres des enquêtes* ausgeführt. Mit dem Begriff verbindet sich das im englischen und französischen Parlamentarismus garantierte Recht zur Bildung von Untersuchungsausschüssen, Information erscheint in diesem Kontext als parlamentarisches Grundrecht, dessen Fehlen speziell angemerkt wurde (vgl. Pierer's UniversalLexikon der

Vergangenheit und Gegenwart). Die gleiche Idee fand in der amerikanischen Revolution ihren speziellen Ausdruck im Beschluss, dass der Legislative eine mit dem administrativen Apparat der Exekutive vergleichbare Informationsmöglichkeit zu verschaffen sei. Als Resultat derartiger Überlegungen entstand in Washington 1800 dem Kongress gleich gegenüber die Library of Congress, die sich im übrigen selbst als steingewordene Enzyklopädie betrachtet. Im Verlauf des 19. Jahrhunderts verlor der Informationsbegriff zusehends seine gesellschaftspolitische Begründung. Wie Matelat in seiner Geschichte der Informationsgesellschaft ausführt, wird Information im 19. Jahrhundert begrifflich umbesetzt und mit der Entwicklung der Statistik, der Mathematik und später der Informatik verbunden. Diese Umbesetzung ist am deutlichsten am Beispiel des Behaviorismus greifbar. Im Sender-Empfängermodell des Behaviorismus findet der Austausch von Information in der Black Box statt. Distanz und Desinteresse an Informationsprozessen hatten in der Geschichtswissenschaft tiefgreifende Auswirkungen. Die geschichtlichen Grundbegriffe, das großen Referenzwerk zum Wandel der politisch-sozialen Sprache in Deutschland, benutzte zwar zur Dokumentation der Sattelzeit Enzyklopädien, mochte aber den Begriff „Information“ nicht in die Liste der gesellschaftspolitisch relevanten Begriffe aufnehmen. Information erscheint aber in der Liste der Desiderate im 7., 1992 publizierten Band und macht damit deutlich, dass Information wiederum zu einem Feld von höchster gesellschaftspolitischer Bedeutung geworden ist. Die fehlende Rückbindung des Informationsbegriffes in einen gesellschaftspolitischen Diskurs wird nun heutzutage vielseitig bedauert und dessen Entökonomisierung und Enttechnisierung gefordert. Mit anderen Worten: aus Information ist wieder ein politisches Programm geworden, dessen geisteswissenschaftliche Kontextualisierung allerdings noch aussteht.

Die UNESCO hatte im Jahr 2000 das Programm «building an Information Society for all» lanciert. Universeller und gerechter Zugang zu Information soll von den Regierungen als Menschenrecht anerkannt werden und ist nicht auf Entwicklungshilfe begrenzt. Im Zentrum des Bemühens steht die auch in der Ersten Welt keineswegs realisierte Forderung nach freedom of information. Freedom of information steht für die Öffentlichkeit der Verwaltung und für die Argumentation, dass die parlamentarische Demokratie einen informierten Bürger voraussetzt, der daher rechtlich in die Lage zu versetzen ist, Einsicht in amtliche Dokumente zu verlangen. Diese Entwicklung ist gute 200 Jahre alt, das entsprechende Gesetz gilt in Schweden seit 1766, in den USA seit 1966, in Deutschland wird noch daran gearbeitet (Informationsfreiheitsgesetz).

Der juristische Kontext macht die Kernbedeutung des hier vorgestellten Informationsbegriffes wohl am besten deutlich: statt Wissensinhalte stehen Gebrauchswert und Zugänglichkeit von

Wissen zur Debatte, sowie die Frage, wie sich eine politisch aktive Zivilgesellschaft zwischen den Zwängen von Markt und Staat Wissen verschafft.

Solche Vorstellungen sind allerdings bislang kaum historisch umgesetzt worden. Nach wie vor wissen wir erstens wenig über das für ein Informationskonzept zentrale Verhältnis von intendiertem, und in der Werbung nachzuweisendem Gebrauch von Enzyklopädien. Nach wie vor sind zweitens kaum Arbeiten über die grenzüberschreitende Verbreitung des Enzyklopädischen gemacht worden.

Immerhin ist genügend Material vorhanden, um die Relevanz der Fragestellung sicherstellen zu können. So wissen wir beispielsweise, dass die New Yorker Kürschnerin Sarah Cohen auf der Suche nach einem ideologisch korrekten Zeitvertreib während eines Streiks 1926 daran dachte, ihren Kollegen das Schachspiel beizubringen. Bevor sie allerdings den Vorschlag der Gewerkschaftsleitung unterbreitete, holte sich Sarah Cohen Rat in der Public Library. „I saw in the Red Encyclopedia, because the Red Russian Encyclopedia is more words than the British, what it means chess, and what the Russian leaders says about chess“. 1929 ließ sich eine Dame der Chicagoer Gesellschaft vom Photographen der Chicago Daily News in einer wohl arrangierten Alltagssituation bei der Konsultation einer Enzyklopädie fotografieren. Sie brauchte nicht in die Public Library zu gehen, die Enzyklopädie war Teil ihres Wohnzimmers, ihre Intention bestand nicht in der Absicherung politischer Korrektheit, denn sie ließ sich beim Aufschlüsseln der Ingredienzien einer Ananasbüchse fotografieren. Dazu konsultierte sie natürlich nicht die Große Sowjetenzyklopädie, sondern die von der Gewerkschafterin verschmähte Encyclopaedia Britannica. Den entsprechenden Band konsultierte sie auf dem Klavierstuhl sitzend in einem bücherlosen Wohnzimmer. Die Gebrauchssituation entsprach damit einer von der Britannica-Werbung intendierten Konzept, denn diese hatte mit der Begründung der leichteren Konsultierbarkeit Dünndruckausgaben besorgt. Dennoch hatten beide Gebrauchssituationen nicht viel damit zu tun, wie sich Enzyklopädien in jener Zeit in ihren Vorworten präsentierten. Die Große Sowjetenzyklopädie sah nicht vor, in Sachen Schach konsultiert zu werden, sondern rechnete in ihrem Vorwort mit dem Humboldtschen Bildungsideal ab. Statt zu historischer Bildung sollte der neue Mensch über die Sowjetenzyklopädie zu naturwissenschaftlicher Bildung gebracht werden. Die Britannica war einem universellen Bildungsideal mit geisteswissenschaftlichem Fundament verpflichtet und hatte zu Aristoteles mehr zu sagen als zu Ananas. Was die Dame mit der Ananasbüchse letztlich beabsichtigte, erschließt sich uns nicht - sie kann sich so gut über die Ananas so informieren, wie über die Herstellung der Büchse, da die Enzyklopädie als Hypertext mehrere Möglichkeiten

offen lässt. Die konzisen Überlegungen der Lexikographen, welche Bildung in welcher Ordnung zu erscheinen habe, um als Universal zu erscheinen, wird in diesem klavierbestückten Puppenheim mit schon beinahe anarchisch zu nennender Wucht über den Haufen geworfen. Und Unheimliches tut sich auch in der Public Library, wenn die Gewerkschafterin mit dem Griff zur roten Enzyklopädie ersten deutlich macht, dass den unter dem Aspekt des gesicherten Wissens aufbereiteten Nachschlagewerken offensichtlich nicht zu trauen ist, dann aber ausgerechnet zu jener Enzyklopädie greift, welche in einem totalitären System offen manipulativ konzipiert ist.

Mit anderen Worten: die beiden Beispiele erlauben einen vielversprechenden Einblick in Gebrauchssituationen, sind aber der digitalen Technologie zuzuschreibende Zufallsfunde. Die Erzählung der Gewerkschafterin ist Teil der auf der Site der Library of Congress als Fulltext zugänglichen Interviews, die arbeitslose Intellektuelle in den dreißiger Jahren im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsprogrammen des New Deal führten. Die Fotografie ist Teil einer ebenfalls digital zugänglichen Bilderdatenbank von Fotos, die in den dreißiger Jahren von Reportern einer Chicagoer Zeitung gemacht wurden. Eine systematische Untersuchung über die Art und Weise, wie Enzyklopädien als Wissensspeicher im 19. und 20. Jahrhundert genutzt werden, fehlt uns vollständig. Ja es scheint nachgerade ein Charakteristikum der Geschichte der Neuzeit zu sein, dass in dem Maße, indem die Alphabetisierung zunimmt und der exklusive Kreis von Benutzern gesprengt wird, wir immer weniger über eine alltägliche und zivilgesellschaftliche Nutzung von Informationsquellen zu sagen wissen.

Ähnliche Lücken öffnen sich bei der Frage nach der Dimension des Wissenstransfers. Enzyklopädien sind zwar seit dem 19. Jahrhundert wichtige Instrumente zum Ausdruck der imagined community der Nation. Sie sind so bedeutend, dass Nationalstaatsgründungen nach dem Ende des Kalten Krieges mit der Herausgabe einer Enzyklopädie begleitet wurden und man nachgerade davon ausgehen kann, in der Nationalenzyklopädie einen kulturpolitischen Souveränitätsanspruch zu sehen. Gleichzeitig sind Enzyklopädien und Teile grundsätzlich grenzüberschreitend. Die Annahme, dabei handle es sich halt um die weltweite Verbreitung von universaler Bildung, ist auch nicht zu halten. Es sind nämlich nicht die großen und berühmten Werke der Aufklärung, die grenzüberschreitend diffundiert wären. Natürlich ist Diderot und d'Alemberts großes Werk übersetzt worden - aber den europäischen Kulturraum überschritten haben andere Werke, nämlich im 18. Jahrhundert Noel Chomels Dictionnaire économique und im 19. Jahrhundert, nein, nicht die Britannica mit dem globalen Absatzmarkt des British Empire, sondern das deutsche Konversationslexikon. Zwischen 1812 und 1832 zirkulierten nach zeitgenössischen amerikanischen Schätzungen 200'000 Kopien des

Brockhaus. Das Konversationslexikon war zu dieser Zeit in einer dänischen, schwedischen, holländischen und französischen Übersetzung greifbar, versteckte sich hinter Chambers dictionary of universal knowledge for the people und wurde auch in St. Petersburg verlegt. Werke, die wie die Encyclopedia Americana in der Titelgebung eine betont nationalistische Perspektive signalisierten, waren nichts weiter als eine adaptierte Form der 7. Auflage des Brockhaus. Dabei handelte es sich nicht um Übersetzungen, sondern um Adaptationen, deren Tauglichkeit freimütig in der Presse diskutiert wurde. Der Rezensent des New England Magazine hielt dabei ein scharfes republikanisches Auge darauf, ob über den Brockhaus zu viele europäische Staatsmänner oder - noch schlimmer – zu viele Adelige in die Americana geraten waren, unter denen Baron Friedrich von Münchhausen noch die meiste Gnade fand.

Nun mag das amerikanische Beispiel ein mit der Nähe zur europäischen Kultur erklärbarer Sonderfall sein. Lassen Sie uns daher am anderen Ende der Welt, in Japan, nach der Transferierbarkeit dieser genuin europäischen Form der Enzyklopädie fragen. Das Beispiel ist nicht nur deshalb spannend, weil sich die alphabetische Ordnung des europäischen Modells nicht übertragen ließ. Japan steht überdies einer älteren chinesischen Tradition von Enzyklopädien näher. Dennoch wurde als erste europäische Enzyklopädie in der für die japanisch-europäischen Beziehungen sehr frühen Phase des beginnenden 19. Jahrhunderts Noel Chomels Dictionnaire économique übersetzt. Diese Enzyklopädie stellte eine Mischform von Hausväterliteratur, kameralwissenschaftlichem Nachschlagewerk und reichhaltiger Sammlung von Kochrezepten dar. Heutzutage fast gänzlich unbekannt, wurde Chomel während des 18. Jahrhunderts reihum übersetzt, neben den obligaten europäischen Sprachen auch auf Spanisch, Schwedisch und Holländisch. Die holländische Version bildete dann die Basis für eine japanische Übersetzung, die mehr als 100 Jahre nach der Erstausgabe zwischen 1811 und 1839 in Japan erschien. Das Beispiel Japans ist für unsere These, dass Enzyklopädien offenbar über ein transgressives Potential verfügen, von besonderer Bedeutung. Bemerkenswert ist auch, dass der Einfluss der Britannica in Japan erst im 20. Jahrhundert einsetzte und im 19. Jahrhundert über Chambers wiederum die adaptierte Form des Brockhaus auftritt.

Fazit

Ganz im Gegensatz zur Lexikographie und zur Wissenschaftsgeschichte sehe ich diese Modellhaftigkeit der Enzyklopädie nicht in einem literarischen Gattungsbegriff, sondern im Erfolg eines informationspolitischen Konzepts. Mag sein, dass die post colonial Studies eines Tages nachweisen, dass sich im Textkorpus des europäischen Konversationslexikons

Textbausteine aus chinesischen und japanischen Enzyklopädien verstecken. Zwar sehe ich bislang keinen Hinweis auf eine derartige informationshistorische Umkehr. Immerhin würde ein informationshistorisches Konzept auf solche Wechselwirkungen eingehen können. Enzyklopädische Transgressionen sind dynamische Prozesse. Sie funktionieren zwar aufgrund zivilgesellschaftlicher Netzwerke, ohne dass diese allerdings die Stärkung der Zivilgesellschaft zu beabsichtigen brauchen. Ein kritisches Instrumentarium zur Feststellung von Kanalisierungen, zur Beschränkung und Zulassung von Information ist nicht ohne landesgeschichtliche Untersuchungen denkbar. Das Gleiche gilt für eine Analyse des Konsums von Wissen, für die Aufarbeitung der Verfügbarkeit von Enzyklopädien in regionalen Bibliotheken, für die Frage, wie Wissen über die Region in einen globalen Kontext gerät und wie sich die Auflösung großer Textkorpora in eine globale Verteilung von Textbausteinen, Bildern und Statistiken auswirkt.

Vor allem aber bietet das Untersuchungsgebiet der Enzyklopädien ein breites Feld erkenntnisleitender Interessen. Ein Tiger kann zu den Vierfüsslern gehören und deshalb als friedliches Tier neben dem Zebra erscheinen. Ob es sich um das gleiche Tier handelt, wenn es als Raubtier abgebildet im Brockhaus gleich erscheint wie in einer weißrussischen Enzyklopädie ist eine Frage der Ordnungskonzepte. Was ich Ihnen beliebt zu machen versuchte, geht noch einen Schritt weiter - die Frage, weshalb und wann mit welchen Intentionen Menschen zu Enzyklopädien greifen, kann leicht dazu führen, dass der Tiger noch ganz anders erscheint.

DISKUSSION

Eine Diskussion fand nicht statt.

Uri R. Kaufmann, Heidelberg

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Baden und der Schweiz 1805-1870

Die Expansion Badens und die geographische Nähe zur Eidgenossenschaft warfen Probleme hinsichtlich der Definition der Grenze, wechselseitiger materiellen Ansprüche - entstanden durch die Aufteilung des vorderösterreichischen Gebiets und die Aufteilung des Hochstifts Konstanz - , der Verkehrs- Post- und Bahnverhältnisse (ab 1852) sowie der wirtschaftlichen Beziehungen (Zölle auf Transit-, Einfuhr- und Ausfuhrwaren) auf. Baden war im Vergleich zur Schweiz zwischen 1803 und 1848 ein zentral verfasster Staat. Die Eidgenossenschaft war ein Staatenbund von 19 respektive bei voller Zählung der Halbkanone 22 Kantonen mit wechselndem „Vorort“, der 1815 sogar noch den „Landammann“ und seine Verwaltung abschaffte. Die diplomatischen Beziehungen waren deshalb besonders kompliziert und schwerfällig. Die alte „Tagsatzung“, die alljährliche Versammlung der kantonalen Vertreter, wurde nach 1803 reaktiviert.

Probleme wie grenzübergreifende Heiraten, damit verbunden die Frage der Freizügigkeit, aber auch die Verfolgung von Verbrechern sowie der besondere Status der Exklave Büsingen und der ineinander greifenden Grenzgebiete etwa zwischen Schaffhausen und Diessenhofen mussten geregelt werden. Viel Raum in der Aktenüberlieferung nehmen die Reaktionen auf die Revolution des Jahres 1848 ein. Die in der diplomatischen Korrespondenz angesprochenen Fragen werden im Kontext der sich abzeichnenden deutschen Nationalbewegung analysiert.

Die politische Struktur

Im populären Urteil wird die Schweiz oft als älteste Demokratie der Welt und Vorbild eines jahrhundertealten Multikulturalismus gesehen. Von nahe besehen, liegen die Dinge anders. Bis 1798 regierten in den alten Ständen der Eidgenossenschaft führende Familien. Die großen Alten Orte hatten keine demokratische Struktur. In Bern gab es „regimentsfähige Familien“ und eben auch andere. De facto war dies in den „demokratischen“ Landsgemeindekantonen gleich.

Die Deutschschweizer hatten das Sagen in der Alten Eidgenossenschaft. Das französischsprachige Waadtland war Untertanengebiet Berns, das frankophone Unterwallis Vogtei des deutschsprachigen Oberwallis, Genf nur ein verbündeter Ort, das Tessin unterstand in regional unterschiedlichen Herrschaften den Innerschweizer Orten: An der alten Tagsatzung sprach man vor 1798 Deutsch. Frankreich zerstörte nun diese patriarchalische alte Ordnung und

demokratische Strukturen entstanden mit Großem Rat und Senat in der Helvetik (1798-1803). Sie waren allerdings instabil. Nach 1803 veränderte sich die innere Struktur der Schweiz. Anstelle des kurzlebigen Einheitsstaates, der in den Kantonen nur Verwaltungseinheiten sah, trat eine föderalistische Struktur, die aber nicht ein Rückgriff auf das Ancien Régime war. Neue Kantone waren entstanden und hielten sich: 1798 Thurgau, Tessin, die Waadt, 1803 Aargau (zusammen mit dem ephemeren Kanton Baden), St. Gallen, Graubünden. Gewisse Gebiete wie das Veltlin gingen verloren. Es entstanden größere gemischt-konfessionelle Gebiete, die mühsam zusammenwachsen mussten. Konflikte blieben nicht aus. Nach 1803 wurden an vielen Orten die Privilegien der alten Familien wiederhergestellt und sogar die neuen Kantone beschränkten das Wahlrecht durch einen hohen Zensus. Mit der Pressefreiheit war es bis 1830 nicht weit her. Allerdings, die Schweiz hatte keinen Monarchen und kein stehendes Heer, schon gar keine stehende Bundesarmee. So waren denn auch einige Volksaufstände im kantonalen Rahmen erfolgreich, d.h. auch die restaurativen und liberalen Regierungen mussten einen Minimal-Konsens beachten.

Die gemeinsame Willensfindung war nach 1803 mittels der Tagsatzung und jährlich wechselnden geschäftsführenden „Vororten“ kompliziert. „Diplomatische Agenten“ wurden anstelle von regulären Gesandten eingesetzt und doch an drei wichtigen europäischen Städten Interessenvertreter der Schweiz stationiert, in Paris, Wien und Mailand. Diese mussten jedes Jahr neu bestätigt werden. Der „Landammann der Schweiz“ führte die diplomatische Korrespondenz. Er durfte bloß 500 Mann einberufen. Ihm zur Seite stand ein ständiger „Kanzler der Eidgenossenschaft“, der etwas Kontinuität in die Amtsgeschäfte brachte.

Baden war bekanntlich ein großer Gewinner des Rheinbundes. Der badische Hof konnte sich um 1805/08 sogar vorstellen, die Schweiz zu annektieren und als „Königreich Helvetien“ zu verwalten oder zumindest die Stelle des Landammanns mit dem Großherzog zu besetzen. In Baden herrschte eine protestantische Dynastie über eine katholische Bevölkerungsmehrheit. Diese Gegensätze wurden nun nicht zwischen selbständigen Landesteilen, wie in der Schweiz ausgetragen, doch existierten sie dennoch. Baden demokratisierte sich nur begrenzt. Immerhin erlaubte der Großherzog 1818 die Proklamierung einer Verfassung und nach 1831 gab es Ansätze zu kommunaler Selbstverwaltung, die im Vergleich zu schweizerischen Maßstäben begrenzt waren.

Die wichtigen Kantone der Schweiz gaben sich 1831 liberale repräsentativ-demokratische Verfassungen, was den konservativen Kreisen in Baden und Österreich nicht geheuer war.

Ministerpräsident Friedrich Landolin von Blittersdorf untersagte 1835 Lehrlingen deshalb, in der Schweiz auf die Walz zu gehen, um nicht demokratisch beeinflusst zu werden. Trotzdem fasste die demokratische Bewegung in Baden tiefere Wurzeln, als in anderen Gebieten Deutschlands. 1848/49 mussten schließlich preußische Truppen die badische Dynastie retten, da das Heer den Monarchen nicht mehr stützen wollte. Kurz vorher hatte die Schweiz den Weg zur nationalen Einheit gefunden. Die liberalen Kantone besiegten im November 1847 in einem kurzen Bürgerkrieg den katholischen Sonderbund, der immerhin über 100 Tote und 300 Verletzte kostete. Die Schweiz hatte nun endlich eine zentrale Regierung, die in der Außenpolitik kompetent war. Viele deutsche Flüchtlinge kamen zu dieser Zeit in die Schweiz. Von ihnen wird noch die Rede sein. Nach einer Eiszeit prägte nach 1859 in Baden ein liberaler „Zeitgeist“ das politische Klima. Ein politischer Emigrant, der sich 1832 in die Schweiz begeben hatte, wurde sogar Finanzminister. Nach 1870 sollte sich die Lage durch die deutsche Einigung entscheidend verändern. Deshalb grenzen wir hier unsere Beobachtungszeit ein. Zu Beginn der Betrachtung aber muss das Problem der neuen Grenzen stehen, wie sie zwischen 1803 und 1815 entstanden.

Badische und schweizerische Rechtsansprüche

Eine der wichtigen Änderungen war die Neuformierung des Kantons Aargau, der grob aus drei Gebieten zusammengesetzt war:

- dem bernischen protestantischen (Unter-) Aargau (Zofingen, Aarau, Brugg),
- den konfessionell teilweise gemischten „Gemeinen (= gemeinsam verwalteten) Herrschaften“ (Grafschaft Baden, Freie Ämter) sowie den Kleinstädten Mellingen und Bremgarten und
- dem ehemals vorderösterreichischen katholischen Fricktal mit den Städten Rheinfelden und Laufenburg. Den viel grösseren Teil Vorderösterreichs erhielt Baden.

Es muss für die Einwohner der Grenzorte traumatisch gewesen sein, wie Orte administrativ auseinandergerissen wurden, etwa die Kleinstädte Rheinfelden und Laufenburg und mitten im vorher politisch zusammenhängenden Gebiet diese neue „nationale“ Grenze entstand. Die konfessionelle Disparität gab zu Konflikten Anlass, die nicht nur diesen neuen Aargau, sondern die Schweiz, ja sogar teilweise das Ausland beschäftigten (Aufhebung der Klöster im Aargau 1841).

Die Probleme der Gebietsaufteilung zwischen Baden und der Schweiz ließen schon sehr früh den Ruf nach einem ständigen Gesandten Badens in der Schweiz ertönen. So wünschte sich der Landammann der Schweiz, der Luzerner Vinzenz Rüttimann (1769-1844), 1807 einen ständigen Ansprechpartner. Die badische Regierung ging darauf ein und so wurde Albrecht Josef von Ittner benannt. Dieser Mann stand nach 1811 als Direktor des Seekreises in Konstanz in unmittelbarem Kontakt mit der Schweiz und hatte schon vorher als Beamter des deutschen Ritterordens in der Grenzregion zur Alten Eidgenossenschaft (Bonndorf) Erfahrungen sammeln können. Von Ittner reiste zu den jeweiligen Tagsatzungen in die Schweiz an die wechselnden Orte und hielt sich oft über mehrere Wochen auf, nahm aber keinen festen Wohnsitz. Nur kurze Zeit wirkte ein gewisser Ritter von Harmensen (1816-1818), der nach Den Haag abberufen wurde, und ein Friedrich (1818-1820). 1821 verhandelte Freiherr von Sensburg, ein einflussreicher Beamter, direkt in der Schweiz.

Einer der länger amtierenden Nachfolger war Alexander von Dusch, Sohn eines kurpfälzischen Beamten (1789-1870), der um 1825 bis 1835 Geschäftsträger bei der Eidgenossenschaft war. Er seufzte über den Föderalismus in der Schweiz und wies auf die 22 Regierungen hin, mit denen er zu verhandeln habe. Das badische Finanzministerium hatte wenig Freude an seinen langen Aufenthalten in der Schweiz. Von Dusch galt als liberal gesinnt, zog sich nach 1849 aus dem öffentlichen Leben zurück. Nach 1838 arbeiteten die Geschäftsträger von Stuttgart aus. Freiherr Rüdiger von Collenberg-Bödighheim erscheint in den Akten. 1851 gibt es Briefköpfe mit dem Titel „Gesandtschaft bei der Schweiz in Freiburg“. 1853 diente Christian von Berckheim aus Weinheim als Gesandter. Ferdinand von Dusch beerbte danach (um 1854) seinen Vater im Amt. Wir finden seine Unterschrift 1856 unter einem Freizügigkeitsabkommen zwischen Baden und der Schweiz. Er diente bis 1870 als Botschafter. Gewisse Staatsverträge wurden durch Spezialisten vorbereitet, der Gesandte setzte nur seine Unterschrift auf das Abkommen.

Ein schwieriges Problem war die Regelung der wechselseitigen Rechtsansprüche. So hatte das Stift in Waldshut, die Kommende Beuggen und das Hochstift Konstanz Ansprüche in der Schweiz, die Kirchen-, Schul- und Bürgerspitalverwaltung Basel in ehemals hochstiftisch-baslerischen Besitzungen und benachbarten Orten (Istein, Haltingen und Umgebung). Weiter hatten die vorderösterreichischen Stände, das Domkapitel, St. Blasien und der Fürstbischof von Basel Schulden hinterlassen, die der badische Staat übernahm. Man musste sich über die Aufteilung der Zölle der Rheinbrückenorte Laufenburg und Rheinfeldern einigen, wie auch von den vielen Flößen an verschiedenen Stationen Zölle verlangt wurde. Der Unterhalt der Brücken über den Rhein - etwa im aargauischen Kaiserstuhl - wurde ein Thema in den

Grenzbeziehungen. Die Fischereiordnungen aus dem 15. Jahrhundert sollten weiter gelten. Als Grenze wurde der Talweg des Rheins, nicht die Flussmitte, festgelegt. Diese Dinge bildeten schließlich die Infrastruktur, die die Basis für das Wirtschaftsleben in der Region war.

In der Regel beschriftet man ein Vergleichsverfahren. Beide Seiten stellten Listen mit den Rechtsansprüchen auf und schließlich wurden die Summen miteinander verrechnet. Es gab „Gefälle“ und „Zehnten“, teilweise in Naturalien („Korn“, Hafer, Roggen, Wein) aber auch Geldleistungen. Das Hochstift Konstanz hatte erstaunlicherweise Forderung an das protestantische Winterthur, Lotstetten und Zürich, das Domkapitel an Diessenhofen, Sirnach und Zürich. Die „beständigen Gefälle“ und die Zehnten der beiden Bistums-Organisationen machten immerhin den Wert von 2.052 Millionen Gulden aus. Die betroffenen Kantone mussten sich nun verpflichten von 1804 an fünfzehn Jahre lang die Summe von 3000 Gulden an das Bistum Konstanz für „dessen Bedürfnisse“ zu bezahlen.

Die neue Definition einer nationalen Grenze ließ nun übergreifende alte Rechte nicht mehr zu. Dies war besonders im Bereich der Kollaturen, d.h. des hoheitlichen Rechtes der Ernennung von Pfarrern, naheliegend. Hinsichtlich der Feudallasten wollte man meiner Interpretation nach mit dem guten Beispiel vorangehen und die Landwirtschaft von spezifischen Naturallasten befreien. Die Archive der religiösen Einrichtungen wurden verteilt: Unterlagen aus Beuggen erhielt der Aargau, während Papiere des Stiftes Rheinfelden und Olsberg nach Baden gingen. Der Kirchenbesitz wurde nach Höhe des jeweiligen städtischen Vermögens zwischen den beiden neuen Teilen von Laufenburg und Rheinfelden getrennt. Es gab weltliche und geistliche Beamte des Hochstiftes Konstanz, die in der Schweiz wohnten und den nicht ausbezahlten Lohn erhalten sollten.

Ein Hauch europäischer Politik durchwehte den Streit um die kantonale Verwaltung des 1803 von Zürich erworbenen Klosters Rheinau. Die liberale Kantonsregierung wollte das Vermögen des Klosters für die Bedürfnisse der in Zürich neu wohnenden Katholiken und für Bildungsinstitutionen nutzen. Besitz des Klosters in Baden (Ämter Stühlingen und Waldshut) betrug fast ein Drittel der nicht ganz eine Million Gulden Vermögen. Die konservativen Regierungen in Wien und Karlsruhe sahen darin eine Attacke auf den Katholizismus: Fürst Metternich schaltete sich ein und bestärkte Baden in einer harten Haltung. Alle Rechte des Klosters auf badischer Seite waren unter Sequester gestellt worden. Metternich sah das Verbot der Aufnahme von Novizen als „kalte“ Aufhebung des Klosters an und drängte den badischen

Großherzog, das Klostervermögen rechtlich als herrenlos zu betrachten und für den badischen Staat einfach einzuziehen.

Metternich betrieb eine scharfe Polemik gegen die „Umwälzungspartei“ in der Schweiz, d.h. die Liberalen, die er bezichtigte, eine „Centralverfassung“ zu wollen und eine „tyrannische Dictatur“ auszuüben. Die „conservativen“ Nachbarn sollten im Verbund dagegen wirken (24.6.1837).

Es ging um rechtshistorische Argumente: Durfte ein Kloster durch eine Kantonsregierung aufgehoben werden? 1803 wurde dies der Schweiz in einem Zusatz zum Reichsdeputationshauptschluss zugestanden, 1815 anlässlich des Wiener Kongresses aber eine Garantie für alle noch existierenden Klöster in der Schweiz formuliert. Andererseits hatten gerade Baden und Österreich von der Säkularisation sehr profitiert. Die Neue Zürcher Zeitung wies 1838 darauf hin, dass ja Baden selbst über die Ablösung der konstanzerhochstiftischen Gefälle in der Nordostschweiz noch 1820 ein Abkommen geschlossen hatte. Diese seien durch die Kantone nicht als „herrenlos“ betrachtet worden. So formulierte Amtsbürgermeister Melchior Hirzel im Juli 1838 namens von Zürich, Aargau und Schaffhausen, dass die „Rechte und Befugnisse“ der drei Kantone durch das Großherzogtum „tief verletzt“ worden seien.

Die badische Regierung zeigte sich schließlich etwas konzilianter, die dem Einzug des Zehnten dienenden auf badischer Seite befindlichen Kloster-Liegenschaften durften zugunsten der zürcherischen Staatskasse verkauft werden. Das badische Innenministerium stellte fest, dass das Kloster ja bestehe und Mönche dort lebten (22.6.1838). Die Einkünfte selbst wurden aber bis 1862 treuhänderisch in „Epaven-Fonds“ verwaltet und nicht an Zürich ausbezahlt. Auf badischer Seite war man teilweise noch übereifriger. So protestierte Schaffhausen gegen die Sequestrierung eines Kapitals von fünftausend Gulden durch das Oberamt Stockach, das auf den Namen „Kloster Allerheiligen“ eingetragen war. Dieses war seit der Reformation aufgelöst worden und existierte bloß noch als Rechtstitel!

Aus dem Fonds des Klosters Rheinau wurde z.B. das Gehalt des Züricher katholischen Stadtpfarrers, die Renovation einer Kirche für die in Zürich neu niedergelassenen Katholiken bezahlt, aber auch die liberale Kantonsschule, was nicht nach dem Gusto der konservativen Kirchenvertreter war. Diese Affäre ist durch die Krise wegen der 1841 erfolgten Auflösung der aargauischen Klöster zu Unrecht in der Geschichtsschreibung verdeckt worden. Erst 1862 mit der offiziellen Auflösung des Klosters konnte Zürich die Rechtsansprüche auf der badischen Seite verkaufen. Lokale Instanzen machten immer noch Schwierigkeiten, doch stellte sich die

badische Regierung nun hinter die Zürcher Ansprüche. 27 Jahre (1835-1862) dauerte hier die Aufteilung gegenseitiger Rechtsansprüche nach der neuen nationalen Grenze.

Die Beförderung von Briefen wurde ebenfalls neu geregelt, war ja auf badischer Seite ein neuer einheitlicher Staat entstanden, der das Postregal an sich zog. Von Basel aus gingen 1822 drei Linien weg: eine Richtung Karlsruhe und dann östlich über Pforzheim und Hornberg ins Württembergische, eine von Karlsruhe nach Norden Richtung Frankfurt zur Post derer von Taxis und eine weitere über Stockach nach Augsburg und Bayern. Für Baden galten unterschiedliche Tarife: Nach Hardheim (im Nordosten) bezahlte man 16 Kreuzer, nach Lörrach immerhin schon zwei. Die Handelsstadt Basel war am schnellen Transport von Briefen sehr interessiert und wollte die ältere Beförderung über Zürich-St.Gallen abschaffen. Dies ist zugleich ein Beispiel für den ausgeprägten Föderalismus, wie er die Politik bis 1848 leitete. Für Baden war es besonders kompliziert, Handelsfragen einheitlich zu lösen, weil östlich von Basel bis zum Bodensee vier selbständige Kantone vorhanden waren (Aargau, Schaffhausen, Zürich, Thurgau), die alle auf ihre Eigenständigkeit pochten.

Handel und Zölle

Der Rhein war eine wichtige Schifffahrtsstraße, besonders als um 1812 ja noch wenige Landstraßen gut ausgebaut waren. Zudem befand er sich an der Schnittstelle zwischen dem norditalienischen und süddeutschen Wirtschaftsraum. Da die Schweiz bis 1848 kein einheitlicher Staat war, gibt es keine Statistiken, welche Waren ein- oder ausgeführt wurden. Man ist deshalb auf die Anmerkungen in der diplomatischen Korrespondenz zu Zollfragen angewiesen, die wichtige handlungsgeschichtliche Aufschlüsse geben. Um 1800/1830 war die Schweiz ein wichtiges Ausfuhrland von Wein, gebrannten Wassern, Dörrobst, Käse und Zuchtvieh. Aus den Unterlagen geht hervor, dass die Schweizer Textil-„industrie“ eine wichtige Rolle spielte: Stoffe aus Süddeutschland wurden in der Schweiz verarbeitet (gefärbt, gebleicht etc.) und re-exportiert. Ebenso wollte sie Baumwollgarne- und -Fabrikate absetzen: Ein Vorsprung in der Entwicklung der Textilproduktion wird m.E. fassbar. Der Schwarzwald lieferte viel Holz, Torf und Lehm in die Schweiz. Von dort kamen Uhren und Glaswaren, aus ganz Baden wurde Steinzeug, Eisen, Gips aus Grenzach und Stühlingen, badischer Wein, Raps, Honig, Unschlitt (tierisches Fett), kleines Landvieh („Schwabenkühe“) für weniger reiche Bauern, Pferde- und Rindviehhäute ausgeführt. Vor allem Getreide war ein wichtiges badisches Exportgut für die Nordostschweiz. Dieses war durch die napoleonischen Kriege bis zum Jahr 1812 knapp geworden und die Parteien vereinbarten darüber weitere Verhandlungen. In

Albbruck gab es ein wichtiges Bergwerk zur Eisenverarbeitung, in dem um 1820 viele Schweizer Arbeit und Aargauer Eisenerz Absatz fanden. Im regionalen Rahmen fand ein wichtiger Austausch im Landhandel statt. Bauern besaßen Felder jenseits der neuen Grenze und auch die Weideschafe kümmerten sich nicht um Grenzen.

Nur auf Transit waren die vielen Flöße, die damals noch auf dem Rhein fuhren, etwa mit Schiefer aus Glarus beladen („Glernerflöße“). Die eingeführten Eisenwaren (vermutlich Sensen, Sichel, Nägel etc.) und das wichtige Salz stammten aus dem Tirol.

Baden hatte nun den Vorteil, dass es per Dekret einen einheitlichen Zolltarif von Lörrach bis Stockach verfügen konnte, während die Schweizer dazu nicht in der Lage waren. Der Aargau hatte zwischen 1803 und 1812 noch nicht einmal die kantonsinternen Zölle vereinheitlicht. Im Januar 1812 hatte Baden eine Landzollordnung erlassen, die zu großen Problemen für die Grenzkantone führten. Im selben Jahr einigte man sich nach langen Verhandlungen in Schaffhausen auf einen Zollvertrag und eine Reduktion der badischen Ansätze. Schweizer Waren sollten anderen gleichgestellt werden. Jede Seite behielt sich das Recht vor, Ausfuhrverbote nur für Mangelware zu erlassen. Prinzipiell sollte der freie Warenverkehr gelten, allerdings nicht für „englische Waren“: Es galt durch französischen Druck die Berücksichtigung des „Continental systems“. Man dekretierte 1812 auch schon so etwas, wie einen „kleinen Grenzverkehr“, d.h. die landwirtschaftlichen Tätigkeit in ineinander verzahnte Grenzgebieten sollte möglichst nicht durch Zölle beeinträchtigt werden.

Ein nach langen Unterredungen entworfener neuer Handelsvertrag fand 1827 nicht die Gnade der Kantone an der Tagsatzung, was in Karlsruhe allerhöchsten Unwillen verursachte. Ein starken Einschnitt bedeutete der Anschluss Badens an den preußisch dominierten Zollverein im Jahr 1835. Gerade im Landhandel gab es in der ersten Zeit größere Schwierigkeiten. Schweizer Unternehmer wurden nun gezwungen verstärkt Fabriken auf der badischen Seite einzurichten. Doch dies ist Thema eines anderen Referenten. 1853 wurden schließlich für die Rheinschiffahrt die Zölle insgesamt abgeschafft. Die Verbesserung der Dampfschiff-technologie ließ das ständige Halten an Zollstellen für obsolet erscheinen.

Eine Erleichterung für die Handelstätigkeit war ebenfalls die 1808 vereinbarte Gleichstellung badischer und schweizerischer Untertanen in Schuldsachen.

Freizügigkeit

Während heute über Freizügigkeit in Europa heftig diskutiert wird, ist es erstaunlich, dass zwischen Baden und der Schweiz seit Februar 1804 problemlos die völlige Freizügigkeit herrschte. Allerdings muss man dabei bedenken, dass es damals noch keinen Wohlfahrtsstaat gab, d. h. wenn jemand verarmte und sich an seinem neuen Wohnort nicht eingebürgert hatte, musste er in seine alte Heimatgemeinde zurückgehen. Diese Tatsache ist umso bemerkenswerter, da bis 1848 in der Schweiz nicht einmal die Freizügigkeit unter den Kantonen herrschte. Ein 1819 abgeschlossenes Konkordat war freiwillig. Katholische Innerschweizer Kantone traten ihm nicht bei. Grenzübergreifende Heiraten wurden geregelt. Allerdings musste der Schweizer Partner nachweisen, dass er jederzeit ins seine Ortsbürgergemeinde zurückkehren durfte. Sollte dies ein Pfarrer nicht überprüfen und ein Verheirateter in Baden bleiben, wurde auf den Geistlichen Regress genommen. Auf Basis der Gegenseitigkeit durfte Vermögen mitgenommen werden, wenn ein Partner umzog. Auch Erbvermögen durfte man annehmen. Für die schweizerischen und badischen Juden war genau dies das große Thema bis in die 1860er Jahre. Es scheint so, dass die badischen Juden von der Freizügigkeit badischer Christen in der Schweiz selbstredend ausgeschlossen blieben, obwohl sie 1809 Staatsbürger geworden waren. Diese Nicht-Erwähnung der Juden steht im Gegensatz zu Frankreich, das 1826 das Verlangen der Schweizer Kantone akzeptierte, jüdische Staatsbürger von der Freizügigkeit auszuschließen. Badische Juden spielten de facto keine Rolle als jüdische Siedlungspioniere in der Schweiz. Im Falle von Jonas Biedermann aus dem badischen Randegg wird sichtbar, dass sogar in den liberalen 1840er Jahren im Kanton Zürich die staatlichen Vorbehalte wichtiger waren, als der badisch-schweizerische Staatsvertrag.

Einen Hinweis auf die Ausschließung der badischen jüdischen Staatsbürger findet sich erst im Staatsvertrag vom 31. Oktober 1861. Hier ist in Artikel II die Rede vom Vorbehalt nach den Bestimmungen der Schweizer Bundesverfassung des Jahres 1848, die die freie Niederlassung nur Christen zugestanden hatte. Erstaunlich ist es, die Unterschrift von Jakob Dubs, einem liberalen Befürworter der Emanzipation, unter diesem Dokument zu finden: War er der Auffassung, dass diese Bestimmungen in Kürze sowieso geändert werden müssten, da in der Tat die Verhandlungen mit Frankreich über einen Freihandelsvertrag zeitgleich (1861) schon weit gediehen waren? Wer hatte die Einfügung der „Judenklausel“ verlangt? Wieso kam es überhaupt dazu, hatten ja doch auch in Baden schon 1859 in Regierungskreisen erneut die Diskussion über die Rechtsgleichheit der Juden begonnen? Wollten Kantonsregierung die Eröffnung einer zweiten neuen Front in dieser Frage verhindern?

In einem weiteren Übereinkommen wurde 1811 definiert, für welche Verbrechen Staatsbürger an das jeweilige andere Land ausgeliefert werden konnten. Die Definition war sehr umfassend und reichte von „Hochverrat“. Mord, Brandstiftung, Diebstahl von Stoffen „ab den Bleichen“ bis zur Wirtshausschlägerei. Das Ortsprinzip sollte für die Zuständigkeit der Richter gelten.

Die Revolution 1848

1998 ist dieses Thema ausführlich behandelt worden und deshalb seien über die Schweiz als Asylland der Revolutionäre keine weiteren Worte verloren. In der diplomatischen Korrespondenz finden sich aber doch neue Einzelheiten, die es wert sind, hier angeführt zu werden. Es war dies ein Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen der badischen Regierung und den Kantonen.

In einer Denkschrift des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten wird der Schweiz mit einer starken Truppenpräsenz, ja sogar einer Besetzung gedroht. Verlangt wurde die Auslieferung von Revolutionären, die sich des Hochverrats schuldig gemacht hätten und das Völkerrecht ins Felde geführt. Gleichzeitig unternahm der Lörracher Amtmann in Sissach regelrechte Vernehmungen von badischen Emigranten, was ja nicht mit dem Völkerrecht zu vereinbaren war. Besonderen Protest erregte der Druck von Flugschriften in Rheinfelden und Zurzach. In Baden war man sich des Erfolges der alten Herrschaft nicht so sicher. Dem Berner Politiker Jakob Stämpfli wurde unterstellt insgeheim die Flüchtlinge aus der Regierungskasse zu finanzieren. Man wusste von einem Versteck von sechs- bis siebenhundert Gewehren in Kreuzlingen und forderte die Entfernung aller Flüchtlinge von der Grenze bis auf acht Wegstunden, also vierzig Kilometer. Kritik rief ebenfalls die schnelle Einbürgerung badischer Emigranten hervor. Nur ordnungsgemäß abgemeldete Untertanen sollten nach Auffassung von Karlsruhe eingebürgert werden. Ein pro memoria des Ministeriums vom November 1851 weist auf Tarnvereine von Revolutionären hin, noch 150 politische Flüchtlinge sollen sich in der Schweiz aufhalten. Dem Genfer radikale Politiker James Fazy wird offene Unterstützung vorgeworfen und Bundesrat Jonas Furrer bezichtigt man des bewussten Wegschauens. Ein deutscher Kommissar sollte die Wegweisung politischer Flüchtlinge aus der Schweiz überprüfen dürfen und Reisende aus der Schweiz sollten in Baden scharf beobachtet werden. Handwerksburschen seien streng zu überwachen. Die Unsicherheit vor dem eigenen Volk wird sichtbar, besonders wenn man einen Maßnahmenkatalog für lokale Ortsverwaltungen liest, in dem die Sicherstellung der Gemeindegasse und das Anfordern von Verstärkung verlangt wird.

Eisenbahnen

Allmählich normalisierten sich wieder die Beziehungen. Die großherzoglich-badische Rheinbahn soll nach einem der ältesten Verträge aus dem Jahr 1852 von Basel bis zum Bodensee rechtsrheinisch auf Kosten des Großherzogtums weitergeführt werden und dabei teilweise durch schweizerisches Gebiet führen. In drei Jahren sollte Baden die Strecke von Haltingen nach Basel fertigstellen. Der Badische Bahnhof wurde 1855 gebaut, doch gab es lange keine Bahnverbindung über den Rhein zur Schweizerischen Centralbahn auf der linksrheinischen Seite (s. Beitrag König). Die badischen Zollabfertiger durften auf schweizerisches Gebiet, zu Friedenszeiten sogar nach dem Vertrag von 1858 – auf Basis von Gegenrecht – „deutsche Bundestruppen“ Schweizer Territorium passieren, allerdings bei mehr als dreissig Mann nur gegen Vorankündigung und grundsätzlich mit ungeladenen Waffen sowie ohne „Fahnen und Spiel“. So schnell hatten sich die Beziehungen normalisiert. Immerhin hatte es nur zehn Jahre vorher bewaffnete Überfälle aus dem Gebiet der Schweiz auf badisches Territorium gegeben. Die badische Seite drängt auf die Fortführung der auf der Schweizer Seite privaten Bahnlinien. Der Zürcher Politiker Alfred Escher, der „Bundesbaron“ und graue Eminenz der liberalen Schweiz, unterzeichnet einen weiteren Eisenbahnvertrag. Die Verbindung zur schweizerischen Nordostbahn von Turgi nach Waldshut wird vereinbart. Auch das Wiesental soll von Schopfheim her angeschlossen werden. Erst 1858 wird die Eisenbahn von Schaffhausen nach Konstanz verlängert. Mit der Bahn verbunden war der Bau einer Telegraphenlinie.

Die gegenseitige Freizügigkeit - unter Ausschluss der Juden – wurde 1857 und 1863 bekräftigt.

Man kennt sich

Mit Finanzminister Karl Mathy betrat ein Mann die Bühne der politischen Wirksamkeit, der als politischer Emigrant 1834 bis 1836 Lehrer im solothurnischen Grenchen gewesen war. Einige Politiker der Schweiz hatten ihr Studium in Heidelberg absolviert, so etwa der Bundesrat Jonas Furrer, ein Liberaler aus Winterthur oder der Aargauer Oberrichter Karl Rudolf Tanner. Gottfried Keller erhielt ein Regierungsratsstipendium für einen Aufenthalt in Heidelberg. Wenige Schweizer machten in Baden Karriere. Hier wäre Johann Caspar Bluntschli zu nennen, der als Liberal-Konservativer Professor an der Universität Heidelberg und deren Vertreter in der ersten Kammer des badischen Landtags wurde. Der Anführer der Luzerner Liberalen, Jakob Robert Steiger, hatte in Freiburg bei Rotteck studiert. Mit ihm wiederum führte der ehemalige

Magdeburger Heinrich Zschokke, graue Eminenz im Kanton Aargau, eine umfangreiche Korrespondenz. Augustin Keller war mit Ignaz Heinrich von Wessenberg befreundet: man könnte noch viele weitere Beispiele anführen. Die politische Elite in Baden und die deutschsprachige in der Schweiz scheint sich durchaus gekannt zu haben.

Rückblick

Bis etwa 1820 hatte man die gegenseitigen Probleme, die aus der Aufteilung ehemals zusammenhängender Gebiete entstanden waren, geregelt. Baden war durch die Gebietserweiterung zu einem mächtigen, da geeinten Nachbarn geworden, während sich Schweiz bis 1848 im Föderalismus verzettelte. Nach 1831 entstand ein Gefälle an Demokratie entlang des Rheins, das sicher stimulierend nach Baden hineinwirkte. Politische Emigranten wurden aufgenommen, doch zeigten sich die Kantonsregierungen ihnen gegenüber durchaus pragmatisch. Zwischen Baden und der Schweiz herrschte für Christen vollständige Freizügigkeit, nach 1866 galt sie auch für die jüdischen Staatsbürger, da der Vorbehalt der 1848er Bundesverfassung in diesem Jahr abgeschafft wurde. Zoll- und Handelsfragen wurden meist auf Basis der Gegenseitigkeit gelöst. Allerdings führte der Anschluss Badens an den Zollverein zum Aufbau einer größeren Distanz nach 1835. Die Nordostschweiz musste sich deswegen teilweise umstrukturieren. So ging der Schweizer Weinexport in die südwestdeutsche Nachbarschaft ein. Die Schweiz verwahrte sich immer gegen die Einvernahme durch die sich in den 1840er Jahren abzeichnende deutsche Nationalbewegung. Bei aller geistig-kulturellen Nähe der Deutschschweiz wollte man doch selbständig bleiben. So wie Deutsche in der Schweiz nicht die höchsten politischen Stufen erreichen konnten, blieb dies auch Schweizern in Baden verwehrt.

Ein Tiefpunkt der Beziehungen zwischen der Schweiz und der badischen Dynastie wurde 1848 erreicht. Revolutionäre flüchteten sich in die Schweiz und machten von dort aus erfolglose Ausfälle ins Badische. Die Schweiz hatte diesen Störmanövern ihrer „Gäste“ wenig entgegensetzen, verfügte sie ja nicht über ein stehendes Heer. Die staatliche Grenzkontrolle war noch wenig ausgebildet. Nach 1851 löste sich diese Frage und das gemeinsame Interesse an der Förderung der Infrastruktur für die Wirtschaft, d.h. der Eisenbahnbau, dominierte die diplomatischen Beziehungen. Dem zu großen Teilen problemlosen Einvernehmen half die Tatsache, dass einige Schweizer Politiker Baden durch ihr Studium kennen gelernt hatten und persönliche Beziehungen entstanden waren.

DISKUSSION

Prof. Schmidt-Bergmann: Sie haben nur kurz das Thema der Schweizer Studenten an den Universitäten Freiburg und Heidelberg angesprochen, ein Thema, das nach meinem Eindruck zu wenig beachtet wird. Gibt es darüber Publikationen, was studiert worden ist, wie viele dort studiert haben und in welche Wirkungsbereiche dies auch ausgestrahlt hat? Sie haben das für die Juristerei ja angedeutet

Dr. Kaufmann: Es gibt in Biografien zerstreute Hinweise. Aber zusammengestellt hat dies m.W. noch niemand. Felicitas Meissen hat etwa zwölf Artikel zu Schweizer Studenten an verschiedenen Universitäten in Baden und Württemberg publiziert, jeweils in den kantonalen historischen Organen der Herkunftsorte. Man müsste diesen Einfluss aber qualifizieren und auch, bei aller Ehre für den Föderalismus, kantonsübergreifend behandeln (ich darf das hier sagen, wir sind auf der badischen Seite). Auch kann man die Frage nicht nur südwestdeutsch beantworten. Umgekehrt war der Einfluss von Deutschen an Schweizer Universitäten enorm. Und man sollte auch eine Ebene miteinbeziehen, etwa die Gymnasialerziehung. Die Kantonsschule Aargau z.B. hatte einen besonderen Ruf als liberale Kadenschmiede der Schweiz im 19. Jahrhundert. Katholiken aus frommen Familien gingen dort nicht hin. Und hier war die Hälfte des Lehrkörpers aus Deutschland; auch dies gehört in diesen Kontext. Die Universitäten sollte man gesamtdeutsch untersuchen, nicht nur südwestdeutsche Beispiele. Auf Südwestdeutschland konzentrieren lässt sich dagegen z.B. die Untersuchung zuwandernder Bauern – ich finde es erstaunlich, dass das Thema so lange nicht wahrgenommen worden ist. Die große Arbeit von Prof. Klaus Uner über die deutschen Vereine in der Schweiz ist mehr politisch ausgerichtet.

Prof. Schmidt-Bergmann: Man belegt die Schweiz gerne mit den Stereotypen von Demokratie, Freiheit ect. Sie haben Rotteck angesprochen. Hat in dessen rechtsstaatliche Diskussion eigentlich das Schweizer Modell eingewirkt, auf seine Verfassungslehre, auf die Juristerei an den Universitäten überhaupt? Wir würden uns hier auf einer inhaltlichen Ebene des Austauschs bewegen. Oder gab es in den öffentlichen Diskussionen am Anfang des 19. Jahrhunderts hier keine Berührungspunkte?

Dr. Kaufmann: Nach der Arbeit von Paul Nolte über das Gemeinderecht in Baden erscheint die Schweiz nicht als Inspirationsquelle – ob das so aufrechtzuerhalten ist, müsste man kritisch hinterfragen; ich gebe aber zu, dass ich mich in diesem Bereich zu wenig auskenne. Den Gedanken der Volkssouveränität zu vertreten, war für einen vom großherzoglich badischen Staat bezahlten Professor natürlich noch eine heikle Sache, also auch für Rotteck. Vielleicht mag er in einem Herzenseck dafür Sympathien gehabt haben; er war aber nur für das Stimmrecht von Selbstständigen. Bei aller Bedeutung für die frühe liberale Bewegung war er ja kein Demokrat, sondern Monarchist. Wie z.B. ein Mittermeier die Schweiz wahrgenommen und in die Schweiz gewirkt hat, wäre eine interessante Forschungsaufgabe; er hatte ja auch Schweizer Studenten, über die ihm die neueste Entwicklung bekannt sein konnte. Nachgehen sollte man z.B. der Heidelberger Wirkung von Jonas Kurrer, der dort studiert hat und nach 1848 Bundesrat und Bundespräsident wurde.

Prof. Krimm: Die Rolle der Heidelberger Hochschullehrer in der liberalen Ära hätten wir gerne im Tagungsprogramm untergebracht, vor allem mit einem Referat über Robert Bluntschli, der

ja auch in der Politik des Großherzogtums eine Schlüsselrolle einnahm – oder gerne eingenommen hätte; leider war dafür kein Referent zu finden. Die frühe Regierungszeit Großherzog Friedrichs I. mit ihrem überraschenden Umschlagen von der Restauration in die Liberalität muss ohnehin eine spannungsreiche Zeit gewesen sein, in der ihre Ideen zu verwirklichen waren, die eigentlich zum revolutionären Gedankengut gehörten. Bluntschli konnte in der Nähe des Großherzogs wirken, nur eine Führungsposition in der Regierung erhielt er nicht. Wie hat der Großherzog diese doppelte Orientierung ausgehalten, gegenüber Preußen durch persönliche Bindung und aus Dankbarkeit für die Rettung der Monarchie, und gegenüber den liberalen Beratern wie Mathy oder Bluntschli? Und wie hat die badische Regierung in dieser Zeit eigentlich die Schweizer Nachbarschaft betrachtet? War die Schweiz nicht noch immer vor allem der Fluchtort für die Revolutionäre?

Dr. Kaufmann: Bluntschli gilt in der Schweiz als Liberal-Konservativer. Das muss man als eine Art Gefälle verstehen: was in Baden als liberal gilt, ist es noch keineswegs in der Schweiz. Bluntschli war z.B. ein Anführer des konservativen Zürich-Putsches von 1839, als im Aufstand gegen die Berufung des liberalen Theologen Strauß die konservative Landbevölkerung die Gelegenheit genutzt hat, die liberale Regierung zu verdrängen; Bluntschli wurde Mitglied der neuen, konservativen Regierung. Er hat changiert, er ist schwierig festzulegen. Man sollte daraufhin noch einmal seine drei dicken Bände an Erinnerungen durchlesen, in denen er sein so wichtiges Leben der Öffentlichkeit ausführlich schildert. Es ist eine spannende Quelle.

Dr. Furtwängler: Welchen Einfluss hatten eigentlich die badischen Gesandten in der Schweiz mit ihren Berichten auf die Politik der badischen Regierung? Oder gab es immer, wenn ein liberal ausgerichtet Gesandter da war, auch sein konservatives Pendant?

Dr. Kaufmann: Ich habe dazu eigentlich wenig Unterlagen finden können. Nach meinem Eindruck wurde ein Gesandter vor allem von Karlsruhe aus darüber instruiert, was er zu vertreten hat. Gewundert hat mich, auf welchem großem Fuß der gute Herr Josef von Igner in Zürich gelebt zu haben scheint; anscheinend hat er, wie er offen zugibt, verschiedene Darlehen bei Freunden in der Schweiz aufgenommen. Wie unabhängig er dann war, wenn er wahrscheinlich bei seinen Dialogpartnern Schulden hatte, wäre eine interessante Frage.- Es gab technische Anliegen wie die Fragen der Eisenbahn. Sie wurden von Spezialisten vorbereitet und der Gesandte leistete eigentlich nur noch die Unterschrift; die Vorverhandlungen, zumindest nach 1852, besorgten die jeweiligen Fachleute der Ministerialbürokratie. Der Rest war eher Repräsentation, bei der es nicht um Liberalismus oder Konservatismus ging. Aber grundsätzlich genügt die Auswertung der diplomatischen Korrespondenz natürlich nicht; der Abgleich mit den Regierungsakten und mit der zeitgenössischen Presse ist unverzichtbar – und in kurzer Zeit nicht zu leisten.

Jean-François Bergier, Zürich/Clarens

Erschwerte Nachbarschaft

Es entbehrt womöglich nicht der Ironie, dass Sie zur Betrachtung der erschwerten Nachbarschaft Süddeutschlands und der Schweiz während des Nationalsozialismus keinen Historiker aus der unmittelbaren Nähe, etwa Basel oder Zürich, ausgewählt haben, sondern einen aus der entfernten Romandie, die aus kulturellen (z.B. sprachlichen) wie auch aus wirtschaftlichen Gründen mit Baden-Württemberg viel weniger verbunden ist. Vielleicht dies ein Vorteil: es ermöglicht mir eine gewisse Distanz, wenn ich versuchen werde, einige Aspekte der kommerziellen Beziehungen unserer beiden Länder in den schwierigen Jahren von 1933 bis 1945 zu hinterfragen und insbesondere die Lage der in Süddeutschland aktiven Niederlassungen schweizerischer Unternehmen anhand von Beispielen zu erörtern.

Dieses historische Feld wurde, neben vielen anderen Fragen der wirtschaftlichen Verflechtung der Schweiz mit dem Dritten Reich und anderen Ländern, von der Unabhängigen Expertenkommission: Schweiz – 2. Weltkrieg erforscht. Diese Kommission, der ich präsiert habe, wurde Ende 1996 vom Schweizer Parlament und Bundesrat ins Leben gerufen, um klare, glaubwürdige Antworten geben zu können, nachdem in den Monaten zuvor scharfe Kritik am Verhalten der schweizerischen Wirtschaft, der Regierung und sogar des Volkes während jener Zeit geäußert worden war, insbesondere von ausländischen Kreisen. Tatsächlich herrschte über dieses dunkle Kapitel der Geschichte große Ungewissheit; es wurde während der ganzen Zeit des Kalten Kriegs tabuisiert, deshalb nicht oder sehr wenig erforscht, insbesondere was die Wirtschaft betraf. Zu diesem Forschungszweck bekam die Kommission zum ersten Mal – und vielleicht zum letzten – das rare Privileg des ungehinderten Zugangs zu allen Quellen in der Schweiz, vor allem zu den privaten Archiven der Unternehmen, teilweise auch zu den Archiven derer ausländischen Niederlassung. Darüber hinaus wurde auch viel Material aus Archiven in Deutschland, Österreich, Italien, Frankreich, Großbritannien, den USA, Russland, Polen usw. zusammengetragen.

Diese breit angelegte Forschung hat es ermöglicht, ein ziemlich präzises Bild der Lage schweizerischer Firmen in Deutschland zu rekonstruieren und deren Verhalten und Strategie nachzuvollziehen. Zwar bleibt das Bild unvollständig: die beschränkte Zeit von fünf Jahren reichte nicht aus, um alle gestellten Fragen zu beantworten, alles Material einzusehen: wir sind überrascht worden von der Menge der Unterlagen, die uns in den Firmen erwartete. Doch konnten wir vieles auswerten, insbesondere über die sehr unterschiedlichen Verhältnisse

zwischen deutschen Filialen und schweizerischen Mutterhäusern. Die Forschung wurde von mehreren Mitarbeitern geleistet, die die Kommission angestellt hatte; sie wurde in einigen der 27 Bände unseres Schlussberichtes dargestellt, unter anderem (Süddeutschland direkt betreffend):

- Christian Ruch, Myriam Rais-Liechti, Roland Peter, Geschäfte und Zwangsarbeit: Schweizer Industrieunternehmen im „Dritten Reich“ (vol. 6, 2001).

- Lukas Straumann, Daniel Wildmann, Schweizer Chemieunternehmen im „Dritten Reich“ (vol. 7, 2001).

- Jean-Daniel Kleisl, Electricité suisse et Troisième Reich (vol. 5, 2001).

(alle im Chronos Verlag, Zürich; vol. 5 auch bei Payot, Lausanne).

Eine Zusammenfassung findet sich im Synthese-Band, „Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg“, Pendo Verlag, Zürich 2002 (auch auf französisch, italienisch und englisch erschienen).

Alle hier erwähnten Fakten sind aus diesen Publikationen ausgewählt. Ich alleine verantworte aber die Perspektive, aus welcher ich diese Fakten einordne. Um sie besser verständlich zu machen, muss ich kurz ein paar Bemerkungen voranstellen, erstens über den Grenzverkehr der Schweiz im allgemeinen; und zweitens über die Geschäftsbeziehungen zwischen der Schweiz und dem Dritten Reich als Ganzem.

Grenzverkehr

Seitdem Grenzen existieren, d.h. präzise Trennlinien zwischen zwei Souveränitäten (sie sind im Spätmittelalter entstanden), konnten sie nie verhindern, dass enge Beziehungen beiderseits weiterbestehen oder sich entwickeln konnten. Es geht nicht bloß um die wirtschaftliche Komplementarität, sondern um Solidaritäten und Vernetzungen aller Art: kulturelle, familiäre usw.

Das gilt ganz besonders für die Schweiz und ihre Nachbarn. Einerseits, einfach weil die Schweiz mit den Nachbarländern drei der wichtigsten Kulturen und Sprachen Europas teilt. Andererseits, weil das kleine Land, seit je auf den Austausch über die Grenzen angewiesen war – eine Überlebensfrage: die Schweiz lebt vom Import von Lebensmitteln, Rohstoffen, Energie und sogar, seit dem Ende des 19. Jahrhunderts, der Arbeitskraft; und vom Export ihrer Produkte

und Dienstleistungen (Banken, Versicherungen, Tourismus). Die angrenzenden Regionen sind natürliche Partner.

Diese Partnerschaft besteht entlang den ganzen Grenzen, auch in den Gebirgsregionen. Sie ist aber besonders konstant und lebendig, wo sich geographische Pforten dem Grenzverkehr öffnen: entlang des Rheins und vor allem rund um Basel mit der zweifachen Öffnung nach Baden und dem Elsass – die *Regio Basiliensis*, die Gemeinschaft der dreifachen Grenzen, hat eine lange Vorgeschichte. Wie am Genfer See, die Stadt Genf mit ihrer Öffnung nach Savoyen und Burgund. Der Kanton Genf hat nur etwa 4 Km gemeinsame Grenze mit dem Kanton Waadt, also der übrigen Schweiz, aber mehr als 100 Km mit Frankreich, woher er schon immer seine Nahrungsmittel bezog (auch, teilweise, während des Kriegs). Und das Tessin ist in vieler Hinsicht mehr mit der Lombardei als mit der Schweiz verbunden, sowohl kulturell wie auch wirtschaftlich.

Die Machtergreifung Hitlers und die rasche Entwicklung einer Nationalsozialistischen Gesetzgebung, die nicht nur rassistisch, sondern auch streng protektionistisch war, dann der Krieg selbst, haben diese engen Verbindungen auf harte Proben gestellt, dramatisch erschwert (wenn man an die persönlichen, familiären Beziehungen denkt), aber nie völlig zerstört – die Abhängigkeit beidseits der Grenzen war zu stark. Der Kontakt blieb also unter erschwerten Umständen, strengen Kontrollen, Misstrauen und Angst einigermaßen erhalten. Ein kleines Beispiel, fast an Absurdität grenzend: der deutsche Leiter der Georg Fischer-Filiale in Singen kehrte jeden Abend ruhig nach Hause zurück – nach Schaffhausen.

Schweiz – Drittes Reich

Die Beziehungen der Schweiz zu Süddeutschland hatten also auch während des Kriegs einen eigenen Charakter, und dürfen nicht mit den Beziehungen zum Dritten Reich als Ganzem gleichgestellt werden. Doch ist es evident, dass das Verhältnis zum ganzen Reich dasjenige zum benachbarten Teil stark prägte. Einige kurze Hinweise sind hier nötig.

Die wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Reich sind sehr zwiespältig gewesen. Die Schweiz war von Deutschland während des Krieges (insbesondere ab Sommer 1940) völlig abhängig: die Deutschen, zusammen mit ihren italienischen Alliierten (vom September 1943 bis Sommer / Herbst 1944 auch allein) kontrollierten die ganze Zufuhr. Sie waren alleinige Lieferanten von Kohle, Eisen und weiteren lebensnotwendigen Waren. Deshalb musste die schweizerische Regierung fast ständig verhandeln, immer wieder neue Abkommen mit Deutschland

unterschreiben. Der Druck war ständig und enorm, fast bis zum Ende des Krieges, weshalb die Schweiz viele Konzessionen eingehen musste: nur so konnte sie ihre Neutralität bewahren, ihre demokratischen Institutionen, ihre Freiheit schützen. In diesem Sinne wurde ein gewisser Grad der wirtschaftlichen Anpassung zur politischen Widerstandswaffe. Dass diese Konzessionen oft weit gingen, manchmal zu weit, konnten unsere Nachforschungen beweisen, etwa bei den Goldübernahmen aus der Reichsbank, dem Eisenbahntransit nach Italien, den Lieferungen von Waffen, Munition, Bombenzündern und weiterem Kriegsmaterial – auch wenn wir feststellen konnten, dass solche Lieferungen kaum den Kriegsverlauf beeinflussten.

Auf der anderen Seite wurden die meisten schweizerischen Unternehmen vorsichtig, misstrauisch sogar, gegenüber den langfristigen Möglichkeiten und Wachstumskapazitäten der deutschen Wirtschaft. Die Banken hatten große Schuldforderungen, die sie seit der Weltwirtschaftskrise mühsam einzuziehen versuchten; sie waren deshalb nicht bereit, sich noch mehr zu engagieren. Für alle, auch für die Industrie, war es schwierig, für viele kaum möglich, Gewinne und Guthaben nach der Schweiz zu überweisen; und solche Kapitalien in Deutschland oder in den besetzten Gebieten zu investieren war im allgemeinen ein zu riskantes Geschäft – schon vor dem Krieg selbst.

Ab 1933, sogar bereits ab 1931, stellt man fest, dass sich kein schweizerisches Unternehmen neu auf deutschem Boden (oder in Grenznähe) etabliert hätte. Diejenigen, die dort tätig waren, haben sich nicht zurückgezogen – die getätigten Investitionen wollten sie nicht einfach abschreiben. Doch gab es Ausnahmen. Die bedeutendste ist der Rückzug der Gebrüder Sulzer Winterthur (Dieselmotoren, wichtig für die deutsche Marine), die sich 1939 von ihren Filialen in Stuttgart und Ludwigshafen trennen, und ab 1942 auf jedes Geschäft mit Deutschland verzichten. Hier spielten zwei Beweggründe mit. Einerseits eine subjektive, persönliche Anschauung: die Familie Sulzer pflegte ihre Anglophilie und war eng mit England und den USA verbunden. Andererseits eine objektive Lagebeurteilung: die Firma fürchtete, auf die schwarze Liste der Alliierten eingetragen zu werden (was auch eine Zeit lang geschah) und so ihren Marktanteil in England und Amerika zu gefährden.

Die meisten Firmen blieben also auf dem deutschen Markt, nicht aus ideologisch-politischer Überlegung (dafür haben wir kein Beispiel gefunden), sondern, weil sie davon ausgingen, dass sie keine Alternative hatten und also versuchten, jede auf ihre Weise, noch so gut wie möglich Geschäfte zu machen (manche konnten tatsächlich kurzfristige Erfolge verbuchen) und vor allem, sich für die Nachkriegszeit eine günstige Ausgangslage zu schaffen – was auch vielen

gelingt. Wenn es einen gemeinsamen Nenner in den Unternehmensstrategien gab, dann ist es sicher die Erwartung, nach dem Krieg auf dem deutschen Markt präsent sein zu können, in der richtigen Auffassung, dass, auch im Falle einer Niederlage, Deutschland ein wichtiger Markt bleiben würde. Das gilt insbesondere für die Firmen im Süden Deutschlands, zu denen ich jetzt komme.

Filialen in Süddeutschland

Die genaue Anzahl der Schweizer Unternehmen in Süddeutschland bleibt unbekannt – es gibt keine klar dokumentierte Übersicht. Es sind aber Hunderte, die meisten ganz kleine (eine Werkstatt, ein kleiner Hotel- und Restaurationsbetrieb), aber nicht wenige mittel- bis sehr große Unternehmen. Die relativ hohe Dichte schweizerischer Unternehmen im Lande Baden wird indirekt durch eine finanzielle Statistik ausgewiesen: 87 % der Regiespesen deutscher Filialen, die in die Schweiz während des Kriegs zurückbezahlt werden konnten, kamen aus dem Land Baden. Bereits dieser Hinweis bezeugt die außerordentlich engen geschäftlichen und gesellschaftlichen Verflechtungen über den Rhein hinweg.

Wenn man ihre Geschäftsführung untersucht, staunt man über die Vielfalt der Möglichkeiten, der Strategien, über die Unterschiede in der Geschäftspolitik, wie auch über die ganz verschiedenen Formen des Verhältnisses zwischen deutscher Filiale und schweizerischem Mutterhaus. Diese Vielfalt deutet darauf hin, dass trotz schwieriger Produktionsumstände, der strengen Gesetzgebung und vielfältiger Verordnungen, trotz Mangel an Rohstoffen, an Energie, an Arbeitskraft, doch gewisse Spielräume bis Kriegsende vorhanden blieben. Sicher waren sie sehr begrenzt, jedoch nicht so eng, wie man es vielleicht meinen könnte.

Das Problem war, diese Spielräume richtig und rechtzeitig zu bemerken und klug genug zu sein, um sie nützen zu können. Die beste Chance bot die Mehrschichtigkeit in der Machtstruktur des Deutschen Reichs und seiner Bürokratie. Es gab eine Vielzahl von parallelen Behörden (Staat, Partei, Vierjahresplan von Göring, SS, Wehrmacht), von Staaten im Staat, deren Rivalität instrumentalisiert werden konnte und es auch wurde. Darüber hinaus und trotz des Totalitarismus des Regimes, strebten einige Länder nach einer minimalen, doch signifikanten Autonomie im Wirtschaftsbereich gegenüber Berlin. Und das war eben der Fall im Land Baden. Dessen Ministerpräsident Walter Köhler, ebenfalls Wirtschaftsminister, war ein tüchtiger Ressortleiter und ein guter Ökonom (bereits 1937 kam er ins Gespräch als Schachts Nachfolger im Wirtschaftsministerium). Selbstverständlich war er Mitglied der Partei, gehörte aber nicht deren innerem Kreis an und war kein Fanatiker. Oft stieß er sich am badischen Gauleiter, Robert

Wagner. Köhler lag weniger an der Realisierung der Pläne von Göring und anderen, sondern vielmehr an der Förderung seines verhältnismäßig armen Landes: mit wenig Industrie und etwas vernachlässigt durch die Distanz zu Berlin und die Nähe zu Frankreich und zur Schweiz, zu denen beiden Ländern, wie erwähnt, gute Nachbarschafts-Verhältnisse herrschten. In diesem Sinn war Köhler ein Befürworter schweizerischer Firmen in seinem Gebiet und begünstigte sie soweit wie möglich – was aber nicht jeder Unternehmer durchschaute, sondern sich mehr Erfolg von der Verständigung mit Wagner und der Partei versprach.

Beispiele

Maggi (Kemptthal), eine Lebensmittelfabrik, deren Filiale in Singen seit 1897 Bouillonwürfe und Suppen produzierte. Sie arbeitete also direkt für den Konsumenten, auf einem Gebiet, das nur indirekt als kriegswichtig betrachtet werden konnte. Für Maggi war der deutsche Markt unverzichtbar: der Schweizer Binnenmarkt war zu klein, um Expansionsmöglichkeiten anzubieten; und Maggi hatte nirgendwo sonst Fuß gefasst. Sie musste aber von Anfang an mit einer harten Konkurrenz von deutschen Firmen kämpfen, etwa Knorr in Heilbronn oder Gröbener in Karlsruhe. Ihre schweizerische Herkunft wurde ständig angeprangert, es wurde mit Boykott gedroht (siehe die Karikatur auf dem Programm unserer Tagung!). Aus diesem Grund passte sich Maggi sofort, ab 1933, den neuen Machthabern an und zeigte deutliche (wenn nicht begeisterte) Zeichen einer servilen Zustimmung: strenge Disziplin, interne Propaganda, sofortige Ausschließung jüdischer Mitarbeiter usw. Dies zahlte sich aus, jedenfalls kurzfristig. Maggi bekam Ehrungen und Bestellungen. Ähnlich verhielten sich andere Firmen, die Konsumgüter anboten, z.B. in der Textil- und Bekleidungsbranche.

Die **Aluminium-Industrie, AIAG**, hatte natürlich für die deutsche Kriegswirtschaft einen ganz anderen Stellenwert. Sie wurde als unentbehrlich betrachtet und entsprechend favorisiert. Gleichzeitig wurde sie gezwungen, sich in ein deutsches Kartell umzuformen, das weitgehend der Kontrolle des Mutterhauses in Lausanne entglitt. Dieses blieb skeptisch gegenüber großen deutschen Investitionen, konnte sie aber kaum verhindern.

Brown, Boveri & Cie (BBC), mit Sitz in Baden (Aargau) und einer wichtigen Filiale in Mannheim war, mit mehr als 15'000 Beschäftigten, größte Schweizer Industrieunternehmen in Süddeutschland (und in Deutschland überhaupt). Die BBC Mannheim war auch die einzige Filiale, welche durch die Bomben der Alliierten grösseren Schaden erlitten hat. Sie war kriegswichtig als Herstellerin von elektrischen Motoren (für U-Boote), Turbinen usw. Aber im Gegensatz zur Aluminiumindustrie war sie in einen starken Konkurrenzkampf verwickelt: ihr

Marktanteil (1939: 19%) lag weit hinter jenem der zwei Giganten der Branche, Siemens und AEG.

Daraus ergab sich ein zwiespältiges Verhalten. Einerseits forcierte die deutsche Führung Investitionen, um mehr produzieren zu können – gegen die vorsichtigen Instruktionen aus Baden, die in Mannheim überhaupt nicht zur Kenntnis genommen wurden. Andererseits versuchten die Leiter des Konzerns, die keine Anhänger der Partei waren, die Firma ausserhalb der Nazi-Ideologie zu halten (ganz im Gegensatz zu Maggi). Man erfuhr später, dass Hammerbacher, der starke Mann des Konzerns, ein Freund von Elisabeth von Thadden, Kontakte zum deutschen Widerstand hatte. Aber die kommerzielle Leistung wog aus deutscher Sicht schwerer als die Ablehnung des Regimes.

Aus Zeitgründen muss ich auf weitere Beispiele verzichten – die drei, die ich ausgewählt habe, sind aber, so glaube ich, repräsentativ. Ebenso verzichte ich darauf, an dieser Stelle über die Zwangsarbeiter zu berichten. Diese wurden auch von den Schweizer Filialen beansprucht, genau wie in deutschen Firmen – und mit wenigen Ausnahmen in einer Art und Weise, die unmenschlich war. Wie weit die Mutterhäuser in der Schweiz von diesen Umständen Kenntnis hatten, ist unklar: aus verständlichen Gründen schweigen die schriftlichen Quellen darüber.

Wir können jedoch feststellen, dass die Kommunikation zwischen jeweiligem Mutterhaus und der Filiale im Ausland (nicht nur in Deutschland) schlecht funktionierte. Nach dem Krieg haben sich die betreffenden Schweizer Leiter aus der Verantwortung gezogen. Tatsächlich war die Kommunikation erschwert: Reisen war schwierig und umständlich, Post- und Telefonverkehr wurden überwacht. Mehrere Filialen haben davon profitiert, um sich de facto selbständig zu machen – BBC ist das extremste Beispiel dafür. Auch Betriebe, die ganz nah an der Grenze waren, etwa in Singen, konnten sich einer genauen Kontrolle aus der Schweiz entziehen. Waren solche Hindernisse aber nicht reine Scheingründe? Andere Filialen, im gleichen Kontext, konnten durchaus ihre Verbindung zur Schweizer Führung aufrecht erhalten. Etwa Nestlé, nicht in Baden Anwesend, sondern in Berlin: der Chef der deutschen Gesellschaft (selbst ein Schweizer, der den ganzen Krieg in Berlin ausharrte) kommunizierte wöchentlich mit Vevey, wohin er alle paar Monate problemlos auch reiste. Auffallend ist, dass nach Kriegsende alle Schweizer Firmen in Süddeutschland ihre Tätigkeit ohne größere Schwierigkeiten mit den Besatzungsbehörden wieder aufnehmen durften. Allein Maggi verlor seinen Markt und verschwand. Der Name und dessen Prestige konnten nur durch die Übernahme der Firma durch Nestlé gerettet werden.

DISKUSSION

Moehring, Markus: In unserem Museum zeigen Werbeplakate für Milka-Schokolade von 1933 die Schweizer Alpen mit dem Text: „Gute Schweizer Schokolade wird natürlich hier in Lörrach produziert“ bzw. „Der Schwarzwald, Suchards Heimat“. Es gab dann eine Sprachregelung, dass man Suchard nicht mehr französisch, sondern deutsch aussprechen solle – seit dem spricht die ältere Bevölkerung in Lörrach von „Suchard“. Ich weiß aber nichts über das Verhältnis der Firma zu ihrem Stammhaus. Muss man sich das wie bei Maggi vorstellen?

Prof. Bergier: Ohne Einzelheiten zu kennen – wir konnten nur die Größten unter die Lupe zu nehmen – nehme ich an, dass es in der Schweiz eine Vereinigung der Schokoladefabrikanten gab, die ihre Politik unter sich absprach, und da wir von Nestle wissen, dass die Firma sehr zurückhaltend war, wird das auch für Suchard gelten. Suchard, so weit ich weiß, war nicht nur in der Schweiz und Deutschland präsent, sondern auch in anderen Ländern. Hier liegt der Unterschied: Ein Land, das abhängig ist von einem bestimmten Markt, hat viel weniger Bewegungsfreiheit. Eine Marke, die in der ganzen Welt präsent ist, ist beweglicher und kann eventuell auf einen Markt verzichten. Sie haben beschrieben, dass bei der Schokolade aus dem Schwarzwald die Schweizer Herkunft kaschiert oder zumindest in den Hintergrund gerückt werden sollte. Das hat wohl mehr mit patriotischer Stimmung zu tun als mit Kriegswirtschaft – und diese Stimmung begann vor der Machtergreifung in der Wirtschaftskrise, die natürlich auch die Schokoladenproduktion betroffen hat.

Moehring, Gerhard: Soweit mir in Erinnerung ist, wurde Suchard selbständig, war nach 1933 als eigene Firma keine Filiale und nicht mehr abhängig von Neuenburg.

Prof. Bergier: Gewiss, aber wem gehörte sie? Wahrscheinlich direkt oder indirekt doch den Neuenburgern. Viele Firmen haben sich nur formell unabhängig gemacht; das Kapital war immer noch beim Hauptbesitzer. Aber ich kenne den Fall leider nicht.

Herr Leichsenring: Können Sie etwas zum Verhalten der eingangs genannten Hunderten von Kleinunternehmen, in der Gastronomie z.B., sagen? Ich vermute, dass die Entscheidungen dort ganz individuell ausfielen, dass man je nach Anschauung entweder mitmachte oder in die Schweiz zurückging.

Prof. Bergier: Schwer zu sagen, da wir keine Statistik haben. Das wäre nur nach Lokalforschungen zu beantworten. Ich persönlich habe den Eindruck, dass sich relativ wenige dieser Unternehmen in Grenznähe in die Schweiz zurückgezogen haben. Viel mehr aus dem Norden, aus Preußen und Mecklenburg, Hamburg usw. Von dort sind tatsächlich einige Schweizer Unternehmer oder Leute, die beruflich dort tätig waren, zurückgekehrt.

Herr Leichsenring: Bedeutet das, dass näher an der Grenze zu wohnen, auch ein Stück gemeinsames Denken dokumentiert – oder dass einfach im Zweifelsfall der Fluchtweg kürzer ist?

Prof. Bergier: Vielleicht fühlte man sich während des Krieges im Süden doch etwas sicherer als in Berlin oder Hamburg: Es gab keine Bomben und der Druck war geringer. Und, wie gesagt, die lokalen staatlichen Behörden waren hier den Schweizern gegenüber wohlwillender als in anderen Gegenden des Reiches.

Dr. Kaufmann: Können Sie noch einmal den Prozentsatz der Spesen, diese 87 %, erklären. Worauf bezog sich das genau?

Prof. Bergier: Man hat nach dem Krieg in den Berechnungsstellen in Bern und Zürich mit großem Aufwand versucht, die Guthaben der Schweiz in Deutschland und umgekehrt zu bilanzieren. Von den Gewinnen der Firmen im Krieg betrachtete man 87 % als sogenannte Regie-Spesen; damit war die Filiale an den Gesamtkosten der Verwaltung des Konzerns beteiligt, nach der Regel, dass Filialen auch einen Teil der Dienstleistungen aus dem Mutterhaus bezahlen sollten.

Dr. Kühl: Haben Sie auch Unternehmen untersucht, die binational, deutsch-schweizerisch waren wie die Energiewirtschaft? Lassen sich da ähnliche Tendenzen beobachten? Und eine andere Frage: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik war ja nicht von Anfang an stringent, sondern stand zunächst unter den Vorzeichen eines Wiederaufbaus. Der Übergang zu einer mehr oder minder geordneten Kriegswirtschaft mit ganz anderen Lenkungsmechanismen setzte erst später ein. Lassen sich da bei den Schweizer Unternehmen unterschiedliche Strategien beobachten? Sie haben auf die Firma Maggi abgehoben, die sich 1933 sozusagen schon selbst „gleichgeschaltet“ hat, um es ein bisschen überspitzt auszudrücken. Aber zunächst könnte es doch so gewesen sein, dass die Schweiz, die natürlich ebenfalls unter der Weltwirtschaftskrise litt, durchaus auch die Chancen sah, am deutschen ökonomischen Wiederaufstieg zu partizipieren, bis man dann vielleicht realisierte: „Halt, wo geht das eigentlich hin“.

Prof. Bergier: Ich habe darauf verzichtet, von den binationalen Unternehmen zu sprechen, weil dies ein sehr komplexes Thema ist. Diese Firmen sind Partnerschaften, teilweise privat oder auch unter staatlicher Kontrolle. Bei aller Schwierigkeit, die Rheingrenze genau zu fixieren, ging die Produktion von Elektrizität immer 50/50 an Deutschland und an die Schweiz, wobei die Schweiz einen Teil ihres Anteils auch wieder an Deutschland verkaufte. Während des ganzen Krieges funktionierte dieser „globalisierte“ elektrische Markt – und nicht nur zwischen der Schweiz und Deutschland, sondern auch gegenüber Frankreich und Italien. Die Gesellschaften waren meist vollständig vernetzt, z.B. besaß eine Anteil einer Filiale, die wiederum selbst Anteile des Mutterhauses besaß: das war extrem kompliziert, insbesondere mit Italien und Frankreich, aber teilweise auch mit Deutschland. Und interessanterweise war dies ein Gebiet, das praktisch entpolitisiert und außerhalb der Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz blieb, obwohl es eine wichtige Leistung der Schweiz für Deutschland bedeutete. Aber niemand kam auf die Idee, zu sagen: „Elektrizität gegen Kohle!“

Zum Zweiten: Sicher haben viele Firmen mindestens bis 1936/37 nicht wahrgenommen, worum es ging, und sich mit relativ großem Einsatz an diesem wirtschaftlichen Wiederaufbau beteiligt, da er auch für die Schweizer Unternehmen eine Lösung bedeutete. Es gibt aber Ausnahmen. Die Chemie-Industrie in Basel z.B., die relativ wenig unter der Krise gelitten hatte, blieb Deutschland gegenüber sehr zurückhaltend, vor allem Hoffmann-LaRoche, auch wegen der Rassegesetze; der „Big Boss“ von Hoffmann-LaRoche hatte eine jüdische Frau und emigrierte 1940 nach Amerika. Einige Firmen haben sehr geschickt ihre Geschäfte geteilt: Ein Sitz blieb in der Schweiz und der andere war in Amerika – einer für die ganze Welt und einer für die

geteilte Welt. Die deutschen Geschäfte gehörten zum Schweizer Teil. Aber formell waren sie geteilt, selbst wenn der Verwaltungsrat derselbe war.

Prof. Krimm: Als klar wurde, dass die deutsche Wirtschaftspolitik Kriegswirtschaft bedeutete: Gab es da eigentlich eine innerschweizerische Diskussion über die Beteiligung an einer Kriegswirtschaft (vergleichbar mit dem Fall Bührle in den 1960er Jahren)? Oder war das undenkbar?

Prof. Bergier: Sehr wenig. In den betroffenen Kreisen gab es diese Diskussion wohl schon und auch in der Bundesverwaltung. Aber in der Öffentlichkeit kaum. Man wusste, dass sehr viel nach Deutschland ging, aber alle hatten den Eindruck, und das war nicht unrichtig, dass es die Bedingung war, um selbst versorgt zu werden.

Dr. Kühn: Können Sie meinen Eindruck bestätigen, dass sich im bürgerlichen Basel, nicht zuletzt unter der sozialistischen Mehrheitsregierung, die Distanz zum badischen Nachbarn besonders ausprägte? Traditionell war diese Distanz wegen des ständigen Austauschs ja gering. Mit der Radikalisierung auf die Machtergreifung hin änderte sich das aber in Basel schneller als anderswo. Man saß „direkt gegenüber“ und sah täglich, was in Lörrach oder was in Baden passierte, wie sich die Nazis präsentierten und wie der Gauleiter aus Baden einen nationalsozialistischen Mustergau machen wollte. War deshalb in Basel die Distanz von Anfang an größer als auf der anderen Seite des Jura?

Prof. Bergier: Nein, ich glaube, das war ziemlich allgemein, im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg, wo die Schweiz in der öffentlichen Meinung praktisch geteilt war. Ich glaube, dass man sich auch in Genf oder Lausanne, in den hohen Etagen der großen Firmen wie auch auf der Strasse ziemlich einig war. Vielleicht gab es Nuancen, vielleicht waren in Basel, zumindest als der Krieg drohte, die Ängste größer. Ich kann mich erinnern, dass viele Angehörige meiner Familie im Sommer 1940 an den Genfer See auswichen. Hoffman-LARoche transferierte seinen Sitz nach Lausanne. Aber die Gefühle, die Ängste und die Abscheu vor dem Regime waren, glaube ich, ziemlich gleich. Das ist interessant, weil in der Westschweiz – nicht im Tessin – eine gewisse Sympathie für den italienischen Faschismus bis 1937 oder ungefähr bis zum Krieg vorhanden war, auch in der politischen Linken, die sich liberal nannte.

Moehring, Markus: Ihre Kommission hat einen sehr differenzierten Bericht vorgelegt. Andererseits haben wahrscheinlich die Wenigsten die elftausend Seiten gelesen, die dann über diesen Bericht diskutiert haben. Wie verlief denn aus Ihrer Sicht die Rezeption in der Schweiz? Wie war sie im Ausland? Insbesondere auch in der Öffentlichkeit?

Prof. Bergier: Da müsste ich ein neues Referat halten. Es ist schwierig. Im Ausland wurde der Bericht in den Kreisen, die daran Interesse haben konnten – also von Historikern und insbesondere jüdischen Organisationen – allgemein gut aufgenommen, ohne dass diese Leute den Bericht unbedingt gelesen haben. Aber mindestens die Tatsache, dass er da liegt und doch etwas Klarheit schafft – nicht überall, aber ziemlich viel – war ein Plus. Und ich habe während der ganzen Arbeit darauf insistiert, dass das, was wir tun, gut ist für das Bild der Schweiz. Leider hatte ich neben mir einen Botschafter, den Chef einer Taskforce, die diplomatisch handeln sollte, und der wollte das Gegenteil. Er wollte immer alles diskret behandeln und keinen Lärm machen – das gab wohl einige komische Szenen. Aber das ist eine andere Geschichte. Im Ausland also war die Aufnahme gut. In der Schweiz ist es kompliziert. Ich war

extrem enttäuscht von der Reaktion der politischen Klasse. Die war am Anfang, als die Arbeit erstellt werden sollte, enthusiastisch. Es kommt selten vor, dass beide Kammern des Parlaments einstimmig eine Kommission beschließen. Aber nach kurzer Zeit und vor allem, nach dem die Banken eine große Summe, fast zwei Milliarden Schweizer Franken, nach New York bezahlt hatten, hat sich die Stimmung in der politischen Klasse verändert. Und vom „Retter des Vaterlandes“ sind wir zum Feind Nr. 1 geworden, ohne dass wir etwas an unserem Plan, an unserer Arbeit geändert hätten. Nach der Publikation hat das Parlament abgelehnt, eine Debatte über den Bericht zu führen. Die zuständige Kommission hat das beiseite gelegt, nach einer peinlichen Diskussion, bei der ich anwesend war. Ich war tief enttäuscht; sogar die Regierung blieb extrem zurückhaltend. Sie hatte versprochen, den Bericht zu lesen und zu kommentieren. Der Kommentar hatte kaum zehn Zeilen, mehr kam nicht. Die öffentliche Meinung war sehr interessiert, aber einigermaßen geteilt. Es gab Gruppen, nicht nur aus der älteren Generation, die den Bericht nicht kannten und sagten, dass der Bericht keinen Wert habe, alles falsch sei usw. Aber es war ein bisschen schwierig, das zu beweisen. Deshalb sagten sie, es gehe nicht um Beweise, sondern um das Bild der Schweiz, unser Bild sei zerstört – und sie könnten das nicht tolerieren. Es ist eine Minderheit, aber sie ist ziemlich einflussreich. Es gab große Diskussionen, es wurde gesagt, der Bericht sei unverdaubar. Also überlegten wir, ob sich eine Synthese herstellen ließe, eine Art Zusammenfassung in einfacher Sprache für ein breites Publikum oder für die Schulen. Der Kanton Zürich hat vor etwa zwei Jahren beschlossen, ein Schulbuch schreiben zu lassen. Aber es ist noch nicht da; es scheint sehr kompliziert und auch teuer. Das Projekt eines Berichts für ein breites Publikum wurde erstaunlicherweise an der ETH, an der ich Professor für Geschichte in französischer Sprache war, vom Rektor, einem Mathematiker, lebhaft befürwortet. Wir berieten in einer kleinen Gruppe und planten eine Ausgabe in zwei Versionen, einer französischen und einer deutschen, eventuell auch einer italienischen. Zwei Historiker wurden bestellt, aber dann fehlte das Geld, denn eine Stiftung, die das Geld versprochen hatte, zog die Zusage nach einigen Wochen plötzlich zurück. Der französische Verfasser schrieb trotzdem und sein Buch ist vor einem Jahr erschienen, mit 180 Seiten, eine wunderbare, sehr gut geschriebene Zusammenfassung. Thomas Meissen in Heidelberg hat in einer sehr umfangreichen, interessanten Publikation die letzten zehn Jahre dieser Problematik geschildert. Mit der Darstellung der Rolle der Kommission und von mir bin ich vielleicht nicht immer ganz einverstanden, aber es ist auch seltsam, plötzlich selbst Gegenstand der Geschichtsschreibung zu sein.

Eckhard Hagedorn, Steinen

Nur eine „Schwabenkaserne“?

Die Bedeutung der Basler Mission für den deutschen Südwesten

Sie haben natürlich Recht, wenn Sie die Formulierung des Themas als lediglich rhetorische Frage deuten, und ich werde mich beeilen, in dieser kleinen Skizze deutlich zu machen, dass die Basler Mission in der Tat mehr und etwas anderes ist als eine „Schwabenkaserne“ auf Schweizer Boden. Der Spitzname „Schwabenkaserne“ hat heuristischen Wert. Schon in diesem einen Wort artikulieren sich Wahrnehmung, Nähe und Distanz. Wer diesen Namen ernst nimmt, wird von ihm auf bestimmte Suchwege geschickt.

Spitznamen sind Verarbeitung von Wahrnehmung. Nie entstehen sie von selbst; wer einen erfand, muss vorher gesehen, gehört, wahrgenommen haben, sagt mit seiner Erfindung dann aber immer mehr und auch etwas anderes, als er oder sie wahrgenommen haben. Spitznamen können Nähe artikulieren, ein Jawort durch Augenzwinkern verschönern, liebevoll ironisieren, als Kosenamen Karriere machen, Liebeserklärung in nuce sein. Spitznamen können entfernen, Distanz bezeugen, Fremdheit artikulieren, den so Benannten verspotten, gar Vehikel von Hass sein. Freilich sind Spitznamen von Natur aus mehr prägnant als präzise. Aber das macht sie ja so beliebt.

Ein paar Hilfen zur Groborientierung

Das Eckhaus „Panthier“, an der Ecke Rittergasse / St. Albangraben in Basel wird 1816 zu einer Art Internat, 7 junge Männer, damals „Zöglinge“ genannt, wohnen hier; es wird schnell zu klein; 1820 zieht man in ein knapp 40 Personen Raum bietendes Haus in der Leonhardstraße, ab 1860 in den Neubau in der Nähe des Spalentores, den man wegen seiner Größe mit etwas Phantasie durchaus mit einer kleinen Kaserne vergleichen könnte.

Die Bewohner, auch dieses Phänomen ist bei Kasernen nicht unüblich, hatten vor ihrem Eintritt, „Einrücken“ sagte man damals auch, sehr verschiedene Berufe. Eine im Rückblick auf sieben Jahrzehnte des Bestehens erstellte Liste nennt Soldaten (Aha!), aber nur drei, etwas wenig im Vergleich zu 143 Bauern und Weingärtnern; es gibt Küfer und Kellner, Gürtler und Gerber, Schuhmacher und Schreiber, Bäcker und Buchdrucker, Holzarbeiter und Handschuhmacher, Musikanten, Kammacher und Tapezierer und so fort, auch 73 „Studenten, Gymnasiasten und dergleichen“.

Die Kaserne ist in Wirklichkeit ein Missionsseminar. Hier wird nicht Marschieren und Schießen exerziert, auf dem Plan stehen vielmehr, ich ziehe den Lektionsplan von 1821/22 heran, für die Präparandenklasse ein Collegium biblicum, Bibelgeschichte, Latein, Englisch und Griechisch, Ältere Weltgeschichte, Formenlehren und Kalkulation; für die 2. Klasse kommt Hebräisch hinzu, die Auslegung aller vier Evangelien und Neuere Weltgeschichte. Als weitere Ausbildungsjahre hinzukommen, fünf Jahre werden die Regel, steigen Fächerzahl und Ansprüche. Angesichts der Vorbildung vieler Zöglinge scheint das Phänomen der Unterforderung eher ein seltenes gewesen zu sein.

Manche Basler, Laien, Pfarrer, auch Professoren der Universität und viele Christenmenschen weit über Basel hinaus sahen in diesen jungen Männern das, was wir heute „Hoffnungsträger“ nennen würden. Verschleißresistente Burschen, die man überall hinschicken kann, auch in den Kaukasus, nach Indien, China oder Afrika, „Handwerker-Theologen“, denen man zutraute, dass das, was sie im Kopf hatten, auch im Herzen lebte und daher Hand und Fuß hatte.

Andere vermuteten hinter diesen Mauern Kasernendruck statt Esprit und sahen den überwunden geglaubten Pietismus fröhliche, sprich: missionarische Urständ' feiern. Die kritische Begleitung der Basler Mission im Bürgergespräch, in Zeitungsartikeln und einigen größeren Publikationen warnte vor Muckertum und apokalyptischer Schwärmerei, vor kritikloser Bibelverehrung und der Verbindung von Mission und Kolonisation.

Nun, was hier 1815 begründet und 1816 mit dem Eintritt der ersten Seminaristenklasse in die Tat umgesetzt wurde, war seinerzeit die dritte deutschsprachige Missionsgesellschaft. Sie hat heute ihren unangefochten prominenten Platz in den Kirchengeschichtsbüchern und missionswissenschaftlichen Nachschlagewerken. Schon 1902 konnte der renommierte Tübinger Verlag Mohr Siebeck eine „Einführung in die evangelische Missionskunde“ aus der Feder von Professor W. Bornemann herausgeben mit dem Untertitel „im Anschluß an die Basler Mission“.

Die Bestrebungen, in Basel ein Missionshaus einzurichten, sind zu sehen auf dem Hintergrund vorausgehender Bestrebungen vor allem in England. Bereits 1698 war dort die Society for Promoting Christian Knowledge (SPCK) gegründet worden, 1701 die Society for the Propagation of the Gospel in Foreign Parts, 1795 die London Missionary Society, 1799 die Church Missionary Society und die Religious Tract Society. Inhaltlich ging es schlicht darum, das christliche Grundbekenntnis zu Jesus Christus dem Herrn nicht verkümmern zu lassen. Wer dem Christus, von dem her die Christen ihren Namen haben, vertraut, schuldet ihn allen, darf

ihn nicht anderen vorenthalten. Während, wie Paul Jenkins in seiner „Kurze[n] Geschichte der Basler Mission“ schrieb, „den meisten Mitteleuropäern am Anfang des 19. Jahrhunderts [...] der Gedanke, Missionsarbeit in fremden Erdteilen zu leisten, als eine ganz ausgefallene Idee erscheinen“ musste und deshalb diese Arbeit faktisch auch ausfiel, sprach man hier sehr bewusst von der *Missionspflicht* und suchte Wege, ihr nachzukommen.

In den nächsten Jahren und Jahrzehnten arbeiteten Missionare der Basler Mission im Kaukasus, in Indien, China und mehreren afrikanischen Ländern. Dies alles ist gut dokumentiert und in vieler Hinsicht aufgearbeitet und jetzt nicht unser Thema.

„Die Schweiz und der deutsche Südwesten“ kommen deutlicher in den Blick, wenn wir das Stichwort „Schwabenkaserne“ ernst nehmen. Niemand scheint damals eingefallen zu sein, hier von einer Badener- oder Alemannenkaserne zu sprechen. Das geographisch Nächstliegende, das Großherzogtum Baden, war zunächst denkbar fern: Viel näher lag Württemberg, und Württemberg hat die Basler Mission geprägt.

So paradox es klingen mag: Die Prägung der Basler Mission ist, zeitlich gesehen, eine „präinatale“. Basel mit seiner reichen christlichen Tradition erlebte 1780 die Gründung einer Vereinigung, die man bald „Deutsche Christentumsgesellschaft“ nannte.

Der im 18. Jahrhundert sich stark entwickelnde Sozietätsgedanke und die rechtlichen Möglichkeiten, durch vereinsähnliche Gründungen die Arbeit der Kirchen zu ergänzen oder spezielle Interessen auszubilden, hatten vielerorts zu Briefwechseln engagierter Christen geführt, die nun durch Abschriften an sogenannte „Partikulargesellschaften“ weitergeleitet wurden; das ermöglichte gegenseitige Fürbitte und die Koordination von Aktivitäten. Im – von Basel aus gesehen - Ausland war die Stuttgarter Partikulargesellschaft die bedeutendste. Hier zeigte sich einmal mehr die Stärke des seit Johann Albrecht Bengel (1687-1752) kontinuierlich auf das kirchliche Leben Einfluss nehmenden Pietismus, der im 18. und 19. Jahrhundert zwar manche Veränderung erfuhr, aber sein Grundprägung nie verleugnete.

Die Christentumsgesellschaft entwickelte sich so rasch, dass bald ein hauptamtlicher Sekretär eingestellt wurde. Dafür berief man zunächst junge württembergische Theologen. Besonders zu nennen ist hier Karl Friedrich Adolf Steinkopf (1773-1859), der diese Aufgabe zwar nur von 1798 bis 1801 wahrnahm und dann Pfarrer an einer Londoner Kirche wurde, der aber über die Basler Zeit hinaus viele Fäden an einem Beziehungsgeflecht knüpfte, das für die Basler Mission von großem Nutzen wurde.

1807 berief man erstmals einen Nichttheologen zum Sekretär, den Württemberger Kameralisten Christian Friedrich Spittler (1782-1867), von dem Andreas Lindt 1980 bei einer großen Gedenkfeier im Basler Münster sagte, er habe „wie kein anderer sowohl der Christentums-gesellschaft wie dem christlichen Basel des 19. Jahrhunderts sein unverwechselbares Profil gegeben“. (116). Seine sechseinhalb Jahrzehnte umfassende dortige Tätigkeit hat zu einer großen Zahl von Gründungen geführt, die zum Teil bis heute Bestand haben; er ist auch einer der Gründungsväter der Basler Mission gewesen. Wenn 1999 auf St. Chrischona – die dortige Pilgermission ist ebenfalls eine Spittlergründung – eine Tagung zum Thema „Das 'Fromme Basel'. Religion in einer Stadt des 19. Jahrhunderts“ stattfand, so ist bezeichnend, dass Spittler im stattlichen Berichtsband der Tagung nicht nur in einem speziellen Beitrag gewürdigt wird, sondern man ihn in den meisten – thematisch sehr unterschiedlich akzentuierten – Vorträgen wieder trifft. Nun war es keineswegs nur der Württemberger Spittler, der seinen Blick nach Württemberg richtete; Gleiches galt für die ganze Basler Partikulargesellschaft, die maßgebende in der DCG.

Überblickt man den Zeitraum von 1780, der Entstehung der DCG bis 1815, der Begründung der Basler Mission und weiter bis etwa zum Jahr 1825, lassen sich bedeutsame Veränderungen erkennen. Gustav Adolf Benrath hat sie aus Anlass der 200-Jahrfeier der DCG 1980 detailliert nachgezeichnet.

Eine nach innen gerichtete, das ältere pietistische Erbe bewahrende Vereinigung, die angesichts der sogenannten „Neologie“, also einer von der Aufklärung geprägten Theologie festhielt an der Lehre „von der vollen Erlösungsbedürftigkeit des Menschen, von der Gottmenschheit Christi und von der Versöhnung durch Christi Opfertod“ (96) wurde um 1795 zur Erweckungsbewegung, die nach und nach stärkere Aktivitäten entfaltete und in den „Sammlungen für Liebhaber christlicher Wahrheit und Gottseligkeit“ über eine vielbeachtete Hauptpublikation verfügte. Eine dritte Phase beginnt nach der Ära Napoleons und den Freiheitskriegen, und in diesem Zusammenhang ist nun wieder die Basler Mission interessant: man blickt weit über die schweizerischen, deutschen oder europäischen Verhältnisse hinaus und widmet sich der Ausbildung von Missionaren. Benrath fasst die drei Etappen des Weges prägnant zusammen unter den Bezeichnungen *Societas de confirmanda fide*, *Societas de propaganda fide* und *Societas de praedicanda fide*.

In diesen Zusammenhang ist es einzuordnen, wenn Spittler am 18. Juli 1815 Staatsrat Peter Ochs das gemeinsam mit Pfarrer Nikolaus von Brunn und anderen Basler Freunden erstellte Gesuch einreichte, ein Missions-Institut zu genehmigen,

„worinn anerkannt rechtschaffene und religiös denkende junge Männer jeder Confession und jedes Standes zweckmäßigen Unterricht in fremden Sprachen und reiner Bibellehre erhalten könnten, um dann nach einigen Jahren als brauchbare Missionarien zu der zahllosen Menge von Heiden in fremden Weltteilen zu reisen und ihnen nach dem Befehl Christi Matth. 28,19 das seligmachende Evangelium zu verkündigen.“

Als Wilhelm Schlatter 1916 den ersten Band der inzwischen fünfbändigen Geschichte der Basler Mission veröffentlichte, hielt er es für das Sinnvollste, ihr bis dahin hundertjähriges Wirken nach den Leitern des Missionshauses und der Missionsgesellschaft zu gliedern: „[Christian Gottlieb] Blumhardts Inspektorat 1816-1838, [Ludwig Friedrich Wilhelm] Hoffmanns Inspektorat 1839-1850, [Joseph Friedrich] Josenhans 1850-1879“. Es handelt sich sämtlich um Württemberger, und schon die langen „Amtszeiten“ deuten darauf hin, dass ihr Einfluss groß war. Hoffmann macht eine Ausnahme; er steht „nur“ elf Jahre an der Spitze; die Basler theologische Fakultät, an der er auch Vorlesungen hält, verleiht ihm die Doktorwürde; Hoffmann wird nach seiner Basler Zeit Ephorus des Tübinger Stifts und schließlich Hofprediger in Berlin. Übrigens stammten auch die nächsten beiden Inspektoren Schott und Oehler aus Württemberg, und noch im 20. Jahrhundert bis kurz vor den 2. Weltkrieg finden wir in Karl Hartenstein einen Schwaben an der Spitze der Mission.

Schaut man nach den Lehrern – das Wachsen der Mission machte die Einstellung von weiteren theologischen und „allgemeinen“ Lehrern nötig - ergibt sich ein ähnliches Bild, und es wird Sie nicht überraschen, dass das auch für die Missionsschüler gilt.

Wiederum eine vergleichbare Situation finden wir draußen im Land bei den sogenannten „Hilfsvereinen“. Bald nach der Gründung der Missionsschule entstanden in der Schweiz und in Württemberg kleinere und größere Gruppen, die sich die Unterstützung ihrer Mission angelegen sein ließen. Auch hier zeigt sich deutlich ein besonders intensives und kontinuierliches Engagement württembergischer Hilfsvereine.

Es wäre nun allerdings ein grobes Missverständnis, würde man aus diesen Zahlenverhältnissen ableiten, dass die Basler Mission in Basel ein Fremdkörper gewesen ist. Der Basler Pietismus hat sich die „württembergische Invasion“ nicht nur gefallen lassen, sondern sich durch sie

durchaus als privilegiert verstanden. Für viele war die Basler Mission ureigenstes Projekt. Am leichtesten lässt sich dies am Komitee erkennen. Der Bildband zur Hundertjahrfeier der Mission im Jahr 1915 zeigt Porträts von Pfarrer Nikolaus von Brunn, Kaufmann Merian-Kuder (dem ersten Kassier der Basler Mission), Pfarrer Simon La Roche, außerdem die Ratsherren Adolf Christ und Karl Sarasin. Die Porträtierten stehen für viele andere.

Hier hatten bedeutende Basler Bürger Einfluss bis ins Detail und auch ins Große hinein. Dass lange Zeit die Hilfsvereine keine eigene Vertretung in diesem Gremium hatten, man andererseits alle Entscheidungen mit dem Personal bis hin zum Inspektor in häufigen Sitzungen vorbereitete und dann gemeinsam durchführte, gab den Inspektoren einerseits Raum, ihre Begabungen zu entfalten, bewahrte sie aber auch vor Einzelgängertum. Andererseits konnten die Komiteemitglieder vieles in die Bürgerschaft – Basel hatte damals etwa 17.000 Einwohner - hineinkommunizieren. Die Stetigkeit des Begleitens und die solide Herzlichkeit gegenseitigen Vertrauens zwischen Komitee und Inspektor bzw. Lehrerschaft trugen in starkem Maße mit dazu bei, dass Hermann Witschi das erste Jahrhundert des Bestehens der Basler Mission als Zeit „ungestörter Entwicklung“ kennzeichnen konnte.

Von Baden war bisher nicht die Rede. Das hat seine Gründe. In der Deutschen Christentumsgesellschaft wurde 1781 eine Adressenliste angelegt, wohin man in Zukunft die Veröffentlichungen schicken wollte. Während außer dem überragenden württembergischen Anteil sich viele Schweizer Anschriften finden und neben Großstädten wie London, Amsterdam, Straßburg und Stockholm auch manche deutsche Kleinstadt bis hinauf nach Ostfriesland verzeichnet ist und selbst das ferne Amerika, fehlt ausgerechnet das nächstgelegene Land, Baden, mit einer Ausnahme, Durlach bei Karlsruhe. 18 Jahre später nennt das „Verzeichnis der Hauptgegenden und Orte, in denen unsere Gesellschaft verbreitet ist“, für Württemberg die Stuttgarter Partikulargesellschaft; dann heißt es zusammenfassend: „An sie reißen sich wohl über 50 kleinere Plätze des Landes an.“ Von Baden ist nicht die Rede. In den darauffolgenden Jahren ergeben sich einzelne Verbindungen. Ein Bericht Spittlers von 1801 nennt deren drei. Zum Vergleich: Zur selben Zeit werden von den „Sammlungen für Liebhaber christlicher Wahrheit und Gottseligkeit“ regelmäßig 500 Exemplare nach Württemberg geschickt. Knapp zwei Jahrzehnte später, 1819, haben die Württemberger Freunde finanzielle Verpflichtungen für elf Missionsschüler übernommen, von Baden ist nicht die Rede. Inzwischen hat die junge Einrichtung ein eigenes Missionsmagazin kreiert. Von 7270 Exemplaren werden 2650 in der Schweiz gelesen, 950 in Württemberg, 96 gehen nach Baden, etwa halb so viele wie in den Niederlanden Interessenten finden.

Spittler beobachtete die ihn gar nicht befriedigenden Verhältnisse im Großherzogtum wohl schon, seit er nach Basel gekommen war. Anfang der 1820er Jahre erweckten die Vorgänge um den katholischen Priester Aloys Henhöfer (1789-1862), der in Mühlhausen an der Würm im Oberamt Pforzheim seit 1819 durch erweckliche Predigten Hunderte von Hörern fand, in Spittler erhebliche Hoffnungen. Er besuchte Henhöfer bereits 1821. Der gelegentliche Briefwechsel zwischen beiden in den nächsten Jahrzehnten kam dann immer wieder auf die Basler Mission zu sprechen.

Henhöfer wurde im Herbst 1822 aus der katholischen Kirche ausgeschlossen. Es erregte Aufsehen bis nach Moskau und Rom, als einige Monate später, im April 1823, ein großer Teil der Mühlhausener Gemeinde zur protestantischen badischen Unionskirche übertrat und Henhöfer im Juli desselben Jahres evangelischer Pfarrer wurde. Mit ihm gewann erweckliche Predigt Heimatrecht in der jungen Unionskirche.

In den Kreisen, die sich der Erweckung anschlossen, wurden nach und nach Kontakte zur Basler Mission das Normale, sei es durch den Bezug der Missionsnachrichten, durch Teilnahme am Basler Missionsfest, durch finanzielle Unterstützung oder den Versuch mancher Pfarrer, in ihren Gemeinden Missionsbetstunden einzurichten. Der Katechismusstreit Anfang der 1830er Jahre, kirchenpolitisch nur ein Achtungserfolg, gab weitere Impulse zur Ausbreitung der Erweckung in Baden.

Die Kirchenleitung in Karlsruhe sah das steigende Missionsinteresse zunächst lediglich als Privatsache, nicht als gesamtkirchliche Verpflichtung an. Sie „fremdelte“ noch eine Zeit lang.

Das im Spittlerarchiv vorhandene Adressbuch der Christentumsgesellschaft bis zum Jahr 1836 enthält nun deutlich mehr badische Adressen als früher, aus unserer Gegend sind Lörrach, Feuerbach und Obereggenen notiert. Zu Recht urteilt Gustav Adolf Benrath: „Doch war dies alles vorerst nur erweckliche Diaspora [...] gleichsam punkt- und pünktchenartig glimmende Funken da und dort, aber noch nicht mehr als das.“ Die Unterstützung, die die Basler Mission mancherorts erfährt, ist noch recht koordiniert, der Initiative einzelner Pfarrer oder Gemeindeglieder überlassen. Überdies sind in jenen Tagen Versammlungen – und seien es so harmlose wie Gebets- und Missionsversammlungen - schnell auch politisch verdächtig. Auch waren nach Meinung des Oberkirchenrates spezielle Missionsgebetsstunden mit der geltenden Gottesdienstordnung unvereinbar, so ein Bescheid aus dem Jahr 1838.

Ein Vorstoß im Jahr darauf, für ganz Baden einen Missionsverein zu gründen, stieß ebenfalls bei der Kirchenbehörde noch auf Widerstand. Man wünschte dem Bestreben zwar Gelingen; spezielle Missionsgottesdienste blieben aber weiter unerlaubt. Anfang des Jahres 1840 formulierten die Befürworter der Mission in Neckargemünd Statuten für einen „Evangelischen Missionsverein im Großherzogtum Baden zur Unterstützung auswärtiger Missionsgesellschaften“. Dieser Verein erhielt nun auch die staatliche Genehmigung. Die Satzung wurde an alle Pfarrämter versandt, und aus unserer Region schrieben sich, nunmehr den „Oberländer Bezirksverein“ bildend, Mitglieder ein aus Auggen, Feuerbach, Hertingen, Obereggenen und Tannenkirch.

Wieder ein Jahr später, 1841, richtete Sitzenkirch „das erste öffentliche Bezirksmissionsfest in Baden“ aus. Das alles wäre ohne die Strahlkraft der Basler Mission nicht oder erst viel später gelungen. Erhebliche Förderung erfuhr die Missions Sache durch ein 128seitiges Büchlein von Inspektor Hoffmann: „Die evangelische Missionsgesellschaft zu Basel im Jahre 1842, eine Bekanntmachung an alle evangelischen Christen“. Nicht ganz so bekannt ist, dass schon vorher, 1840, ein badisches Pendant erschienen war. Pfarrer Ernst Fink (1806-1973) aus Leutesheim brachte vier Wochen nach Gründung des Missionsvereins ein katechismusartig aufgebautes Missionsbüchlein heraus, das die Missionspflicht aller Christen betonte: „Missionsbüchlein. Zum Besten des Badischen Missionsvereins“. Eine vierte Auflage erschien noch 1860.

Die Bezirksaktivitäten fügten sich zusammen im alljährlich stattfindenden Landesmissionsfest, das es als offizielle kirchliche Einrichtung ja bis heute gibt. Ich nenne aus unserer Nähe das Fest 1842 in Lahr unter Beteiligung von etwa 70 Pfarrern, Badenweiler 1844 und Emmendingen 1846, in der Regel mit mehreren tausend Teilnehmern. Als Festprediger und Referenten wirkten meist Verantwortliche der Basler Mission oder Freunde aus Württemberg mit. Wilhelm Hoffmann dürfte einer der am liebsten gehörten Prediger gewesen sein, und die Basler Mission fand durch regelmäßigen Anteil an den Kollekten wirksame Unterstützung.

Nun gewann auch Beuggen, die bereits 1820 begründete Ausbildungsstätte für Armenschullehrer in Verbindung mit dem Rettungshaus für Kinder, immer stärkere Bedeutung für die Badische Erweckung.

Nach und nach sendete die Kirchenbehörde in Karlsruhe immer deutlichere Signale der Anerkennung aus. Zwar gestattete man beim schon erwähnten Fest in Lahr 1842 noch kein Glockengeläute und auch die Orgel hatte noch zu schweigen, aber die Kirche durfte ganz offiziell benutzt werden, und nun war es auch nicht mehr lang bis zur Badischen Generalsynode

von 1843, die einen erheblichen Fortschritt brachte: Die Vereinstätigkeit wurde offiziell anerkannt, und jeweils am 1. Sonntag nach Epiphaniass Anfang Januar durften die Pfarrer die Predigt den Missionsanliegen widmen. Immer deutlicher zeigte sich, was Hoffmann im selben Jahr in einem Brief geschrieben hatte: „Durch die Missionssache wird die Landeskirche erneuert“ (Schl I,179) – was sich dann auch in verschiedenen diakonischen Aktivitäten niederschlug. 1847 gehörten zum Landesvereins schon sechzehn Bezirksmissionsvereine, und Inspektor Hoffmann konnte in seinem Jahresbericht feststellen: „immer besser wird es: in wenigen Jahren hat Baden mehr Missionare geliefert als 28 Jahre vorher“.

Wie sich damals kirchliches Wirken und Förderung der Mission durchdringen, mag eine Nahaufnahme zeigen. Als der 1812 in Karlsruhe geborene Carl Peter nach seinem Studium in Halle und Heidelberg, nach Hauslehrerzeit und Vikariat am 23. April 1847 Pfarrer in Schallbach wurde, war ihm die Basler Mission seit mindestens acht Jahren bekannt. Während es noch fast zwei Jahre dauerte, bis er in der Region, in Haagen, eine Braut fand (Emma, geb. Bindschedler), dauerte es gerade einmal zwei Monate, bis er seine erste Basler Missionsfestpredigt hielt. Nach wenigen Jahren wurde er, der inzwischen an den Pfarrern Karl Friedrich Ledderhose in Brombach und Gustav Frommel in Binzen zwei eifrige Gesinnungsgenossen gefunden hatte, ans Missionshaus berufen. Der Unterricht schuf Kontakte zu zukünftigen Missionaren, die zum Teil noch jahrelang fortbestanden, und Peters Engagement bei Landes- und Bezirksmissionsfesten diente dazu, der Mission im Badischen neue Freunde zu gewinnen. Die Tätigkeit in Basel führte auch dazu, dass Peter nach dem Tod seiner Frau Emma (1855) 1856 in der Baslerin Elisabeth de la Roche die Gattin fand, die mit ihm 1860 ins neue Missionshaus umzog und 1863 zurück nach Baden, nämlich die Henhöferpfarre Spöck, die Peter bis kurz vor seinem Tod 1897 innehatte. Sein erster Vikar war dort Christoph Blumhardt, ein Württemberger, Sohn des ehemaligen Basler Missionslehrers Johann Christoph Blumhardt. Peters anhaltende Verbundenheit mit den Basler Freunden führte 1875 dazu, dass die Riehener Diakonissen ihn gern als Pfarrer und Vorsteher berufen hätten. Er blieb aber in Spöck. Seine Tochter Lydia heiratete einen Chinamissionar der Basler Mission; der Sohn eines Chinamissionars wurde 1894 bei Carl Peter Vikar, und es passt zum ganzen Lebensgang, dass auch die Beerdigung am 29.8.1897 von einem der Basler Mission verbundenen Geistlichen gehalten wurde, von Peters ehemaligem Vikar und jetzigen Inspektor von Beuggen Eugen Zeller.

Die Bedeutung der Basler Mission für den deutschen Südwesten kann nur zureichend verstanden werden, wenn man auch auf die konfessionelle Prägung achtet. Hier traf ja

schweizerisches Reformiertentum mit lutherischem Pietismus aus Württemberg zusammen. Im Gesuch um Genehmigung eines Missionsinstituts 1815 war von „anerkannt rechtschaffene[n] und religiös denkende[n] junge[n] Männer jeder Confession“ die Rede gewesen. Das entsprach ganz der Frömmigkeit, die in der Christentumsgesellschaft lebte. Solange die Sündhaftigkeit des Menschen und die Erlösung durch Christus in biblischer Tiefe ernst genommen und gelehrt wurden, war man bereit, manche Konfessionsunterschiede zu ertragen. Im Kontakt mit der bischöflich verfassten anglikanischen Kirche, die Basler Missionare nach ihren Grundsätzen ordinieren wollte, wurde sozusagen die „konfessionelle Schmerzgrenze“ ausgelotet. Die Konfessionalisierung, die die deutschen Erweckungsbewegungen nach 1825 in unterschiedlichem Ausmaß, in Bayern besonders stark erfasste, vollzog man nicht mit, versuchte aber, gegenüber dezidiert lutherischen Missionsgesellschaften das eben Mögliche an Vertrauen und Zusammenarbeit durchzuhalten.

Bald nach dem Wittenberger Kirchentag 1848, als Johann Hinrich Wichern sein Programm der Inneren Mission entwickelte und nach den Revolutionsjahren kam es im Badischen zu zwei Neugründungen mit ähnlichen Zielen. Am 24.1.1849 wurde der „Evangelische Verein für Innere Mission Augsburgischen Bekenntnisses“ gegründet, der, wie der Name schon sagt, sich stärker am lutherischen Bekenntnis orientierte als der Landesverein für äußere Mission. Gelang es dem „AB-Verein“, wie er bald genannt wurde, eine recht große Zahl von sogenannten „Gemeinschaften“ in badischen Dörfern und Städten zu etablieren, so gelang es ihm auch, die eigenen Jahresfeste in den Dienst der Äußeren oder inneren Mission zu stellen, es kam in den folgenden Jahren zur Gründung von mehreren freien Werken vor allem der inneren Mission.

Von 1853 an erlebte die badische Kirche unter Carl Ullmann den sogenannten „positiven Ausbau der Union“ [entsprechende Erläuterung der Unionsurkunde und neuer Katechismus]; das Ullmannsche Kirchenregiment wurde aber 1861 durch ein der liberalen Theologie und Kirchenpolitik verpflichtetes Kirchenregiment abgelöst.

Während der Ullmannschen Ära, 1856, wurde Aloys Henhöfer von der Theologischen Fakultät in Heidelberg die Ehrendoktorwürde verliehen, Ausdruck einer positiven Würdigung dessen, was durch Henhöfer, aber eben auch durch die badische Erweckung insgesamt bewirkt worden war. Die von Richard Rothe sorgfältig formulierte Begründung der Würdigung spricht von Henhöfer als „Bekenner und untadeligem Verkündiger des reinen Evangeliums“ und nennt ihn „ehrwürdiges Haupt der christlichen Frömmigkeit, die zu unserer Zeit in der Kirche des Vaterlandes nunmehr weithin erblüht“. Es dürfte deutlich geworden sein, dass die Basler

Mission an diesem Erblühen großen Anteil hatte. Der als Hilfsverein für die Basler Mission gegründete Verein für äußere Mission ist, wie Gustav Adolf Benrath vor kurzem formuliert hat (67), „zum Motor und Multiplikator, Träger und Transporteur der Erweckung in sämtliche Regionen des Landes hinein“ geworden.

Henhöfer, der Jahr für Jahr wieder in den Vorstand des Missionsvereins gewählt worden war und auf manchen Missionsfesten die Festpredigt gehalten hatte, starb 1862. Dass heute in der Nähe seines Grabes auf dem Friedhof in Spöck sich auch Gräber badischer Missionare befinden, liegt vordergründig am Bestreben Späterer, die diese Zusammenlegung veranlassten. Sie haben damit aber einen Zusammenhang sichtbar gemacht, der wirklich vorhanden war.

Für die letzten Jahrzehnte des neunzehnten Jahrhunderts bedarf es weiterer Forschungen. Das Archiv der Basler Mission enthält noch manchen ungehobenen Schatz. Ich mache deshalb einen großen Schritt bis zum Beginn des ersten Weltkrieges. Hermann Witschi, Wilhelm Schlatters Nachfolger als Chronist der Basler Mission, schrieb: „Da der Krieg naturgemäß das nationale Bewusstsein der an ihm unbeteiligten Völker aufs äußerste vertiefte, war es fast ein Ding der Unmöglichkeit, eine Mission, die deutschsprachig war, in Deutschland ihr größtes Heimatgebiet und von dort die große Mehrheit ihres Mitarbeiterstandes hatte, aber nach ihrem Werden und Charakter durchaus übernational war, in ihrem Wesen rein zu erhalten und vor dem Eindringen von nationalistischen Gefühlen und Ansprüchen zu bewahren.“ Es spricht für die Beteiligten, dass sie dieses „Ding der Unmöglichkeit“ tapfer versucht haben. Schließlich kam es zu einem Verlust eines großen Teiles der Arbeitsfelder.

Nur eine „Schwabenkaserne“?

Die Bedeutung der Basler Mission für den deutschen Südwesten lässt sich nur schwer überschätzen. Sie hat der badischen Erweckungsbewegung zu einer in deren Anfängen noch nicht absehbaren koordinierten Dynamik verholfen und auch von dort viel Gutes zurückempfungen. Sie hat der evangelischen Landeskirche in Baden geholfen, das zu entdecken, was der Missionswissenschaftler Niels-Peter Moritzen so formuliert hat: Mission „gehört [...] zur Kirche als die volle Entfaltung ihres Wesens oder besser als voller Gehorsam ihres Auftrages.“ Sie hat, freilich ohne dies auch nur von ferne zu ahnen, im Zusammenwirken von schweizerischen, württembergischen und badischen Kräften einen signifikanten Beitrag geleistet zu dem erfreulichen und immer noch ein wenig geheimnisvollen Bindestrich, der Baden und Württemberg seit einigen Jahrzehnten verbindet.

Die archivierte Bedeutung geht über in die inspirierende Bedeutung. Ich stelle an den Schluss einen Ausschnitt aus dem Jahresbericht von Inspektor Josenhans aus dem Jahr 1860. „Wir sind Leute aus allerlei Volk: *Schweizer*, und zwar aus den verschiedensten Kantonen,- *Deutsche*, auch aus den verschiedensten Ländern, verschiedenen politischen Regierungen untertan und verschiedenen Regierungen der Kirche untertan; wir sind nicht bloß auf diese Nachbarländer beschränkt, sondern unsere Freunde leben auch in Frankreich, Russland, Schweden, Dänemark und noch mehr. Wenn nun die Basler Missionsgesellschaft irgendein Statut aufgestellt hätte, mit engern Grenzen, das an die einzelnen Mitglieder bestimmte, scharf ausgeprägte, beschränkte, weniger freisinnige Forderungen gestellt hätte, in dogmatischer, kirchlicher oder politischer Beziehung, so wäre gewiss alles miteinander in kurzer Zeit auseinandergefallen. Jede Bewegung in einem dieser Länder würde notwendigerweise bis an das Herz und in die Adern unserer Gesellschaft hinein gewirkt haben; - so aber mag in der Schweiz oder in Deutschland vorgehen, was da will, es lässt uns nicht unberührt, aber es dringt nicht ins Mark, sondern bewegt sich auf der Oberfläche; unser persönliches Einheitsband ist Christus der Herr, und wir sind untereinander persönliche Freunde, trotz der Verschiedenheiten der Ansichten nach allen Seiten hin. Das ist unsere Stärke und Hoffnung für die künftige Zeit.“

DISKUSSION

Prof. Krimm: Bei aller Bedeutung der Basler Mission für Württemberg und für Baden insgesamt provoziert die unterschiedliche Entwicklung in beiden Ländern natürlich die Frage nach den Ursachen dieser Unterschiede. Die Ausgangslage lässt doch zunächst eine andere Entwicklung erwarten. Die Theologie, die in Basel betrieben wurde, strahlte traditionell in das badische Oberland aus, in das Markgräfler Land und deren Pfarrerschaft, die sich an Basel orientierte. Die Entwicklung, die Sie beschrieben haben, sah aber anders aus: Die Basler Mission wirkte nach Württemberg. Erst danach wurde sie mit der badischen Erweckungsbewegung auch für die badische Landeskirche wichtig. Wie lässt sich diese verspätete Rezeption erklären? Vielleicht durch die Struktur der württembergischen Pfarrerschaft in ihrer erstaunlichen, prägenden Einheit von Ausbildung, familiärer Verflechtung und Traditionsbewusstsein? Die badische Pfarrerschaft hat diese einheitliche Tradition nie entwickelt, weil sie sich in ihrer vielseitigen Orientierung erst viel später als „Landeskirche“ verstehen lernte und vor allem auch eine obrigkeitlich geprägte Landeskirche war, während die württembergische Pfarrerschaft sehr viel selbstbewusster auftreten konnte.

Dr. Hagedorn: Das sehe ich auch so. Ich fange hinten an. Kirchlich gesehen ist Baden ja ein Flickenteppich, Württemberg in dieser Form nicht. Die Badener haben nie ein Tübinger Stift gehabt und kein Landexamen. Zwar gab es in Württemberg auch in dieser Einheitlichkeit eine Dynamik der Polarisierung und des Ausbrechens; die Stiftsköpfe waren Köpfe sehr

unterschiedlicher Art. Aber trotzdem ist die Gesamtprägung eine andere. Das identitätsstiftende Moment liegt bei den Württembergern im gemeinsamen Bildungsgang und in vielem anderen, an dem man gemeinsam Anteil hat, weit mehr als in Baden.- Die eigentlich zu erwartende Ausstrahlung von Basel ins badische Oberland, zunächst einmal in die Pfarrerschaft, fand schlichtweg zunächst nicht statt. Man müsste als Kirchengeschichtler von Profession – der ich nicht bin – dem einmal im Wiesenthal nachgehen, möglichst weit hinauf, bis man schließlich oben an die alte Grenze, die ja nach 1800 noch einmal geändert wurde, und nach Königfeld kommt mit seinem Einfluss der Herrenhuter. Ich versuche meine Erklärung, wenn wir schon in Lörrach sind, an der Person Johann Peter Hebels. Als Hebel Henhöfer predigen hört, bedeutet seine Reaktion im Grunde eine Entscheidung für die nächsten Jahre. Hebel selber kann natürlich nicht mehr viel eingreifen, er stirbt 1826 in Schwetzingen; Henhöfer wirkt noch in großer Frische. Hebel hört Henhöfer also predigen, diesen eigenartigen Menschen, den man einfach einmal gesehen haben muss. Er predigt lange, hat er den Eindruck. Er predigt mit viel Schnupftuch, schreibt er in einem Brief. Und: „Der könnt`s, ich könnt`s so nicht!“, sagt Hebel. Er bringt damit aber nicht nur einfach gemütvoll einen atmosphärischen, sondern eigentlich auch einen theologischen Dissens zum Ausdruck, bis in die Eigenart des christlichen Verständnisses hinein. Wir finden bei Hebel in stärkerer Weise eine kirchlich systemstabilisierende Predigt – bei Henhöfer eher eine Unruhe schaffende, viel energischer nach den Früchten des Glaubens fragende Predigt. Hebel vermag durch die Einfachheit zu beeindrucken, die nicht simpel oder primitiv ist. Die Einfachheit von Henhöfer ist für Hebel irgendwie niveaulos; er hat dabei aber sehr genau verstanden, dass die Grundanliegen der Reformation bei Leuten wie Henhöfer eigentlich deutlicher aufgehoben sind als bei ihm selber.

Dr. Kaufmann: Eine Frage zur Wirtschaftsgeschichte: Sind die Zöglinge dieser Basler Mission nicht zum Teil nach den Handelsniederlassungen der Basler in der Welt herum gekommen?

Dr. Hagedorn: Innerhalb der Basler Mission selber gibt es eine energische Diskussion über das Problem, dass in Indien im Moment, in dem Menschen niedriger Kasten von der Mission beeindruckt werden, sie in ihrem bisherigen Umfeld isoliert werden und man ihnen in ihrer wirtschaftliche Existenz helfen muss. Daraus entstehen Handelsbestrebungen, zunächst ganz pragmatisch, um „die Leute nicht kaputt gehen zulassen“. Sie entwickeln dann aber eine Eigendynamik, die auch innerhalb der Mission selber deutliche Kritik erfährt. Das ist im Detail recht gut aufgearbeitet. Manchmal wandelt Mission auch auf den Pfaden der Kolonisation; zugleich gibt es in der Basler Mission aber von Anfang an den offen ausgesprochenen Grundsatz, etwas wieder gutmachen, was andere Leute des eigenen Landes mit ihren kaufmännischen Bestrebungen der Bevölkerung vor Ort angetan haben. Der Wiedergutmachungsgedanke ist also relativ früh und klar formuliert vorhanden. In einer Arbeit von Karl Rennstich (in „Pietismus und Neuzeit“ 1981) werden eine Reihe von Konfliktfeldern und Einzelkonflikten genannt, wo sich Missionare in den Gegensatz zur jeweiligen Regierung, zu Direktiven ihres Heimatlandes oder zur Praxis von Kaufleuten am Ort gebracht haben. Ich kenne mich dabei nicht gut genug aus, um sagen zu können, ob es sich um Einzelbeispiele – mit Alibifunktion – handelt oder um Linien, die man durchziehen kann.

Lang, Susanne: Hat die Basler Mission ähnlich zweigleisig funktioniert wie auf der katholischen Seite bei den Jesuiten? Gab es eine äußere Mission für die Heiden und eine innere, um die lauen Christen in den Schoß der Kirche zurückzuführen oder anderskonfessionellen

Christen zurückzugewinnen? Wo lag dabei das Hauptgewicht? Und wie wurde Missionsbedürftigkeit der Menschen von den Missionaren?

Dr. Hagedorn: Man wird wohl zweierlei unterscheiden müssen. Einerseits das ausdrückliche Ja zu einer Entsprechung von (ich sage es in den alten Begriffen) Draußen und Zuhause. Ein berühmtes Zitat: *Wenn wir dafür sorgen, dass die Heiden Christen werden, dann müssen wir auch uns darum kümmern, dass die Christen nicht wieder Heiden werden.* Auf diese Formel kann man es schnell bringen. Und man sieht auch in der Pfarrerschaft oder bei Laien oder den Vereinen, dass es da bei den Bestrebungen zur inneren und äußeren Mission oft in Personalunion zugeht. Dass, wer in dem einen Vorstand ist, auch in dem anderen sitzt. Gegenüber der katholischen Mission besteht sicher der wesentliche Unterschied – der aus dem Amtsverständnis rührt – darin, dass bei den Katholiken Mission doch vor allem eine Sache der Orden ist; damit lässt sich Mission aber auch anders „durchstrukturieren“ als bei Vereinen, die nicht oder nur sehr mittelbar einer Kirchenleitung unterstehen. Gegenüber der „missionslosen Kirche“ gewinnt die „kirchenlose Mission“ an Eigendynamik. Ein verbindendes Element zur katholischen Praxis wäre dagegen der „Societäts-Gedanke“, der sich im 18. Jahrhundert entwickelte.

Lang, Susanne: Wie stark reichte dann die Wirkung von Predigern wie Henhöfer über die eigene Gemeinde hinaus zu Leuten, die nicht zu den Kirchgängern gehörten?

Dr. Hagedorn: Henhöfers Wirkung und die seiner Freunde – an die hundert Pfarrer – war groß; der Großherzog sagte einmal, er würde den Henhöfer am liebsten alle zwei Jahre versetzen, damit alle Landeskinder etwas von ihm haben. Das deutet aus der Sicht des Großherzogs allerdings auch Systemstabilisierung im Obrigkeitsstaat; tatsächlich waren die Erweckten ja in der Regel konservativ bzw. monarchisch auch in der Revolutionszeit. Pfarrer Peter, von dem vorhin kurz die Rede, wurde verhaftet. Als er nach Lörrach ins Gefängnis gebracht wurde, habe ihn, wie er sagt, niemand begrüßt außer einem jüdischen Mitbürger, der vor ihm Respekt gehabt habe. Henhöfers Wirkung also ist wirklich groß, bis dahin, dass die größte Veranstaltung der badischen Landeskirche heute immer noch der Henhöfer-Tag heißt und es Henhöfer-Gemeindehäuser gibt. Trotzdem hat, um noch einmal auf den Anfang zurückzukommen, die Erweckung in Baden nie den Einfluss bekommen, den sie in Württemberg hatte. Württemberg war seit Bengels Zeiten mit seinem durchlaufenden Pietismus ganz anders „aufgestellt“.

Hansgeorg Schmidt-Bergmann, Karlsruhe

Von außen betrachtet – Ein Beitrag zum badisch-schweizerischen Literaturtransfer im 19. Jahrhundert

„Schildbürgerstreich“, so ist ein Artikel aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 24. Juni 2005, überschrieben - er hat folgenden Wortlaut:

Vor einem Jahr hatte Christoph Blocher die großartige Aufführung des „Wilhelm Tell“ auf dem „Rütli“ aus seinem Privatvermögen gesponsert. Zum zweihundertsten Jahrestag der Uraufführung war Schiller auch im eidgenössischen Parlament gewürdigt worden. Damals entstand die Idee, den Dichter zum Ehrenbürger der Eidgenossenschaft zu ernennen: „In Anerkennung seiner Verdienste um das schweizerische Staatsbewusstsein.“ Die wichtigsten kulturellen Auszeichnungen des Landes – der Große und die vielen anderen Schiller-Preise – sind nach ihm benannt. Im Vorfeld der Entscheidung musste sich auch das Justiz- und Polizeiministerium, dessen Chef Christoph Blocher ist, mit der Frage befassen. [...] Jetzt kam das Geschäft als allerletztes vor der Sommerpause vor das Parlament. Im Schnellverfahren und diskussionslos wurde es erledigt. Zu spät komme das Ansinnen und darüber hinaus würde es sich um eine rein dekorative Geste handeln begründete die zuständige Kommission ihren Antrag auf Ablehnung. Das Parlament folgte ihr: Die Schweiz bleibt auch zwei Wochen nach ihrem Beitritt zu Schengen Seldwyla, und Friedrich Schiller darf nicht Eidgenosse h.c. werden.

An dieser Meldung lässt sich an einem tagespolitischen Beispiel illustrieren, was der Begriff „Kulturtransfer“ impliziert. Die Ablehnung der „Ehrenbürgerschaft“ Schillers wird scheinbar von außen betrachtet, der Verfasser, J. A., setzt auf eine informierte deutsche Leserschaft, die weiß, wer der Politiker Christoph Blocher ist und welche politische Positionen er vertritt - sie können ja weder als Europa- noch als Deutschfreundlich bezeichnet werden. Auch kennen die Leser der FAZ, so setzt der Verfasser voraus, „Seldwyla“, und assoziieren damit Gottfried Kellers (1819 – 1890) Novellensammlung „Die Leute von Seldwyla“. Deren erster Teil war 1856 erschienen und verfolgte mit einem humoristisch distanzierenden Ton die Geschichte einer Stadt, die „schön“ gelegen, mitten in grünen Bergen“ als Chiffre für die oftmals eigensinnige Abkehr der Schweizer von einer sich schnell wandelnden gesellschaftlichen Realität steht und damit auch für die Distanz von dem, was außerhalb der Eidgenossenschaft in der Welt passiert. Das sind bekannte Stereotypen und Klischees, und diese haben eine lange Tradition. Der Verfasser der Mitteilung, Jürg Altweg, ist sich dessen wohl bewußt, denn er ist selbst Schweizer, in Zürich geboren und in der Genfer Redaktion der Frankfurter Allgemeine

Zeitung beschäftigt und hat seinen Wohnort in Frankreich. Der Verfasser mehrerer erfolgreicher Bücher, darunter „Ach, du liebe Schweiz. Essay zur Lage der Nation“ und das gemeinsam mit Roger de Weck herausgegebene Buch „Kuhschweizer und Sauschwaben. Schweizer, Deutsche und ihre Hassliebe“ steht also, wie die Titel zeigen, selbst in einer kritischer Distanz zur Schweiz. Im zuletzt genannten Band unterteilt Markus Kutter die je nach historischer Phase wenig oder starken Wechselwirkungen zwischen den Nachbarn im neunzehnten Jahrhundert, die selbst wieder kritisch reflektiert in der Literatur aufscheinen, in folgende Phasen:

- Die Schule Napoleons nach der französischen Invasion 1798
- Demokratie, Föderalismus, Liberalismus für die Zeit nach 1815
- Stichjahr 1848
- Zweierlei Deutschland, die Konstitution des Deutschen Reiches seit 1871

Mit der ersten Phase, der „Schule Napoleons“, kommen wir zurück zu Friedrich Schiller (1759–1805) und zu „Wilhelm Tell“, seinem letzten vollendeten Drama. Das Schauspiel wurde am 17. März 1804 am Weimarer Hoftheater unter Johann Wolfgang von Goethes (1749–1832) künstlerischer Leitung uraufgeführt. Die Anregung, die Tell-Sage literarisch zu bearbeiten, hatte Schiller ebenfalls von Goethe bekommen, der 1797 die Schweiz zum dritten Mal bereist hatte. „Ich bin fast überzeugt, dass die Fabel von Tell sich werde episch behandeln lassen“, schrieb er am 14. Oktober 1797 an den Freund. Wenig später macht sich Friedrich Schiller, der im Gegensatz zu Goethe die Schauplätze seines Tells nie selbst in Augenschein genommen hat, ja, nie in der Schweiz gewesen war, an die dramatische Ausarbeitung. Das Studium der Quellen, der Kupferstiche und geschichtlichen Darstellungen mußten ihm das Reale ersetzen, wie Barbara Piatti in ihrem Anhang zum „Wilhelm Tell“ ausführlich dokumentiert hat. *Ich bin genöthigt, viel darüber zu lesen, weil das Locale an diesem Stoff viel bedeutet, und ich möchte gern soviel möglich örtliche Motive nehmen*, schrieb er im September 1803 an den Berliner Freund Christian Gottfried Körner (1756-1831), dem späteren Herausgeber seiner Werke. Die Ausarbeitung der Topographie gelang dem Klassiker so präzise, dass der Schweizer Schriftsteller Urs Widmer im November 2003 in der „Neuen Zürcher Zeitung“ verblüfft feststellte: *Schiller muss mit dem Vergnügen eines Kopfreisenden auf seine Karte geblickt und sich immer erneut geeignete Orte herausgepickt haben. Er macht keine Fehler. Keine Angaben, die sich widersprechen. Die Wege wären abschreitbar. So wie die reale Topographie zur*

Konstruktion des Schauspiels gehört, so auch die politische Intention des Klassikers. Denn Schillers Freiheitsdrama entstand in einer historisch aufgeladenen Konstellation. 1798 besetzten französische Truppen das Gebiet der alten Eidgenossenschaft, bis 1803, dem Jahr der „Mediationsakte“, herrschte in weiten Teilen des Landes Bürgerkrieg. Schiller war sich der Brisanz seines Themas durchaus bewußt. Ich *„arbeite an dem Wilhelm Tell, womit ich den Leuten den Kopf wieder warm zu machen denke. Sie sind auf solche Volksgegenstände ganz verteufelt erpicht, und jetzt besonders ist von der schweizerischen Freiheit desto mehr die Rede, weil sie aus der Welt verschwunden ist“*. Mangel und Verlust, hier bezogen auf Freiheit und Demokratie, läßt sich als ein Grund für Schillers Interesse am „Wilhelm Tell“ festmachen und die Rezeptionsgeschichte zeigt denn auch, dass für die Schweiz und Deutschland gleichermaßen das Schauspiel als ein Teil der nationalen Identitätsbildung anzusehen ist. In der Basler Festrede anlässlich des 100. Geburtstags von Friedrich Schiller 1859 betonte Jacob Burckhardt (1818–1897), dass *„dies Drama“* eines Deutschen *„das höchste Geschenk an die Schweiz“* sei. Und Gottfried Keller kommentierte anlässlich der Einweihung des Schillerdenkmals am Vierwaldstätter See: *Durch die vorjährige Schillerfeier an dem Rütli und durch die neuliche Weihe des Mythensteins zu einem Denkmal haben die drei Länder der Urschweiz den Unsterblichen förmlich zu ihrem Landsmann gemacht.*

Schillers „Wilhelm Tell“, die Bedingungen seiner Entstehung, die zeitgenössische Wirkung, die Rezeption über zwei Jahrhunderte hinweg, bis hin zum Tourismus auf Schillers Spuren, der bereits im frühen 19. Jahrhundert einsetzte, ist ein Beispiel für die vielschichtigen Implikationen des deutsch-schweizerischen „Kulturtransfer“ bis in die Gegenwart hinein.

Unter dem Titel „Deutsch-französischer Kulturtransfer als Forschungsgegenstand. Eine Problemskizze“ stellten Michel Espagne und Michael Werner ein methodisches Modell vor, das die Sichtweisen auf die „Wechselwirkungen“ verschiedener Länder oder Kulturräume aus der Sackgasse einer bloßen Rezeptionswissenschaft herausführen und theoretisch tiefer fassen sollte. In Abgrenzung von einer bloßen empirischen Dokumentation wird nach der sozialen Funktion und dem historischen Kontext einer Anverwandlung fremder kultureller Leistungen gefragt, wie Espagne und Werner konstatieren:

Deshalb wird sich die Erforschung des Kulturtransfers insbesondere der Rekonstruktion und Reinterpretation von historischen Praxiszusammenhängen zuzuwenden haben, an denen die Interdependenz von individual- oder gruppenspezifischen Durchsetzungs- bzw. Anpassungsstrategien und gesellschaftlichen Konnexen zu zeigen wäre.

Im Folgenden soll an einigen exemplarischen Beispielen veranschaulicht werden, welche historischen und kulturellen Voraussetzungen dem „badisch-schweizerischen Literaturtransfer“ im 19. Jahrhundert zugrunde liegen.

I.

Die Schule Napoleons

„Wenn einmal in der Geschichte Meuchelmord durch Noth gerechtfertigt, und durch seine Folgen zur verdienstvollen That geheiligt werden kann, so ist es dieser“, notierte sich Johann Peter Hebel (1760–1826) anlässlich seiner zweiten Schweizerreise 1805, auf der er auch die „Hohle Gasse“ passiert hatte. Zwei Jahre zuvor, im Jahr des Reichsdeputationshauptschlusses, war 1803 in Karlsruhe die erste Auflage seiner Gedichtsammlung „Alemanische Gedichte“ in einer Auflage von 1200 Exemplaren erschienen. Der in Freiburg lehrende Literaturhistoriker und Lyriker Johann Georg Jacobi (1740–1814) grenzte in einer Rezension als einer der ersten Hebels 32 Gedichte von der gängigen Literatur der Zeit ab:

Doppelt willkommen müssen uns diese Gedichte, als Volksgedichte, seyn, deren wir Deutsche so gar wenige besitzen; wie es denn überhaupt unter einer gebildeten Nation nur wenige giebt, die zum Volksdichter den ehrwürdigen Beruf haben. [...] Unser Dichter singt den Landleuten, weil er gern unter ihnen wohnte, weil er an ihrem Feldbau, ihrer einfachen Wirthschaft und ihren Lustbarkeiten herzlichen Anteil nimmt, weil ihm die Seele voll ist von ländlichen Bildern, an welche die süßesten Erinnerungen aus den ersten Jugendjahren sich anschließen. [...] Auch dafür sind wir dem Verfasser einen nicht geringen Dank schuldig, dass er zu seinen Gesängen sich der reichhaltigen, körnichten Sprache seiner väterlichen Gegend bedient, [...].

Jacobis Rezension, die noch vor den Besprechungen Jean Pauls (1763–1825) und Johann Wolfgang von Goethes erschien, wurde zuerst 1803 im „Freiburger Intelligenz- und Wochenblatt“ veröffentlicht, ein Jahr später in der Zeitschrift „Iris“, die in dem renommierten Zürcher Verlag von Johann Heinrich Füssli (1741–1825) verlegt wurde. Hebels Mundartgedicht „Der Abendstern“ - es fehlte in der Erstausgabe - wurde dort mit zwei hochdeutschen Übertragungen Hebels und Jacobis ergänzend als Lesehilfe abgedruckt, weitere Gedichte der Sammlung wurden im „Schweizer-Boten“ vorgestellt, den der erfolgreiche Schweizer Neubürger, Dichter und Pädagoge Heinrich Daniel Zschokke (1771– 1848) herausgab. Rolf Max Kully hebt in seinem Aufsatz über „Johann Peter Hebel und die Schweiz“ hervor, dass die „Alemannischen Gedichte“ von Hebel als eine Initiation der Dialektdichtung

in der Schweiz „ebenso nachhaltig wie unmittelbar“ gewesen sei: „Gleichzeitig begann nun auch, was bisher ein Rinnsal gewesen war, kräftig zu fließen. Nicht nur in Baden, sondern auch in der Schweiz wurde der Dialekt als Sprache des Herzens entdeckt, und jede Landschaft brachte ihre Lokalpoeten hervor. In Zürich war es Johann Martin Usteri (1763-1827), im Bernbiet der schon erwähnte Gottlieb Jakob Kuhn (1775-1849) und der Mitarbeiter am Almanach „Alpenrosen“, Johann Rudolf Wyss (1763-1845), im Kanton Luzern Jost Bernhard Häflinger (1759-1837), in Basel der schon zu einer anderen Generation und zu anderem Berufene Jacob Burckhardt (1818-1897). [...] So bedeutet das Erscheinungsjahr der „Alemannischen Gedichte“ einen derartigen Einschnitt in der Schweizer Dialektliteratur, dass beispielsweise Rudolf Suter es als Abszisse auf der Zeitachse ansetzte und seiner Dissertation ausdrücklich den Titel „Die Baseldeutsche Dichtung von J.P. Hebel“ gab. Ihr Einfluss auf die schweizer-deutsche Dialektpoesie war ebenso nachhaltig wie unmittelbar. Man übertreibt nicht, wenn man behauptet, dass sie bis in die Mitte unseres Jahrhunderts nachgewirkt hätte.“

Im Hinblick auf die Hebel-Forschung sollte man daran erinnern, dass der „rheinische Hausfreund“ Johann Peter Hebel sich von seinem Selbstverständnis her als ein „Volksschriftsteller“ begriff. Darauf verweist auch Martin Heidegger (1889–1976) in seinem „Gespräch mit Hebel“, in dem sich die schöne Formulierung über die Funktion des Dichtens findet: „Der Dichter versammelt die Welt in ein Sagen, deren Wort ein mildverhaltenes Scheinen bleibt, worin die Welt so erscheint, als werde sie zum erstenmal erblickt. Der Hausfreund will weder nur belehren noch erziehen. Er lässt den Leser gewähren, damit dieser von sich aus in jene Zuneigung zum Wesenhaften gelange, zu denen sich der Hausfreund vorneigt, um mit uns zu sprechen“.

Zu dem, was der Philosoph hier als „wesenhaft“ bezeichnet, gehören „Volk“, „Bildung“ und „Nation“ – Prämissen eines bürgerlichen Selbstverständnis, die Johann Georg Jacobi in seiner Rezension ausdrücklich hervorgehoben hat. Sie sind am Beginn des 19. Jahrhundert Teil des politischen Diskurses über die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft und Identitätsbildung der bürgerlichen Schicht und somit nicht nur auf die Neuordnung Mitteleuropas unter der Napoleonischen Hegemonie zu beziehen. Der Chronist Hebel kommentierte in seinen „Kalendergeschichten“ die politischen Ereignisse, mit seinen alemannischen Gedichten und der Konstruktion eines grenzüberschreitenden Kulturraums trat er literarisch bewusst in Opposition zu den begrenzenden entstehenden Nationalstaaten. Der Theologe war sich der Brisanz seiner Gedichtsammlung bewusst und versuchte sein Buch daher auch in Basel, wo er geboren und getauft wurde, zu verlegen. Das dafür offenkundige biographische Erfahrungen die

Voraussetzung gebildet haben, mag oberflächlich gesehen ein Grund gewesen sein. Es wäre jedoch weiter zu fragen, auf welche Traditionen und politischen Kontexte die Begriffe „Volk“, „Nation“ und „Bildung“ rekurrieren, und was die „Bilder“ von Heimat an Politischem implizieren und ideologisch transportieren. Die gesellschaftliche Struktur der Schweiz, die Hebel als „*Depot der Freiheit*“ und als ein „*Seminarium für eine bessere Zeit der Nationen*“ ansah, begriff der aufklärerische Pädagoge als eine politische Option. Die „*väterliche Gegend*“, und damit das kulturell Verbindende zwischen der Schweiz und dem badischen Teil des Südwestens, in der Jacobi die alemannischen Gedichte und dessen Verfasser zu recht verortet, ist Teil einer Identität, die sich im Kulturellen bewegt, nicht im vordergründig Politischen. Die sich seit 1813 abzeichnende Niederlage Napoleons und die Auflösung des Rheinbundes reflektiert Johann Peter Hebel so als eine Zeitenwende. Dies veranschaulicht der Beitrag „*Fortgesetzte Erklärung der Zeittafel. Die Alemannen am Rheinstrom*“ in „*Der Rheinländische Hausfreund auf das Jahr 1814*“, dem Jahr der Abdankung Napoleons. Hier erinnert Hebel an das Gemeinsame und die Größe der Alemannen, die sich jenseits der politischen Grenzen als ein „Wir“ verstanden:

Die Alemannen aber erhoben sich wieder und was will der geneigte Leser sagen, bis zum Jahr 496 waren sie eines der wichtigsten Völker in Deutschland. Von Mainz und Köln, bis weit in die Schweiz hinauf und bis nach Tirol und Bayern hinein war alles unser, und unsern Zorn büßten die alten römischen Städte, selbst Straßburg nicht ausgenommen und Konstanz. Damals konnte ein Alemanne sich etwas einbilden, wenn er sagte: Wir .

II.

Stichjahr 1848

In der Einleitung zur Aufsatzsammlung „*Deutschland und die Schweiz in ihren kulturellen und politischen Beziehungen während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*“, die 1936 in Bern erschien, konstatierte Werner Näf: Die Jahre, die zum schweizerischen Sonderbundskrieg und zur deutschen Revolution hinführten und dann durch die Ereignisse von 1847 bis 1849 erfüllt wurden, stellen in den nachbarlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Schweiz eine Phase gegenseitiger Empfänglichkeit dar.

In seinem Aufsatz „*Deutsche Schweizerreisen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*“ stellt H. Sommer diesen Austausch in den Kontext der sich beschleunigten Mobilität fast aller gesellschaftlichen Schichten. Es sind die vermehrten Reisen in die benachbarten Länder, die zu

einer intensiveren Auseinandersetzung führten und damit auch zu einer steigenden Anzahl von Reiseberichten und literarischen Transformationen: „Der bereits in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ansehnliche Reiseverkehr nach der Schweiz erfuhr durch die Kriegswirren um die Jahrhundertwende eine fühlbare Stauung. Erst die ruhiger gewordenen Zeiten während der Mediation brachten unserm Land wiederum erhöhte Gästezahlen. Von günstiger Wirkung aber war vollends die Befriedung der europäischen Verhältnisse durch den Wiener Kongress; mächtiger denn je ergoss sich in den folgenden Jahren der gestaute Fremdenstrom über die Grenzen des an Berühmtheit stetig zunehmenden Ländchens im Herzen Europas. Enthusiastisch, in romantischem Gefühlsüberschwang, begrüßten viele Reisende die Schweiz als ein privilegiertes Land der Schönheit, des Glückes und der Freiheit, verdichteten ihre Eindrücke über Natur und Volkstum, Gegenwart und Vergangenheit des Landes zu einem Idealbild, das den Vergleich mit der Wirklichkeit bei weitem nicht immer auszuhalten vermochte“.

Dies gilt auch für die zahlreichen Reiseberichte zwischen 1818 und 1848, insbesondere für die Schriftsteller der erzwungenen Emigration in die Schweiz im Anschluss an das Wartburgfest von 1817 und die Karlsbader Beschlüssen, unter ihnen Wolfgang Menzel (1798 –1873) in den Jahren zwischen 1820 und 1824 und Johann Joseph Görres (1776 –1848) vom Frühjahr 1820 bis Oktober 1821. Nach dem Hambacher Fest und dem Bundestagsbeschluss von 1835 drängte erneut eine große Zahl von verfolgten Demokraten ins Schweizer Exil, einer von ihnen der Lyriker Georg Herwegh (1817–1875). Der hatte gerade vierundzwanzigjährig in dem von dem Exilanten Julius Fröbel (1805 –1889) – und späteren Mitglieds der Frankfurter Nationalversammlung - begründeten Verlag „Das Literarische Comptoir“ 1841 seine „Gedichte eines Lebendigen“ publiziert, darunter „Vive la République!“ mit der Unterzeile „Beim Alpenglühn gedichtet“, das im Kontrast zu den repressiven deutschen Ländern die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Schweiz metaphorisch idealisiert:

Berg an Berg und Brand an Brand
Lodern hier zusammen;
Welch ein Glühen! – ha! so stand
Ilion einst in Flammen.
Ein sinkend Königshaus
Raucht vor meinem Blicke,
Und ich ruf ins Land hinaus:
Vive la république!

Heil'ge Gluten, reiner Schnee,
Golden Freiheitskissen,
Abendglanzumstrahlter See,
Schluchten, wild zerrissen –
Dass im Schweizerlandrevier
Sich kein Nacken bücke!
Kaiser ist der Bürger hier;
Vive la république!

Eine Phalanx stehet fest,
Fest und ohne Wanken,
Und an euren Alpen meßt
Euere Gedanken!
Eurer Berge Kette nur
Ward euch vom Geschicke;
Auf die Kette schrieb Natur:
Vive la république!

Uwe Hentschel kommentierte in seiner grundlegenden Darstellung „Mythos Schweiz. Zum deutschen literarischen Philhelvetismus zwischen 1700 und 1850“, dass das Gastland im sogenannten Vormärz als Gegenbild zu den deutschen Verhältnissen „keine bzw. eine nur untergeordnete Rolle spielte“. Dennoch, der weitere Verlauf sollte es zeigen, schrieben die Exilanten die Geschichte der Schweizer Literatur des neunzehnten Jahrhunderts mit, wie der Zürcher Literaturhistoriker Peter von Matt in seinem Buch „Die tintenblauen Eidgenossen. Über die literarische und politische Schweiz“ eindeutig feststellte: „Die 48er Revolution bereitete sich vor und der Schweizer Bürgerkrieg von 1847, der die neue Verfassung und den modernen Bundesstaat nach amerikanischem Vorbild ermöglichen sollte. Keller trommelte dazu in Versen. Diesen Vorgang muß man betrachten, um zu begreifen, wieso es richtig ist, von einer „Schweizer Literatur“ zu sprechen, und wieso man dies doch nur unter Vorbehalt tun darf. Ohne das Vorbild der deutschen Emigranten, der Vormärzler, die ihre politische Leidenschaft in dröhnende Verse brachten – „Du eiserne Lerche!“ nannte ein Berühmter unter ihnen, Heine, den damals ebenso berühmten Herwegh -, gäbe es keinen Autor namens Gottfried Keller. Ohne die gärende Szene dieser spätromantischen Flüchtlinge, die immer politischer waren als Dichter und die immer Dichter sein wollten auch als politische Köpfe, hätte sich die eigentümliche Ästhetik Kellers nicht herausbilden können. Dass er alle Erzählverfahren der Klassik und

Romantik bündeln und weiterentwickeln konnte, deren Abstand von der konkreten Politik aber umschlagen ließ in einen passionierten Eifer für die neue Verfassung und den liberalen Staat, verdankt sich ebenso den Vorgängen in der Schweiz zwischen den Umstürzen von 1830 und 1848, wie es sich den deutschen Freunden und Vorbildern verdankt.”

Zu Recht verweist Peter von Matt darauf, dass Autoren wie Gottfried Keller sich unmittelbar beeinflusst gezeigt haben von den aufbegehrenden 48ern. In seinem Bildungsroman „Der grüne Heinrich” ist es wiederum Wilhelm Tell, durch den sich die Sehnsucht nach einer Demokratisierung der „alten Schweiz” im vierzehnten Kapitel des zweiten Bandes Ausdruck verschafft:

Da erschien unvermutet der Tell, welcher mit seinem Knaben einsam des Weges ging. Er war ein berufener Wirt und Schütze, ein angesehener und zuverlässiger Mann von etwa vierzig Jahren, auf welchen die Wahl des Tell unwillkürlich und einstimmig gefallen war. Er hatte sich in die Tracht gekleidet, in welcher sich das Volk die alten Schweizer ein für alle Mal vorstellt, rot und weiß mit vielen Puffen und Litzen, rot und weiße Federn auf dem eingekerbten rot und weißen Hütchen.

Die Darstellung eines „Tell-Festes” bildet den Höhepunkt in der Beschreibung der Jugendjahre Heinrich Lees in „Der grüne Heinrich”. Keller hatte an der ersten Fassung des Romans zwischen 1846 und 1859 gearbeitet. Zwischen Herbst 1848 und 1855 hielt er sich in Deutschland auf. Die ersten zwei Jahre lebte er mit einem Stipendium des Kantons Zürich als Student der Geschichte, Philosophie und Literaturgeschichte an der Universität Heidelberg, wo er Bekanntschaft mit dem Literatur- und Kunsthistoriker Hermann Hettner (1821–1882) und dem religionskritischen Philosophen Ludwig Feuerbach (1804–1872) schloss. In Heidelberg wurde der junge Student Zeuge der Niederschlagung der Revolution durch die Preußen. In einer Skizze aus dem Juni 1849, der er den Titel „Die Romantik und die Gegenwart” gab, verlieh Keller seine Solidarität mit den Aufständischen literarischen Ausdruck:

Gegenwärtig aber ringt die Welt nach einem neuen Sein und nach einem neuen Gewande. Ein Teil sucht dies im Vergangenen, von oben herab möchte man am liebsten sich ganz wieder zurückstützen und wird es im ersten besten günstigsten Momente versuchen, von unten herauf will man vorwärts, in ein neues Leben. Jeder möchte frei und ganz, ein voller Mensch, ein Mann der Tat durch das Leben schweifen, ohne Vormundschaft und ohne Rücklehne, nach allen Seiten seine vorteilhafteste Seite herauskehrend, nur durch eine geschworne Gleichheit seine kühnsten Wünsche beschränkend. Bloß eine blutlose Bourgeoisie möchte bleiben, wo und wie wir sind,

an dem halbverdorrten Zweige hangend mit der ganzen Last und seine paar Beeren benagend, bis er reißt und der ganze Klumpen in den Abgrund purzelt. Wahrlich, wenn ich nicht zu gut wüßte, dass die Philister eben Philister sind, so müßte ich sie für die leichtsinnigsten allerpoetisch'sten Käuze halten, denn nur solchen kann es eigentlich in einer solchen zweideutigen Lage wohlgefallen. Doch komme es, wie es wolle: aus der Reibung dieser verschiedenen Tendenzen ist schon Handlung und Poesie die Fülle entstanden und mithin sind die bisherigen Surrogate entbehrlich in Hinsicht der poetischen Bevölkerung unserer Räume. Die Junitage zu Paris, der ungarische Krieg, Wien, Dresden, und vielleicht auch Venedig und Rom, werden unerschöpfliche Quellen für poetische Produzenten aller Art sein. Eine neue Ballade sowohl, wie das Drama, der historische Roman, die Novelle werden ihre Rechnung dabei finden. Dass man sie aber auch unmittelbar am Leben selbst findet, habe ich nun in der badischen Revolution gesehen.

Wie deutsch eigentlich nichts anderes heißt als volkstümlich, so sollte auch poetisch zugleich mit inbegriffen sein, weil das Volk, sobald es Luft bekommt, sogleich poetisch, d.h. es selbst wird. Als die Waffenvorräte aus Karlsruhe und Rastatt nach den Pfingstagen durch das ganze Land verbreitet wurden, kamen große Züge Landvolk in die Städte um sie in Empfang zu nehmen; da glaubte man öfter wandelnde Gärten zu sehen, alle Hüte und die Mündungen der Gewehre waren mit den ersten Mairosen und andern roten Blumen vollgesteckt, so dass ganze Straßen von Blumen wogten und darunter tönten die Freiheitslieder.

Was sich am Beginn der tagebuchartigen Aufzeichnungen aus dem Juni 1849, in denen Heidelberg und die umgebende Landschaft idealisiert und überhöht werden, als eine Reminiszenz auf die literarische Romantik liest, kontrastiert Gottfried Keller im Verlauf seiner Notizen mit den revolutionären Ereignissen von 1848 und 1849. Der junge Schweizer Schriftsteller stellt die Romantik in einen politischen Kontext; sie ist ihm und seinen Zeitgenossen historisch geworden, die Gegenwart gehört der Revolution. In einem Brief an den Zürcher Freund Wilhelm Baumgartner vom 16. Juni 1849 frug Gottfried Keller nach den möglichen Auswirkungen auf die Schweiz, die durch ihre bürgerlich-demokratische Struktur zum Ideal der 48er erhoben wurde und somit als ein ideeller Anreger der revolutionären Ereignisse erschien:

Von der artigen Reaktionsclique Preußen, Österreich und Rußland ist das Allerärgste zu erwarten. Indessen hofft man hier in diesem Falle, dass die Schweiz, so wie sie den Anstoß zu der ganzen Geschichte gegeben hat, auch, wenn sie angegriffen würde, einen guten Schlußstein

setzen und dem Dinge eine andere Wendung geben würde, und dies hoffe ich, als guter Schweizer, ebenfalls mit Zuversicht.

In einem Brief vom 24. Juli 1849 an die Mutter, in dem er über den Ausgang der Revolution berichtete, erwähnte Gottfried Keller die möglichen Auswirkungen der politischen Ereignisse auf die Schweiz erneut. Teile der Revolutionsarmee waren am 11. Juli in die Schweiz geflohen, die vorübergehend 10.000 badische Exilanten aufnahm. Keller schilderte die Einnahme Heidelbergs durch die vom preußischen Thronfolger angeführten Bundestruppen und hoffte darauf, dass die flüchtigen Badener in der Schweiz gut aufgenommen würden:

Wenn man nur ordentlich umgeht bei Euch mit den badischen Soldaten, denn es sind sehr brave Kerle und haben sich tapfer gewehrt. [...] Die Freiheit ist den Deutschen für einmal wieder eingesalzen worden; doch wird es nicht lange so bleiben, und der König von Preußen wird sich wohl hüten, mit der Schweiz anzufangen. Wahrscheinlich werden nächstens die deutschen Fürsten selbst einander bei den Köpfen nehmen. Das Volk haben sie gemeinschaftlich abgetan, aber nun setzt es beim Leichenmahl Händel ab.

Wiederum blieb vielen nur die Flucht, doch nicht wenige der emigrierten Revolutionäre wollten von ihren politischen Sehnsüchten nicht lassen. Sie sahen sich wie Tell und seine Kombattanten vereint in ihrer Gegnerschaft gegen die restaurativen Machthaber und schworen sich 1853 auf dem Rütli Treue:

Franz Liszt, Richard Wagner und Georg Herwegh – allein das Trio ist sagenhaft – machten sich an einem Juli-Tag auf zu einer Wanderung und einer Bootspartie. [...] Bei den drei Quellen, die den Schwurort markierten, schöpften die drei Wasser in die hohle Hand und tranken Brüderschaft – ein Freundschaftsbund in spielerischer Anlehnung an Walther Fürst, Arnold von Melchthal, die gemäß Überlieferung – und seit 1804 gemäß Schiller – hier ihren berühmten Schwur geleistet haben sollen.

Georg Herwegh ging zwar nach der politischen Amnestie zurück nach Baden und starb in Lichtental bei Baden-Baden, wollte aber in „republikanischer Erde“ begraben sein. Seit 1843 war er Bürger der Gemeinde Liestal im Kanton Baselland, dort findet sich auch das Grab des demokratischen Revolutionärs, dessen „Deutsche demokratische Legion“ 1848 bei Schopfheim vernichtend geschlagen worden war – auf dem Grabstein befindet sich die Inschrift:

Hier ruht
wie ers gewollt,
in seiner Heimat freien Erde
Georg Herwegh
31. Mai 1817 - 7. April 1875

Von den Mächtigen verfolgt,
von den Knechten gehaßt,
von den meisten verkannt,
von den Seinen geliebt.

III.

Zweierlei Deutschland

Mit der Niederschlagung der 48er Revolution begann die Restauration und deren literarische Verarbeitung. Zu den prominentesten badischen Autoren nach 1848 ist Joseph Victor von Scheffel zu zählen - auch ihm gewährte das „Poetennest“ Liestal 1860 kurz Asyl, wenn auch aus anderen Gründen als Georg Herwegh, wie Justus Stöcklin berichtete:

Nachdem Scheffel die Schweizergrenze überschritten und in Basel den Eisenbahnzug bestiegen, konnte er es vor Beengung in dem Eisenbahnwagen nicht mehr aushalten und vom „Wesen des ihm gegenüberstehenden Herrn angezogen, vertraute er sich diesem an. Bahrdt erbarmte sich des Kranken und nahm ihn in seinen Wohnort Liestal in Pflege. [...] Es ist der gleiche Herr Bahrdt, den ich zu meiner Überraschung in Carl Spittellers „Frühesten Erlebnissen“ [...] als „Advokat Bahrdt“ entdeckte.

Der Dichter des „Ekkehard“ hatte die Schweiz schon früh besucht und es ist erneut Schillers „Wilhelm Tell“, der das Interesse des Touristen erweckte. In dem 1851 veröffentlichten Reiseessay „Ein Bericht aus der Schweiz“ stellte der damalige Dienstrevisor in Bad Säckingen den authentischen Hintergrund der Sage in Frage:

In dem nach einer halben Stunde erreichten Altdorf drängt sich bei jedem Schritt und Tritt die Tellsage dem Ungläubigen entgegen. Da ist ein Brunnen mit Tells Standbild – angeblich die

Stelle der alten Linde, an welcher des Tellen Sohn den Schuß bestand. Dort am Kirchturm ist in plumpen Fresken neben der Schlacht von Morgarten noch die Tellengeschichte gemalt.

Ebenfalls 1851 entstand Scheffels Reisebericht „Aus den Rätischen Alpen“. Der von der 1848er Revolution desillusionierte Dichter näherte sich in seinen Reisebildern, die erst seit Johann Wolfgang von Goethe als eine künstlerische Gattung akzeptiert und von Heinrich Heine (1797–1856) fortgeschrieben wurden, mit einem fast schon „ethnographischen Blick“ der einheimischen Bevölkerung an und beschrieb eine Welt, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts durch die industrielle Moderne fortschreitend bedroht erschien:

Wenn die Welt draußen schon mit Eisenbahnen vollständig umspinnen ist, dann kommt vielleicht die Zeit, wo von Flanz nach Trons und der Oberalp hin eine Poststraße angelegt wird, und Wanderer nach uns schauen dort den letzten Postillon mit denselben Gefühlen an, wie wir den alten Antony. Wenn aber auch die Eisenbahnen anderwärts schon zu den Altentümern gerechnet werden und in Luftballonen ein neues Reisen in Gange ist, dann dringt vielleicht auch der Schienenweg noch bis in die letzten Winkel des Rheintales, und der Urenkel Joseph Antonys ruft der Lokomotive etwa als Heizer sein „Alto! hé bougre!“ so intensiv zu als sein Ahn heute unserm Rößlein. Solche Perspektive in die Wechselgänge der Weltgeschichte suchten wir dem biederem Antony zu eröffnen; er aber schüttelte sein graises Haupt träumerisch und ging nach dem Stall.

Auf die Frage nach den aktuellen politischen Ereignissen in Deutschland, die der Schweizer Freund und Mediziner Adolf Erismann (1809–1880) - der Gründer des Sanatoriums Brestenberg – stellte, antwortete Scheffel im Dezember 1862: „Neues weiß ich aus der Welt nichts; da meine Gedanken in früheren Jahrhunderten leben [...]“. Das entspricht der Gefühlslage des europäischen Desillusionismus nach den gescheiterten Revolutionen der ersten Jahrhunderthälfte und beeinflusste zunehmend das Schweiz-Bild der Deutschen. Auch dafür kann Scheffel exemplarisch stehen, dessen Blick sich auf die Schweizer Landschaft konzentrierte und das Geschichtliche und die politische Aktualität weitgehend ausblendete, wie folgende Verse aus dem Jahre 1862 über den Hallwylersee illustrieren:

In des Weltlärms Hast und Gellen,
Denk' an diesen stillen See,
Freudig spiegeln seine Wellen
Sonnenlicht und Alpenschnee.

Ihn erfüllt kein stürmisch Tosen,
keine farbenwilde Glut,
Doch die schönsten weißen Rosen
Tauchen träumend aus der Flut.

Die Entwicklung hin zum Deutschen Reich „Bismarckscher Prägung“ veränderte die politischen Koordinaten des Kulturtransfers. Das „Alemannische“ wurde nochmals als das übergreifende Allgemeine akzentuiert. „Wir mögen nun Schwaben oder Schweizer sein, wir alemannischen Männer haben einander gern“, konstatierte Scheffel. Auch aus Schweizer Perspektive wusste man zu differenzieren und „separierte“ den Südwesten vom übrigen Teil des entstehenden Deutschen Reiches. Der Schweizer Kultur- und Kunsthistoriker Jacob Burckhardt berichtet beispielsweise 1866:

Übrigens ists im Badischen Ländle schön! Gestern, als ich diesen Brief liegen ließ, fuhr ich nach Freiburg und ging den ganzen Nachmittag bis Sonnenuntergang in der Umgebung herum und weidete mich an den durch den Herbstduft fern scheidenden Bergen und der Sonnenglut in den Weinblättern, Platanen, Gartenhecken etc. Der Münsterthurm im Sonnenuntergang, feurig roth und dunkelviolet, machte mir wieder einen mythischen Eindruck wie vor 30 Jahren, da ich ihn zuerst sah. [...] Wir haben jetzt in Vorder-Alamannien ganz paradiesisch schöne Tage mit warmen Regennächten dazwischen; der Wein gerät höchst massenhaft und auch in der Qualität gut. [...] Das Oberland ist immer noch das Alte und ich trage regelmäßig meinen Sonntagsgroschen dorthin und bleibe, staatsökonomisch gesprochen, ein schlechter Schweizerbürger.

Auf Deutschland im ganzen bezogen wird der Blick der Schweizer jedoch zunehmend kritischer, wie eine Reflexion über den „degradierten Schiller“ des Epikers, Erzählers, Lyrikers und Dramatikers Carl Spitteler (1845-1924) zeigt, der nach der Jahrhundertwende monierte, dass das wilhelminische Deutschland einen seiner Klassiker an den Rand gedrängt hatte – das Freiheitspathos des zum Klassiker erhobenen Verfassers des „Wilhelm Tell“ war in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg bei den Intellektuellen und Künstlern nicht mehr gefragt, von den Staatstragenden wurde es instrumentalisiert, der Goldschnitt wurde einige Jahre später durch die „Feldpostausgabe“ ersetzt:

Einst galten Goethe und Schiller für ebenbürtig. Auch habe ich persönlich während meines Lebens nicht einen einzigen bedeutenden Mann gekannt, der anders geurteilt hätte. Ich kann Ihnen sogar Leute von guten Namen nennen, die Schiller entschieden für größer hielten als

Goethe: z. B. Gottfried Keller und Jacob Burckhardt. [...] Wer Schillers Namen anders als mit der größten Ehrfurcht und Bewunderung nennt, kann selber nichts. Darauf können Sie sich verlassen. Für Deutschland aber ist es unrühmlich, dass es sich, ohne zu mucken, seinen Schiller hat in den zweiten Rang hinunterdrücken lassen.

DISKUSSION

Dr. Kaufmann: Als Anregung: Man sollte einmal Schweizer Lehrmittel auf ihren Gehalt an deutschen Autoren untersuchen. Ich habe mich kürzlich mit Augustin Keller beschäftigt, einem einflussreichen Staatsmann und liberalen Katholiken im Kanton Aargau. Er hat auch Lehrmittel herausgegeben: Sie enthalten fast nur deutsche Dichter. Deutsch-Schweizer Lehrmittel für die Schule zu schreiben, ist ohne deutsche Autoren nahezu ein Ding der Unmöglichkeit. Zum Teil hat Keller auch äußerst nationalistische Gedichte aufgenommen. Er war in Breslau gewesen und war Mitglied einer Burschenschaft. Wenn man dem aber einmal allgemein nachgeht, wird wahrscheinlich überwältigend sein, was man da findet.

Prof. Schmidt-Bergmann: Das ist absolut richtig; auch Peter von Matt hat darauf hingewiesen. In der Zeit, als es noch eine DDR-Literaturwissenschaft gab, gab es einen Versuch, die Schweizer Literaturgeschichte als Nationalgeschichte darzustellen. Das hatte natürlich politische Gründe, zumal die DDR Literaturgeschichte auch als Nationalgeschichte verstanden wissen wollte. Aber es funktionierte nicht und konnte auch nicht funktionieren. Auf der anderen Seite könnte man aber auch von fruchtbarer Auseinandersetzung sprechen. Diese Diskussion wäre dagegen in Österreich völlig unmöglich. Dort wird von österreichischer Nationalliteratur als abgeschlossenem Corpus gesprochen; manchmal wundert man sich, was dort alles dazu gezählt wird. – Mit dem Austausch der Literatur am Oberrhein haben wir es schwieriger. Im Grunde bleibt nur Johann Peter Hebel; Scheffel fällt schon fast aus. Von seinen Reisebildern sind die von 1850 bis ungefähr 1865 die stärksten, die späteren, z. B. über das Elsass 1871, werden zum Teil bedenklich chauvinistisch, jedenfalls mit Blick auf Frankreich. Interessant ist die Auseinandersetzung bei Keller. Als der Grüne Heinrich zum ersten Mal Deutschland betritt, bekommt er gleich an der Grenze Schwierigkeiten. Die Grenze ist auf einmal da, wir haben heute Morgen gehört, dass sie nicht immer da war. Heinrich wird also mit der deutschen Form von Repression konfrontiert, von Keller sehr geschickt dargestellt, wenn er zeigt, was es mental bedeutet, auf einmal auf eine Grenze zu stoßen. Damit verändert sich bei Keller der Blick auf die Deutschen. In seinem Essay über die Identität beschreibt Jakob Burckhardt dieses zweierlei Deutschland. Das Verwandte ist das Alemannische, das sich als eigener Kulturraum konstituiert. Das ist ein spannender, wichtiger und vor allem auch politischer Prozess. In der Hebel-Forschung vermisste ich dieses Thema. Keiner fragt, warum Hebel 1803 alemannische Gedichte macht – doch nicht einfach nur, weil er in Karlsruhe lebt und Heimweh hat! Sehr gute literaturwissenschaftliche Analysen aus Freiburg haben gezeigt, dass die Alemannischen Gedichte nicht in der Sprache von Hebels Jugend verfasst sind, sondern auf einer ganz anderen sprachlichen Ebene. Hebel reflektiert damit – und er ist nicht der Unpolitische. Er mag in einer späteren Zeit staatstragend gewesen sein; seine frühe Position, die Bedeutung, die das Mystische und die Ekstase bei Hebel hatten, waren innerhalb der Kirche und protestantischen Ethik schwierig zu vermitteln. Die Hebel-Forschung sollte vielleicht die Predigten stärker

heranziehen. Er war Hofprediger, war Berater, höchster protestantischer Beamter, hat die Ständeversammlung eröffnet, war Mitglied der Ersten Kammer: Hebel war kein unpolitischer Kopf. Aber soweit ist die Forschung noch nicht, wir hoffen, dass wir es vielleicht 2010 mit der Hebel-Ausgabe besser wissen.

Prof. Rödel: Heine hat in seinem Wintermärchen die Schweiz eigentlich noch in den deutschen Kulturrahmen einbezogen. Vom Gotthard aus sieht er Deutschland vor sich liegen – zunächst liegt aber doch eigentlich die Schweiz vor ihm? Das ist die eine Seite. Die andere Seite: Sie haben am Beispiel Herwegh die Aufnahme von Flüchtlingen erwähnt, mit denen die Schweiz, ob es nun Dichter waren oder politische Flüchtlinge, ja eine ziemliche Last auf sich genommen hat. Das sind zweierlei Perspektiven, die sich in kurzer Zeit auf dieses Land konzentrieren. War die Heine-Perspektive eine europäische oder war sie nur die linke, die liberal-deutsche, oder gab es in der Zeit auch andere Perspektiven, auf die Schweiz gerichtet, die dieses Problem anders gesehen hätten?

Prof. Schmidt-Bergmann: Die Reiseberichte sind relativ gut erforscht – allerdings endet die Forschung merkwürdigerweise etwa mit dem Jahr 1850: Es gibt also doch noch große Lücken. Heine setzt in kritischer Distanz zu den gängigen Reiseberichten ein Modell dagegen, das sich an Goethe orientiert. Das müsste man in einer übergreifenden Auseinandersetzung damit auf jeden Fall berücksichtigen. In die Problematik gehört aber auf jeden Fall auch Spitteler mit seinem großen Essay über den Gotthard. Ich habe auch nicht Conrad Ferdinand Meier genannt, weil er noch nicht von einem oberrheinischen Verlag publiziert wurde. Ich hätte ihn gerne genannt, damit man noch einen andren Vergleich hat, und damit man sieht: In der großen, in der bewusst kanalisierten Literatur gibt es eine starke Auseinandersetzung von Schweizer Seite mit den Deutschen und von Deutschen mit der Schweiz. Im Oberrheingebiet zentriert sich auf bestimmte Orte und auf bestimmte Autoren. Heine geht weit darüber hinaus. Durch seine Form der Reflektion sieht er wesentlich mehr; seine „europäische Perspektive hat er später ja durch sein Exil in Paris. Von daher steht Heine in dieser Zeit allein. Auch mit Herwegh kann man ihn nicht vergleichen, höchstens kontrastieren

Prof. Krimm: Wie hat man eigentlich in der Schweiz die deutsche Idealisierung im Vormärz, im Gefolge von Schiller rezipiert? Wie wird Idealisierung im betroffenen Land selbst wahrgenommen? Ist es nicht wahrscheinlicher, dass man meist das Fremde idealisiert, dem Eigenen aber doch gerne ebenso kritisch gegenübersteht? Wenn Keller die Schweizer Verhältnisse schildert, dann schildert er ja Seldwyla. Was macht der Idealisierte mit der Idealisierung durch die Anderen?

Prof. Schmidt-Bergmann: Das hieße auch: Welche Funktion hat in einer bestimmten Zeit ein bestimmter Text? Keller hat in seiner Novellen-Sammlung ein ganz bestimmtes Publikum vor Augen. Wer sind seine Adressaten? Nicht die deutschen Leser, die wollte er damit vielleicht auf einer Kunstebene erreichen, aber nicht mit der kritischen Distanz zum eigenen Land. Man müsste dies auch an einzelnen Texten von Hebel zeigen können, wie es bei den Kalendergeschichten auch gemacht wurde; es gibt gut kommentierte Ausgaben, so dass wir wissen, worauf Hebel im Einzelnen reagiert. Das Gleiche gilt für Scheffel und andern Autoren. So spielt 1848 für Keller eine große Rolle und Scheffel ist ohne dieses Erlebnis von 1848 nicht zu denken - wie der ganze Realismus im Prinzip dadurch geprägt ist.

Ernst Strebel, Zürich

**Curjel & Moser und die offizielle
Schweizer Architekturlehre um 1900**

Als bauender und in Sachen Curjel & Moser forschender Architekt werden Sie von mir keinen spezifisch kunstgeschichtlichen Standpunkt vernehmen. Was ich aber kann, ist, Ihnen meine Sicht mit den Augen und dem Denken eines architekturgeschichtlich interessierten Architekten darzulegen. So stellte ich mir für heute die Frage nach den architektonischen Positionen, die um 1900 der offiziellen Schweizer Architektur gegenüberstanden und welche Rolle die Architekten Curjel & Moser dabei inne hatten. In einem ersten Schritt erläutere ich Ihnen die Position der Architektur des Staates um diese in einem zweiten Schritt Arbeiten von Curjel & Moser gegenüberzustellen.

1. Die Lehre und die Bauaufgaben des Staates, die „Staatsarchitektur“

Es waren zwei Schlüsselstellen, welche die offizielle Architektur der Schweiz um 1900 mitbestimmten: Da war einerseits die 1855 gegründete und von Gottfried Semper geführte Bauschule am Eidgenössischen Polytechnikum in Zürich und andererseits die 1871 geschaffene Direktion der Eidgenössischen Bauten in Bern, die oberste Bauinstanz des Bundes.

Die Direktion der Eidgenössischen Bauten realisierte alle Bauten des Bundes. So entstanden bis 1900 neben den konstituierenden Bauten für die Schweizer Regierung unzählige Bauten für die Post, das Zollwesen und das Militär. Der Leiter dieses Amtes war ein Ingenieur. Er delegierte architektonische Aufgaben an seinen Architekten, Theodor Gohl, ein Semper-Schüler der ersten Stunde. In seinem Amt als oberster Architekt des Bundes baute er selbst – oder veranstaltete Wettbewerbe. Dabei unterstützten ihn im Preisgericht u.a. auch die Lehrenden des Polytechnikums, seine ehemaligen Lehrer oder Kommilitonen. Das Eidg. Telegraphengebäude von Dorer & Fuchsli (links) entstand aus einem Wettbewerbe und der Entwurf für das Eidg. Bundesarchiv (rechts) stammt von Gohl. Ein pragmatisch interpretierter Historismus charakterisierte seine Position. Sie bestimmte das Bauen im ganzen Einflussbereich des Bundes bis nach der Jahrhundertwende.

In der Architekten-Ausbildung der 90er Jahre bestimmte der Semper-Schüler Alfred Friedrich Bluntschli die Lehre. Aufbauend auf den formalen und räumlichen Konzepten der italienischen Renaissance suchte er auch für neue Bauaufgaben nach einer zeitgenössischen Interpretation.

Stellvertretend für seine realisierten Bauten sehen wir hier die evangelische Kirche in Zürich Enge, entstanden zu Beginn der 90er Jahre.

Als in Wiesbaden mit dem „Wiesbadener Programm“ der Zentralraum definitiv zum zukünftigen Typus der evang. Predigtkirche erklärt wurde, war der Wettbewerb für die evang. Kirche im Zürcher Enge-Quartier bereits abgeschlossen. Ein mächtiger Tambour erhebt sich über der inneren Kuppel, zeichnet eine weiche Silhouette. Tambour und Portikus sind Zeichen einer inneren Hauptachse. Ein allseitig regelmäßiges Dekorationsprogramm gliedert gleich einem über das Gerüst geworfenen Tuch die Fassaden. Dieselbe Dichte und Regelmäßigkeit finden wir auch im Innern. Kanzel/Altar/Taufstein, Orgel und Sängerempore sind so gut wie möglich in diese regelmässigen Strukturen integriert.

Mit der Erweiterung des Lehrkörpers an der Bauschule um den vormaligen Zürcher Stadtbaumeister Gustav Gull (Bild: Hof für das Zürcher Stadthaus), wurde eine kontinuierliche architektonische Entwicklung gesucht. Gull studierte nicht unter Semper. Der vorhandene Lehrkörper unterrichtete ohne den Meister weiter, eine Übergangslösung. Gull vertiefte sich in Fragen der mittelalterlichen Architektur und brachte als Leistungsausweise die Luzerner Post und das Schweizerische Landesmuseum ein.

Mit weiteren Verwaltungs- und Bildungsbauten (Bild: Lichthof im Amtshaus IV, welches ich für die Stadt Zürich sanieren und umbauen durfte) wird dessen Position deutlicher. Er suchte wie viele Zeitgenossen, basierend auf seinem historischen Fundus einen „Neubeginn“, ein Anknüpfen an die Entwicklung zur Zeit des Wechsels von der Romanik zur Gotik, der Zeit des Übergangs. Unter und hinter den Oberflächen dieser Halle liegen neueste Konstruktionen wie Stahlbalken- und Eisenbetondecken und alle vermeintlichen Natursteinteile sind in Kunststein gefertigt.

Gulls Bauten zeichnen sich aus durch einen freien Umgang mit Positionen der späten Romanik bzw. frühen Gotik, bedienen sich jedoch modernster Materialien und Konstruktionsweisen. Die Programme der Ausstattungen, der architektonischen Bauteile und der Beiträge bildender Künste sind auch hier regelmässig über alle Flächen angeordnet, wenn auch in deren Dichte und Polychromien diszipliniert zurückhaltend. Die natürlichen Farben der Materialien bestimmen die Gesamtausdrücke.

Auch das Schweizer Polytechnikum stand im Dienste einer vornehmlich auf Repräsentationsbauten ausgerichteten Architektenausbildung. Bauten des Staates, der Kirchen,

des jungen Tourismus und Villen wohlhabender Privater. Die Architektur des Staates ist dem Historismus, der Semper-Nachfolge verpflichtet. Bezüge nach Frankreich sind auszumachen, galt doch eine Weiterbildungszeit an der Ecole des Beaux Arts als wertvoller Bildungsnachweis. Dann wäre noch das Schweizer Parlamentsgebäude, hier im Bild, für hiesige Verhältnisse mit ungewohnt national-monumentalen Gesten ausgeführt. Es ist ohne des Schweizers Wilhelm Auer's Wiener Erfahrungen undenkbar.

Die letzten Exponenten der Semper-Schule prägten um 1900 die offizielle Architektur der Schweiz. Der Entwurf wurde Objekt-orientiert gelesen, die Räume wohl proportioniert, einer ausgewogenen, archaischen Tagstruktur eingegliedert (was in der Regel zu symmetrischen Konzepten führt) und in funktional taugliche Bezüge gesetzt. Das letztendliche Bild, die Form, war ikonologisch belegt, setzte Zeichen, transportierte ein Programm, formulierte städtebauliche Hierarchien. Die Traktate der Renaissance, des Klassizismus und des Historismus enthielten deren Regeln, die Zeitgenossen adaptierten diese an deren Bedürfnisse. Neue, auch funktional bedingte Standpunkte wurden integriert. Die italienische Renaissance mit deren Gestaltungsprinzipien bildete weiterhin die konzeptionelle und formale Referenz. Doch: Im internationalen Vergleich hatte das Ansehen der Bauschule schon bessere Zeiten!

2. Bauaufgaben der Kirchen, Kantone, Kommunen und Privater

Während sich die Kantone und Kommunen mit deren Bauten an die staatlichen Positionen anlehnten, bewegten sich die Kirchen formal auf eigenen Feldern. Doch auch sie waren strukturell traditionellen Konzeptionen verpflichtet. Ganz andere Möglichkeiten eröffnete die private Bautätigkeit. Hier, beim Bau von Villen, städtischen Wohn- und Geschäftshäusern eröffneten sich, unabhängig von ikonologischen Vorgaben, bisher unbekannte Felder und Möglichkeiten. Hier finden wir neue räumliche und volumetrische Konzeptionen, architektonisch thematisierte Konstruktionen und auch formale Einflüsse aus bisher kaum bekannten Kulturräumen. Die Grenzen einer vielschichtig gestalterischen Freiheit wurden ausgelotet.

Das Geschäftshaus Metropol in Zürich, hier im Bild, erbaut von Heinrich Ernst 1891 bis 93, also gleichzeitig mit der Kirche Engi, steht für einen innovativen Einsatz eines „Privatarchitekten“. Ernst arbeitete für Semper in Dresden, hatte Kontakte über seinen Kollegen Alexander Koch zum angelsächsischen Raum. Die Wiener Architekten Fellner und Helmer bauten mit ihren mitgebrachten Handwerkern zeitgleich das heutige Zürcher Opernhaus und die damalige Zürcher Tonhalle, brachten viele Elemente und auch ihr handwerkliches Können

aus dem Kulturraum der Donau nach Zürich. Hinter den formalen Zitaten in dieser Fassade finden wir jedoch den vermutlich ersten reinen Stahlbau in einem Geschäftshaus in der Schweiz, eine auch architektonisch in Details thematisierte Konstruktionsweise wie sie seine Zeit nur aus den großen europäischen Metropolen kennt.

Alexander Koch, der Architekt der Villa Egli realisierte zusammen mit Ernst gemeinsame Wohnbauprojekte und brachte dabei seine Erfahrungen aus England, wo er seit 1885 lebte und arbeitete, ein. Dort entstanden seine Projekte für die Schweiz. Die Villa Egli, wie sie heute heißt, entstand 1899 bis 1902 und formuliert einen deutlichen Kontrapunkt zur offiziellen Lehre. Das Volumen ist aus inneren Betriebsabläufen, individuellen Vorlieben entwickelt, bildet sich nach Außen entsprechend ab. Mit derselben Freiheit werden auch mittelalterliche Konstruktionsweisen zu einem differenzierten Gesamtbild komponiert. Die Gründer setzten gegenüber der Staatsarchitektur ihre Kontrapunkte.

Das zweite Haus im Bild ließ sich ein Industrieller vom führenden englischen Architekten Bailly Scott in der Ostschweiz erbauen. Dort entstand in aller Abgeschlossenheit ein Gesamtkunstwerk, das heute noch durch seine Originalität beeindruckt – und alle Charakteristiken des angelsächsischen Villenbaues repräsentiert.

Den Wettbewerb für die evang. Kirche am Stauffacher in Zürich gewannen die etablierten Berliner Kirchenbauer Johannes Vollmer und Heinrich Jassoy. Ihre 1901 vollendete Kirche überrascht im Innenraum. Das Äußere ist einer deutschen Renaissance verpflichtet und die norddeutschen Einflüsse sind nicht zu übersehen.

Neu für die Schweiz und im Widerspruch zur offiziellen Architekturauffassung ist ihr Innenraum, hier in der heute, mit Ausnahme der Bestuhlung, präzise rekonstruierten Fassung. Er ist unabhängig vom Äußeren als eigenständiger Entwurf formuliert. Er besticht mit seiner raffinierten Überlagerung von quadratischem Gemeinderaum mit ungleichen Emporentiefen und akzentuierter Längsachse. Die architektonischen Schmuckteile sind minimiert, die Wandoberflächen auf reine Farbwände reduziert. Ihr ordnen sich wenige gemalte Ornamentbänder unter. Orgel, Sängerempore, Kanzel, Abendmahlstisch und Taufstein finden mit dem ausgemalten Chorraum eine Akzentuierung. Sie gibt dem Raum eine übergeordnete Richtung. In der offiziellen Lehre war diese Haltung undenkbar.

Ganz eindeutig entdecken wir neben der staatlich geförderten Architektur auf untergeordneten Nebenschauplätzen in Fragmenten Einflüsse internationaler Strömungen. Die Bereitschaft der

Lehre, auf diese vertiefter einzugehen fehlte noch, die Geschichte der Bauschule und deren Lehrer ließ dies noch nicht zu. Die Zeit war noch nicht reif.

3. Curjel & Moser

Die bisher zitierten alternativen Positionen blieben mehrheitlich punktuelle Einzelleistungen. Die Biographien von Robert Curjel und Karl Moser führten zu einer anderen Ausgangslage. Robert Curjel wurde 1859 in St. Gallen als Sohn eines Textilhändlers mit Kontakten zu Deutschland geboren. Noch während der Grundschulzeit von Robert Curjel zogen sie nach Karlsruhe, wo Vater Curjel eine Stelle am Hof antrat. Robert Curjel studierte bei den Weinbrenner-Schülern Architektur, vertiefte die Studien bei Friedrich von Thiersch in München. 1886 arbeitete er bei Friedrich Lang in Wiesbaden, dann bei Hans Griesebach in Berlin. Diesen lernte er als kompetenten Kenner der Deutschen Renaissance kennen. Ab 1888 führte er mit Karl Moser in Karlsruhe ein gemeinsames Architekturbüro.

Karl Mosers Vater und Großvater waren Baumeister und Architekten. Ihre Ausbildung führte sie weit durch Europa. Großvater Johann Moser nach Hansen's Kopenhagen und Klentze's München. Der Vater Robert Moser studierte bei Friedrich Weinbrenner in Karlsruhe, reiste durch Italien, Frankreich und England. Im Schweizerischen Baden engagierte er sich in Politik und Militär, pflegte Kontakte zu den Lehrern an der Bauschule und realisierte Bauten für die Bäderstadt, das Gesundheitswesen und den Strafvollzug. An der Weltausstellung in Philadelphia wurden seine Gefängnisbauten international ausgezeichnet. Karl Moser studierte vor dem Diplomabschluss freiwillig noch ein Semester beim neu verpflichteten Architekten Bluntschli um danach bei ihm die Diplomarbeit abzulegen. Es folgten eine kurze Zeit an der Ecole des Beaux Arts in Paris und dann die Praxisstelle bei Friedrich Lang in Wiesbaden. Hier traf er auf Robert Curjel. Nach einer Italienreise zog er 1888 nach Karlsruhe. Nun begann ihre gemeinsame Erfolgsgeschichte.

Curjel & Moser firmierten ausserhalb, hatten jedoch über ihre Familien gute Kontakte zur Schweiz. Ihre wichtigsten Aufträge erkämpften sie sich über Wettbewerbsteilnahmen, daneben vermittelte ihnen Robert Moser kleinere Arbeiten. Dies erlaubte ihnen den Aufbau einer Existenz in Karlsruhe und eine durch Wettbewerbserfolge begünstigte, kontinuierliche Präsenz in der Schweiz. Der damit verbundene Kompetenzausweis ermöglichte ihnen die Durchsetzung besonderer Haltungen, wenn auch nur in kleinen Schritten.

Grundsätzlich waren es Wettbewerbserfolge, die für Curjel & Moser zu regelmäßiger Bautätigkeit in der Schweiz führten. Es waren Kirchen und Schulen, daneben gab es auch die Privataufträge, Villen, vorab im Einflussbereich ihrer Familien im Aargau und in der Ostschweiz. Diese Realisationen erlauben, ergänzt mit den Bauten in Deutschland, interessante Beobachtungen.

Dabei werden, im Vergleich mit dem zeitgenössischen Schaffen in der Schweiz, nicht nur die besonderen Talente dieser beiden Architekten, sondern auch die Einflüsse aus dem Karlsruher Kontext deutlich spürbar. Es war eine Art „urbaner Salon“ den Karl Moser faszinierte – und in welchem ein Kampf um Kultur und sozialer Ordnung geführt wurde. Da waren die Großherzogliche Kunstschule, die Kunstgewerbeschule, die Majolikamanufaktur und weitere kunstgewerbliche Werkstätten, da waren die Deutsche Kunstgenossenschaft und der Karlsruher Künstlerbund und da waren die Baugewerkeschule und das Polytechnikum. Sie standen im Dienste ihres obersten Förderers, des Großherzogen und dieser wiederum wollte sich gegenüber weiteren Adelskreisen entsprechend profilieren. Ihr kulturelles Mass fanden sie im Preußischen Kaiserreich. Dass dabei die Fetzen flogen ist bekannt, an deren Reibungsflächen wurde die kreative Energie frei, davon zehrten auch Curjel & Moser.

An Beispielen weniger Baugattungen, vorab dem Sakralbau, und diesen weil er die Entwicklungstendenzen am markantesten illustriert, versuche ich deren, aus Schweizer Sicht speziellen Stufen darzustellen.

Innenräumliche Hierarchien / regelmässige Oberflächen

(Bilder: Evangelische Kirche Enge von Alfred Bluntschli, 1904; Wettbewerbsprojekt von Curjel & Moser zu einer evangelischen Kirche in St. Gallen, 1894).

Als erstes ist bei Curjel & Moser eine subtile Distanz zu einer strengen innenräumlichen Hierarchie auszumachen. Die Kreuzarme weisen gleich Tiefen auf. Dies entspricht der Idealkonzeption der Renaissance. Mit einer polygonalen Formgebung zweier gegenüberliegender Arme erhält der Raum trotzdem eine Richtung. Diese wird von den polygonalen eingezogenen Emporen die im Dialog zur geraden Kanzelwand stehen, weiter unterstützt. Im Äusseren ist das dem Zentralraum zart überlagerte Thema einer Hauptachse mit dem vorgebauten Eingangsportikus und den parallel gestellten Treppenanlagen weiter entwickelt.

Artikulationen von Richtungen

In der Karlsruher Christuskirche erhält diese Hauptachse neue Qualitäten. Der Kreuzarm der Eingangsseite ist tiefer, unterstützt die Längsachse weiter und die Kanzelwand ist vor dem Orgelprospekt zu einer monumental wirkenden Skulptur entwickelt.

Die Dekorationen der inneren Oberflächen sind deutlich reduziert und diese „Einfachheit“ bildet den Kontext für das Inszenieren von religiöser Symbolik. Dies geschieht nun mit Unterstützung herausragender bildender Künstler. Mit den Themen der Glasmalereien, welche die ruhigen Wandoberflächen mit ihrem Farbenzauber überziehen, erhält dieser Innenraum neue, bisher ungewohnte Qualitäten.

Auch im Äußern ist die Reduktion der Oberflächenbearbeitung sichtbar, das Ornament bleibt auf die Nahtstellen der verschiedenen Teilvolumen beschränkt. Auch hier wird die Hauptachse mit Beiträgen der bildenden Künste, ich verweise auf das Christusrelief am Südgiebel, weiter unterstützt.

Einfache, klare Volumen

Die Auseinandersetzung mit dem präzisen, minimal mit Ornament gegliederten Baukörper, charakterisiert den nächsten Entwicklungsschritt. In den Entwürfen zu Karlsruher Geschäftshäusern erschien erstmals das negativ in die Flächen gehauene, die klaren Flächen und Volumen gliedernde Ornament. Es wurde in der Basler Pauluskirche zu einem wichtigen Element. Die Kirche entstand etwa zeitgleich mit der Kirche von Vollmer & Jassoy in Zürich, diejenige die wir einleitend sahen, mit dem klar und schlicht gezeichneten Innenraum. Die Volumen der Pauluskirche sind auf deren Grundmasse reduziert, thematisieren den Zentralraum, sind nur noch von wenigen Schattenlinien gegliedert. Die Eingangshalle, die Figur des heiligen Michael, das Modell stammt von Oskar Kiefer aus Ettlingen und der Guss erfolgte in einer Karlsruher Erzgießerei, sowie die seitlichen Treppenanlagen unterstützen die unterlegte Längsachse. Mit diesem Bau werden auf Schweizer Boden im Monumentalbau erstmals neuartige, zur offiziellen Architektur weit unterschiedliche Themen inszeniert.

Kurz nach 1900 waren im Büro Curjel & Moser gleichzeitig bis sechs evangelische oder reformierte Kirchenbauten in Planung oder Ausführung. Ihnen allen gemeinsam ist die Abkehr vom klassischen, im Vierungsturm gipfelnden Zentralbau. Der Zentralraum blieb vorläufig noch das verbindende Thema. Die Berner Pauluskirche, in einer Aufnahme kurz nach deren Fertigstellung, 1905. Wiederum ein Zentralraum über einem Kreuzgrundriss, jedoch, wie in

Mannheim und in der Karlsruher Lutherkirche, mit knappen Kreuzarmen. Das Thema mit dem Turm in der offenen Kreuzarmecke wurde, nach gut zehn Jahren erneut aufgenommen. Neu in dieser Gattung Monumentalbauten war aber deren einfache Materialisierung in verputztem Mauerwerk, die u.a. den bildenden Künsten eine andere Ebene für Inszenierungen eröffnet. Neu waren auch die barock geschwungenen architektonischen Teile, auch eine Referenz an den lokalen Kulturraum. Darauf werden wir gleich zurückkommen. Im Innern wurde ein geradezu radikaler Schritt vollzogen. Materialien und architektonische Schmuckteile sind auf ein neues Minimum reduziert, die Kanzelwand zu Gunsten einer monumentalen Menschengruppe auf eine glatte Ebene reduziert. Wände und Deckenfelder sind einfach verputzt und hell getüncht. Die Emporenbrüstungen verlaufen erstmals vor den Pfeilern, unterstützen den Zentralraum in einer neuen Art. Für Bern, wir sahen deren zeitgleich erstellte Staatsbauten, ein großer Schritt.

Innen und Außen – unterschiedliche Haltungen

Es war aber auch die Zeit, wo sich bei Curjel & Moser Inneres und Äußeres groß unterscheiden konnten. So zum Beispiel in Luzern. Hier die 1906 fertig erstellte Pauluskirche. Hinter dieser neugotischen Hülle finden wir einen warmen, hellen Innenraum. Ein Zelt mit gesteppten Nähten spannt sich über den von Naturfarbenem Holz bestimmten Boden, über der Gemeinde. Die Potentiale von Bild und polychromer Dekorationsmalerei wurden hier neu ergründet. Später finden wir sie in Curjel & Mosers Ostschweizer Kirchen weiter entwickelt.

Regionale Einflüsse

Was wir in Bern kurz ansprachen, die Verknüpfung mit dem Ort, finden wir hier in Zug besonders artikuliert. Neben der mittelalterlichen Stadt entstand, thematisch mit dieser kohärent, auf der grünen Wiese die katholische Michaelskirche. Karl Moser schrieb dazu in der Festschrift: Wenn sie dann aufsehen zu den Kapitälern der Säulen, so sind Sie vielleicht erfreut über den Reichtum des Bildwerks, das die Kelche desselben ziert und wenn Sie näher zusehen, so finden Sie alte Bekannte in dem Bildwerk, in Stein übersetzte Pflanzenmotive Ihrer Gärten und Bäume, Kastanie, Ahorn, Lorbeer, Rosen, Bärenklau, Flechten. So sind denn alle Ornamente in Holz, Stein, Eisen und Malerei als Gottes herrlicher Natur geholt und nach ihrer besonderen Bestimmung je nach dem Material und dem Zweck umgearbeitet worden.

Bedeutend deutlicher ist dieses Verknüpfen mit dem Ort dies bei der Marinegarnisonskirche in Wik bei Kiel ganz im Deutschen Norden sichtbar. Hier waren es nicht nur die norddeutsche Kirchentypologie im Allgemeinen und diejenige der Garnisonskirchen im Speziellen, die den

Entwurf beeinflussten, sondern auch die regionale Kultur des Backsteinbaues und der Holzkonstruktionen, die gerade zu einer Herausforderung für formale Belange im konstruktiven Entwurf wurden.

Selbstverständlich könnten hier noch weitere Beispiele angefügt werden. Ich denke an die evangelischen Kirchen von Flawil, Straubenzell oder Tablat in der Ostschweiz, wo Verbindungen mit der dem Kloster St. Gallen verpflichteten Architektur zu Themen der weltweit bedeutenden Textilindustrie nachgewiesen werden können. Oder auch bei der evangelischen Kirche in Oberursel, wo die Vorgabe durch die Wiesbadener Lutherkirche von Friedrich Pützer, ihr Innenraum wie deren Turmabschluss, nicht ohne Einfluss auf das Projekt von Curjel & Moser bieben.

Neue Lichtordnung, Helligkeit, Polychromie, neue Rolle der Glasmalerei

Die vom Krieg weitgehend unversehrt gebliebenen Glasmalereien in der evang. Kirche von Oberursel, hier ohne weiteren Kommentar ein Eindruck dieses Raumes, führen uns zum Phänomen der Lichtführung, den Abhängigkeiten zwischen der farbigen Wirkung der Glasmalereien und der inneren Ausstattung, der Stimmigkeit im Raum. Die Bezüge zwischen Glasmalerei und Raum interessierten Karl Mosers besonders, begleiteten ihn durch sein ganzes Werk.

In der Karlsruher Lutherkirche war dieses Thema ein wichtiger Teil des entwerferischen Experimentes. Es ist die letzte Kirche über einem reinen Kreuzgrundriss. Der Scheitel des Gewölbes steht nicht mehr im Verhältnis von 1:1 über dem Zentralraum, sondern ist um einen Viertel herungesetzt. Die Kirche ward zum gedrungenen Raum entwickelt. Damit entstand ein Belichtungsproblem, denn auch die Fenster wurden niedriger. Curjel und Moser reagierten mit einer besonderen Polychromie, im Innenraum wie auch bei den Glasfenstern.

Sie erläutern uns dies wie folgt: *Gewölbe und Wände sind mit einem silbergrauen Ton, teilweise mit dunkelgrauem und vergoldeten Ornament überzogen. (..) Die Kanzelwand hebt sich von den silberglänzenden Pfeifen der Orgel und der farbig kräftig und tief gestimmten Orgelnische ab. Als reichlicher Flächenschmuck treten die flimmernden Glasfenster von Professor Laeuger in den Kreuzarmen und in der Orgelempore vor. Diese Bilder sind ganz besonders gut in Farbe und Form in den Raum hineingestimmt und in Bezug auf die Verteilung der Massen und Farbwerten vorzüglich erdacht und ausgeführt. (..) Als Gegensatz zu den kalten grauen Tönen leuchten überall kleine gelbe Flächen. Der Boden der Kirche ist mit stark orange gelbem*

Linoleum belegt, die Bänke in warmen Braun getönt. So ist für den Eindruck des Innern eine hellfrohe und doch etwas gedämpfte Stimmung erreicht worden, indem man alle Materialien diesem Stimmungsprogramm untergeordnet hat. (...) Dieses Prinzip mag wohl bei allen den Räumen, bei denen man auf einen nachhaltigen Gesamteindruck ausgeht, das Richtige sein.
Ein kleines Manifest, diese vorläufige Zusammenfassung.

Die Lutherkirche steht auch für ein sich seit 1900 abzeichnendes neues Verständnis zur Stadt. Sie steht für ein neues Verständnis von Monumentalität, die sich nun nicht mehr in einer kraftvollen Setzung als Solitär äußert, sondern den in der hierarchischen Stellung als Sakralbau gegründeten Anspruch auf Monumentalität im ausdrucksstarken Verweben mit dem Stadtkörper findet. Dies wird auch als Ausdruck einer sozial veränderten Sicht verstanden. *Das heutige Bestreben geht darauf hinaus, die Kirche mit den dazu gehörigen Anlagen in nähere Berührung zu bringen und zusammen zu bauen.* Curjel & Moser suchten und fanden einen vielschichtig organischen Verbund mit der Stadt. Die funktional und emotional, künstlerische Erarbeitung der städtebaulich bestmöglichen Massenverteilung und die organischen Verbunde mit dem Terrain, dem Sockel, sowie mit der Silhouette, beides ein weiteres Thema von Curjel & Moser. Letztendlich steht die Materialisierung noch im Dienste einer monumentalen Wirkung. Mit dem organischen Verweben von heute als hybrid bezeichneten Situationen war kausal eine veränderte Lektüre des Raumflusses verbunden. Sie zeichnete sich seit einiger Zeit im angelsächsisch beeinflussten Wohnbau ab. Dies wurde mit bisher unbekannter Deutlichkeit beim ersten staatlichen öffentlichen Monumentalbau von Curjel & Moser, beim Zürcher Kunsthaus sichtbar.

Experimente mit dem fließenden Raum / angelsächsische Einflüsse

Bereits im Wettbewerb war hier die generelle Baumassenverteilung vorgeschrieben. Wir entdecken hier alle bisher angesprochenen Themen, den Sockel, die Silhouette, die Materialisierung, die Reduktion auf klare Flächen, usw..

Den entscheidenden Schritt finden wir jedoch im Innern. Das Künstlerhaus, der gesellschaftliche Salon des 19. Jahrhunderts, war die Villa der Künstlerfürsten und ist ein besonderer Typ eines Wohnhauses. Darauf nahm konzeptionell auch das Zürcher Kunsthaus in dessen Erstfassung Bezug. Wir finden hier in einem öffentlichen Bau von Curjel & Moser neue räumliche Konzeptionen. Die Besucher erleben die innenräumliche Komposition als eine frühe „promenade architectural“ welche sich in spiralförmig mit punktuell übergreifenden,

mehrgeschossigen Innenraum- und schräg diagonalen Sichtbezügen zeigt. Dies war im öffentlichen Bau neu in der Schweiz – und in der aktuellen Lehre kein Thema.

Zu einem neuen Hoch fand dieses Denken dann im Lichthof der Zürcher Universität. Da sind nicht nur klassische achsialsymmetrische Teilbereiche mit sich überlagernden klassischen Innenraumproportionen verwoben. Den grundlegenden Elementen der Komposition ist eine Wegführung unterlegt, die uns neue innenräumliche Phänomene in immer neuen Varianten erfahren lässt. Mit einer zurückhaltenden Materialisierung und dem zeitgenössisch einzigartigen Glasdach erzeugten Curjel & Moser nicht nur in der Schweiz eine bisher unbekannte monumentale Wirkung.

Die Rolle der bildenden Künste und die Auswahl der Kunstschaffenden

Der anhaltende Kontakt mit dem freien Denken der bildenden Künste war für Karl Moser ein wichtiger Bezugspunkt für sein architektonisches Denken und Verstehen. Die Integration der bildenden Künste in eine architektonische Ganzheit, deren Zusammenführen mit der Architektur zu einem Gesamtkunstwerk war wohl ein zeitgenössisches Phänomen, fand jedoch bei Curjel & Moser zu besonders guten Resultaten. Sie verstanden es einerseits kontinuierlich mit den ihnen nahe stehenden Kunstschaffenden zusammen zu arbeiten, Oskar Kiefer, Hermann Binz, Max Laeuger, Albert Lüthy, mehrheitlich Bildhauer, Glasmaler und Keramiker, andererseits dieses Team Objekt bezogen mit den im regionalen Kulturraum besten Künstlern zu erweitern. Auf dieser Ebene ist Curjel & Mosers Beitrag für die Schweiz einzigartig – und das veränderte natürlich auch die Bedeutung ihrer architektonischen Beiträge.

Der inhaltliche Führungsanspruch

In diesem Zusammenspiel von verschiedensten Freidenkern, der Architektur, den konstruktiven und durch die Benutzer bedingten Parametern verstand sich Karl Moser als koordinierender Gestalter, einer, seiner übergeordneten Idee verpflichtet. Er schrieb *dass ein Kirchenbau nur dann zu einer mehr oder weniger vollendeten Ausstattung gelangen kann, wenn Architektur, Bildnerei und Malerei, also Rohbau, innerer Ausbau, Altäre und innere Einrichtungen bis ins kleinste Detail einheitlich zusammengehalten und aus einer Hand geleitet werden.* Dass er mit dieser einen Hand den Architekten meinte, brauche ich wohl nicht weiter zu erläutern.

Praktikanten und Erste Praxisstellen für Architekten

Eine nicht unbedeutende Wirkungsebene von Curjel & Moser war das Resultat ihrer kontinuierlichen Ausbildungsarbeit. Ab 1904/1905, zeitgleich mit dem Wettbewerbserfolg beim Zürcher Kunsthaus, zog es Studierende und Diplomierte der Bauschule nach Karlsruhe. Viele davon entwickelten sich zu national und international bedeutenden Architekten. Ich denke dabei an Robert Bischof, Herrmann Weideli, Adolf Bräm, Fritz Krebs, Otto Pfister, Max Müller, Walter Joss, Otto Rudolf Salvisberg, um nur einige aus diesem respektablen Feld zu aufzuführen. Sie alle besetzten in ihrem späteren Lebensabschnitt von Ost bis West wichtige Positionen in der Schweizer Architekturwelt.

Selbstkritik und weiteres Suchen

1915 trennten sich Curjel & Moser nach 27 Jahren gemeinsamem Weg. Ein genaueres Hinsehen lässt den Schluss zu, dass sich der unaufhaltsam suchende Karl Moser bereits um 1913, also noch vor der Vollendung der Zürcher Universität, vertiefter der für ihn bedeutenden Frage nach den fundamentalen, von einer vorgefassten Formgebung unabhängigen Prinzipien der Architektur widmete. Die Chance einer Lehrtätigkeit in Zürich und der 1915 erhaltene Auftrag für die reformierte Kirche und das Wohnquartier Fluntern boten ihm dazu gerade ideale Voraussetzungen.

Mit dem sich in der Folge nun im Stillen und in der Abgeschlossenheit einer durch politische Ereignisse isolierten Schweiz entwickelten Schritt, der Ausbildung einer ganzen Generation Architekten, dem Hinzuführen an die Wurzeln einer architektonischen Kultur, dem erneuten Studium der Traktate der Renaissance und deren Weiterentwicklung im Klassizismus, mit anhaltenden Kontakten zu den regional verfügbaren Beispielen, auch in der französischen Schweiz, baute Moser der Nachkriegsgeneration ein Fundament, das, gerade infolge dessen abstrakten und nicht fundamentalistischen Ansatzes wegen im letzten, nicht quantifizierbaren Beitrag mündete, der eigenständigen Position der Schweizer Architektur innerhalb der Bewegung der Moderne.

Dabei entstanden weitere herausragende Arbeiten, das Quartier Fluntern, die Basler Antoniuskirche und verschiedene Bürobauten. Die junge Generation bewegte sich derweil bereits auf eigenen Füßen.

Die unermüdliche Suche von Curjel & Moser nach Entwurfsansätzen, die zu substantiell neuen Schritten in die Zukunft führen könnten, führte bei ihnen in kleinen unspektakulären Schritten

vom späten Historismus in die frühe Moderne, von betontem formalen Denken zu einem Denken mit rationalen Elementen. Die Schrittfolge war in sich logisch und die Kraft zu diesem Weg, diesem Marathon, von der Energie des Glaubens an die Realisierbarkeit einer Vision genährt. Diese Vision fehlte der zeitgenössisch offiziellen Schweizer Architekturlehre.

Es gibt nicht viele Beispiele von Schweizern, die auszogen, den Kontakt zum kulturellen Ursprung weiter derart intensiv pflegten, zurück kamen und in ihrer Disziplin noch derart viel bewegten, veränderten. Der südwestdeutsche Kulturraum spielte bei der Konstituierung der Grundlagen eine gewichtige Rolle. Da können wir uns nur bedanken! Ohne diese wäre wohl vieles substantiell anders gekommen.

DISKUSSION

Prof. Krimm: Sie haben sich am Anfang auf das Wiesbadener Programm als Richtlinie für den evangelischen Kirchenbau bezogen. Das Programm ist stark geprägt vom Gedanken der zentralen Gemeindeversammlung, weit entfernt vom katholischen, hierarchisierten Kirchenbau und entsprechend bestimmt durch die reformierte Kirchenvorstellung, wie sie ja gerade in den rheinischen Kirchen auch besonders wichtig war. Sie haben als Gegenbewegung dazu eine langsame Hierarchisierung, eine Betonung der Längsachse gezeigt. Ein anderes Gegenelement fällt bei den „modernen“ Bauten von Curjel und Moser auf, sei es nun die Luther-Kirche in Karlsruhe, sei es die Marine-Kirche in Wyk: Es ist das Moment der Archaisierung. Die Neuentdeckung des großflächigen, monumentalen Steinmaterials, des Verzichtes auf die klassischen Formen zugunsten einer Baumasse, die als solche wirken soll, entspricht in der Vorzeit des Ersten Weltkrieges einer geistesgeschichtlichen Wendung hin zum Archaisch-Gewalttätigen. Wenn nun Architekten diesen Weg neu entdecken, den vom Historismus befreiten Umgang mit dem schieren Material, verbunden mit einer Archaisierung der Formen: Kann ein Architekturbüro so dann auch in der reformierten Schweiz bauen? Die archaisierenden Beispiele stammen eigentlich alle aus Deutschland. Oder ließ sich dieser Stil auch in die Schweiz übertragen? Gilt dieser geistesgeschichtliche Wandel auch für die Schweiz?

Herr Strebel: Ich weiß natürlich nicht, ob ich als Architekt Ihre geistesgeschichtlich ausgerichtete Frage überhaupt beantworten kann. Ich kann nur wiederholen, dass für dieses Büro eine enge Freundschaft und Zusammenarbeit mit bildenden Künstlern spezifisch war und dabei das Denken ganz bewusst in räumliche Konzeptionen überführt wurde und innerhalb dieser räumlichen Konzeptionen zu einer neuen Hierarchie führte. Ich meine heute zu wissen – aus der Kenntnis seiner über siebenhundert Tagebücher –, dass Karl Moser nach Alternativen zur Konzeption des einfachen Raumes suchte und über Beiträge von bildenden Künstlern neue Schwerpunkte fand. Ganz wichtig war für ihn, die Qualitäten einer archaischen Materialisierung neu zu entdecken. Ob das auch in der Schweiz innerhalb der herrschenden

Lehre möglich gewesen wäre, kann ich nicht beantworten – vermutlich wäre es nicht möglich gewesen.

Dr. Kaufmann: Gingen die religiösen Ausrichtungen dieses Architekturbüros dann germanischen Mythen nach?

Herr Strebel: Ich meine, dass Architektur an und für sich nicht zwingend bereits ideologischen Verpflichtungen zugeordnet werden muss. Bei Architektur geht es primär um Raumgestaltung. Und der Raum hat ein faszinierendes Potential. Dieses Potential suchten diese beiden Architekten – auch Robert Curjel, von dem man im Gegensatz zu Karl Moser eigentlich wenig weiß. Der eine ist extrovertiert und der andere derart introvertiert, dass er kaum fassbar ist. Aber sie waren sich offenbar über das Ziel Architektur einig. Sie bauten für alle wichtigen Religionsgemeinschaften, für die Katholiken, für die verschiedenen Facetten der evangelischen Kirche und für die israelitische Gemeinde. Karl Moser selbst war als praktizierender Katholik aufgewachsen. Die Familie Curjel ist, wenn wir den Familiennamen hinterfragen, auf einer israelitischen Spur nach Europa gekommen. Über die Glaubenspraxis in dieser Familie wissen wir nichts. Aber ich denke, dass beide fühlen konnten, was Architektur spezifisch in einem Mensch bewegen kann. Und das ist letztendlich für jedermann möglich. Das ist kaum eine halbe Antwort, aber ich weiß es nicht besser.

Prof. Schmidt-Bergmann: Sie haben die enorme Masse der Tagebücher genannt. Wird auch auf kulturhistorische Ereignisse oder auf die Karlsruher Baugeschichte eingegangen? Wie sehen diese Tagebücher aus? Sie enthalten wohl nicht nur Anmerkungen zu den Baugeschichten.

Herr Strebel: Ja, ich glaube, der Historiker erhält hier einen Fundus ungeahnter Dimensionen. Aber mit dem Sichten dieser Tagebücher ist man überfordert. Es sind Tagebücher, Skizzenbücher, Notizbücher, sie sind alles. Daneben gibt es, vor allem aus der früheren Zeit, noch etwa sechzig, siebzig eigene Skizzenbücher. Eindeutig scheint mir, dass Moser sich das Wichtigste nie aufgeschrieben hat – er hat sich nur alles, was nicht so bedeutend war, vom Kopf weggeschrieben. Das Wichtigste behielt er für sich. Selbstverständlich gibt es seitenweise Gedanken zu ganz bestimmten architektonischen, auch religiösen Themen. Und bei diesem Fundus sind wir als Forschende einer gewaltigen Versuchung und Verantwortung ausgesetzt. Ich bin überzeugt, dass man mit diesen Tagebüchern aus diesem Menschen alles machen kann. Ich bringe diesen Menschen in jede Ecke, die mir beliebt – und das ist enorm gefährlich. Darum wehre ich mich dagegen, diese Bücher Leuten zur Verfügung zu stellen, die nur auf Sensationen aus sind. Bis heute habe ich das geschafft. Ich hoffe, dass ich das auch weiterhin schaffen kann.

Prof. Schmidt-Bergmann: Und wie weit sind Sie in Ihre Forschung eingegangen, wenn Sie jetzt eine Monographie herausbringen?

Herr Strebel: Ich versuche, dazu eine große Distanz zu entwickeln. Es gibt noch eine andere Quellengruppe, die ebenfalls so monumentale Ausmaße hat, das ist der Nachlass der Architekten und ihres Büros. Herr Krimm hat schon gesagt, dass in Karlsruhe ein großer Teil dieses Nachlasses liegt. In Zürich an der ETH liegt der andere Teil. Das sind zehntausend Pläne, das sind tausende von Dokumenten. Wenn man als junger Forscher da einsteigt, naiv natürlich, hat man keine Ahnung, was auf einen zukommt. Und ich bin heute bemüht, die möglichst größte Distanz dazu zu finden. Ob mir das gelingt, werden wir sehen.

Herr Barth: Mir ist Moser immer aufgefallen als einziger Architekt, der seinen Namen mit großen Buchstaben an einer Kirche deutlich sichtbar angebracht hat, in Basel bei der 1901 eingeweihten Paulus-Kirche. Kennen Sie das sonst noch von Moser? Hat er sich da angeschlossen an die Selbstdarstellung von Peter Parler im Prager Dom?

Herr Strebel: Beginnen wir vom hinten. Ich kenne keine zweite solche Situation. Bei der Basler Paulus-Kirche handelt es sich um ein Ornament in einem dreiteiligen Rundbogenfenster, in dessen Flechtwerk der Name Moser eingemeißelt ist. Es ist die Zeit der engen Freundschaft mit Oskar Kiefer; beim Wettbewerb für das Bismarck-Denkmal in Baden-Baden, an dem Karl Moser explizit nur mit Oskar Kiefer zusammen teilnahm, ist eine Verbindung entstanden, die auch mit diesem Interesse an der kargen Raumformulierung zusammenhängt. Es ist auch die Zeit, in der sich Oskar Kiefer sehr intensiv mit der altägyptischen Kultur und Plastik auseinandersetzt. Nun sieht man plötzlich Verbindungen zu dieser Art der Oberflächenbehandlung. Und wenn wir dann über die folgenden Jahre die Entwicklung der Kanzelwände und auch architektonischen Formen weiter verfolgen, gibt es spannende Beobachtungen; sie führen bis zu den konkav geschwungenen Wänden in der Züricher Kunsthausfassade. Karl Moser selber erzählt die Geschichte mit seinem Namen nie. Es kann auch sein, dass er einfach vor die Tatsache gestellt wurde, und ich muss Ihnen gestehen, das ist mir selber auch geschehen. Nicht mit einem Relief, aber im Hof zum Züricher Verwaltungsgebäude haben die Restauratoren - ohne mein Wissen - mein Portrait an die Wände gemalt. Darum glaube ich diese These.

Prof. Bergier: Sie haben die Architekturlehre vor allem in Zürich in der Nachfolge von Semper skizziert. Aber es gab auch Architekturschulen in der Westschweiz, besonders in Lausanne und in Genf. Wie ordnen Sie diese Schulen ein im Vergleich mit den Bewegungen in der deutschen Schweiz? Und wie ordnen Sie die monumentalen Gebäude der Westschweiz ein? Ich denke an Gebäude in Genf, vor allem auch an das Palais de Rimini in Lausanne. Auch der Bahnhof von Lausanne scheint mir ziemlich nah im Stil zu dem, was Curjel & Moser ungefähr zur gleichen Zeit gebaut haben.

Herr Strebel: Es ist natürlich richtig, dass ich die französischsprachige Schweiz hier etwas vernachlässigt habe. Das hat auch damit zu tun, dass ich mich auf diesem Feld nicht so sicher fühle. Die französischsprachige Schweiz ist sehr eng mit den Schulen von Paris verbunden. Und dieser barockbeeinflusste Klassizismus - ganz speziell französischer Ordnung - prägte die Architektur der Westschweiz, auch die staatliche Architektur, massiv. Aber weiter in der Beurteilung würde ich mich im Moment nicht hinaus wagen.

Prof. Krimm: Curjel & Moser waren, zeitlich gesehen, keine Pioniere, aber sie waren wirkungsvoll und sie hatten den Mut, sich von überholten Stilformen zu lösen. Trotzdem mussten diese älteren Geschmacksmuster immer noch gegen eine herrschende Meinung überwunden werden. Gerade im Großherzogtum Baden war es eine Art kunstpolitischer Leistung, den Historismus zu unterlaufen und zu neuen Formen umzubilden, denn der Historismus war herrschende Lehre und wurde von den Bauherren, etwa vom Großherzog, durchaus noch als gültig angesehen. Der Jugendstil, auch mit seiner Entdeckung neuen Materials, war nicht gerne gesehen. Darum tauchten in Karlsruhe Jugendstilbauten erst viel später auf als etwa in Mannheim; Mannheim war als Wirtschaftsstadt weltoffener,

internationaler, als das sehr viel konservativere Karlsruhe. Aber entscheidend ist hier nicht das Wann, sondern dass der Schritt vollzogen wurde. Darum noch eine letzte Datumsfrage. Dass Karl Moser auch den nächsten Schritt noch getan hat und vom Jugendstil zur neuen Sachlichkeit gefunden hat, ist beeindruckend. Aus welcher Zeit stammt die St. Antonius-Kirche in Basel, die Sie zuletzt gezeigt haben: vor oder nach dem Ersten Weltkrieg?

Herr Strebel: Die Kirche wurde 1923/24 entworfen und war 1927 vollendet. Sie verbindet den klassischen Typus der dreischiffigen Hallenkirche mit moderner Konstruktion. Es ist eine architektonische Schöpfung, die dem Geist Karl Moser sehr nahe steht – wie ein letztes Meisterwerk. Danach entstehen noch interessante Geschäftshäuser in Baden, in Schaffhausen, in Zürich, auch noch einige Villenbauten. Aber mit diesen geht Moser nicht mehr auf den Markt. Er stellt sich komplett hinter die junge Generation zurück. Das hat vermutlich damit zu tun, dass er hier einen Umgang mit Konstruktionen, mit Material und mit Raum erlebt, von dem er weiß, dass er diesen Schritt nicht mehr schafft. Die Stützen z.B., die nichttragende Wand sieht man im Werk von Karl Moser nie. Auch vom Bandfenster schreibt er irgendwo, dass er das nicht kann. Er kritisiert an diesem Punkt auch, weil das schlecht zu möblieren sei und ungünstige Verhältnisse schaffe. Aber zugleich sagt er: „Das ist eine andere Generation, da kommen derartige Qualitäten, wir lassen sie laufen“.

Prof. Krimm: Als Motto vor das nächste Referat stelle ich wieder ein Zitat. Eine Presseerklärung hebt darauf ab, *mit welcher Liebe und Fürsorge in der benachbarten Schweiz gerade die Monumentalmalerei seit Jahrzehnten betreut wird und welche schöne Leistungen auf dem Boden der Kunstpflege in einer für die Größe des Landes und verhältnismäßig reichen Fülle erwachsen war.* Es sind Grußworte des badischen Kultusministers Wacker, der 1936 bei der Eröffnung der Wanderausstellung über Schweizer Wandmalerei der Gegenwart auf Hodler einging; diese Wanderausstellung war konzipiert als Fortsetzungsausstellung der großen Reichsausstellung „Deutsche Wandmalerei der Gegenwart“. Ich bin sehr gespannt, wie Herr Gabelmann gerade die Langwirkung von Hodler auf den Südwesten darstellen wird.

Andreas Gabelmann, Singen

Faszination Hodler

August Babberger und die Rezeption der Schweizer Moderne

Nicht nur in literatur- und architekturhistorischer Hinsicht, auch in Fragen der kunstgeschichtlichen Entwicklung waren die Schweiz und der deutsche Südwesten im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert eng miteinander verknüpft. Gegenseitige Beeinflussungen und wechselseitige Abhängigkeiten, fruchtbare Anregungen und produktive Impulse, beiderseitige Wertschätzungen und vielfältigste Kontakte kennzeichnen das äußerst vitale, grenzübergreifende Kunst- und Geistesleben um die Jahrhundertwende. Die Künstler dieser Zeitepoche waren eingebunden in ein dichtes, binationales Beziehungsgeflecht aus persönlichen Freundschaften, Begegnungen und Gruppenbildungen mit stetigem Ideen- und Gedankenaustausch. Ein reger Dialog zwischen Malern, Bildhauern, Kunsthistorikern, Kunstkritikern und Museumsleuten sowie ein vielfältiger Ausstellungsbetrieb prägte das besondere Profil der Kunst- und Kulturregion entlang der Rheinschiene zwischen Basel, Karlsruhe und Frankfurt, mit nachhaltigen Auswirkungen bis in das Rheinland nach Düsseldorf und mit Ausstrahlungen in die Regionen der übrigen Schweiz sowie in die Gebiete am Bodensee und im Württembergischen.

Am Beginn des 20. Jahrhunderts profitierten insbesondere die Vertreter der jungen, vorwärtsdrängenden Künstlergeneration der deutschen Expressionisten bei ihrer antiakademisch motivierten Suche nach neuen, unkonventionellen Ausdrucksmöglichkeiten von der intensiven Auseinandersetzung mit zeitaktuellen Tendenzen der Schweizer Kunst. Innerhalb der südwestdeutschen Kunstgeschichte der frühen Moderne läßt sich die Beschäftigung mit schweizerischer Malerei und Graphik, von Arnold Böcklin und Giovanni Segantini über Ferdinand Hodler bis Giovanni und Augusto Giacometti, bei kaum einem anderen Maler so anschaulich beobachten wie bei dem heute weitgehend in Vergessenheit geratenen August Babberger, der zu den wichtigsten Vertretern des Expressionismus in Baden gezählt werden darf und der in diesem Jahr seinen 120. Geburtstag feiert. Stellvertretend für zahlreiche Künstler seiner Generation suchte er in den 10er und 20er Jahren die Nähe zur Kunst des eidgenössischen Nachbarn und bezog daraus die entscheidenden Impulse für sein umfangreiches und vielgestaltiges Schaffen. Darüber hinaus läßt sich anhand von Babbergers Leben und Werk ein wichtiges und vor allem nicht nur regionalhistorisch bedeutsames Kapitel

deutsch-schweizer Kunstgeschichte im Spannungsfeld zwischen Tradition und Moderne beleuchten.

Person und Schaffen des gebürtigen Markgräflers waren auf das innigste mit der Kunst, der Landschaft und den Menschen des südlichen Nachbarlandes verbunden. Bereits Babbergers Herkunft und erste Ausbildungsschritte liefern die wesentlichen Voraussetzungen zur tiefen Verwurzelung in der schweizerisch-badischen Kunstregion. 1885 im südbadischen Hausen im Wiesental geboren, beginnt Babberger nach der Übersiedlung der Familie ins nahegelegene Basel 1901 sein Studium an der dortigen Kunstgewerbeschule und absolviert zeitgleich eine Lehre als Fassadenmaler. Seine gestalterischen Ambitionen werden damit schon früh auf eine kunsthandwerklich ausgerichtete Basis gestellt. Erste Orientierungshilfen boten ihm die Werke des Basler Altmeisters Arnold Böcklin, dessen mythologisch-symbolistisch verklärten Bildschöpfungen zu dieser Zeit breite Beachtung fanden und die er teilweise in den Basler Museen im Original studieren konnte. In frühen Arbeiten wie etwa der träumerisch-phantasievollen Federzeichnung „Sirene“ von 1907 verarbeitet Babberger ganz offenkundig inhaltliche und stilistische Anregungen von Böcklins Gemälden, wie beispielsweise der 1873 geschaffenen Szene „Triton und Nereide“. Die Basler Kunstgewerbeschule bot vielen jungen Talenten aus der oberrheinischen Region eine erste wichtige Anlaufstation. Auch bestanden enge Beziehungen zwischen den Künstlerschaften in Basel und Karlsruhe. So zeigte der Basler Kunstverein in den Jahren um 1900 bis 1910 regelmäßige Sonderausstellungen zur Badischen Kunst. Im Mai 1907 wurde beispielsweise der Böcklin-Verehrer Hans Thoma vorgestellt.

Auf Empfehlung von Thoma kommt Babberger 1908 an die Akademie nach Karlsruhe, wo er vorwiegend druckgrafisch tätig ist und in rascher Folge zahlreiche Radierungen hervorbringt. Nennenswerte Anregungen empfängt der 23jährige jedoch weder von seinen Baslern oder Karlsruher Lehrern noch von der offiziellen badischen Salonkunst, die um 1900 noch einer naturalistisch intendierten und spätromantisch verklärten Traditionspflege verhaftet war, seine Begeisterung gilt vielmehr dem selbsterklärten großen Vorbild Ferdinand Hodler.

Babbergers intensive Hodler-Rezeption darf als zeittypische Erscheinung gelten. In Opposition zu erstarrten akademischen Traditionen und als Gegenbewegung zur herrschenden, national-konservativen Kunst- und Kulturpolitik des wilhelminischen Kaiserreichs suchten in der Zeit zwischen 1900 und 1914 zahlreiche fortschrittlich gesinnten Künstler in Deutschland nach einer Neuorientierung im internationalen Austausch mit den innovativen Strömungen der europäischen Avantgarde.

In den ausdrucksstarken, symbolgeladenen und farbintensiven Bildwelten Hodlers fanden junge Künstler willkommene Anknüpfungspunkte für das eigene Schaffen: der gesteigerte Ausdruck innerer Empfindungen, der über das äußere Naturvorbild hinausgehende Einsatz von Form und Farbe, ein seelisch-durchgeistigter Wirkungsgehalt und der Wille zur großen, monumentaler Form. Nicht zuletzt durch das kühne Sichtbarmachen geistiger Kräfte öffnete Hodler den Weg zur expressionistischen Ausdruckskunst. In weitaus stärkerem Maße als in seinem Heimatland fanden Hodlers eindringliche Werke in Deutschland und in Österreich begeisterte Zustimmung. Auf den zahlreichen Kunstaustellungen von München bis Berlin, von Paris bis Wien, sind seine Bilder nahezu omnipräsent. In der Zeit um 1910 befand sich Hodler auf der Höhe seines Ruhmes, er wurde von Publikum und Kunstkritik enthusiastisch gefeiert, erhielt Ehrungen und Aufträge und zählte unangefochten zu den prominentesten und international erfolgreichsten Künstlern der Schweiz. Durch seine Mitgliedschaften in der Münchner Sezession, in der Dresdner Akademie der Bildenden Künste sowie durch spektakuläre Wandbildarbeiten in Jena und Hannover war der Name Hodler fest im deutschen Kunstgeschehen des frühen 20. Jahrhunderts verankert. Als Bindeglied zwischen Symbolismus, Jugendstil und Expressionismus darf Ferdinand Hodler als eigentlicher Begründer der modernen Kunst in der Schweiz angesehen werden.

Für Babberger bedeutete die Beschäftigung mit der zentralen Leitfigur Hodler eine entscheidende Durchgangsstation zur eigenen Stilfindung. Angesprochen fühlte er sich vor allem von Hodlers pantheistischer Geisteshaltung, seiner naturmystischen Weltanschauung und seinem visionären Menschenbild. Ausgehend von Hodlers Grundidee der untrennbaren, harmonischen Einheit von Mensch und Naturgeschehen und inspiriert von symbolhaft überhöhten Figurenkompositionen wie „Der Tag“ (KML) beschwört auch Babberger in sehnsuchtsvollen, gedankenschweren Bildern wie „Erwachen“ oder die Vorstellung des Eingeeordnet-Seins der menschlichen Figur in die Zusammenhänge von Natur und Kosmos. Von Hodler übernimmt Babberger ganz konkret das strenge Kompositionsprinzip des Parallelismus, wodurch die menschliche Einzelfigur mit pathosgeladener Gebärdensprache formal in übergreifende Kontexte eingebunden wird.

Babbergers generelle Empfänglichkeit für symbolistische Kunst schweizerischer Prägung artikuliert sich ebenso in der frühen Radierung „Die Amsel“, die Einflüsse von Böcklin, vor allem aber von Giovanni Segantini offenbart.

Unter dem Eindruck von bewunderten Figurenbildern wie „Aufgehen im All“ gelangt Babberger zu der Erkenntnis: *„Auch Hodler malte nicht die Landschaft, in der der Mensch sich freut, sondern er zeigte den ergriffenen Menschen, in dem die Landschaft aufgeht und menschlich sichtbar wird.“* Der Karlsruher Akademieschüler selbst bekannte sich freimütig zu seiner starken Hodler-Begeisterung und sah sich ganz bewusst in der Tradition des großen Schweizers. Als ihm von Seiten der badischen Kunstkritik die starke Anlehnung an Hodler später zum Vorwurf gemacht wurde, entgegnete er: *„Wenn man sich an meiner Hodler-Schule stößt, so liegt das nicht an mir. Ich hätte ja auch bei einem Geringeren in die Schule gehen und diese im Dunkeln absolvieren können.“*

Anregungen von Hodler und seinem Kreis finden sich im Frühwerk von nahezu allen Protagonisten des deutschen Expressionismus. Im Fahrwasser von Jugendstil und Symbolismus bewegt sich beispielsweise der Brücke-Künstler Max Pechstein mit seiner 1906 geschaffenen Allegorie „Die Quelle“. Das enge Beziehungsgefüge zwischen deutscher Avantgarde und schweizerischer Kunst offenbart sich schließlich auch in der Tatsache, dass Cuno Amiet 1906 von besagter Dresdner Künstlervereinigung zu Ausstellungen eingeladen und dann als Mitstreiter zum Beitritt aufgefordert wurde.

Wenden wir den Blick von der gesamtdeutschen Entwicklung wieder zurück in den Südwesten so zeigt sich, dass Babbergers intensive Hodler-Wahrnehmung aus badischer Sicht keine Einzelercheinung darstellt, sondern sich auch im Schaffen anderer Maler findet, so etwa bei dem Heidelberger Expressionisten Max Zachmann, dessen Werk gerade in Ausstellungen in Konstanz, Heidelberg und Karlsruhe wiederentdeckt wird, oder auch bei dem aus dem Thurgau stammenden und in Stuttgart tätigen Hans Brühlmann, wie dessen Gemälde „Sitzende“ von 1910 zeigt.

Dabei gilt festzuhalten, dass im Unterschied etwa zu den Rheinischen Expressionisten oder der Künstlergruppe „Brücke“, die durch die Rezeption der französischen Moderne (van Gogh, Gauguin, Fauvismus) eine eher aggressive Expressivität entwickelten, in den Reihen der badisch-schweizerischen Künstlerschaft vorwiegend eine weniger radikale und schroffe, sondern mehr weltanschaulich-durchgeistigte und gedanklich reflektierte Richtung vorherrschte.

Festzustellen ist auch, dass nicht wenige junge schweizer Künstler in der Zeit um 1900 vielfach ihrem Heimatland den Rücken kehrten und neue Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit der deutschen und französischen Kunst suchten; sie besuchten die Akademien in München,

Paris, Stuttgart oder Karlsruhe und erfuhren auf den Kunstausstellungen in diesen Städten und Regionen starke Beachtung (F. Hodler, C. Amiet, A. H. Pellegrini, H. Brühlmann, H. Altherr etc.).

Babbergers pathetisch idealisierte Bildschöpfungen dieser Zeit entspringen dem Lebensgefühl der von euphorischen Auf- und Umbruchwillen geprägten Jahrhundertwende. Mit den bevorzugten Themen von Jugend, Frühlingserwachen und Naturverehrung atmen sie den Zeitgeist der allgemeinen Erneuerungsbewegung der jungen Kunst am Beginn des 20. Jahrhunderts. Darin ist die menschliche Figur zum wichtigsten Ausdrucksträger stilisiert, der Mensch ist in seelischer Verzückung und körperlicher Ergriffenheit untrennbar in naturrhythmische Zusammenhänge wie Tages- oder Jahreszeitenwechsel eingeordnet. Dieses Ansinnen entspricht dem Grundgedanken der Lebensreform-Bewegung um 1900, die eine fundamentale Neugestaltung von Kunst und Leben forderte. Mit der Rückbesinnung auf das Ursprüngliche und Intakte im menschlichen Dasein soll der Einklang mit den Kräften der Natur und des Geistes hergestellt werden.

Ein Ehrenstipendium der renommierten Kulturzeitschrift „Die Rheinlande“, protegiert durch Hans Thoma und den Schriftsteller Wilhelm Schäfer, ermöglicht Babberger 1909 einen zweijährigen Studienaufenthalt in Florenz an der privaten Kunstschule des Zürcher Bildhauers Joseph Zbinden. Dort ist er Schüler von Augusto Giacometti, dem bedeutenden Wegbereiter der Schweizer Abstraktion, mit dem ihn schon bald eine enge lebenslange Freundschaft verbindet.

An dieser Stelle möchte ich mit einem kleinen Exkurs auf die Bedeutung der „Rheinlande“ für unserer Thematik hinweisen, denn sie übernahm die wichtige Rolle als interkulturell ambitionierter Vermittler. Als Publikationsorgan des „Verbandes der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein“, berichtete das Blatt zwischen 1900 und 1922 regelmäßig ausführlich über Schweizer Künstler und Ausstellungen. Der Interessensverband, der unter der Leitung des kulturpolitisch engagierten Wilhelm Schäfer auch das Gebiet der deutschsprachigen Schweiz mit ein schloss, unterhielt außerdem eine schweizer Kunstkommission, in der neben Hodler weiterhin Max Buri und der Südbadener Ernst Würtenberger wirkten. Intendiert wurde die Verklammerung des geistig-künstlerischen Lebens in Deutschland und der Schweiz mit dem Ziel „eine große Kulturgemeinschaft“ (Zitat Wilhelm Schäfer) entlang des Rheins zu formen. Schäfer und „Die Rheinlande“ fungierten somit als Vermittler schweizerischer Kunst im deutschen Südwesten und als Motor deutsch-schweizerischer Kunstbemühungen. 1908

organisierte der Verband im Frankfurter Kunstverein beispielsweise die große „Schweizer Kunstausstellung“, auf der Hodler einen eigener Saal mit 11 Werken gewidmet war. Besonders hervorzuheben ist die 1913 erschienene Jubiläumsschrift „Bildhauer und Maler in den Ländern am Rhein“, die knapp 400 Künstler vorstellte, darunter ein Großteil Schweizer. 1915 veröffentlichte Wilhelm Schäfer die erste monographische Studie über August Babberger. Die aktuellen Strömungen der Schweizer Kunst rückte Schäfer 1924 in seiner vielbeachteten Publikation „Die moderne Malerei der deutschen Schweiz“ in den Blickpunkt und schrieb über Babberger: *„Er ist der einzige von den Jungen, der von Hodler ausgehend eine eigene Entwicklung versucht.“*

Durch das Studium bei Augusto Giacometti, dessen Anfänge ebenfalls dem symbolistischen Jugendstil verpflichtet sind, erkennt Babberger den Eigenwert von Form und Farbe als autonomes Gestaltungsmittel und gegenstandsunabhängigen Ausdrucksfaktor. In der Folge gelangt er zu stärkeren Abstraktionen und zur Konzentration auf das Wesentliche.

Die emotionale Bindung an die Schweiz wird 1912 durch die Heirat mit der Luzerner Malerin und Dichterin Anna-Maria Tobler gestärkt. Die Trauung erfolgt in Giacomettis Heimatort Stampa im Oberengadin, wo sich Babberger in den Folgejahren wiederholt zu Naturstudien aufhalten wird. Anschließend läßt sich das junge deutsch-schweizer Künstlerpaar in Frankfurt nieder, wo Babberger in den Jahren bis 1920 mit Aufträgen für Porträts, Wandbilder, Glasfenster und Bühnengestaltungen für expressionistische Dramen erste Erfolge feiern kann. 1918 zeigt der Frankfurter Kunstverein, der wenige Jahre zuvor die größte Hodler-Werkschau in Deutschland präsentiert hatte, die erste Einzelausstellung Babbergers.

Als freier künstlerischer Mitarbeiter des Schweizer Architektenteams Robert Curjel und Karl Moser erhält Babberger 1914 seinen ersten großen öffentlichen Auftrag, die Glasfenster für die Evangelische Kirche in Oberursel/Taunus zu gestalten. In der Hauptszene der „Kreuzigung“ überträgt er den organisch bewegten, linear verflächigten Figurenstil Hodlers auf das Medium der Glasmalerei und verbindet dies mit intensiv übersteigter Farbigkeit. Das Ergebnis, welches bemerkenswerterweise beide Weltkriege unbeschadet überstanden hat, ist eine eigenwillige Verschmelzung aus dekorativer Jugendstilästhetik und dramatischer Expressivität.

Ab 1915 entdeckt Babberger, nicht zuletzt auch angeregt durch seine Frau, die reizvollen Landschaften am Vierwaldstättersee und auf dem Klausenpass in den Urner Alpen. Diese beiden Regionen sollten fortan die wichtigsten Inspirationsquellen im künstlerischen Schaffen darstellen und dem Maler zur zweiten Heimat werden.

In seinen ersten Landschaftsgemälden zeigt sich Babberger weiterhin beeinflusst von den stillen und kontemplativ ruhenden Alpenkulissen Hodlers. Schon bald aber löst er sich von Hodlers Stilsprache und gelangt zu neuartigen, gänzlich expressionistischen Landschaftsbildern wie „Eiger, Mönch und Jungfrau“ von 1917.

Durch dynamische Rhythmisierung und unruhige Formaflösung gerät alles in extreme Bewegung, die Landschaft transformiert sich zur Projektionsfläche innerer Erregungszustände. Dem Betrachter begegnet keine verklärte Bergidylle, sondern die alpine Natur in ihrem dramatischen Eigencharakter. Das unmittelbare Erlebnis der gewaltigen Bergwelt bannt Babberger 1918 in ausdrucksgehaltene Gemälde wie „Blick über das Gental“.

Mit den radikalen, kantig-kubistischen Formzersplitterungen geht er über Hodlers Landschaftsmalerei hinaus und findet Anschluß an die zeitgenössische Avantgarde. Seine ungestüme Bildsprache unterscheidet ihn nun deutlich von Hodler. Babberger avanciert in der Folge zum führenden expressionistischen Landschaftsmaler des Schweizer Hochgebirges in der südwestdeutschen Kunst.

Im Oktober 1920 wird Babberger als Professor für Dekorative Malerei und Wandmalerei an die Badische Landeskunstschule nach Karlsruhe berufen. Die Ernennung zum Direktor markiert 1923 schließlich den Höhepunkt seiner Laufbahn. Unter Babbergers erfolgreicher Führung entwickelt sich die Karlsruher Akademie in den 20er Jahren zur aktiven Schaltstelle deutsch-schweizer Kunst in Baden. Im Mittelpunkt seiner reformerischen Bemühungen steht die enge Verbindung von freier und angewandter Kunst mit dem Ziel einer zeitgemäßen Verklammerung von Malerei und Architektur. In seiner Eigenschaft als Leiter der Kunstschule kann Babberger personalpolitische Entscheidungen treffen und sucht dabei wiederum den Brückenschlag zur Schweizer Kunst. So beruft er beispielsweise 1926 den Zürcher Bildhauer und Keramiker Paul Speck zum Lehrer für Dekorative Plastik und Baukeramik. Speck unterhält gleichzeitig ein Atelier an der Karlsruher Majolika-Manufaktur und realisiert so die von Babberger angestrebte Verknüpfung von Kunstlehre und praktischer Anwendung.

Während der 20er und 30er Jahre intensivieren sich die engen Verflechtungen zwischen Babberger und der Schweiz. Mehrere Wandbildaufträge für private und öffentliche Bauten sorgen für zunehmende Bekanntheit in der Zentralschweiz und stärken seinen Ruf als weit überregional tätiger Monumentalmaler, der mit namhaften Architekten des „Neuen Bauens“ zusammenarbeitet. 1925 gestaltet er die vom Luzerner Architekten Armin Meili erbaute Evangelische Kirche in Wolhusen bei Luzern mit Freskomalereien der Kanzelnische, 1931

schafft er das heute zerstörte, figürliche Sgraffito „Vier Jahreszeiten“ am Wohnhaus Müller-Bianchi in Luzern. Über diese und weitere Arbeiten berichtet wiederholt die renommierte schweizer Kunst- und Architekturzeitschrift „Das Werk“.

Die Rückbesinnung auf das Ursprüngliche und Erhabene in der Natur führt Babberger ab 1918 zu regelmäßigen Sommeraufenthalten auf den Klausenpass. In seiner Hütte auf der Balmalp in knapp 2000 Meter Höhe verwirklicht der badische Malerprofessor in den Jahren bis zu seinem Tod 1936 seine Idealvorstellung einer naturgebundenen Einheit von Kunst und Leben inmitten des Hochgebirges.

Babbergers Faszination für die archaische Berglandschaft, sein Hineinfühlen in die einzigartige Atmosphäre und die totale Identifikation seiner Person mit der Umgebung zeigen die um 1920 bis 1925 entstandenen Arbeiten „Aufziehende Wolken über der Balmalp“ und „Selbstbildnis mit Scheerhorn bei Nacht“, worin eine Umdeutung der nächtlichen Passregion zur Seelenlandschaft stattfindet.

Ausgelöst durch die Bergbegeisterung des badischen Malers wird der Klausenpass zu einem Schlüsselpunkt in der Urner Kunstgeschichte der frühen Moderne. Babberger entdeckt die Urner Alpen für die Kunst des Expressionismus und wird zu einem Wegbereiter moderner Malerei und Grafik in der Innerschweiz.

Im Sommer 1925 begegnet Babberger den schweizer Künstlern Heinrich Danioth und Erna Schillig in Altdorf. Aus dem Dreigestirn Babberger-Danioth-Schillig formt sich der „Urner Kreis“, der in der Folgezeit weitere progressive Maler, Bildhauer, Schriftsteller und Musiker aus der Region anzieht. Man folgt keinem Programm, zeigt sich aber bestrebt die vertraute Naturkulisse einer künstlerischen Neubewertung zu unterziehen. Babbergers Person und Kunstauffassung animieren Danioth und Schillig zum Studium in Karlsruhe. Sie werden die wichtigsten Weggefährten für den badischen Akademiedirektor. Sie verinnerlichen Babbergers Unterricht, in dem Hodler weiterhin als Vorbild einer modernen Wandmalerei angesehen wird. Nach ihrer Rückkehr in die Schweiz arbeiten sie in diesem Stil weiter und reifen zu anerkannten Künstlern ihrer Region.

Die angehende Malerin und Textilgestalterin Erna Schillig wird Babbergers Mitarbeiterin und setzt seine figürlich-dekorative Lehre ab 1947 als Professorin für Textilgestaltung an der Kunstgewerbeschule in Luzern fort.

Danioth verarbeitet seine stilistischen und technischen Erkenntnisse 1927 in den Wandbildern „Tellsprung“ und „Rütli Schwur“ im Tellspielhaus in Altdorf, die aufgrund ihrer expressionistischen Formen- und Farbsprache heftige Kontroversen auslösen. Die starke Verhaftung mit dem Figurenstil Babbergers zeigt sich auch in dem 1936 entstandenen Hauptwerk, dem allegorischen Monumentalfresko „Fundamentum“ an der Fassade des Bundesbriefarchivs in Schwyz. Während der 30er und 40er Jahre avanciert der einstige Babberger-Schüler zum bedeutendsten Wandbildkünstler in der Innerschweiz.

Nicht nur Babbergers schweizer Berghütte, sondern auch sein Haus im südlichen Hochschwarzwald bei Urberg in der Künstlersiedlung „Höll“ wird um 1930 zur wichtigen Anlaufstelle für deutsche und schweizer Maler, für Akademielehrer und -schüler im Sinne eines grenznahen Ortes des lebendigen Kunstdialogs. Seinem Hang zum Gesamtkunstwerk folgend, gestaltete Babberger die Räume mit einer eigenwilligen Mischung aus heimatlich-volkstümlichem Dekor und expressionistischer Ausdruckskunst.

Babbergers grenzüberschreitende Kunstbemühungen fanden in mehreren Ausstellungen in der Schweiz Resonanz: 1923 zeigte der Basler Kunstverein die Gemeinschaftsausstellung mit den schweizer Malern Heinrich Altherr und Hans Brühlmann, die an der Stuttgarter Akademie wirkten; 1928 präsentierte die Basler Kunsthalle die erste Einzelausstellung Babbergers in der Schweiz. Im Zuge der großen Eröffnungsausstellung des Luzerner Kunstmuseums 1933 war Babberger mit wichtigen Hauptwerken vertreten. Zumindest aus schweizer Sicht zählte Babberger nun zu den etablierten Künstlern der klassischen Moderne.

Nicht nur in künstlerischer Hinsicht sondern auch auf literarischem Gebiet suchte Babberger den Dialog mit der schweizer Landschaft. In dem 1932 in Karlsruhe erschienenen Buch „Vom Urner See über den Klausenpass“ vermitteln Babberger und Erna Schillig im Sinne einer badisch-innerschweizerischer Koproduktion ihre Faszination für die Urner Bergwelt dem Lesepublikum im Südwesten. Der mit eindringlichen Texten von Babberger und halbabstrakten Holzschnitt-Illustrationen von Schillig ausgestattete Reisebericht darf als einzigartiges Beispiel spätexpressionistischer Buchkunst in unserer Region gelten. Babbergers Begeisterung für die Bergwelt findet ihren Niederschlag auch in umfangreichen Tagebuchnotizen, die den äußeren und inneren Verlauf seiner Sommeraufenthalte im Hochgebirge reflektieren. Die naturmystischen Texte wurden 2001 in der Schweiz veröffentlicht.

Interessante zeitliche und räumliche Parallelitäten bestehen zu Ernst Ludwig Kirchner in Davos, wo die aus dem Südwesten stammenden Maler Hermann Scherer und Albert Müller die

inspirierende Nähe zum großen deutschen Expressionisten suchen. Wie um Babberger auf dem Klausenpass formiert sich um Kirchner ab 1924 die Künstlergruppe „Rot-Blau“ und sorgte bei Ausstellungen in Basel für Furore.

Auf dem Gebiet der Wandmalerei bleibt die Faszination für Hodler bis in das Spätwerk hinein wirksam. In Babbergers letztem Hauptwerk, der monumentalen Figurenkomposition „Tag und Nacht“ von 1932/33, die heute die Mensa der Karlsruher Universität schmückt, sind weiterhin inhaltliche und formale Anklänge an Hodlers allegorische Wandmalerei zu beobachten.

Nach der Verfemung als „entarteter“ Künstler und der Entlassung aus dem Karlsruher Lehramt im Juli 1933 suchte Babberger Zuflucht in der Innerschweiz, wo er im September 1936 überraschend den Folgen einer dringend notwendig gewordenen Kropfoperation erlag. Nach dem frühen Tod, der Beschlagnahme von Bildern in deutschen Museen und den Wirren des Zweiten Weltkrieges gerieten Künstler und Werk in Abseits.

Sein künstlerisches Vermächtnis verblieb bis zu den 60er Jahren in Altdorf, erst den großzügigen Schenkungen seiner Nachlassverwalterin Erna Schillig ist es zu verdanken, dass Babberger heute in den Museen der Schweiz und im deutschen Südwesten – darunter auch in diesem Haus – mit umfangreichen Werkgruppen präsent ist. Der weitaus größte Teil (knapp 3.500 Arbeiten) befindet sich im Besitz der Staatlichen Kunsthalle in Karlsruhe.

Der beispielhafte Blick auf Babbergers Leben und Werk lässt deutlich werden, dass abseits der tonangebenden Kunstmetropolen und intellektuellen Brennpunkte Berlin, München, Dresden oder Düsseldorf sich am Beginn des 20. Jahrhunderts auch im deutschen Südwesten, in der vermeintlichen „Kunstprovinz“, ein spannungsreiches Kunst- und Geistesleben entfaltete, das seine Triebkraft vor allem aus dem grenzüberschreitenden Kunst- und Kulturtransfer liberal eingestellter Künstlerpersönlichkeiten bezog.

Auf der Grundlage der Rezeption der Schweizer Moderne trug August Babberger mit seiner Kunst sowohl die Bergwelt der Innerschweiz als auch die reiche Tradition schweizerischer Wandmalerei in die moderne badische Kunstgeschichte des 20. Jahrhunderts. In seiner Person und seinem Schaffen spiegelt sich das facettenreiche Spektrum der künstlerischen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem deutschen Südwesten. Unsere Betrachtung hat gezeigt, wie Gestaltungsprinzipien, Weltsicht und Gedankengut schweizerischer Kunst relevanten Eingang in die badische Kunstszene finden und wie im Umkehrprozess südwestdeutsche Elemente in die Schweizer Kunstentwicklung einwirken.

Abschließen möchte ich mit einem Zitat des mit Babberger befreundeten Architekten Armin Meili, der 1937 in seinem Nachruf auf den Maler in der Kunstzeitschrift „Das Werk“ resümierte: „*In August Babberger haben wir einen Künstler von im Grunde schweizerischer Prägung verloren*“.

DISKUSSION

Moehring, Markus: Ihr Vortrag hat deutlich gemacht, dass August Babberger in der Öffentlichkeit viel zu sehr vergessen ist. Er ist ein wichtiger expressionistischer Künstler des Südwestens und er ist ein Beispiel für die intensiven Kontakte zwischen den Künstlern im deutschen Südwesten und der Schweiz. Lassen sich diese Kontakte auch für die Zeit ab 1945 in ihrer Bedeutung für die Kunst in Baden verfolgen? Für Markgräfler Künstler war sicher Basel ein wichtiger Bezugspunkt – wie bei Adolf Riedlin, der schreibt, dass ihn seine Eindrücke in Basel 1945, auf der Suche, welche Richtung Kunst er nun aufgreifen sollte, sehr stark inspiriert haben. Aber ich möchte die Frage grundsätzlicher stellen. Hat die schweizerische Kunst für die regionale Kunstszene nach 1945 Bedeutung aufgrund der früheren Kontakte oder weil hier der deutsche Nachholbedarf so besonders stark sichtbar wurde?

Dr. Gabelmann: Natürlich bin ich für die Kunst nach 1945 kein Spezialist bin und kann hierzu sicherlich nur bruchstückhaft antworten. Mir wäre jetzt spontan auch der Maler Adolf Riedlin eingefallen, der engen Kontakt mit der Basler Kunstbewegung und der Schweizer Moderne suchte. Ausgehend von der Hodler-Rezeption oder von Babberger kann ich dagegen Nachwirkungen für die Kunst nach 1945 nicht finden. Mit dem Beispiel von Erna Schillig, also Babbergers engsten Mitarbeiterin und späten Lebensgefährtin, die dann ab 1947 in seinem figürlichen Stil an der Luzerner Kunstgewerbeschule weiterarbeitet, kann man schon eine gewisse Tendenz verbinden, was die schweizerische Kunst nach 1945 angeht.

Prof. Rödel: Zur Hodler-Rezeption: Sie haben gesagt, dass Frankfurt ein Zentrum war, an dem Hodler sehr präsent war. Um die Bedeutung Hodlerischer Kunst für Babberger einzustufen, müsste man wissen, inwieweit Hodler im deutschen Raum überhaupt vorbildhaft war.

Dr. Gabelmann: Ich habe das am Beispiel von Max Pechstein versucht; die Beispiele ließen sich aber für die Jahre um 1910 fast beliebig im Werk deutscher Expressionisten fortführen, sei es August Macke, sei es Franz Marck, überall ist eine Orientierung an Hodler zu beobachten. Frankfurt war, was die Ausstellungstätigkeit betrifft, tatsächlich eine Art Hodler Zentrum. Im Frankfurter Kunstverein wurde 1911, die meines Wissens umfangreichste Hodler-Ausstellung in Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg gezeigt, mit einhundertzwölf Arbeiten. Sie hat dann z.B. auch Auswirkungen auf Max Zachmann gehabt, in dessen Nachlass sich der Katalog dieser Hodler-Ausstellung wiedergefunden hat, mit umfangreichen Anmerkungen; deswegen habe ich auch von Max Zachmann den „schreibenden Jüngling“ gezeigt.

Prof. Schmidt-Bergmann: Zum Werk-Corpus. Wie kommen 3600 Blätter in die Karlsruher Kunsthalle und warum werden die nicht gezeigt?

Dr. Gabelmann: Das könnte man als kleinen Kunstskandal bezeichnen. Babberger – seine Frau verstarb bereits 1935, die Ehe blieb kinderlos – setzte Erna Schillig als Nachlassverwalterin ein. Erna Schillig haderte lange mit sich und der Nachlass bis 1956 in Altdorf. 1956 gab es im badischen Kunstverein die bis heute einzige Sonderausstellung über August Babberger in seinem wichtigsten Wirkungsort Karlsruhe. In diesem Zusammenhang erinnerte man sich in Karlsruhe an den einstigen Akademiedirektor und bemühte sich um diesen Nachlass. Erna Schillig dachte zunächst an das Hessische Landesmuseum in Darmstadt gedacht und schrieb an die Adresse der Kunsthalle, sie befürchte, „dass Karlsruhe nicht die nötige geistige Aufgeschlossenheit hätte, diesen Nachlass gut zu verwalten“. Leider bewahrheitet sich das heutzutage. In langwierigen Verhandlungen kam dieser umfangreiche Nachlass – Gemälde, Putzarbeiten, Wandbildtafeln, Majolikaarbeiten, Holzschnitte, Linolschnitte, Druckgraphiken, Zeichnungen, Skizzenbücher – dann doch in die Kunsthalle. Die Kunsthalle pflegt ein gespaltenes Verhältnis zu Babberger. Als ich mit meiner Dissertation begonnen habe, machte mich Rudolf Teilmann, der damalige Kurator im Kupferstich-Kabinett, auf Babberger aufmerksam und meinte wörtlich, wenn ich verrückt genug sei, solle ich in den Keller gehen und schauen, was da alles ist. Irgendwie hielt man bis zu diesem Zeitpunkt aber auch die Hand auf Babberger. Es gab wohl auch schon vorher Kunsthistoriker, die über Babberger arbeiten wollten; sie wurden von der Kunsthalle aber regelrecht abgewiesen. Man hat ihn dann für mich geöffnet; ich habe das Werk aufgearbeitet, fand aber damit keine große Resonanz. Das einzige war, dass ich – nachdem meine Arbeit 1999 fertig war – 2000 die Kunststiftung Hohenkarpfen zu einer Ausstellung über das Landschaftswerk bewegen konnte. Das ging wohl nur, weil im Kuratorium dieser Kunststiftung Leute aus der Karlsruher Kunsthalle sind, die wohl dachten, wenn man schon etwas mit Babberger macht, dann muss es ja nicht unbedingt in Karlsruhe sein. Ich appelliere immer wieder, auch an die Städtische Galerie, Babberger zu zeigen. Es geschieht nichts. Sein hundertster Geburtstag war im Kunstmuseum Luzern 1986 in einer großen Ausstellung gewürdigt worden, die dann ans Augustiner-Museum in Freiburg weiterging; dabei wurden auch seine Zeitgenossen gezeigt. In dem großen, schönen Katalog hat Hans H. Hofstätter kenntnisreich über Babberger geschrieben. Seitdem ist Funkstille. Die Schweiz nimmt Babberger etwas mehr wahr. 2001 wurde in Altdorf die Babberger-Ausstellung aus Hohenkarpfen präsentiert. In der Schweiz wurden jetzt auch seine Tagebuchnotizen herausgegeben unter dem Titel: „Im Paradies der Höhengsucher“. Die Karlsruher Kunsthalle ist dagegen eine inaktive Hüterin des Nachlasses; sie ist vor allem auf die französische und holländische Kunst des 17. und 18. Jahrhunderts ausgerichtet. Sie haben natürlich auch nicht die Räumlichkeiten, um Babberger umfangreich zu zeigen. Als Kunsthistoriker kann ich nur appellieren. Mit der Städtischen Galerie in Karlsruhe, die sicherlich ein geeigneter Ort wäre, ich bin seit Jahren in Verhandlungen. Aber es bewegt sich nichts so richtig. In der großen Schau über die zwanziger Jahre in Karlsruhe wird der Akademiedirektor, der das höchste künstlerische, kulturpolitische Amt in der Stadt innehatte, mit drei bis vier Gemälden präsent sein. Natürlich kann man sagen, dass er kein Neuerer der badischen Kunst war. Er ist zwar erste in der Expressionisten-Generation, aber gemessen an der stilprägenden Entwicklung des deutschen Expressionismus hinkt er seiner Zeit um fast zehn Jahre hinterher. Vielleicht wird ihm die Provinzialität zum Vorwurf gemacht, die regionale Schiene, die er befahren hat. Aber eigentlich müssten in den Häusern dieser Region Karlsruher Professoren gezeigt werden. Man sieht in Babberger einfach keinen bedeutenden Maler.

Prof. Krimm: Sie haben gezeigt, dass Hodler für Babberger eine wichtige, aber eine Durchgangsstation war. Er hatte den Mut, sich daraus zu befreien, hat andere Formen gefunden, hat sich weiter entwickelt, wie auch immer. Aber es gibt auch eine andere Hodler-Rezeption, und damit komme ich auf mein Eingangszitat des badischen Kultusministers Wacker von 1936 zurück, in dem die Nationalsozialisten auf die vorbildliche schweizerische Monumentalmalerei hingewiesen haben. Damit meinten sie auch Hodler. Die Anfangsarbeiten von Babberger kann man in der Rezeptionsgeschichte sicher auch als Durchgangsstufe zur präfaschistischen Malerei verstehen – ich sage das ein wenig ungeschützt. Der überragende Einfluss von Hodler wurde mir erst durch ihren Vortrag so bewusst. Vielleicht verrät auch das unselige, symbolisch aufgeladene Spätwerk des alten Thoma eine Art der Hodler-Rezeption. Sie haben die Abhängigkeit Babbergers von seinem Lehrer Thoma geschildert; dieses Dreieck Hodler-Thoma-Babberger wäre sicher auch bei der Wirkungsgeschichte von Hodler noch eine eigene Untersuchung wert. Die Wirkungsgeschichte von Hodler reicht z.B. auch zu Hans Adolf Bühler und seinem monumentalen Fresko in der Freiburger Universität von 1913, das in seiner malerischen Umsetzung ohne Hodler nicht denkbar ist. Von dieser Art der Monumentalmalerei in ihrer Verherrlichung des nackten Körpers führt sicher ein direkter Weg zur faschistischen Malerei. Hans Adolf Bühler selbst wurde zu einem der Starmaler des Dritten Reiches.

Dr. Gabelmann: Das ist sicher ein Grundton, der sich durch die Hodler-Rezeption durchzieht, sowohl durch seine als auch durch Babbergers Bildwelten: Dass der Mensch gefeiert, hymnisch überhöht wird, stilisiert wird zu einem vielleicht auch gottgleichem Wesen. Man sollte aber jetzt nicht soweit gehen, darin eine faschistoide Figurendarstellung ausmachen zu wollen. Das ist natürlich ein delikates Kapitel; Babberger war nach seiner Entlassung Mitglied in der Reichskammer der bildenden Künste, um weiterhin Aufträge als Wandmaler bekommen zu können. Das gab es bei vielen anderen Künstlern auch; wenn man nicht Mitglied werden wollte, hatte man überhaupt keinen Anspruch mehr auf irgendeine Tätigkeit in Deutschland. Babberger wurde also auch nach 1933 mit Wandbildaufträgen betraut, sogar für das Reichssportfeld in Berlin 1936 als Prestigebau der Nazis. Für eine der großen Monumentalbauten lieferte er Majoliken in Zusammenarbeit mit der Karlsruher Majolikamanufaktur, auch in Zusammenarbeit mit Max Läger, lieferte Sportlerfiguren in einem völkischen Keramikstil. Die Nazioberen korrigierten aber nun seine Entwürfe, schickten sie ihm zurück und oktroyierten ihm einen neuen Stil. Dabei ließ Babberger keinen Wettbewerb aus, um Wandbilder umsetzen zu können. Auch im Haus der Kunst in München lieferte er gigantische Entwurfspläne, einer mehr als ein zehn Meter lang. Auch das ist in der Karlsruher Kunsthalle, eine fast hymnische Überhöhung der badischen Volksgruppen.

Öffentlicher Abendvortrag.

Markus Moehring, Lörrach

Tabus, Klischees und klare Fakten.

Grenzüberschreitende Geschichtsausstellung in der ExpoTriRhena

Zusammenfassung

„70 % der Deutschen wollen eine gute Nachbarschaft. Die anderen 30 % leben an der Grenze.“ Witze über Deutsche, Franzosen und Schweizer werden gerne erzählt – gerade hier in der Regio. Sie beanspruchen keine objektive Wahrheit, sondern transportieren Klischees. Sie haben ihre Wirkung besonders dann, wenn historische Erfahrungen dahinter stehen. Sie leben von der Tatsache, dass die Zugehörigkeit zu einem Land Menschen prägt. Gerne möchte ich Ihnen noch ein zweites Beispiel vorstellen: Da streiten drei Jungen – einer aus Deutschland, einer aus Frankreich, einer aus der Schweiz – wo die kleinen Kinder herkommen. Sagt der Deutsche, der aus Baden: bei uns legt sie der Storch auf's Fensterbrett. Sagt der Elsässer Junge: Bei uns findet man sie auf den Kohlköpfen im Garten. Der Schweizer Junge denkt lange nach. Das kann ich gar nicht so genau sagen, denn bei uns ist das von Kanton zu Kanton verschieden.

Der Staat im 19. und 20. Jahrhundert, um die es bei unserer Tagung geht, hat großen Einfluss auf das Leben der Menschen: auf Krieg und Frieden, auf Wohlstand, Kultur, Kunst und Alltag, auf Kommunikationsräume und Mentalitäten. Bereits die 6 Vorträge heute haben uns davon ein differenziertes Bild gezeichnet und ich freue mich auf die drei weiteren von morgen. In meinem Beitrag soll es nicht darum gehen, dieses Bild an einem weiteren Thema weiter auszudifferenzieren. Eher geht es um das Gegenteil, nämlich um die Frage: Wie können wir das Thema dieser Tagung einem möglichst breiten Publikum vermitteln. In der RegioTriRhena, dem Raum am südlichen Oberrhein zwischen Schwarzwald, Vogesen und Schweizer Jura, ist eine Untersuchung zur Wirkungsgeschichte der Staaten besonders spannend. Nirgendwo sonst in Europa leben Menschen so dicht in einer Region zusammen und gehören doch zugleich zu drei Staaten mit einer langen und ausgeprägt eigenen nationalen Geschichte. Weil komplexe Forschungsergebnisse in einer Ausstellung nicht wie in einem Vortrag vermittelbar sind, gelten hier andere Anforderungen. Sie müssen sich um Popularität bemühen, wenn sie Publikum erreichen wollen. Aber zugleich brauchen sie die wissenschaftlich fundierte Aussage, damit sie überhaupt gerechtfertigt sind.

Wenn wir nun eine Ausstellung bauen zur Nordwestschweiz, zu Südbaden und zum Oberelsass, wie das in ExpoTriRhena der Fall ist: Wie sollen wir umgehen mit den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, kulturellen Entwicklungen, die zudem über Jahrhunderte hinweg ja keineswegs konstant verliefen, wie umgehen mit den sich wandelnden Verflechtungen in dieser Region einerseits und den Abgrenzungen andererseits zwischen den drei Nationen? Wie umgehen mit den Klischees, die unsere Besucher mitbringen und ihre Rezeption beeinflussen? Wie umgehen mit Tabus, die es zwischen Menschen der Nationen gibt und deren Darstellung daher Risiken zu Dynamiken entwickelt, die wir gar nicht beabsichtigen?

Zunächst, wir dürfen uns vor keinem Thema scheuen. Am schwierigsten ist nach wie vor die Zeit des Dritten Reiches. Zwar entstehen zunehmend auch regionale und lokale Untersuchungen, doch bleibt der öffentliche Diskurs hier besonders schwierig. In anderen, auch großen Geschichtsmuseen der Regio ist diese Zeit immer noch kein Thema. Sie haben heute morgen, Herr Bergier, über die Rezeption Ihres Berichtes erzählt. Sie können sich vorstellen, dass wir als Museum einerseits Zustimmung zu unserer kleinen Abteilung des Nationalsozialismus erhalten, aber auch Vorbehalte. Nach dem Gespräch heute morgen brauche ich dies gar nicht weiter vertiefen. Am kompliziertesten ist, wie Sie sich vorstellen können, ein Gespräch im Rahmen einer Führung bei gemischten deutsch-schweizerischen Gruppen, insbesondere von Zeitzeugen. Am meisten mit Tabus belegt ist die Zeit allerdings nach wie vor im Elsass. Erst vor zwei Wochen mussten wir eine scharfe Reaktion erleben, als wir über die Geschichte einer elsässischen Stadtbibliothek in den 40er Jahren recherchieren wollten, weshalb Museologie-Studenten der Universität in Mulhouse ihre Seminare zu diesem Thema auch bei uns durchführen. Da ist der deutsch-schweizerische Dialog bereits einfacher.

Eine Ausstellung zu dieser Region muss grundsätzlich auch bereit sein, Tabu-Themen aufzugreifen. Wenn die Themenstruktur der Ausstellung feststeht, besteht der entscheidende nächste Arbeitsschritt in der didaktischen Reduktion der Themen und Aussagen – eine Grundherausforderung jeder Populärwissenschaft. Die Thesen müssen schließlich in Raumbilder gefasst und sie müssen mit historischen Originalen präsentiert werden können – gerade letzteres ist oft schwierig. Aber nur dann wird der Besuch der Ausstellung unverwechselbar, authentisch. Und schließlich müssen wir das Rezeptionsverhalten des Publikums berücksichtigen. Erfolgreich sind wir erst, wenn unsere Aussagen auch überkommen – salopp ausgedrückt.

Wie also lässt sich unter diesen Voraussetzungen die Geschichte der trinationalen Regio darstellen? Und wie kann man bei einer solchen Ausstellung unter anderem auch die Frage von Distanz und Nähe zwischen der Schweiz und Südwestdeutschland anschaulich machen?

[Im Folgenden stellt der Referent die Räume und Exponate der Ausstellung in einer Powerpoint-Demonstration vor]

Eine Ausstellung darf Klischees aufgreifen, die Besucher mitbringen, um dafür zu motivieren, sich mit Inhalten zu beschäftigen. Sie darf sich nicht scheuen, Tabus anzusprechen, auch wenn dies riskant ist. Sie muss Fakten vermitteln und sich dazu für eine klare, wissenschaftlich fundierte didaktische Reduktion entscheiden. Ich habe versucht, Ihnen die ExpoTriRhena unter diesen konzeptionellen Gesichtspunkten vorzustellen und zu zeigen, wie wir unserer Besuchern Wahrnehmung, Distanz und Nähe zwischen der Schweiz und Südwestdeutschland zu vermitteln versuchen.

DISKUSSION

Eine Diskussion hat nicht stattgefunden.

Mario König, Basel

**Basel und der grenzüberschreitende
Schienenverkehr im 19. und 20. Jahrhundert**

Fünf Übergänge verbinden die Schweiz und Süddeutschland zwischen Bodensee und Basel. Zwei davon, Waldshut und Singen, blieben als stille Nebenbahnen immer im Abseits. Schaffhausen und Konstanz hingegen konnten stets einen gewissen internationalen Verkehr abwickeln, der ihnen Bedeutung verleiht. Der Transit in Basel ist jedoch mit Abstand der wichtigste und hat im Lauf seines Bestehens sogar einen immer grösseren Vorsprung gegenüber den andern gewonnen, was eng mit der geographischen Lage von Basel am südlichen Ende des alten Verkehrswegs durch die oberrheinische Tiefebene zusammenhängt. Es ist aus diesem Grund (und weil ich kürzlich darüber gearbeitet habe), dass ich mich weitgehend auf den Basler Transit beschränken werde. Er ist ein Brennpunkt der sowohl wechselhaften als auch extrem kontinuierlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Deutschland.

Ich beginne mit einigen Bildern. Wo befinden wir uns hier? Auf einer kleinen Nebenbahn in irgendeiner tiefen Provinz? Nein, auf einem zentralen Streckenabschnitt einer der wichtigsten europäischen Nord-Südverbindungen, zudem mitten in der Stadt Basel. Zwei eingleisige Bahnspuren treffen hier zusammen (Basel SBB – Muttenz). Ein Stück weiter nördlich passiert die Bahn ein bescheidenes Häuschen (Signalstation Gellert); von dort wurde der ganze komplizierte Verkehr in zwei Gegenrichtungen signaltechnisch gesteuert. Und nochmals einige 100 Meter weiter befinden wir uns bereits über dem Rhein, in der Ferne überquert ein leicht wacklig wirkender Fußgängersteg das Gleise und dahinter zeichnen sich bereits die Hallen des Badischen Bahnhofs ab, die kurz darauf deutlich sichtbar werden. Erst bei der Bahnhofseinfahrt verzweigt sich der bescheidene Schienenstrang. Genau an dieser Weiche endet die Basler Verbindungsbahn.

Der eigenartig vernachlässigte Zustand dieser Bahnlinie hängt eng mit der Verlauf der europäischen Geschichte in der 1. Hälfte des 20. Jhs zusammen. Dabei stellt die Basler Verbindungsbahn nur die größte verschiedener Merkwürdigkeiten entlang der schweizerisch-badischen Grenze dar, verkehrstechnisch wie wirtschaftlich. „Eigenartig“ ist ein Stichwort, dass untrennbar zu dieser Verbindung gehört. Zitat Badische Zeitung, 1953: „Auf der großen, rund 2000 Kilometer langen mitteleuropäischen Nordsüdtransversale Nordsee-Mittelmeer gibt es nur einen einzigen einspurigen Engpass zwischen all den zwei und viergleisigen Hauptbahnen: die knapp fünf Kilometer lange sogenannte Basler Verbindungsbahn zwischen dem Badischen

Bahnhof Basel und dem Schweizerischen Bundesbahnhof Basel. Sie ist gleichzeitig die rentabelste Eisenbahnlinie der Welt und wohl die mit Zugfahrten am dichtesten belegte eingleisige Linie – also nicht nur ein Kuriosum, sondern geradezu ein Unikum.”

Bemerkenswert war diese zwei Länder verbindende Bahn schon insofern, als sie gar keine Grenze überschritt: sie lag vollständig auf schweizerischem Territorium. So überaus rentabel war sie dank ihrem rechtlichen Status: sie stellte eine virtuelle Eisenbahn dar, die weder über Personal noch über Züge verfügte, also fast keine Ausgaben hatte, hingegen ansehnliche Einnahmen erzielte: auf den 4 ½ km wurde ein eigener Tarif verrechnet, der die doppelte Strecke anrechnete. Es handelte sich um einen Gemeinschaftsbetrieb zwischen deutschen und schweizerischen Bahnen, die im Lauf von über 100 Jahren mehrfach wechselten. Dabei gehörte die Linie ausschließlich den Schweizern. Aber die deutschen Partner waren bei jeder Entscheidung mit einzubeziehen; sie zahlten jährlich einen Zins für 1/3 des ursprünglich investierten Baukapitals, kassierten dafür aber auch 1/3 der Einnahmen.

Aufbau des Referats:

1. Entstehung der Eisenbahnverbindungen zwischen der Schweiz und Baden und deren rechtlicher Rahmen im 19. Jh.
2. Die Anfechtungen dieser wirtschaftlichen und rechtlichen Konstruktion in der 1. Hälfte des 20. Jh's.
3. Der Ausbau und die überragende Kraft der Kontinuität in diesen Verbindungen.
4. Dem Gedanken der Kontinuität gehören schließlich einige Überlegungen zum Abschluss.

Anfänge und rechtlicher Rahmen

Die Eidgenossenschaft wies einen erheblichen Rückstand im Eisenbahnbau des 19. Jh's auf. Im Großherzogtum Baden hatte das Eisenbahngesetz von 1838 bereits die Badischen Staatseisenbahnen gegründet und zugleich in Artikel 1 des Gesetzes „die Schweizergrenze bei Basel“ als Endpunkt des zu errichtenden Bahnnetzes benannt. 1845 war Freiburg erreicht, dann kam die Arbeit ins Stocken (komplizierte Situation am Isteiner Klotz, notwendige Tunnelbauten). So war es schließlich die französische Ostbahn, die 1844 von Mülhausen her kommend den Stadtrand von Basel erreichte. Die immer noch bestehende mittelalterliche Stadtmauer erhielt

eigens eine Erweiterung, um den ersten Bahnhof aufzunehmen. Die Züge rollten durch ein Tor, das nächtlicherweise verschlossen wurde. In der Schweiz bekanntlich erst 1847 ein kurzes Bahnstück. Die politischen Wirren der 1840er Jahre verhinderten alle weiter reichenden Projekte, obwohl die Hoffnungen überragend groß waren. Ebenso in Freiburg, wo 1845 eine Zeitung schrieb:

„Baden wird und muss unmittelbaren Anteil haben an der großen Eisenstrasse, die sich von China, Indien und dem ganzen Orient durch Europa nach dem Norden und England ziehen wird.“

Hart im Gegensatz zu den Träumen standen jedoch die Realitäten. Die Bahnbauten kamen teuer zu stehen und die Rentabilität der entstehenden Linien sah einigermaßen zweifelhaft aus. Die überaus konservative Stadt Basel empfing die Eisenbahn ohne jede Begeisterung, ja mit großem Misstrauen. Die frustrierten Nachbarn erwogen bald einmal, die wenig geliebte Stadt zu umgehen. Baden erwog zeitweise, seine Bahn in Haltingen enden zu lassen und von dort weiter nach Waldshut bauen. Die Hoffnungen von Lörrach, wo man sich bereits als Eisenbahnknotenpunkt der Zukunft sah, gingen in ähnliche Richtung. Auch Baselland, wo man ohnehin nicht gut zu sprechen war auf die Stadt, hoffte auf einen Rheinübergang östlich von Basel und einen bedeutsamen eigenen Bahnhof dort. Ich zitiere eine Basler Stimme aus späterer Zeit, die rückblickend und selbstkritisch kommentiert:

„Wenn Basel damals... nicht doch umfahren worden ist, so dankte es das durchaus nicht seiner Tätigkeit, sondern einzig und allein seiner zu keiner Zeit durch keine Regierungs- und Volksdummheiten zu verwüstenden geographischen Lage.“

Erst nach dem Abschluss der Revolutions- und Bürgerkriegswirren in Baden und in der Schweiz 1848/49 ging es an die Realisierung. 1852 schlossen Baden und die Eidgenossenschaft den entscheidenden Staatsvertrag ab, der den Weiterbau der Badischen Bahn entlang der Schweizer Grenze bis zum Bodensee regelte. Via Google findet man ihn sofort, denn er steht bemerkenswerterweise noch heute größtenteils in Kraft, ich nenne zum ersten Mal das Stichwort „Kontinuität“. Ausgangspunkt war die überaus komplizierte Grenzverlauf zwischen der Schweiz und Baden. In Basel wie auch in Schaffhausen griff das schweizer Territorium über den Rhein und schuf erhebliche Hindernisse für einen problemlosen Weiterbau der Badischen Bahn allein auf badischen Territorium. Baden erhielt mit dem Vertrag von 1852 das Recht, seine Bahn durch Basel und den Kanton Schaffhausen hindurchzuführen. Der Schweizer Seite war die umfassende Nutzung dieser Strecken garantiert. In einem Zusatzabkommen

konnte Baden den Bau des Badischen Bahnhofs in Basel erreichen, der 1855 eröffnet wurde. Die Badische Bahn verfügte nach Abschluss der Arbeiten schließlich über rund 40 km Strecken in der Schweiz, die Schweiz ihrerseits über 20 km in Baden. Hinzu kamen noch 18 km deutsche Rangier- und Güterbahnhofstrecken in der Schweiz, fast alle in Basel. Erst gegen Ende des 19. Jh's baute Baden doch noch eine ganz auf deutschem Gebiet liegende Umfahrung des Kantons Schaffhausen, die sog. Strategische Bahn: verkehrswirtschaftlich ein Unding, bautechnisch ein Meisterwerk aus Tunnels und Brücken.

Dies greift der Entwicklung leicht vor. Tatsächlich hatte die Stadt Basel seit der Eröffnung der Centralbahn 1854 auch auf dem Südufer des Rheins einen Bahnhof erhalten, nämlich an dem Standort, wo heute noch der Bahnhof Basel SBB steht. Die Stadt verfügte somit über drei Bahnhöfe, denen allerdings jede direkte Verbindung fehlte. Der Staatsvertrag von 1852 hatte deren Wünschbarkeit in Basel, Waldshut und Schaffhausen bereits erwähnt. Als erste schafften es jedoch die Franzosen, die 1856 Erlaubnis erhielten, ihren Bahnhof vom Stadtrand gleich neben den Centralbahnhof zu verlegen. (Dort ist er noch heute). Was jedoch über Jahre überhaupt nicht drin lag, war der Bau der kurzen Verbindung zwischen dem Badischen und dem Schweizer Bahnhof. Dahinter standen die Konkurrenzängste der Bahngesellschaften, vor allem aber der Basler Widerstand. Die Stadt erwartete hohe Kosten, wegen der Brücke, vor allem aber hielt die lokale politische Elite an einer altertümlichen Sichtweise fest, die vom Durchgangsverkehr wenig Gutes erwartete. Die Stadt sollte nicht durchfahren werden, sie sollte allein Ausgangs- oder Endpunkt eines möglichst von ihr selber kontrollierten Verkehrs sein. Je schneller einer durchfuhr, desto geringer die Wahrscheinlichkeit, dass er Geld in der Stadt liegen ließ. Baden war in dieser Hinsicht offener und von Anfang an am grenzüberschreitenden Verkehr interessiert. Schon 1861 entstand die große Eisenbahnbrücke zwischen Kehl und Strassburg, doppelspurig auf Verkehrswachstum ausgerichtet. Und 1859 gewann die Badische Bahn mit der Brücke bei Waldshut einen ersten Übergang in die Schweiz. 1863 folgte Schaffhausen, 1871 Konstanz, während in Basel die Situation blockiert blieb. Erst ein erfolgreicher Schachzug Badens brachte die Basler in Bewegung: Baden nahm mit Frankreich Verhandlungen auf, nördlich von Basel einen Rheinübergang zu bauen. Basel wollte nicht „durchfahren“ werden, noch weniger aber „umfahren“. Dieses Manöver brachte die Verhandlungen in Gang, die zwischen den Bahngesellschaften, unter Einbezug des Kantons Basel, der Eidgenossenschaft und des Großherzogtums erfolgten: 1869 kam es zur Unterschrift unter einen Vertrag über den Bau der Basler Verbindungsbahn. Baden hatte so ziemlich alle finanziellen Konditionen diktiert: Die Schweizer Seite trug die ganzen Baukosten, Baden trug

lediglich, wie schon erwähnt, ein Drittel zur Verzinsung des Kapitals bei, hatte dafür aber auch Anspruch auf ein Drittel der Einnahmen. Niemand erwartete allerdings zu diesem Zeitpunkt solche Einnahmen. Eher befürchtete man ein Defizit. Noch fehlte das Vertrauen in ein langfristig anhaltendes wirtschaftliches Wachstum.

1873 wurde mit der Fertigstellung der Brücke die Basler Verbindungsbahn eröffnet. Wenige Jahre später, 1882, trat mit der Eröffnung der Gotthardlinie ihre wahre Bedeutung hervor: nun war sie weit mehr als ein regionaler Grenzübergang, sie war ein zentrales Kettenglied in der großen Verbindung von Norddeutschland bis nach Italien.

Die Brücke hatte auch ihre innerstädtische Bedeutung (Fußgängersteg), sie diente einer wachsenden Zahl von Arbeitern als Brückenübergang, als auf der Nordseite des Stroms immer mehr Fabriken entstanden. Sie war ein reiner Nutzbau, kein Gegenstand für Postkarten: das alte Basel kehrte ihr gewissermaßen den Rücken zu. Als einzige der Basler Rheinbrücken trug sie keinen Namen, sie war und blieb einfach Eisenbahnbrücke.

Anfechtungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Entgegen den Erwartungen war die Basler Verbindungsbahn von Anfang an ein ökonomischer Erfolg – die befürchteten Defizite traten nie auf. Bis 1914 wuchs der Verkehr, bei kurzen konjunkturellen Rückschlägen, ebenso kräftig wie stetig an. Er ging vor allem von Norden nach Süden, primär für den Güterverkehr, aber auch für Personen. Basel war das führende Eingangstor in die Schweiz. Kohle war das wichtigste Massengut, das hier Eingang fand. Und zahlungskräftige Touristen stellten einen hohen Teil des Personenverkehrs. Hier fuhr die Mehrheit 1. oder 2. Klasse, was die Rentabilität erhöhte; auf dem übrigen deutschen oder schweizerischen Bahnnetz verkehrte eine überwältigende Mehrheit in 3. Klasse.

Zwei Weltkriege, politische Umbrüche und heftige wirtschaftliche Erschütterungen unterbrachen diesen kontinuierlichen Aufschwung und stellten zeitweise alles in Frage: den internationalen Transit ebenso wie die zugrundeliegende rechtliche Konstruktion. Zwei Mal, nach dem Abschluss zweier verheerender Kriege, schien die ganze Anlage in Frage gestellt. Dabei begannen die beiden Kriege durchaus unterschiedlich: 1914 schloss der schweizerische Bundesrat sogleich den Badischen Bahnhof für jeglichen Personenverkehr; er war grad eben in das neue Gebäude an den heutigen Standort verlegt worden und lag nun weitgehend still. Nur mehr Militär verkehrte noch. Der Güterverkehr lief immerhin weiter; die Verbindung von Deutschland nach Italien kam jedoch 1915 ebenfalls zum Erliegen, nachdem Italien gegen

Deutschland in den Krieg eintrat. Ganz anders 1939: die Basler Regierung wünschte erneut eine Schließung des Bahnhofs, der als Nest nationalsozialistischer Spionage und Propaganda einen üblen Ruf gewonnen hatte. Der Bundesrat war nicht bereit, darauf einzugehen: er wollte alles meiden, was nach einer Reizung des unberechenbaren dt Nachbarn aussehen konnte. So hielt der Bahnhof den ganzen Krieg hindurch einen beschränkten, von deutschem Personal getragenen Betrieb aufrecht. Das Schweizer Militär lagerte am Brückenkopf. Untergeordnete Militärstellen sorgten sich, die Deutschen könnten direkt per Zug in die Stadt Basel einfahren, um diese zu besetzen. Vorgesetzte winkten ab – so war wohl noch keine Stadt je besetzt worden. Wichtiger war, dass der Transit in Basel eine enorme Bedeutung für den Güterverkehr behielt: er verband die Verbündeten Regime in Deutschland und Italien. Entgegen allen Gerüchten liefen zwar keine geheimen Militärtransporte hier durch; jedoch entlastete der Transitverkehr durch die Schweiz die deutsch kontrollierten Alpenübergänge in Österreich und wies insofern auch einen hohen militärischen Wert für Deutschland auf. Während des Kriegs erreichte er Rekordhöhe. Im Februar 1942 bat die Deutsche Reichsbahn die SBB, den gesamten Zugverkehr auf der Verbindungsbahn zu übernehmen. Angesichts der Entwicklung des Kriegs im Osten war der Reichsbahn jede noch so kleine Entlastung willkommen.

Zwei Mal wurde das Konstrukt der Basler Verbindungsbahn in Frage gestellt, nach dem 1. wie nach dem 2. Weltkrieg; nach 1945 auch der Staatsvertrag und die Existenz des Badischen Bahnhofs als deutsches Eigentum in der Schweiz. Nach 1918 trugen deutsche wie schweizerische Stellen Revisionswünsche vor. Ab 1944 hingegen waren es vor allem die Schweizer, die Änderungen erwogen; auf deutscher Seite war kein handlungsfähiges vis-à-vis mehr vorhanden.

In den frühen 1920er Jahren gingen die Badischen Staatsbahnen in der Reichsbahn auf. In Basel löste dies Unbehagen aus: an die Stelle von „Karlsruhe“ trat „Berlin“ – ein weiter entfernter und weit fremderer Partner. Im übrigen aber ergriff die Stadt Basel die Gelegenheit, Änderungen in dem ökonomischen Arrangement anzustreben. In Basel hatte die Verbindungsbahn immer wieder heftige Kritik ausgelöst wegen ihrem Sondertarif. Vor allem die mindere Stadt, Klein-Basel, fühlte sich benachteiligt, da bei einer Abfahrt vom Badischen Bahnhof aus in die Schweiz der Tarifzuschlag auf der Verbindungsbahn anfiel. Die Wirtschaft in Klein-Basel lief Sturm und kritisierte über Jahrzehnte diesen sogenannten Brückenzoll. Jetzt, bei Kriegsende, schien die Gelegenheit günstig, der angeschlagenen deutschen Seite alte Rechnungen zu präsentieren. Rechtsgutachten gingen hin und her, zunächst einmal innerschweizerisch. Der Bundesrat schmetterte die Basler Begehrllichkeiten vorbehaltlos ab.

Schließlich konnte man der deutschen Seite nicht verweigern, was diese den Schweizern umstandslos gewährt hatte: als nämlich die Centralbahn 1902 in den SBB aufging, war dies von der Badischen Bahn nie zum Thema gemacht worden.

Nun brachte aber auch die deutsche Seite Beschwerden vor: die Badische Bahn war wirtschaftlich schwer angeschlagen infolge Krieg und Reparationen und wies darauf hin, dass ihr im Badischen Bahnhof weit mehr Lasten bei der Abfertigung des schweizerischen Güterverkehrs zufielen, als umgekehrt in Basel SBB anfielen. Dies hing mit dem schon erwähnten Umstand zusammen, dass gewichtsmäßig weit mehr Güter von Norden nach Süden als von Süden nach Norden gingen. Erstrebt war eine Abgeltung solcher Leistungen. Hier hielten die Schweizer allerdings rigoros am Wortlaut des Vertrags von 1869 fest: für die Abwicklung des Güterverkehrs waren beiden Seiten selbständig verantwortlich. Nach etlichen Verhandlungsrunden blieb schlussendlich das ganze Arrangement wie es war.

Ähnlich ging es nach 1945, wenn die Situation auch weit komplizierter war. Auf schweizerischer Seite war kurz vor Kriegsende, im Herbst 1944, die Idee aufgetaucht, man könnte die deutschen Bahnanlagen in der Schweiz als Kompensationsobjekt zum Ausgleich deutscher Schulden verrechnen. Mit Kriegsende, so erwartete man, würden die Alliierten Deutschland besetzen; an einer Rückzahlung deutscher Schulden bei der Schweiz aber konnten diese kein Interesse haben, erschienen doch die schweizerischen Kredite als Unterstützung von Hitler-Deutschland. Für eine Realisierung dieser Idee wäre eine Kündigung des Staatsvertrags von 1852 und diverser Zusatzabkommen erforderlich gewesen; damit wäre auch der Badische Bahnhof an die Schweiz übergegangen. Zu konkreten Verhandlungen mit Deutschland kam es allerdings nie; das Vorhaben war abenteuerlich und auf deutscher Seite weit und breit keine zurechnungs- und handlungsfähige Stelle in Sicht, mit der man überhaupt ins Gespräch hätte kommen können. Jedoch kam auch unerwarteter Widerstand gegen die Absicht, den Badischen Bahnhof und die deutschen Bahnanlagen in der Schweiz zu übernehmen. Aus Basel, wo die Verbindungsbahn so oft hart kritisiert worden war wegen ihrem Tarif, erfolgte Ende 1944 eine geradezu vernichtende Kritik an der Idee, an den bahn- und verkehrspolitischen Arrangements mit Deutschland zu rütteln. Zitat:

„Die Verkehrsprobleme von Großstädten, welche an einer Landesgrenze liegen, sind nur in enger Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten befriedigend lösbar. Die großen Verkehrsaufgaben der Stadt Basel bedingen eine enge Zusammenarbeit zwischen den drei Ländern, die in unmittelbarer Nähe der Stadt einen gemeinsamen Grenzpunkt haben. ...

Unerfreuliche Erscheinungen in Kriegszeiten oder in Zeiten internationaler Spannungen, die mit der Abwicklung des Verkehrs in keinem direkten Zusammenhang stehen, dürften nicht dazu verleiten, verkehrspolitische Entschlüsse, welche für normale Zeiten von großer Tragweite sein können, zu fassen. Alle großen Dispositionen im Verkehrswesen müssen im Hinblick auf den Friedensverkehr getroffen werden. ... Es darf angenommen werden, dass Deutschland auch nach diesem Kriege ein sehr realer politischer Faktor bleiben wird”.

Das war eine bemerkenswert nüchterne und zukunftsoptimistische Feststellung, wenn man sich den Zeitpunkt vergegenwärtigt (Dez. 1944). Verfasser war Alfred Schaller, als Leiter des Rheinschiffahrtsamts, einer jener Schweizer Experten, die in hohem Maß am Transit interessiert waren. Dagegen hatten andere Stimmen keine Chance, die voller Zorn über das Nazi-Regime und die Rolle des Badischen Bahnhofs in den zurückliegenden Jahren die große Abrechnung und Entflechtung auf verkehrswirtschaftlichem Gebiet forderten. Manche gingen soweit, nach dem Krieg in Zweifel zu ziehen, ob der Staatsvertrag von 1852 überhaupt noch Bestand habe und nicht einfach als dahingefallen zu betrachten sei angesichts des Fehlens einer deutschen Regierung. Offizielle Schweizer Stellen nahmen eine andere Haltung ein. Sie wiesen rigoros jeden alliierten Anspruch auf die deutschen Bahnanlagen in der Schweiz ab. Sie waren nicht bereit, die alliierte Besatzungsmacht als legitime Nachfolgerin der untergegangenen deutschen Regierung zu anerkennen. Als die Franzosen kurz nach Kriegsende in den Badischen Bahnhof eindrangen, um dort Verhaftungen vorzunehmen und den Kassenschlüssel anzueignen, übernahm die Schweiz den Bahnhof in eigener Treuhänderschaft. Treuhänder Meyer, ein weiterer Spezialist des Transitverkehrs, der vorher lange Zeit in Chiasso am Übergang nach Italien tätig gewesen war. Auf heftige schweizerische Ablehnung stieß die französische Absicht, die Bahnstrecke zwischen Freiburg und Basel auf eingleisigen Betrieb rückzubauen. Dies erschien als direkter Angriff auf eigene verkehrspolitische Interessen. Der Schweizer Treuhänder im Badischen Bhf untersagte strikt jede Kooperation des deutschen Personals bei diesem Vorhaben. In mancher Hinsicht war das schweizerische Verhältnis zu den alliierten Siegern spannungsvoller, als das zu den untergegangenen Instanzen des nationalsozialistischen Deutschland.

Schlussendlich blieb auch nach diesem Krieg, alles wie es war. Von schweizerischer Seite bestand keinerlei Interesse, die Frage nach den Verträgen und dem Eigentum an den Reichsbahnanlagen in der Schweiz öffentlich auch nur zu erörtern. Schweizerische Behörden ließen keinen Zweifel, dass alles zu meiden war, was die Aufmerksamkeit der Alliierten in diese Richtung lenken konnte. In der Summe ging es um weit mehr als nur um die Bahn: es ging um

jegliches deutsches Eigentum in der Schweiz, dessen Auflösung die Alliierten mit Nachdruck verlangten. Die schweizerische Haltung setzte sich letztlich durch. Nach der Entstehung der BRD im Herbst 1949 traten nach und nach die alten Verträge wieder in Kraft bzw. wurden bestätigt in ihrer unveränderten Gültigkeit. 1953 wurde die Treuhänderschaft über den Badischen Bahnhof definitiv beendet und dieser wieder an die deutschen Partner übergeben.

Ausbau und Kontinuität

Zwei verheerende Kriege hatten die vertragliche und rechtliche Situation im Eisenbahnverkehr über die schweizerisch-deutsche Grenze nicht grundlegend in Frage stellen können. Was sie sehr wohl vermochten, war die Unterbindung aller Ausbaupläne. So befand sich die Basler Verbindungsbahn noch Mitte der 1950er Jahre in dem kuriosen Zustand, den ich eingangs vorgeführt habe. Dabei hatte an Plänen wahrhaftig nicht gemangelt. Zwei Mal, vor 1914 und vor 1939, war der Ausbau der Brücke auf Doppelspur bereits beschlossene Sache – und unterblieb dann doch. Erst ab 1954 setzte schrittweise die Erneuerung und Erweiterung ein, zunächst bei den Zufahrten, 1962 auch im Ersatz der alten Brücke.

Die alten Verkehrsanlagen sind heute nicht mehr wieder zu erkennen. Die Bahn ist heute beinahe verschwunden unter den sich kreuzenden Autobahnlinien. Eine extreme Verdichtung von Verkehr und städtischer Entwicklung hat auf knappem Raum stattgefunden.

Die alte Verbindungsbahn existiert heute nicht mehr. Im Jahr 2003 hat die SBB nach längeren Verhandlungen mit der Deutschen Bahn den Vertrag einseitig gekündigt. Auf deutscher Seite hätte durchaus Interesse an einer Fortführung bestanden. Zwar war das Vertragsdokument von 1869 altertümlich und fern von der ganzen aktuellen Entwicklung. In der Praxis funktionierten die gefundenen Arrangements jedoch unvermindert. Erst die gegenwärtige große Umstrukturierung im Bahnverkehr führte zu der Auflösung: seit der Trennung von Personen- und Güterverkehr sowie Infrastruktur auch in der Schweiz schmerzte der Sondertarif auf der Verbindungsbahn plötzlich bei SBB Cargo: man hatte der eigenen Infrastrukturgesellschaft ansehnliche Zahlungen zu entrichten – und ein Drittel davon ging an die DB. Diverse Nachfolgeabkommen regeln zahlreiche Einzelheiten. Das Schicksal des Badischen Bahnhofs oder der übrigen deutschen Bahnanlagen in der Schweiz ist davon nicht tangiert.

Zum Abschluss möchte ich nochmals die Frage der bemerkenswerten Kontinuität aufgreifen, die sich in diesen verkehrspolitischen Arrangements – allen Umbrüchen und Belastungen zum Trotz – behaupten konnte. Fragen wir nach den Ursachen, so lässt sich verschiedenes anführen:

Da war zunächst einmal die faktische Kraft bestehender Grenzverläufe und gebauter Strukturen, die ihre eigenen Sachzwänge in die Welt setzten. Die deutsch-schweizerische Grenze in ihrer engen Verzahnung hatte eine ebenso enge Verzahnung der Bahnanlagen nach sich gezogen, was nur im liberalen 19. Jahrhundert möglich war, sich aber auch in illiberalen Zeiten behauptete.

Zum zweiten lässt sich auf die konkrete Umsetzung der verkehrspolitischen Verträge verweisen: auf beiden Seiten befanden sich im Alltagsbetrieb Bahnbeamte, die nach ähnlichen Vorstellungen arbeiteten. Im bürokratischen Perfektionismus standen sie einander nicht nach, sie sprachen auch in dieser Hinsicht dieselbe Sprache und verstanden einander, ohne dass es je zu großen Reibungen gekommen wäre.

Drittens möchte ich die hohe verfassungs- und gesellschaftspolitische Kontinuität unterstreichen, welche die Schweiz seit 1848 prägte. Auf Kontinuität zu bauen auch in den Außenbeziehungen entsprach einer ureigenen schweizerischen Erfahrung – und diente den eigenen verkehrspolitischen Interessen an der Offenhaltung von Verbindungen, welche außenwirtschaftlich von strategischer Bedeutung waren. Die Bereitschaft, Kontinuität zu wahren, ging so weit, dass zeitweise die Fähigkeit der beteiligten Schweizer litt wahrzunehmen, wie stark die Diskontinuität auf der Gegenseite war. Dies erklärt, weshalb das Verhältnis auch in der NS-Zeit, was die Bahngesellschaften und die Organisation des Durchgangsverkehrs betraf, vergleichsweise unbelastet blieb. Die Spitzenbeamten der SBB hatten ein positives Verhältnis zur Reichsbahn, der bewunderten großen „Schwester“. Sie waren jederzeit bereit, helfend einzuspringen, wenn die Kollegen ein ernstes Problem hatte. Sie taten dies sogar in Situationen, wo Untätigkeit vielleicht die politisch angemessenere Reaktion gewesen wäre: Sie waren neutral –, aber auch loyal. Als die Franzosen am 20. November 1944 bei Basel den Rhein erreichten und den Nord-Südverkehr durch Beschießung des Güter- und Rangierbahnhofs von Weil unterbrachen, sprangen die SBB sofort ein: Schon Anfang Dezember organisierte eine Konferenz mit der Reichsbahn in Konstanz den Ausweichverkehr. Die Rheinübergänge östlich von Basel nahmen mehr Züge auf, sogar die Brücke bei Waldshut gewann vorübergehend wieder ein Stück jener Bedeutung, die ihr im 19. Jh schon einmal zugeschrieben worden war. Erst nach einem Fliegerangriff auf den deutschen Bahnhof am 19. Februar 1945 schlossen die Schweizer die Brücke.

DISKUSSION

Prof. Krimm: Als ein wiederkehrendes Motiv erschien in Ihrem Vortrag das Verhältnis des Bundesrates gegenüber dem Kanton Basel Stadt. Offenbar hat der Bundesrat gebremst oder verhindert oder gelenkt, wo die Stadt Basel eigentlich anderes wollte. Ist das ein Element, das sich nur auf dieses Eisenbahnkapitel bezieht, oder gehört das in einen größeren Zusammenhang der schweizerischen Geschichte, zum Verhältnis von Bundesregierung und Kantonen, die sich da auf den verschiedenen Seiten des Tisches sehen?

Dr. König: Das ist sicher etwas, was vor allem bei Basel immer wieder auftritt. Basel steht mit seiner speziellen geographischen Lage an der Grenze zeitweise ein wenig im Abseits und gerät auch immer wieder in einen Gegensatz zu den Interessen, die in der übrigen Schweiz und beim Bundesrat vorherrschend waren. Vor allem in diesen Kriegs- und Krisenzeiten war die Lage der Stadt dann auch wirklich schwierig. Wenn die Grenze zuging, war das existenzgefährdend. Einschneidend war es auch für die Stadt, wenn Elsass-Lothringen zwischen Deutschland und Frankreich hin und her wechselte. Da gab es immer wieder ein Baslerisches Sonderinteresse, das aber zum Teil auch sehr kleinkariert sein konnte und eigentlich rein pekuniär orientiert war. Man wollte möglichst viel profitieren und man wollte möglichst wenig zahlen.

Prof. Rödel: Sie haben erwähnt, dass die erste Rheinbrücke bei Waldshut/Koblenz gebaut wurde, von dem bekannten badischen Ingenieur Robert Gerwig, der die Schwarzwaldbahn gebaut hat und auch an der Gotthardbahn beteiligt war; zeitweise war er auch in Diensten der Nord-Ost-Schweizerischen Eisenbahngesellschaft. Der Raum Zürich war also wirtschaftsorientiert, war fortschrittlicher, kaufte sich Know-how von außen ein. Man wundert sich, dass das in Basel, wo heute so viel Industrie sitzt, so spät begonnen hat. Hängt das mit der Entwicklung der Industrie in Basel-Stadt selbst zusammen? Die große Industrie liegt ja außen herum in Basel-Land.

Dr. König: Die industrielle Entwicklung der chemischen Industrie in Basel setzt erst Ende des 19. Jahrhundert ein, also nach dem Bau dieser Bahn. Vorher ist die Situation der Stadt tatsächlich stark durch den Bruch mit Basel-Land geprägt. Die liberale Erneuerung verlief in Basel verzögert und schwierig. In Zürich übernahm die Landschaft die Stadt und zwang sie schon 1830, sich liberal zu öffnen. In Basel misslang das. Es kam zu einem Bürgerkrieg und einem Bruch zwischen Stadt und Land. Das Land wurde radikal demokratisch, die Stadt umso konservativer. Die Stadt verschanzte sich buchstäblich hinter den Stadtmauern. In Zürich wurden die damals abgebrochen, in Basel blieben sie noch jahrzehntelang stehen. Es hat lange gedauert, bis auch in Basel diese Öffnung stattfand. Zeitlich erst nach dem Bau der Verbindungsbahn haben die Liberalen auch in Basel Oberwasser gewonnen. Und mit dem Aufkommen der großen Industrie hat sich die Lage dann verändert. Die Stadt, die vorher so abwehrend war, entwickelte ein großes Interesse an diesem Durchgangsverkehr. Die Brücke in Waldshut, die Sie erwähnt haben, ist heute ein Monument des Brückenbaus. Es ist die einzige der Rheinbrücken, die heute noch in dem Zustand besteht, den sie bei ihrer Errichtung hatte. Das hängt damit zusammen, dass sie nicht so stark benutzt wurde, darum durfte sie auch so bleiben, wie sie war.

Moehring, Markus: Ihr Vortrag war auch ein schönes Beispiel dafür, wie Spezialisten, Technokraten, also Bahnleute doch ein ganzes Stück Geschichte prägen können. Und zum Teil

sogar dann auch Politiker reagieren oder nur zuschauen. Ich habe aber zwei konkrete Fragen. Die eine zur Regio-S-Bahn heute. Da hat sich etwas umgedreht, die SBB haben die Regio-S-Bahn übernommen, die SBB befährt die Wiesentalstrecke. Sie haben deutlich gemacht, wie dominant früher die badische Seite war. Noch immer fehlt aber die Verbindung für die Regio-S-Bahn zwischen dem badischen Bahnhof und Bahnhof SBB. Hat das nur technische Gründe oder ist das auch ein Nachklang dieser Staatsvertragsituation? Die zweite Frage gilt der Zeit des Dritten Reiches. Wir hatten hier vor einigen Monaten einen Zeitzeugen, einen Halbjuden, der in die Schweiz flüchten konnte, indem er von Weil zum badischen Bahnhof gefahren und dann aus dem fahrenden Zug heraus gesprungen ist, durch die Fensterscheibe und mit Schnittverletzungen; dann ist ihm die Flucht in die Schweiz gelungen. War das ein Einzelfall oder verhalf diese Strecke zu vielen Fluchtmöglichkeiten?

Dr. König: Ich fange mit der letzten Frage an. Direkt aus fahrenden Zügen zu springen ist lebensgefährlich und geschah wahrscheinlich nur selten. Es gab ja die grüne Grenze, die von sehr vielen Flüchtlingen benutzt wurde. Direkt in den Badischen Bahnhof einzufahren, war auch schwierig, denn dort durchlief man die Zollkontrollen. Es gab keine durchgehenden Züge mehr in der Zeit. Die deutschen Züge endeten im Badischen Bahnhof und dann fuhren nur noch wenig Personen in ein oder zwei Waggons über die Brücke nach Basel SBB. Die Schweizer Zollkontrolle hat jüdische Flüchtlinge konsequent abgewehrt. Das sprach sich herum, so dass es sich wirklich eher empfahl, über die grüne Grenze zu gehen, als zu versuchen, über den Bahnhof in die Schweiz zu gelangen.

Über die S-Bahn bin ich wenig im Bilde. Die Situation ist natürlich gegenüber dem 19. Jahrhundert noch viel schwieriger geworden, da nun alles dicht bebaut ist. Damals konnte man diese Eisenbahnlinie noch weitgehend durch unbebautes Gebiet an den Stadtrand führen. Aber schon damals war es nicht ganz einfach, man musste alle möglichen Enteignungen vornehmen. Es ist jetzt wohl so, dass die Wiederherstellung eines Zustandes angestrebt wird, den es schon einmal gab. Es gab ja früher schon neben der Bahn auch Tramlinien, die aus der Stadt nach St. Louis ins Elsass oder nach Lörrach führten. Die Wiesentalbahn wurde übrigens nicht von der badischen Bahn gebaut, sondern von einer privaten Gesellschaft im 19. Jahrhundert, unter maßgeblicher Beteiligung schweizerischen Kapitals; sie wurde erst kurz vor der Jahrhundertwende von der badischen Bahn übernommen. Es gab also immer Basler Interesse auch an einem Ausbau des Verkehrsnetzes auf der deutschen Seite. So wie es ja auch Basler Wirtschaftsinteressen am Aufbau der Industrie in Wiesenthal und an anderen Orten gab.

Herr Krüger: Sie konnten sehr schön zeigen, wie man die Basler vom Nutzen des Durchgangsverkehrs überzeugen musste. Nun gibt es südlich von Basel den Jura-Basistunnel, der ebenfalls in den 1870er Jahren in Angriff genommen wurde und bis heute nicht fertiggestellt ist. Gibt es da eine Verbindung mit dem Brückenbau über den Rhein? Oder hat dieser Nichtweiterbau an diesem Tunnel etwas mit den Grenzschwierigkeiten zu tun?

Dr. König: Da muss ich passen. Wegen des Baus der Bahn durch den Jura, der damals noch zum Kanton Bern gehört, bestand aber im späteren 19. Jahrhundert ein Interesse der Berner daran, dass man in Basel auch einen Rheinübergang hat und einen Anschluss an das deutsche Bahnnetz. So gab es dann immer mehr Seiten, die auf Basel Druck ausübten.

Prof. Krimm: Könnten Sie vielleicht noch ein paar Worte sagen zur Rolle des Badischen Bahnhofes während des Dritten Reiches? Vor ein paar Wochen erschien ein Artikel über den Aufruhr, den das erste Hissen der Hakenkreuzfahne 1933 im Badischen Bahnhof in der Stadtbevölkerung hervorgerufen hat. Der Badische Bahnhof diente dem System zur Demonstration auf fremden Territorium. Wie muss man sich das in den folgenden Jahren vorstellen? Hat sich das beruhigt oder hat man sich gewöhnt, oder war es ein dauerndes Ärgernis?

Dr. König: Es hat sich zum Teil auch wieder beruhigt. In der Bahnhofsfrage konnte man die deutsche Seite dazu bewegen, dass die Fahne nicht mehr gehisst wurde. Das war nur in den ersten Jahren nach 33 der Fall, später gab es keine provozierende Fahne mehr auf dem Dach. Auch in anderen Beziehungen gab es von deutscher Seite Dinge, die als Übergriff empfunden wurden. Z.B. hieß der Bahnhof ab 1935 plötzlich „Reichsbahn Baden“. Das erregte in der Schweiz allgemein und in Basel im speziellen Ärger und führte zu Verhandlungen, bis die Bezeichnung wieder temporär als „Reichsbahnhof Basel“ angepasst wurde. In deutschen Kursbüchern war das dann so vermerkt und wurde auf schweizerischen Wunsch wiederum angepasst, es hieß dann „Deutsche Reichsbahn Basel“. In Basel selber war es immer der Badische Bahnhof. Im allgemeinem Wortgebrauch hat sich die deutsche Namensänderung nicht durchgesetzt. Im Bahnhof begann das nationalsozialistische Deutschland und war damit mitten in der Stadt gelegen. Die Stadt wiederum hatte eine starke sozialistische und kommunistische Arbeiterbewegung, von dieser Seite wurde als extrem provozierend empfunden, dass dieser Fremdkörper mitten in der Stadt saß. Da ging es aber um Symbolik, es war nicht so, dass dieser Bahnhof als solcher großen Einfluss oder große Ausstrahlung hätte haben können – es war seine bloße Präsenz. Die deutschen Beamten wurden natürlich auch ein wenig gesiebt, damit man hier zuverlässige Leute hatte. Insgesamt wurde in den 30er Jahren ein großer Teil des deutschen Bahnpersonals, das vorher noch in Basel gewohnt hat, zurückgezogen, auch wegen gewissen politischer Schwierigkeiten. Die Stadt Weil hat in den 30er Jahren wegen des zurückverlegten Bahnpersonals ihre Einwohnerzahl verdoppelt. Da fand also eine Entflechtung statt, eine wechselseitige Distanzierung. Aber diese symbolische Rolle des Bahnhofes weckte dann auch 1945 diesen zornigen Wunsch, hier nun reinen Tisch zu machen.

Brigitte Heck, Karlsruhe

„Hart an der Grenze“.

Die Textilherstellung als Leit(d)industrie am Hochrhein

Grenzen können trennend wirken, aber auch durch Prozesse, die über sie hinweg greifen, relativiert werden. Letzteres gilt für den Hochrhein als Grenze. Um die historische, wirtschaftliche und damit auch kulturelle Dimension dieses Aspektes wird es im Folgenden gehen.

Geomorphologisch gesehen definiert sich der Hochrhein als Raum zwischen Stein am Rhein und Basel mit einer Ost-West-Ausdehnung von 145 Kilometern. Politisch betrachtet konstituiert sich die Hochrhein-Region heute auf deutscher Seite aus den südbadischen Landkreisen Konstanz, Waldshut und Lörrach und auf Schweizer Seite aus den nordschweizerischen Kantonen Thurgau, Schaffhausen, Zürich, Aargau sowie Basel-Landschaft und Basel-Stadt. Historisch bewertet bildet die Hochrhein-Region diesseits wie jenseits der nationalen Rheingrenze einen gesellschaftlichen Raum voller spannungsreicher politischer, wirtschaftlicher und kultureller Interaktionen. Dieser wird von der Historiographie - um das gleich vorwegzunehmen - eher ungern übernational beobachtet. Zugespitzt formuliert 'kümmert' sich die Schweizer wie die Deutsche Seite ganz gerne um ihren jeweils 'eigenen' Hochrhein. Zu Unrecht - besitzt diese Region doch eine bemerkenswerte gemeinsame Textilgeschichte. Ginge es uns heute nicht um den spezifisch deutsch-schweizerischen Grenzraum - könnte man diese Geschichte um den südlichen Oberrhein erweitert sogar trinational betrachten, denn sie ist auch stark beeinflusst von der Textilgeschichte der Stadt Mulhouse im französischen Departement „Haut-Rhin“.

Die Textilindustrie war hier am Hochrhein einst die Leitindustrie. Ihrer Geschichte soll heute nachgegangen werden. Der Blick verengt sich dabei auf *die* badische Textillandschaft schlechthin, das Wiesental. Hier blieb die Textilindustrie gar bis in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts hinein die dominante Wirtschaftsbranche.

Der Fluss Wiese durchzieht das „große Wiesental“ von seinem Ursprung am Feldbergmassiv in südwestliche Richtung bis in die Rheinebene hinein über eine Strecke von 56 Kilometern. An seinem Oberlauf liegen in einem engen (nur punktuell sich beckenartig weitenden) Talsystem die Ortschaften Todtnau, Schönau und Zell. Sie bilden das „obere Wiesental“. Bei Hausen öffnet sich die Landschaft, und ab hier verläuft das „untere Wiesental“, das sich bei

Schopfheim in großem Schwung nach Westen über Höllstein, Steinen und Brombach bis Lörrach dehnt. Dahinter mündet die Wiese in Kleinhüningen etwas nördlich von Basel in den Rhein. Fährt man heute von Quelle bis Mündung das „große Wiesental“ hinunter, so findet man in dessen Ortschaften nur noch wenige Zeugnisse jenes Gewerbes, das die industrielle Entwicklung des Landes Baden angestoßen und geprägt hat und das dieses Tal zu einem prominenten Ort der Wirtschaftsgeschichte werden ließ. Sehr viele bauliche Zeugnisse dieser an manchen Standorten bereits 250 Jahre zurückreichenden Wirtschafts- und Sozialgeschichte sind verschwunden: Fabrikanlagen, Nebenareale und alte Arbeiterhäuser wurden abgerissen, Gelände und Gebäude konvertiert, Straßenverläufe reguliert - Folgen einer nun schon über 20 Jahre anhaltenden De-Industrialisierung. Mittlerweile haben sich die Bebauungslücken fast unsichtbar geschlossen. Anders jedoch verhält es sich mit der Identität und dem historischen Bewusstsein der Bewohner: In deren Erinnerung behauptet die Spinnerei und Weberei ihren festen Platz.

Doch blicken wir nun zurück zu den historischen Anfängen dieser Entwicklung und auf die zunächst relativ kleinräumigen wirtschaftlichen Vorgänge. Als Kapitale des Wiesentals und als dessen industrieller Motor gilt die Stadt Lörrach. Diese 1682 mit dem Stadtrecht versehene Gemeinde nutzte ihre politische Randlage und räumliche Nähe zu den Wirtschaftszentren Basel und Mulhouse und betrieb bereits sehr früh eine durch Patente, Privilegien und gezielte Ansiedlungspolitik bestimmte Gewerbe- und Wirtschaftsförderung. So sollte sich Lörrach tatsächlich zu einem ernstzunehmenden Konkurrenten von Mulhouse und Basel entwickeln. Markgraf Karl Friedrichs zahlreiche „Patente“ und Kundmachungen der Jahre 1732 bis 1758 schufen ein offenes Wirtschaftsklima. Sie ermöglichten und förderten das finanzielle Engagement Schweizer Unternehmer nachhaltig und mündeten schließlich 1753 in die Gründung einer Baumwollspinnerei und Indiennefabrik durch den Berner Fabrikanten Johann Friedrich Küpfer. So bildete die merkantilistische Politik des Markgrafen von Baden-Durlach und seines Amtsmannes, des Freiherrn Magnus von Wallbro(u)nn, den Auftakt zu einer Vielzahl von Unternehmensgründungen. Hierauf beruhte auch das schweizerische Engagement im badischen Textilgewerbe, das über 200 Jahre anhielt.

Diese „Fabriken“ jedoch waren noch Manufakturen, in denen seit Ende des 18. Jahrhunderts zunehmend handgetriebene Maschinen zum Einsatz kamen. Manche dieser Unternehmen fungierten aber auch als Zentralen einer kaufmännisch geleiteten Hausindustrie, in denen ein Großteil der Produktion dezentral und in ein Verlagswesen ausgelagert geschah. Dies wurde über subalterne Ferg(g)er organisiert. Geschlossene Fabrikanlagen mit zentralen

Maschinenparks, die dann gar auch die Handarbeit völlig ersetzten, kamen in Baden erst 1811 mit der mechanischen Spinnerei in St. Blasien auf. Dieses Datum markiert den Übergang von der manufakturrell proto-industriellen in die maschinell industrielle Phase der wirtschaftlichen Entwicklung. In der Schweiz geschah dies bereits 10 Jahre früher, 1801 in St. Gallen.

Die genaue Zahl der Manufakturen, die von 1752 an vor allem in Lörrach, Schopfheim und im weiteren unteren Wiesental sowie in Säckingen und in Waldshut entstanden, ist schwer zu ermitteln. Es dürften wohl mindestens 15 gewesen sein, wobei auch nur unpräzise Angaben zu deren Größe und Umfeld existieren. Die Spanne reichte vom Kleinbetrieb bis hin zur Lörracher Indiennefabrik mit 400 Arbeitern im Jahr 1783 oder gar zu den Textil-Großverlagen mit mehreren Tausend saisonal heimindustriell arbeitenden Hausspinnern und -webern.

Die Pioniere dieser Textilindustrie waren elsässische, in ihrer Mehrzahl jedoch aus der Schweiz heraus agierende Unternehmer. Diese gründeten auf südbadischem Gebiet eigene Unternehmen, die sie entweder als Filialbetriebe oder Tochtergesellschaften ihrer Schweizer Stammsitze unterhielten und auf die sie Teile der Produktion auslagerten. Andere übersiedelten mit ihrem Betrieb ganz nach Baden und wagten einen Neuanfang. Für erstere stehen etwa die Betriebe von Cellier, Lichtenhahn und Weber in Lörrach, der Betrieb von Theiler in Schopfheim sowie der von Grob bzw. Hahn und Gattiker in Säckingen. Für den letztgenannten Typ, also für die Übersiedler, steht der Gründer der Lörracher Indiennefabrik, Johann Friedrich Küpfer, der 1753 seine Heimat Bern aus religiösen Gründen verlassen hatte (seit 1856 nannte sich diese Firma „KBC“, Koechlin, Baumgartner & Cie. und errang einen weltweiten Bekanntheitsgrad). Für die frühen Schweizer Unternehmer mit badischem Standbein stehen auch zwei Großverleger, die ebenfalls als „Manufakturiers“ bezeichnet wurden: Als erster wird meist Johann Jakob Thurnei(y)sen genannt, der seit den 1750er Jahren im Hochschwarzwald heimindustrielle Spinnerei und Stickerei betrieb und der von 1760 bis 1780 auf der Grundlage seiner Basler Webereien und seinem Seidengarnverlag im Kanton Bern auch im badisch vorderösterreichischen Gebiet zwischen Villingen und Bräunlingen, sowie in den Fürstenbergischen Ämtern und der Stadt Rottweil einen großen Schappeverlag (Seidengarnherstellung) unterhielt. Ein ebenso bedeutender Verleger war Ludwig Hunzinger aus Aarau, der ebenfalls in den 1750er Jahren mit seinen beiden badischen Kommissionären (Ferggern) Andreas Stiegeler aus Waldshut und Martin Albiez aus Hottingen die hausindustrielle BW-Spinnerei organisierte: Im Hotzenwald und auf der Baar. Andere Schweizer Unternehmer traten als Finanziere auf und setzten in den 1760er Jahren auf die Konkurrenz zu Thurneisen und Hunzinger, indem sie sich am autochthon-badischen

Textilverlagswesen beteiligten. Einer dieser badischen Großverleger mit Schweizer Beteiligung war der Waldshuter Amtmann Josua Andreas Kilian. Er beschäftigte im Südlichen Hochschwarzwald, auf der Baar und im Hotzenwald Heimspinner und -weber. Ein zehnjähriges Privileg ab 1754 für eine Seiden- und Baumwollfabrik im oberen Breisgau sicherte ihm eine Monopolstellung. Diese Bevorzugung wie auch die von ihm praktizierte besonders rigide Form der Ferggerei, das „Trucksystem“, brachten ihn in strikte Konfrontation mit seinen vormaligen Schweizer Finanziers wie auch mit seinen Beschäftigten und führte um 1768 zu seiner Aufgabe. Ein anderer einheimischer Großverleger war Meinrad Montfort aus Zell im Wiesental, der ebenfalls in den 1760er Jahren aus dem vorderösterreichischen oberen Wiesental heraus mit Basler Gesellschaftern deren Baumwolle in der Vogtei Zell spinnen und in Laufenburg weben ließ. Mit österreichischem Patent von 1790 belieferte Montfort zollfrei gar den riesigen Markt der Donaumonarchie. Wie groß diese Heimindustrie im Raum von oberem Wiesental, südlichem Hochschwarzwald und Hotzenwald in Summe war, lässt sich nicht präzise rekonstruieren. Es dürften wohl bis zu 20.000 Menschen saisonal damit beschäftigt gewesen sein, und sicher gilt für diesen Raum, was Peter Dudzik auch für die Baumwoll-Heimindustrie der Ostschweiz feststellte, dass er ein bedeutendes Zentrum der Protoindustrialisierung war.

Eine dritte Gruppe Schweizer Unternehmer schließlich ging einen anderen Weg: Die Basler Textilfabrikanten lagerten im 18. Jahrhundert ihre komplette Baumwollproduktion nach Südbaden aus und installierten sie dort quasi exterritorial, da sich die Rheinstadt bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts fast ganz auf die Seiden-, vor allem die Seidenbandfabrikation konzentriert hatte. Freilich suchten sich die Basler Kaufleute nicht nur Produktionsstandorte zur Baumwollverarbeitung (vor allem Baumwolltuch und -bandweberei), sondern „ganz allgemein rückte in den 1750er Jahren das Schweizer Textilgewerbe über den Rhein auf Reichsgebiet vor“, wie Bodmer bemerkt.

Dieses von ihm so genannte „Reichsgebiet“ jedoch war keineswegs ein geschlossener Raum. Bis zur Konstituierung des Großherzogtums Baden 1806 existiert am Hochrhein eine Vielzahl politisch und konfessionell geschiedener Territorien. Die beiden größten Gebiete waren der katholisch vorderösterreichische Herrschaftsraum im Breisgau, der sich bis in den Hotzenwald zog, sowie der Machtbereich der protestantischen Markgrafschaft Baden-Durlach. Das hiernach benannte „Markgräflerland“ zog sich bis ins untere Wiesental hinein, wohingegen das obere Wiesental, der Großteil der Baar und der Hotzenwald vorderösterreichisch waren. Neben diesen beiden großen Machtträgern existierten noch reichsritterschaftliche Gebiete sowie die reichsständischen Herrschaften der Fürsten zu Fürstenberg und der Fürsten zu Schwarzenberg

(Klettgau). Unternehmer sahen sich also bis 1806 mitunter politisch sehr kleinräumigen und in der Wirtschaftsstruktur stark differierenden Bedingungen ausgesetzt. Politisch ebenso disparat war jedoch auch die Situation am südlichen Hochrhein, auf Schweizer Seite. Dort existierte eine Konföderation selbständiger Stadtkantone, landvögtisch verwalteter Landkantone und eine Assoziation zugewandter Städte (wie z.B. Mulhouse), bevor in Folge der Französischen Revolution die „Helvetische Republik“ 1798 gegründet wurde und auch die Napoleonische Zeit die staatliche Konstituierung der Schweiz beeinflusste. Allerdings blieb diese bis 1848 ein eidgenössischer Staatenbund, behindert durch ein kantonal stark differierendes Zoll-, Währungs- und Masssystem ohne einheitliche Wirtschaftspolitik.

Die Französische Revolution bewirkte dann auch eine strukturelle Zäsur im schweizerisch-badischen Textilraum. Nach 1789 verlagerte sich wegen erheblicher Zollerhöhungen in Frankreich die zuvor stark dorthin ausgerichtete Exportorientierung der Schweizer Großkaufleute zugunsten des badischen Nachbarn. In den 1790er Jahren gab es für baumwollene Fertigprodukte gar einen Einfuhrstopp nach Frankreich hinein, was besonders die badischen Unternehmen hart traf. Auch löste die Französische Revolution eine Migration von politischen Flüchtlingen und Religionsflüchtlingen in die Schweiz und nach Baden aus, zu denen unter anderem auch Lyoner Seidenweber zählten. Nun jedoch nahm der Kanton Basel diese nun im Gegensatz zu den früheren hugenottischen Religionsflüchtlingen, den Réfugiés des späten 17. Jahrhunderts, nicht mehr auf - eine Situation, die sich wiederum die Stadt Lörrach zunutze machte. Dort initiierte 1793 der Schweizer Verleger Thurneisen gemeinsam mit seinem Lörracher Kompagnon Iselin die Ansiedlung dieser Lyoner Seidenweber und gründete eine Seidenweberei.

Die Ereignisse der Französischen Revolution und deren politische Folgen für die Schweiz führten den Staatenbund in eine schwere wirtschaftliche Krise. Aber auch das badische Wirtschaftsleben - als Grenzland zu Frankreich - war durch die dortigen Entwicklungen bis zum Wiener Kongress 1815 erheblich beeinträchtigt. Der badische Grenzraum war belastet durch die kriegerischen Handlungen selbst (Revolutionskriege und Napoleonische Kriege) sowie mittelbar durch Stationierungslasten, Requirierungen, Kontributionsleistungen und Migrationswellen.

In dieser Zeit politischer Umbrüche und technischer Aufbrüche begann die Industrialisierung des Textilsektors im Bereich der Baumwollspinnerei. Sie wurde durch technische Innovationen und strukturelle Entwicklungen zu *dem* Motor der schweizerischen und badischen

Textilindustrie überhaupt und ließ die anderen textilen Sektoren der Seiden- und Leinenindustrie sowie den Produktionsbereich Weberei zunächst hinter sich. In der Schweiz wurden 1801 durch den Industriepionier Marc Antoine Pellis in St. Gallen, genauer im aufgehobenen Kloster St. Gallen, die ersten 26 modernen Spinnmaschinen aufgestellt - die in England entwickelten Mule-Jennies. 1805 schließlich gründete Caspar Escher in Zürich die erste Maschinenfabrik, zunächst eine Spinnmaschinenfabrik. Die eigentliche Gründerwelle in der Baumwollspinnerei begann in der Schweiz wie in Baden jedoch mit der napoleonischen Kontinentalsperre 1806. Jegliche Einfuhr englischer Güter, seien es Rohbaumwolle, Baumwollgarn oder Textilmaschinen auf den Kontinent wurde bis 1814 unterbunden. So galt es die eigene Garnproduktion zu forcieren, und gerade Baden erreichte hier früh schon einen ungewöhnlich hohen Selbstversorgungsgrad mit Baumwollgarnen. Es entstanden in dieser Zeit auch in der Schweiz große Spinnereiunternehmen, vor allem aber massenhaft Kleinbetriebe, häufig kleinste hausbetriebliche Spinnereien mit nur ein, zwei Mule-Jennies. Diese wurden im häuslichen Umfeld häufig noch handbetrieben und nur in großen Fabriken mit Wasserantrieb eingesetzt. Bis ins Jahr 1814 hatte in der Schweiz die Maschinenspinnerei die Handspinnerei gänzlich verdrängt. In der Produktivität jedoch hatten die mechanischen Spinnmaschinen erst 1820 die Kapazitäten der Handspinnerei erreicht. Fast zeitgleich zur ersten Schweizer Spinnmaschinenfabrik kam auch die erste in Baden auf: 1809 hatte der Schweizer Johann Georg Bodmer, ein genialer Ingenieur und Maschinenbauer aus Küsnacht bei Zürich, der ab 1822 auch in England tätig war, im säkularisierten Benediktinerkloster St. Blasien eine Spinnmaschinenfabrik errichtet. 1811 eröffnete er dort die erste mechanische Spinnerei Badens. An Bodmers Unternehmensgeschichte zeigt sich auch der für die Textilindustrie von Beginn an signifikante Kopplungseffekt: Das rasante Wachstum im Bereich der Garngewinnung führte auch beim Maschinenbau zu erhöhter Nachfrage, und als die Kontinentalsperre die Belieferung der europäischen Textilregionen mit englischen Spinnmaschinen ausbremste, führte dies auch zu einem forcierten autochthonen Maschinenbau in Frankreich, der Schweiz und Deutschland und einer Vielzahl dort patentierter Neuentwicklungen. Die Kontinentalsperre wirkte wie ein Katalysator und hatte, im Unterschied zu den vorherigen politischen Zäsuren, einen positiv dynamisierenden Effekt.

Wie die meisten textiltechnischen Innovationen, so wurden auch die ersten mechanischen Webstühle über das Elsass - wo 1826 in Mulhouse der erste in Betrieb gesetzt worden war - nach Baden eingeführt. Anders als in der Schweiz wurde die Handweberei in Baden jedoch erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts völlig von der mechanischen Weberei abgelöst, da

sie sich hier infolge der im Wiesental sehr niedrigen Löhne durchaus noch länger rentierte und sie zudem auch den drastischen Rückgang der Leinenweberei noch kompensieren musste. Die Erklärung des badischen Innenministeriums vom 3.7.1837, in der ausdrücklich die Zunftfreiheit der Hausweberei festgelegt wird, zeigt, wie sehr die badische Regierung diese Heimindustrie auch gerade in der Übergangszeit noch förderte, als die vollständige Mechanisierung der Baumwollweberei sich abzeichnete. Lediglich der 1805 entwickelte Jacquardwebstuhl zur Anfertigung gemusterter Gewebe (Leinen-, Baumwoll- und Seidendamaste oder Seidenbrokate) blieb wegen seiner Komplexität noch längere Zeit nur im Bereich der Handweberei einsetzbar.

Parallel zu dieser regionalen Entwicklung des Textilgewerbes - und nur durch die Kontinentalsperre von 1806 bis 1814 unterbrochen - vollzog sich seit den 1780er Jahren eine andere Entwicklung, nämlich eine zunehmende Vorherrschaft der englischen Textilindustrie. Diese rührte vor allem über die von dort kommenden textiltechnischen Innovationen und veränderte die Textilfabrikation auch am Hochrhein ab Ende des 18. Jahrhunderts nachhaltig. Auf den kontinentalen Markt flutende, billige englische Baumwollgarne verdrängten sukzessive die einheimische Baumwollspinnerei der Schweiz und Badens. Dies führte dazu, dass schon in den 1830er Jahren vor allem die Schweizer Textilfabrikanten überwiegend mit importiertem englischem Baumwollgarn arbeiteten.

Ungeachtet dieser Orientierung auf englische Importe bildete sich am Hochrhein seit dem späten 18. Jahrhundert ein textiler Wirtschaftsraum heraus, der sich herrschaftsübergreifend quasi „transterritorial“ zu einer „integrierten Wirtschaftsregion“ entwickelte. Seit den 1960er Jahren und den Studien Sidney Pollards wird die Industrialisierung als „regionales Phänomen“ beobachtet. Das Hochrheingebiet, sicherlich auch erweitert um den südlichen Ober-rhein, scheint eine „Region“ in diesem Sinne zu sein.

Begünstigend für die Ausbildung dieses Wirtschaftsraumes wirkte sich vor allem die Nähe der Stadt Lörrach zu Basel aus. Der Verkehrsknotenpunkt Basel als „Stapelplatz des schweizerischen Welthandels“ verknüpfte das Oberelsass um die Kapitale Mulhouse mit dem badischen Hochrheingebiet. Wolfram Fischer sieht diesen im Dreiländereck im frühen 19. Jahrhundert schon zu beobachtenden Prozess als signifikant an für eine „globale“ Entwicklung: „Um die Mitte des 19. Jahrhunderts, begann eine neue Welle der Internationalisierung von Unternehmen im Gefolge der Industrialisierung“, und Bergier interpretiert gar „...die Basler

Investitionen im Elsass, wie übrigens auch in Baden und Württemberg... als [d.V.] ...das erste europäische Beispiel einer finanziellen Beteiligung an ausländischen Industrieunternehmen”.

Doch was führte zu dieser Spezifik der Wirtschaftsregion Hochrhein mit dem frühen und lang anhaltenden Engagement und der Dominanz Schweizer Unternehmer in Baden?

Die historisch sehr früh installierten und konzentrierten Textilfabriken in den Nord- und Ostschweizer Handels- und Gewerbezentren, den Städtischen Kantonen Basel, Zürich und St. Gallen, boten die entscheidende Voraussetzung dafür. Bereits im frühen 18. Jahrhundert gab es dort als proto-industrielle Phase eine große Zahl von im Verlagssystem arbeitenden Textilmanufakturen. Die außerordentliche Kapitalakkumulation bei den Unternehmerfamilien dieser Manufakturen vor allem im Baumwoll- und Seidengeschäft, stellte verfügbares Investitionskapital frei, und deren große textilgewerbliche Tradition lieferte das nötige kaufmännische Erfahrungswissen, um die Industrialisierung der schweizerischen Textilbranche zu betreiben, d.h. vom Manufaktur- auf das Fabriksystem umzustellen und entscheidend auch auf die Ausbildung früher Textilzentren außerhalb der Schweiz in Mulhouse, Lörrach und St. Blasien einzuwirken. Zudem war der Binnenmarkt in der Schweiz so begrenzt, dass nur ein Engagement im Ausland Expansion möglich machte. Dazu kam eine strukturelle Besonderheit der Schweizer Textilindustrie, nämlich die Veredelung, die ein wesentliches Kriterium für deren nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg war. Gerade die Basler Textilproduktion, die seit Ende des 18. Jahrhunderts auf Seide und Baumwolle fokussiert war, spezialisierte sich zudem noch auf das Segment der Luxusgüterindustrie/Luxuswaren (Seidenbandherstellung, Jacquardgewebe, Spitzenklöppelei und Musselinstickerei). Durch den Veredelungsverkehr wurde in der Weiterverarbeitung der als Rohstoff oder als Halbfabrikat eingeführten textilen Produkte ein Mehrwert geschaffen, der jedoch auch zu einer großen Nachfrage an qualifizierten Arbeitskräften führte. Für die Basler schien der nächstliegende Weg, diese Nachfrage zu befriedigen, in der systematischen Expansion in den südbadischen Raum hinein bestanden zu haben - und zwar nicht erst in den Jahren unmittelbar vor Gründung des Deutschen Zollvereins und dem Beitritt des badischen Großherzogtums. Auch Schweizer Wirtschaftshistoriker betonen die große Bedeutung der rheinübergreifenden Ausrichtung Basler Baumwoll-Unternehmer in den Südbadischen Raum für die beiderseitige Entwicklung dieses Gewerbes in Basel wie im Wiesental.

Als Grund für den Erfolg der Schweizer Textilindustrie wird gerne die Deckungsgleichheit von „industrieller und konfessioneller Geographie”, also die reformierte, protestantische

(Arbeits)ethik angeführt. Diese These wird in gleicher Weise auch auf die divergierende Entwicklung im Wiesental übertragen, wo sich im unteren badisch-protestantischen Teil die Fabrikindustrie früh entwickelte, während sie im oberen, vorderösterreichisch-katholischen Wiesental kaum in Tritt kam und die Heimindustrie eine starke und anhaltende Verbreitung hatte. Sicherlich hat Bergier Recht, wenn er als weitere Voraussetzung wirtschaftlichen Erfolges gerade am Beispiel der Schweiz die Qualität der schulischen Bildung und beruflichen Qualifizierung unterstreicht. Und gerade für das obere Wiesental relativiert sich die auf Max Weber zurückgeführte These vom bestimmenden Einfluss der religiösen Zugehörigkeit auf den gewerblichen Fleiß, wenn man die ungünstigen naturräumlichen Bedingungen betrachtet, die die Ausbreitung der Fabrikanlagen behinderten und wenn man die klimatische Ungunst berücksichtigt, die die Landwirtschaft beschränkte. Beides behinderte wirtschaftliche Prosperität und führte schon früh zur Abwanderung von Arbeitskräften in die urbanen Zentren.

An der Textilgeschichte des Hochrheins wird sichtbar, wie eng die naturräumlichen Faktoren und eine historisch gewachsene Gewerbestruktur korrelierten und in auffällige Gemeinsamkeiten mündeten. Denn zur Investitionsfähigkeit und -freudigkeit der Schweizer Unternehmer gesellte sich auf deutscher Seite als begünstigender Faktor eine wirtschaftliche Infrastruktur, die die Industrialisierung in diesem Wirtschaftsraum beschleunigte. Der spätere Textilproduktionsraum in Baden war nämlich als historischer grenzübergreifender Handels- und Gewerberaum bereits etabliert: Forst- und landwirtschaftliche Güter, vor allem Holz und Getreide, waren zuvor schon lange Zeit in großen Mengen in die Schweiz eingeführt worden. Es gab einen ausgedehnten Handel nahezu aller Güter mit der Schweiz. Zudem existierte seit dem 16. Jh. eine im unteren Wiesental etablierte textile Heimindustrie (Leinenspinnerei und -weberei) und somit eine hohe Verfügbarkeit von geeigneten, weil schon qualifizierten Arbeitskräften. Des Weiteren arbeiteten diese zu deutlich niedrigeren Löhnen als in den Schweizer Kantonen. So war es auch das im Textilgewerbe der Stadt und der Landschaft Basel herrschende hohe Lohnniveau, das für Schweizer Unternehmer die badische Nachbarschaft attraktiv werden ließ, zumal dort eine vergleichbare Menge an einheimischem Investitionskapital nicht vorhanden war und eine vergleichbare patrizische Unternehmerschicht bis ins 19. Jahrhundert hinein gänzlich fehlte.

Zudem belegen Wolfram Fischers Arbeiten, wie sehr nach Ende der Rheinbundzeit (1813) und bis zum Eintritt in den deutschen Zollverein (1835), eine moderate badische Gewerbepolitik die Stabilisierung und Expansion der Textilindustrie gefördert hatte. Konzessionierungen und Relativierung zunftrechtlicher Schranken durch Freistellung, ein im internationalen Vergleich

niedriges Zollniveau und gemäßigte Gewerbesteuersätze schufen ein ideales Entwicklungsklima. Weil die badische Regierung den Veredelungsverkehr zwischen badischen und schweizerischen Textilfabriken nahezu zollfrei stellte, also für Bleiche, Appretur, Bedrucken und Besticken von Garnen und Geweben badischer Spinnereien und Webereien in Schweizer Fabriken so gut wie kein Zoll zu zahlen war, kam es in den 1820er und 1830er Jahren kontinuierlich zu Niederlassungen Schweizer Fabrikanten, die das günstige Wirtschaftsklima nutzten. Auch der bilaterale schweizerisch-badische Handel wurde staatlich begünstigt und prosperierte. Dies erklärt die zunächst sehr reservierte Haltung der badischen Regierung gegenüber dem Beitritt zum Deutschen Zollverein und erklärt auch die intensiven Beratungen, in die das badische Finanzministerium seit 1834 mit den Fabrikanten des Landes hinsichtlich dieses Beitritts und seiner Konditionen eintrat. Durch den Beitritt zum Zollverein stieg der Einfuhrzoll für Textilprodukte, Halbfabrikate und Rohstoff um das Mehrfache an. Die Auseinandersetzung mit dieser Problematik führte zu einer sehr frühen Organisation der badischen Textilfabrikanten in einem lobbyistischen Interessenverband, der die Organisation der deutschen Baumwollindustrie in den 1840er Jahren anleitete und deren führender Kopf aus Baden kam.

Badens Beitritt zum Deutschen Zollverein am 12.5.1835 brachte eine neuerliche Zäsur in der wirtschaftlichen Entwicklung. Trotz aller anfänglichen Vorbehalte hat das Großherzogtum Baden wie kaum ein anderes Land gerade wegen seiner Grenzlage vom Beitritt profitiert. Zwar waren nach dem Beitritt Badens zum deutschen Zollverein die vormals sehr moderaten Einfuhrbedingungen zunächst wesentlich angezogen, und gerieten auf den deutschen Markt ausgerichtete schweizerische Unternehmer ohne Niederlassung in Baden nach 1835 bis 1837/38 in wirtschaftliche Probleme. Daran konnten auch die vom Großherzogtum Baden ausgehandelten Zollvergünstigungen gegenüber der Schweiz wenig ändern. Aber zugleich vervielfältigten sich auch - ab dem Moment, als sich der badische Zollvereinsbeitritt abzuzeichnen begann - die Unternehmensgründungen, vor allem durch Schweizer Fabrikanten, im süddeutschen Grenzgebiet. Dabei wurde das Wiesental ganz offensichtlich besonders bevorzugt als Standort gewählt. Diese Investitionen ermöglichten es den Schweizer Unternehmen nun, innerhalb eines wesentlich größeren Marktes nahezu unreglementiert zu agieren. Trenkle interpretiert dies bereits 1874 süffisant als Integration der „industrialisierte(n) Schweiz im Zollverein“. Für den Standort Wiesental sprachen aus Schweizer Sicht das große Potential textiler Fachkräfte, der enorme Wasserreichtum zur Nutzung des maschinellen

Wasserantriebs wie vor allem als administrativer Vorteil die geringe Entfernung zum Schweizer Stammhaus.

Neun große schweizerische Gründungen und Firmenübernahmen sind zwischen 1834 und 1837 bekannt, darunter Seiden- und Baumwollwebereien und -spinnereien der Firmen Bally, Gottschalk & Grether, Merian, Müller, Geigy-Lichtenhahn, Sarasin & H(ä)eu(s)bler, Bölger-Huber, Großmann, vom Hov(w)e sowie Bölger & Iselin, die bis auf die Säckinger Seidenstoffweberei von Bally alle im Wiesental lagen. Bis 1855 - wobei die neuerliche Gründerwelle der frühen 1850er Jahren hervorsteicht - kam es dort noch zu einer Vielzahl von Filialgründungen, und so liegt es nahe, die Jahre zwischen 1834 und 1855 als die Gründer- und zugleich Boomjahre der Wiesentäler Textilindustrie zu bezeichnen. Zugleich waren diese von Schweizer Unternehmern dominiert, während danach bis 1868 vorwiegend einheimische Fabrikgründungen zu verzeichnen sind. In Abwandlung des Rostowschen Stufenmodells kann man die Phase zwischen 1834 und 1855 als das „Take-off“ der Industrialisierung dieser Region bezeichnen, ausgelöst durch den Beitritt Badens zum Deutschen Zollverein und dem dadurch bedingten gestiegenen Engagement Schweizer Unternehmer in Südbaden als exogenem Faktor.

Bis in die 1840er Jahre hinein wuchs keine andere Industriebranche Badens stärker, als die Baumwollspinnerei und -weberei. Im Wiesental lag der Schwerpunkt auf der Baumwoll- und Seidenspinnerei. Über den Bedarf der dortigen Webereien hinaus wurden erhebliche Garnüberschüsse produziert, die zur Weiterverarbeitung ins Elsass und in die Schweiz ausgeführt wurden. Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich die Wiesentäler Textilindustrie zur wichtigsten Industriebranche Badens entwickelt: Von den 12.300 Textilarbeitern, die 1869 in 65 badischen Unternehmen beschäftigt waren, arbeiteten 38,5 % in 20 Wiesentäler Unternehmen. Um 1870 wird gemeinhin das Ende dieser Gründungsperiode in der südbadischen Baumwollindustrie gesehen.

Betrachtet man die industrielle Entwicklung am Hochrhein - und dies gilt auch für die Schweizer Seite - so fällt auf, dass sie eigentlich das ganze 19. Jahrhundert hindurch begleitet wird von einer starken Heimindustrie, die stets in der Gunst der badischen Regierungen stand. Dieser hartnäckigen Förderung der Heimindustrie durch den Badischen Staat lagen dieselben Motive zugrunde, die auch bereits für Ihre Einsetzung im 17. Jahrhundert galten: Sie sollte Armut und Verarmung entgegenwirken. Die Pauperisierung des 19. Jahrhunderts hatte ihre Gründe in einem außerordentlichen Bevölkerungswachstum, in der naturräumlich und klimatisch bedingten landwirtschaftlichen Ungunst sowie in der für die Konsistenz einzelner

Hauswirtschaften problematischen Traditionen der Realerbteilung. Dieser latente Pauperismus verschärfte sich bei Ernteausfällen in Notjahren phasenweise dramatisch und bewirkte, dass sich gerade die Region um das obere Wiesental, den südlichen Hochschwarzwald und Hotzenwald dauerhaft als ein klassisches Arbeitsmigrations- und Auswanderungsgebiet etablierte. Zwar leitete am nördlichen wie südlichen Hochrhein die Heimindustrie die Industrialisierung mit ein, begleitete diese aber auch lange Zeit, wurde also keineswegs unmittelbar von ihr abgelöst.

Mit dem Ausgang des Deutsch-Französischen Krieges und der Reichsgründung 1871 ist eine neuerliche Zäsur auch für die badische Textilproduktion zu verzeichnen. Durch die Annexion des Elsaß drang nun eine hoch entwickelte Textilindustrie auf den deutschen Markt vor, die der südbadischen an Produktionskapazität weit überlegen war. Aber entgegen aller ursprünglicher Befürchtung hatte die politische Einbindung des Elsaß in das deutsche Zollgebiet einen wirtschaftlich positiven Effekt: Ein Großteil der Aufträge, zumindest im Bereich der Baumwollweberei, kam nun aus dem Elsaß. Vormalig schon enge wirtschaftliche Kontakte, wie die Garnfärberei von Wiesentälern für elsässische Unternehmen, intensivierten sich noch und wurden rentabler. Mit gleichlaufenden technischen Fortschritten kam im Wiesental in den Jahren von 1870 bis 1914 eine Zeit der Konsolidierung und des Wachstums. Das Wachstum betraf nun noch vor allem die Seidenindustrie, die seit den 1830er Jahren im Wiesental Fuß gefasst hatte und fest in Schweizer Hand war. In der Seidenspinnerei war die Mechanisierung besonders diffizil und erst 1845 geschehen, und um 1860 kamen die ersten großen Seidenspinnereifabriken auf. Ebenso galt dies für die Seidenbandweberei, die Mitte des 19. Jahrhunderts wiederum von Basel aus ins Wiesental und in den Hotzenwald gelangte und dort ebenfalls unter Schweizer Kontrolle stand. In diese Seidenverarbeitung investierten nach der Reichsgründung wiederum Schweizer Unternehmen durch Aufkäufe und Neugründungen im Wiesental. Erneut war der Grund dafür die Höhe der Zölle: Um die hohen Einfuhrzölle in das Deutsche Reich zu umgehen, gründeten schweizerische Unternehmen Filialen, Tochterunternehmen oder eigenständige Betriebe im nächstgelegenen Umfeld. Diese allgemeine „Gründerzeit“ war zugleich auch die Zeit der aufkommenden Wirtschaftsverbände (1870 wurde der „Verband süddeutscher Baumwollindustrieller“ gegründet), aber auch der Großbetriebe und technischen wie finanziellen Konzentrationen mit oligopolartigem Charakter.

Zu Ende des 19. Jahrhunderts machte sich in der südbadischen Baumwollindustrie ein Arbeitskräftemangel bemerkbar, der vor allem im oberen Wiesental eklatante Ausmaße annahm. Zur selben Zeit verlor auch die Hotzenwälder Textil-Heimindustrie in großen Mengen

Arbeitskräfte, die von dort ins Wiesental oder aber in andere Industriebranchen abwanderten. Vor allem die boomende Chemieindustrie im Rheintal zog wegen höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen Arbeitskräfte ab. Gleichzeitig warb die südbadische Textilindustrie um ausländische Arbeitskräfte und stellte teilweise überwiegend schweizerische Arbeitspendler ein. Gerade die Arbeitspendler vom Kanton Basel-Stadt nach Lörrach hatten um die Wende zum 20. Jahrhundert erheblich zugenommen. Davon abgesehen stieg im Verlauf des 20. Jahrhunderts die Beschäftigtenquote ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kontinuierlich an, auf teilweise über 50 %. (wobei der Anteil der Italiener bei weitem der höchste war).

Der Erste Weltkrieg verstärkte den Bedeutungsverlust, der sich am Industriestandort Wiesental in der Textilindustrie seit Beginn des 20. Jahrhunderts sukzessive vollzog und zerriss zunächst die existentiellen Verbindungen zum Elsaß und zur Schweiz. Der mit Kriegsbeginn eingetretene abrupte Verlust der qualifizierten Schweizer Textilarbeiter führte zu einem nachhaltigen Facharbeitermangel. Waren in den ersten beiden Jahren die Baumwollvorräte noch ausreichend, so musste ab 1916 mit Baumwollsurrogaten gearbeitet und Papiergarn und Papierstoff hergestellt werden. Am Ende des Ersten Weltkrieges war die südbadische Textilindustrie in einem desolaten Zustand. Durch Rohstoffmangel und Demontagen war es zu einer strukturellen Schwächung gekommen, und die neuerliche Produktionsaufnahme der zuvor auf Kriegsproduktion umgestellten Textilbetriebe geschah verzögert. Die Regelungen des Versailler Vertrages besaßen für die Textilindustrie des Wiesentals jedoch einen erstaunlich positiven Effekt. Die Paragraphen 68 und 268 regelten einen zollfreien Textilgüterverkehr, der durch elsässische Importe die anfänglichen Produktionsausfälle der Wiesentäler Fabriken kompensierte und den dortigen Unternehmen zugleich aber auch eine breite Auftragslage und einen freien Warenverkehr mit elsässischen Firmen sicherte. In den Jahren 1920er Jahren herrschte eine Hochkonjunktur, zu der ein erneuter schweizerischer Geldtransfer in die Wiesentäler Textilindustrie sowie ein auch wieder mit der Schweiz aufgenommenener intensiver Veredelungsverkehr beitrugen. Erst die Krisenjahre ab 1929, das dritte Reich sowie vor allem der Zweite Weltkrieg änderten dies nachhaltig. In den 1950er Jahren hatten sich die entwicklungsgeschichtlichen und strukturellen Verbindungen und die engen finanziellen Beziehungen zu Schweizer Textilunternehmen mehr und mehr aufgelöst. Nach einem zwischenzeitlichen Boom der 50er Jahre kam es in den 1960er Jahren zu ersten Krisenphänomenen, da sich auch die süddeutsche Textilindustrie durch den gesteigerten internationalen Wettbewerb einem fortwährenden Anpassungsprozess unterworfen sah. Durch

beschleunigte Rationalisierungen entwickelte sie sich von einem „personalintensiven“ zu einem „kapitalintensiven“ Industriezweig. Die in den 1960er Jahren beginnende Strukturkrise zog sich mit wenigen Erholungen bis in die Gegenwart hinein.

Wie nun könnte man die Geschichte der Industrialisierung des Textilgewerbes aus Südbadischer Sicht bilanzieren: War der nördliche Teil des Hochrheins nur schweizerischer Interventionsraum mit einseitig positiver Bilanz ? Ganz sicher nicht: Der Prozess verlief, sicherlich unterschiedlich gewichtet, zu beiderseitigem Nutzen. Durch das Auslandsengagement der Schweizer Unternehmer, das eben kein Intermezzo war, sondern nahezu 200 Jahre dauerte, wurden auch die badischen Betriebe eingebunden in den Welthandel des Schweizer Textilgewerbes. Auch sie profitierten von dessen globalen Beziehungen. Im Wiesental vollzog sich eine exogen motivierte Industrialisierung mit endogen begünstigenden Faktoren, die zu einem herausragenden wirtschaftlichen Erfolg führten. Für die doch wirtschaftsgeografisch marginalisierte Lage des Wiesentales war dies erstaunlich. Die dortige Industrie hat im Textilbereich aus der Ungunst der geografischen Lage eine Tugend gemacht. Und es griff ein weiterer Aspekt: Viel früher als andernorts war hier schon der Standortfaktor relativiert: Die Transportwege für den Energieträger Kohle fielen nicht ins Gewicht, da praktisch keine Dampfmaschinen zum Einsatz kamen. Die Nutzung der Wasserkraft als autarke Antriebsenergie ist eine technikgeschichtliche wie „industriearchäologische“ Signifikanz der schweizerischen und südbadischen Textilindustrie. Selbst Maschinenbauunternehmen wie die 1805 als Spinnerei gegründete und später auf den Textilmaschinenbau spezialisierte Schweizer Firma Escher, Wyß & Co. bauten seit 1839 Dampfmaschinen vorwiegend für den Export und kaum für die Eigennutzung. Die natürlichen Wasserressourcen dienten als direkte Antriebsenergie wie auch zur Stromgewinnung, und diese exzessive Nutzung hatte zur Folge, dass die Textilfabriken und mit ihnen aber auch die Landschaft am Hochrhein besonders früh elektrifiziert waren. Dies galt etwa für die Textilheimindustrie im Hotzenwald, die „Posamenterei“ (Seidenbandweberei), die teilweise schon ab 1905 genossenschaftlich elektrifiziert war und aus dem Rheinfelder Kraftwerk Strom bezog. Im Gefolge dieser energietechnischen Entwicklung ist eher bemerkenswert, wie früh und herausragend hier an der Nutzung der Wasserenergie gearbeitet und damit der Maschinenbau in dieser Sparte beflügelt wurde. Das Hochrheingebiet etablierte sich so als ein Experimentierfeld der Wasserräder und Wasserturbinen und die Wassernutzungstechnologie war der einzige Maschinenbaubereich, in dem England nicht den Spitzenplatz einnahm, sondern kontinentale Innovationen Markt führend blieben.

Die Geschichte der Textilproduktion verlief und verläuft am Hochrhein in vielerlei Hinsicht „hart an der Grenze“, um auf den Titel des Vortrages zu rekurrieren. Denn erstens zeichnet den beobachteten Wirtschaftsraum seine Randlage aus: Er liegt geographisch an drei nationalen Grenzen. Zum zweiten stellt historisch betrachtet die dortige Expansion der Textilproduktion im 18. Jahrhundert eine Initialzündung für die „industrielle Revolution“ dar. Und zum dritten markiert die hiesige Entwicklung der Textilindustrie das Ende der Industriegesellschaft und steht damit erneut für eine Zäsur. Der massive Rückbau, stellenweise sogar Abbau der Textilindustrie wird als Folge der „wirtschaftlichen Globalisierung“ gewertet, was bedeutet: Vernetzung und Umschichtung von Märkten, Veränderung von Unternehmensstrukturen und Produktionsfaktoren, Mobilität von Finanzkapital und ausschließlich ökonomisch motivierte Verlagerung von Produktionsstandorten und einzelnen Arbeitsplätzen. Der dadurch provozierte Strukturwandel der regionalen Wirtschaft wird im öffentlichen Diskurs gerne als Teil jenes Prozesses bewertet, der als „Transformation der Industriegesellschaft zu einer postindustriellen Informationsgesellschaft“ bezeichnet wird. Aus der Binnenperspektive von Beschäftigten und Gemeinden betrachtet wurde jedoch durch den Abbruch traditionsreicher Unternehmen die vormalige „Leitindustrie“ zur „Leidindustrie“. Der Verlust von Arbeitsplätzen und Identitäten begründen diese Haltung. Partiiell kam es kompensatorisch zu Musealisierungen von Fabrikanlagen oder zu deren Transformation in Wissens- und Innovationsräume. Beispielhaft dafür steht der 2002 mit dem Baden-Württembergischen Dankmalschutzpreis ausgezeichnete Umbau der Handdruckgebäudes der Firma KBC in das Lörracher Innovationszentrum „Innocel“. Ohne dass damit auch Arbeitsplätze 1:1 „transformiert“ werden könnten, scheint eine solche Transformation der Hüllen jedoch das geringste Problem: Aus Orten der Industrie und Industriosität werden Orte des Wissens und der Information. Ob diese Perspektive allerdings trägt und in dieser Region der „Textiler“ die Transformation des Arbeitslebens gelingt, wird die Zukunft weisen.

Um beim Sujet zu bleiben: Wie bei einem Gewebe, dessen Kett- und Schussfäden in verschränkter Bindung ein ganzes und in sich komplex strukturiertes Gebilde ergeben, so scheint auch die südbadische Textilindustrie in diesem dynamischen Prozess nicht isoliert betrachtet werden zu können. Die Industrialisierung des Textilgewerbes an Ober- und Hochrhein war ein internationaler Prozess dessen interdisziplinäre, gemeinsame und damit ganzheitliche Darstellung längst einen Versuch wert wäre.

DISKUSSION

Strebel, Ernst: Ich hörte in den vergangenen drei Tagen verschiedenste Orte, in welchen meine Architekten Curjel & Moser bauten, ich zitiere: Schaffhausen, St. Blasien, St. Gallen, Ettlingen, Singen, Basel. Da muss es irgendwelche Zusammenhänge geben. Und Ihre Ausführungen bringen mich auf einem peripheren Feld auf eine Spur. Die Curjels ziehen nach St. Gallen und sind ausgezeichnete Textilhandelsleute. Sie ziehen um 1870 nach Karlsruhe um und der Vater des Architekten findet eine Anstellung am Karlsruher Hof. Es ist derselbe Zeitraum, in dem im Wiesental die Seiden-Industrie eine neue Expansion erfährt. Welche Bezüge gibt es eigentlich zwischen der Textilhandels- und Produktionszone am Rheinknie und der Ostschweiz? Und welche strategischen Positionen bezieht das Großherzogtum bei der Wirtschaftsförderung?

Heck, Brigitte: Die Ostschweiz hatte mit dem Standort St. Gallen und Zürich ihre Schwerpunkte beim Textilgewerbe in der Stickerei, in der Weißstickerei vor allem, in der Baumwollweberei und auch in der Stoffweberei. Von dort wurde Kapital im Hochschwarzwald investiert; in Villingen waren Musselinsticker für die Züricher und die St. Gallener Kontore tätig. Aber es gab eine klare Produktionstrennung. Das Engagement der Architekten Curjel & Moser im Bereich der Textilindustrie kann sicher auch darin begründet zu sein, dass die Entwicklung der Textilindustrie am Beginn der Moderne steht. Für moderne Architekten war es wohl ein ideales Werbefeld, für Textilfamilien präsentable Bauten zu errichten.

Prof. Krimm: Sie sprachen vor allem von den verarbeitenden Industrien. Woher kamen eigentlich deren Rohstoffe? Der Rohstoffmangel im Ersten Weltkrieg zeigt ja, dass das offenbar eine schwache Stelle war.

Heck, Brigitte: Genau das war das Problem der badischen Industrie. Die Rohstoffe kamen zum Beginn des Ersten Weltkrieges über die Basler Kontore. Sie wurden aus Europa, aber im 19. Jahrhundert zunehmend über England aus Amerika eingeführt. Die amerikanische Baumwolle wurde seit dem späten 19. Jahrhundert bevorzugt, weil dort neue, langfaserige Sorten gezüchtet werden konnten. Der Kontakt brach mit Beginn des Krieges ab und man musste sich, da die Lagervorräte nicht ausreichten, tatsächlich sofort mit Ersatzstoffen behelfen: daher die Findigkeit, Papiergarne zu verspinnen. So stellte z.B. die Firma Schiesser in Radolfszell ihr ganzes Sortiment sofort auf Papiergarn-Produktion um. Es war ein technisches, lösbares Problem, das erstaunlicherweise auch innerhalb der Kriegszeit als solches akzeptiert wurde.

Moehring, Gerhard: Wie war der Bezug über Basler Kontore zolltechnisch möglich, nachdem Baden dem deutschen Zollverein beigetreten war?

Heck, Brigitte: Das war kein Problem, wenn es um Produktion innerhalb des gleichen Unternehmens ging. Wenn das Basler Kontor der Wiesentaler Niederlassung lieferte, war das zollfrei. Anders war es vermutlich, wenn eine badische Firma von einer nichtbadischen beliefert wurde; die badische Seite hat deswegen immer um Zollvergünstigungen gerungen. Dazu kam die starke Differenzierung zwischen verschiedenen Produkten, die über die Grenze verhandelt wurden. Von Anfang an war es das Bestreben der Zollvereinbarungen, zwischen Rohbaumwolle, Halbfabrikat und zu veredelnden Fabrikaten zu unterscheiden.

Dr. Kunze: Die Textilindustrie im südbadischen Raum gilt als Hochburg der Arbeiterbewegung. Auf der schweizerischer Seite wird es im Textilgewerbe nicht anders

gewesen sein. Gab es da Interaktion, vermittelt durch die schweizerischen Facharbeiter als Grenzgänger, eventuell auch durch deutsche Sozialdemokraten, die als Arbeiter in der Schweiz waren?

Heck, Brigitte: Eine naheliegende Frage, die ich aber wegen fehlender Forschung nicht beantworten kann. Herrmann Schäfer hat sich bei der Geschichte der Firma Köchlin in Mühlhausen/Mulhouse vor allem mit der Formierung der Interessen der Arbeiterschaft beschäftigt. Aber über die Einflüsse der Arbeitsmigranten liegen keine Kenntnisse vor. Obwohl die Geschichte der Textilindustrie eigentlich in vielem entscheidend ist, gibt es auch hier viele weiße Flächen; das ist umso erstaunlicher, als gerade das Wiesental ja eigentlich der vorgelagerte Investitionsraum der Schweizer Fabrikanten war. Die Schweizer Historiker kümmern sich aber ungern um dieses Feld. Die Wahrnehmung endet an der Rheingrenze.

Dr. Kaufmann: Zur Ehrenrettung muss ich jetzt darauf hinweisen, dass das Historische Lexikon der Schweiz seit 1988 sehr bewusst das grenznahe Umfeld in seine Darstellungen integriert und z. B. auch das Stichwort Lörrach besitzt.

Prof. Krimm: Sie haben das Erklärungsmuster der Konfessionen gestreift. Aber verblasst das nicht gegenüber stärkeren Motiven wie niedrigere Löhne und Standortvorteil?

Heck, Brigitte: Das Erklärungsmuster Konfession taucht heute auch kaum mehr auf. Interessanterweise setzt zugleich mit Beginn der Strukturkrise in Wiesental in den 1920er Jahren eine Flut von Arbeiten über die sog. oberbadische Textilindustrie ein, weit mehr, als vorher und nachher publiziert wurde. Es ist ein unmittelbarer Reflex der Geschichtsschreibung auf das zu beobachtende, sich verändernde Feld. Und selbstverständlich stehen dabei andere Motive bei der Erklärung des strukturellen Wandels im Vordergrund.

Rolf-Ulrich Kunze, Karlsruhe
Der Oberrhein als Migrationsraum
im 19. und 20. Jahrhundert

Amerika, du hast es besser,
Als unser Kontinent, der alte,
Hast keine verfallne Schlösser
Und keine Baßalte.

Dich stört nicht im Innern
Zu lebendiger Zeit
Unnützes Erinnern
Und vergeblicher Streit.

Benutzt die Gegenwart mit Glück!
Und wenn nun eure Kinder dichten,
Bewahre sie ein gut Geschick
Vor Ritter-, Räuber- und Gespenstergeschichten.

Johann Wolfgang von Goethe

I

Vom Rhein als einer epochenübergreifenden europäischen Kommunikationsachse zu sprechen, wäre eine zwar modische, der Sache nach aber schon fast groteske Reduktion seiner Bedeutung für die europäische Geschichte und Identität auf kommunikationstheoretische Aspekte. Der Rhein ist einer der entscheidenden Faktoren europäischer *longue durée*, der die mittel- und kurzfristigen historischen Reaktionsformen wie Handel und Krieg, Kultur- und Ideentransfer, Nationalisierung und Internationalisierung, und nicht zuletzt Migration, tief geprägt hat. Auch die Migration in ihren verschiedenen Erscheinungsformen als Aus- und Einwanderung, Arbeits- und Transitwanderung, Flucht und Verfolgung ist ein Faktor der sozialhistorischen, ja sogar der anthropologischen Kontinuität – was man angesichts des scheinbar gänzlichen Triumphes kulturalistischer Interpretationsmuster in den Geisteswissenschaften durchaus betonen sollte. Migration ist – ganz im Unterschied zu der Konstruktion des ‚Eigenen‘ am

‚Fremden‘ – keine ‚Erfindung‘ interessierter Kreise, Migranten waren und sind keine ‚imagined community‘, sondern sehr real. Wie real, das hat Kurt Hochstuhl an einem so konkreten wie typischen Fall der zumeist sozial motivierten Massenauswanderung aus Baden in die USA im April 1852 gezeigt. Aus den Auswandererakten im Staatsarchiv Freiburg i. Br. läßt er fünf Bauern aus Freistett hervortreten, die respektvoll dem Amtmann der hohen großherzoglichen Behörde in Rheinbischofsheim ihre Auswanderungsabsicht erklären und ihre Angelegenheiten ordnen wollen. Die Heimatgemeinde Freistett übernahm die Reisekosten für die idealtypische Route „von Freistett bis Mannheim mit Pferdewagen und Eisenbahn, von Mannheim bis Rotterdam mit Rheindampfschiffen und Rotterdam bis New Orleans mit dem Segelschiff.“ Nicht weniger konkret ist der noch ausführlicher zu schildernde Fall des badischen Sozialdemokraten Georg Reinbold, der unmittelbar nach der nationalsozialistischen ‚Machtergreifung‘ als politischer Emigrant im Elsass und in Luxemburg den sozialdemokratischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus maßgeblich mitorganisierte und vor der Expansion des nationalsozialistischen Deutschland über Frankreich, Spanien und Portugal in die USA floh, wo er kurz nach Kriegsende starb.

Dieser Beitrag versucht, den Oberrhein zwischen Schweiz und Pfalz als Migrationsraum im 19. und 20. Jahrhundert zu präsentieren. Ohne das erkenntnisleitende Interesse an den Perspektiven der historischen Migrationsforschung, in Deutschland und international vertreten von dem – interessanterweise aus dem Elsass stammenden – Osnabrücker Neuzeithistoriker Klaus J. Bade, bliebe dieser Versuch eine weitere akzidentielle und unverbindliche Anekdotensammlung aus dem historistischen Schatzkästchen bzw. Horrorkabinett. Daher folgen auf einige Längsschnittdaten zur neueren oberrheinisch-südwestdeutschen Migrations- als kulturräumlicher Sozialgeschichte sowie einem – kompetenzbedingt knappen – Blick auf das Verhältnis von Schweizergeschichte und Migration je zwei Momentaufnahmen zur Migration am Oberrhein um 1848 und zwischen 1933 und 1945. Deren exemplarische Problematik erschließt sich erst durch den abschließenden Ausblick auf die konzeptionelle Dimension der historischen Migrationsforschung. Eine konzeptionelle Orientierung ist deshalb unverzichtbar, da schon die wenigen hier präsentierten Beispiele deutlich die Diskrepanz zwischen dem quellenmäßig schwer faßbaren und anonym bleibenden Massenschicksal Migration in allen seinen Erscheinungsformen und den wenigen gut dokumentierten Fällen von Migranten zeigen, deren Migration gleichsam leuchtende Spuren hinterlassen hat. Letzteres gilt z.B. für einen der bekanntesten intellektuell-akademischen Schweizer ‚Deutschlandgänger‘ des 20. Jahrhunderts, den evangelischen Theologen Karl Barth. In diesem nicht nur überlieferungsbedingten, sondern

auch konzeptionellen Problem des Verhältnisses von Individual- und Massenemigration liegt, abgesehen von den Reizen und Untiefen des historischen Vergleichens, zugleich eine der großen Herausforderungen der regional-kulturräumlichen Migrationsforschung, von der noch die Rede sein wird.

Die neuere südwestdeutsche Migrationsgeschichte führt als Problemgeschichte der Mechanismen von Integration und Exklusion, Peripherien und Zentren sowie der Ressourcen- und Chancenverteilung immer wieder an den Rhein zurück – daran ändert auch das in eine andere europäische Richtung, in den habsburgischen Südosten, weisende Beispiel der ‚Donauschwaben‘ im 18. Jahrhundert nichts. Schon nach den Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges war ein Emigrationsstrom rheinaufwärts in die Schweiz und nach Vorarlberg verlaufen. In einer Gegenbewegung waren Schweizer und Österreicher rheinabwärts in die entvölkerten Gebiete der oberrheinischen Tiefebene eingewandert. Soweit die südwestdeutsche Massenemigration im 19. Jahrhundert nicht zumindest abschnittsweise auf dem Rhein in Richtung Nordseehäfen verlief, überquerte sie ihn zumindest auf dem Weg nach Le Havre, dem Hauptauswanderungshafen der Süddeutschen bis in die 1870er Jahre.

Ein entscheidender sozioökonomischer push-Faktor für die badische Massenauswanderung des 19. Jahrhunderts waren die Notjahre der Agrarkrise von 1816/17. Danach blieben die badischen Emigrationszahlen für zwanzig Jahre nahezu konstant hoch, mit markanten Spitzen um 1830 und 1840. In diese Zeit fiel ein politischer Konzeptwechsel auch in der großherzoglich-badischen Auswanderungspolitik. 1833 lizenzierte Baden die Tätigkeit von Auswanderungsagenten, nicht zuletzt aufgrund französischer und niederländischer diplomatischer Proteste über badische Auswanderer, die in den großen Auswanderungshäfen mittellos gestrandet waren. Das Großherzogtum richtete nun konsularische Vertretungen in Le Havre und Amsterdam sowie in den größeren Städten der amerikanischen Ostküste ein, wobei ein Konsul häufig mehrere deutsche Klein- und Mittelstaaten repräsentierte. Nach der landwirtschaftlichen Krise von 1816/17 bewirkte die badische Revolution von 1848/49 einen gewissen Anstieg der Emigrationszahlen. Allerdings ist hier insofern Skepsis geboten, als es sich in der Regel eher um politisch-postrevolutionär motivierte Flucht als um geregelte Auswanderung handelte. Das Sozialprofil der ‚48ers‘ unterschied sich von vorherigen Auswanderungsgroßgruppen. Auffällig viele Intellektuelle und Akademiker aus dem gehobenen Bürgertum verlegten ihre politische und wissenschaftliche Tätigkeit aus der alten in die neue Welt, so Franz Sigel (1824-1902) und Friedrich Hecker (1811-1881). Zu Beginn der 1850er Jahre kam auch in Baden der Gedanke auf, die Auswanderung als sozialpolitisches

Instrument einzusetzen. Die badische Regierung unterstützte nun die Auswanderung ganzer Ortschaften nach Amerika, wobei es sich nicht selten um jene Gemeinwesen handelte, die im Rahmen von ‚Peuplierungsmaßnahmen‘ des 18. Jahrhunderts überhaupt erst entstanden waren. 80.000 Menschen verließen auf diese Weise zwischen 1850 und 1855 Baden und bewirkten eine reale Bevölkerungsabnahme in diesem Zeitraum. Nach der staatlich geförderten Auswanderung zu Anfang der 1850er Jahre nahmen die badischen Auswanderungszahlen dann ab und hielten sich auf einem niedrigeren Niveau. Dabei spielten Nachrichten vom Amerikanischen Bürgerkrieg ebenso eine Rolle wie eine in ersten Ansätzen industrialisierungsbedingte Verschiebung sozialer Mobilitätsmuster zugunsten von Peripherie-Zentrum-Bewegungen, wobei zumal die industriellen Zentren wiederum am Rhein lagen.

Trotz Parallelen zu Baden, insbesondere beim Übergang, von einer restriktiven zu einer permissiven Auswanderungspolitik, der im Königreich Württemberg etwas später, etwa um 1845, erfolgte – bildete die Massenauswanderung aus Württemberg eine andere, in ihrer Verschiedenheit territorialgeschichtlich tief zurückreichende sozioökonomische Struktur ab, wie in Wolfgang von Hippels Mannheimer Großprojekt ‚Auswanderung aus Südwestdeutschland‘ dokumentiert worden ist. Einfache Formeln werden dem Ineinandergreifen von ‚push‘- und ‚pull‘-Funktionen jedenfalls nicht gerecht. Nicht anders als in Baden lassen sich auch in Württemberg politische und soziale Motive, realistische und unrealistische Informationen über die Welt auf der anderen Seite des Atlantik nicht voneinander trennen oder gar gegeneinander ausspielen. Wenn eine allgemeine Aussage über die südwestdeutsche Massenauswanderung möglich ist, dann ist es die, dass die badische, schichtungsspezifisch stark aus Akademikern bestehende Auswanderung der ‚48ers‘ weniger dem Regelfall der sozial motivierten ‚Arme-Leute‘-Massenauswanderung im 19. Jahrhundert entspricht als die württembergische.

Erst die Erweiterung der migrationsgeschichtlichen Mikroperspektive zur makroorientierten Interpretationsebene des ‚Homo migrans‘ ermöglicht es, den historischen Ort der südwestdeutschen Massenauswanderung oberhalb der – allerdings in ihrer Bedeutung für die südwestdeutschen Archive keineswegs zu unterschätzenden – Familienemigrationsgeschichte und unterhalb eines integrierten atlantischen Bewegungsbilds des 19. Jahrhunderts treffend zu charakterisieren. Klaus J. Bade hat für die deutsche Auswanderungsgeschichte dieser Zeit Phasen der Kontinuität und des Wandels unterschieden. So sei die kontinentale West-Ost-Wanderungsrichtung erst in den 1830er Jahren hinter der Ost-West-Richtung der überseeischen Massenauswanderung zurückgetreten. In den 1780er Jahren, zur Zeit der amerikanischen

Revolution, lebten bereits ca. 225.000 Deutsch-Amerikaner in den britischen Nordatlantikkolonien, immerhin 8 bis 9 Prozent der Gesamtbevölkerung. Religiös und weltanschaulich motivierte Auswanderungen geschlossener Gruppen habe es, so Bade, noch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegeben. Diese Auswanderung müsse man aber deutlich von der säkularen transatlantischen Massenauswanderung unterscheiden, die im 19. Jahrhundert zu ca. 90 Prozent Immigration in die USA war, überwiegend sozioökonomische Ursachen hatte und damit gleichsam die soziale Frage exportierte. Der sozialgeschichtliche Mechanismus in der europäischen Heimat, der die Massenauswanderung in Gang setzte, war die pauperistische Übergangsphase des ‚Nicht-mehr‘ und des ‚Noch-Nicht‘ zwischen traditionaler agrarischer Subsistenz- und moderner, auf Wachstum beruhender Industriegesellschaft.

In dem Jahrhundert zwischen 1815 und dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 brachte der transatlantische Exodus rund 5,5 Millionen Deutsche in die Vereinigten Staaten. In den fünf Jahrzehnten von 1846 bis 1893 erreichten die Zahlen oft über 100.000, in den 1850er und 1880er Jahren auch über 200.000 Auswanderer jährlich. Es führe, so Bade, in die Irre, Wanderungsgeschehen und Wanderungsverhalten unmittelbar und tendenziell monokausal aus zeitgleich wirkenden Bestimmungsfaktoren als vermeintlichen ‚Wanderungsursachen‘ abzuleiten. Der historischen Wirklichkeit näher kommt die Vorstellung, dass es vom Aufstieg des transatlantischen Massenauswanderung in den 1840er Jahren bis zum Abflachen der Massenbewegung Anfang der 1890er Jahre tatsächlich nur eine einzige große ‚Auswanderungswelle‘ gab. Diese hatte, wie Bade ausführt, drei Gipfel und zwei klar erkennbare Einbruchphasen von 1858 bis 1864/65 (Wirtschaftskrise 1857-1859, Amerikanischer Bürgerkrieg 1861-1865) und 1873/74 bis 1879 (Wirtschaftskrise 1873-1879).

Mit der Stellung der Auswanderung in der Schweizergeschichte haben sich die Referate des Historikertages der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz 1989 befaßt. In seiner Einleitung mahnte Carsten Goehrke mit Blick auf die nicht nur in der migrationsgeschichtlichen Forschung der Schweiz zu beobachtende Vorliebe für die Auswanderung nach Übersee die stärkere Berücksichtigung regional- und kulturräumlicher Aspekte der Migrationsgeschichte an, da „selbst auf dem Höhepunkt der Überseewanderung – gegen Ende des 19. Jahrhunderts – die Hälfte der Auslandsschweizer in europäischen Staaten gelebt hat.“ Ferner plädierte Goehrke dafür, Immigration als „Indikator für die Entwicklung von gesellschaftlichen Nischen und Bedürfnissen zur Auffüllung von ökonomischen Defiziten des Ziellandes“ zu verstehen und für die Interpretation von Wanderungsmustern zu nutzen.

Für die weitere Erforschung der politischen Immigration haben Mathias Knauer und Jörg Frischknecht in ihrer 1983 erschienenen, auf zahlreichen Zeitzeugeninterviews beruhenden Dokumentation über ‚Antifaschistische Emigration in der Schweiz von 1933 bis 1945‘ eine Grundlage geschaffen. Sie zeichnen die Entwicklung und Qualitätsveränderung der politischen Immigration in die Schweiz in einer plausiblen Periodisierung nach: „Die ersten Emigranten“ (1935-1938), „Dem totalen Zugriff ausgesetzt“ (1935-1938), „Nach Anschluß und Kristallnacht“ (1938-1940), „Krieg – in der eingeschlossenen Schweiz“ (1940-1943), „Vorbereitungen auf ein freies Europa“ (1943-1945). Die regionalen Bezüge zum Raum Hoch- und Oberrhein sind hier zahlreich: „Kommunistische und sozialdemokratische Emigranten versuchen von allem Anfang an, die politische Arbeit im Exil fortzusetzen, auch wenn das verboten ist. In erster Linie leisten sie Aufklärungs- und Literaturarbeit, hier in der Schweiz und mit Schriften, die illegal nach Deutschland geschleust werden.“

II

Werfen wir einen Blick auf das Migrationsgeschehen am Oberrhein um die Mitte des 19. Jahrhunderts:

Ein Arzt aus Haslach.

Im Spätsommer 1849 floh Dr. Magnus Brucker, ein 21jähriger Feldchirurg der geschlagenen badischen Revolutionstruppen, über die Schweiz nach Italien. In Genua ging er an Bord eines Schiffes, das ihn in die USA brachte. Brucker war am 6. September 1828 in Haslach in ärmlichen Verhältnissen geboren worden. Auf Vermittlung des katholischen Haslacher Pfarrers hatte er auf Kirchenkosten das Gymnasium in Freiburg besuchen können, um anschließend Priester zu werden. Das tat Brucker aber nicht, sondern immatrikulierte sich 1844 in Heidelberg für Medizin. 1846 setzte er sein Studium in Straßburg fort, wo er 1848 sein Examen machte und zum Doctor medicinae promoviert wurde. Im April 1849 schloß sich der junge Arzt den Revolutionstruppen an. In den USA begann Brucker in Troy, Indiana, zu praktizieren. Er heiratete eine Deutsche und gründete eine Familie. Von 1862 bis 1865 nahm er als Feldarzt der Nordstaatentruppen am amerikanischen Bürgerkrieg teil. Brucker, der 1866 in das Repräsentantenhaus des Bundesstaates Indiana gewählt wurde, starb bereits 1874. Nach Baden kam er nicht mehr zurück.

Der Autor einer biographischen Skizze über Brucker in der ‚Ortenau‘, dem Organ des Historischen Vereins für Mittelbaden, zitiert mit Bezug auf diesen zustimmend einen Satz des

in Südbaden bekannten katholischen Volksschriftstellers Heinrich Hansjakob (1837-1916): „Die Revolution hat manche von Hasle nach der neuen Welt getrieben, die einen aus Furcht, die anderen, weil die Freiheit den Tod gefunden.“ Einen Beleg bzw. eine plausible Argumentation, warum gerade diese Interpretation auch auf den Fall Bruckers zutreffen könnte, wird gar nicht erst angestrebt. Geht man von den hier zusammengefaßten dürren Daten der ersten cis- und zweiten transatlantischen Biographie dieses badischen Emigranten aus, dann bietet diese bestenfalls Anhaltspunkte für die Vermutung, dass Bruckers Emigration in erster Linie politisch motiviert und als solche ein politischer Akt gewesen ist. Genau dies suggeriert der Autor der Kurzbiographie aber, indem er einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Bruckers Engagement für die badische Revolution und seiner Emigration über die Schweiz und Italien in die USA herstellt. Schließlich erscheint sogar sein Einsatz als Truppenarzt auf der politisch ‚richtigen‘ Seite im amerikanischen Bürgerkrieg gleichsam konsequent. Angesichts so viel suggestiver Konsequenz wird leicht übersehen, dass Brucker durch eine Ansiedlung im Süden der USA, z.B. in dem von deutschen Einwanderern sehr bevorzugten Texas, seine Kriegserfahrungen wahrscheinlich nicht in der blauen Nordstaaten-, sondern in der grauen Südstaatenuniform und im Kampf für die Sache der secessionistischen Sklavenhalter gesammelt hätte; dass bereits in seiner Flucht und Emigration politische und soziale Motive eine mangels entsprechender ‚Ego-Dokumente‘ heute kaum zu rekonstruierende Mischung eingegangen sein könnten, die wenig mit revolutionärem Elan, aber viel mit der herkunftsbedingt unterdurchschnittlichen Ausstattung des jungen Arztes mit sozialem und realem Kapital zu tun hat.

Hugo Ott hat in seinem wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Abriss zum Zusammenhang von Pauperismus und Auswanderung gezeigt, dass der badische Auswanderungsboom bis Mitte der 1850er Jahre „nahezu ausschließlich“ ökonomische Gründe hatte. Auch wenn das für den Fall des Akademikers Brucker nicht oder nur bedingt zutreffen sollte, wird immerhin deutlich, dass er nicht den Normaltypus des badischen Auswanderers dieser Jahre repräsentierte. Über diesen ist jenseits statistischer Größenordnungen wie der Tatsache, dass 77 Prozent der badischen Auswanderer dieser Zeit aus Landwirtschaft und Handwerk kamen, nach wie vor wenig bekannt. Angesichts von 90.000 badischen Auswanderern zwischen Revolution und 1855, denen zwischen 1848 und 1853 198 gesuchte politische Flüchtlinge auf den Fahndungslisten der Polizei gegenüberstanden, läßt sich selbst bei einer großzügig angesetzten Dunkelziffer von nicht amtlich erfaßten politischen Flüchtlingen postrevolutionäre Emigration nicht pauschal mit politischer Emigration gleichsetzen.

Amerikafahrer aus Südbaden

Näher an der Gemengelage von sozialer und politischer Motivation zur Migration und näher an den Quellen ist das Bemühen um die Rekonstruktion des typischen Wanderungsverlaufs und seiner Etappen vom Heimatort zum Auswanderungshafen. In seinem Beispiel aus Freistett bzw. Rheinbischofsheim aus dem Frühjahr 1852 listet Hochstuhl den typischen Niederschlag der Auswanderungsvorbereitung in der Auswandererakte auf: Bestätigungen über die Regelung der z.T. von den Heimatgemeinden übernommenen Fahrtkosten z.B. durch den Bürgermeister; Zustimmung des Bezirksamtes zum Auswanderungsgesuch, gegebenenfalls mit Auflagen; Bekanntgabe der Schuldenliquidation; Angaben über die Ausstellung von Reisepässen und die Entlassung aus der badischen Staatsbürgerschaft. Von noch größerer Bedeutung ist es, diese Emigrations- mit der Immigrationsperspektive, die erste mit der zweiten Biographie zu verknüpfen, u.a., um zu einem vollständigen Bewegungsbild des Migrationsverlaufs zu kommen, der bislang lediglich in Ausnahmefällen exponierter Migranten wie Carl Schurz und Franz Sigel bekannt ist. Zu recht fragt Hochstuhl, „wie (...) es z.B. den Familien von Georg Roth, der Baptist Schott Witwe und des Josef Huber oder den 240 anderen Auswanderern ergangen [ist], die nach Ausweis der im Staatsarchiv Freiburg verwahrten Akten allein aus der Kernstadt Oberkirch zwischen 1840 und 1880 ausgewandert sind? Sind ihre Träume von einem erfolgreichen Neuanfang in Erfüllung gegangen?“ Zur Beantwortung dieser Fragen arbeitet die Arbeitsgruppe ‚Wanderungsbewegungen‘, der die Arbeitsgemeinschaft Archive im Städtetag Baden-Württemberg, die Arbeitsgemeinschaft der Kreisarchive beim Landkreistag Baden-Württemberg, die Staatliche Archivverwaltung und die Institute für Geschichte der Universitäten Karlsruhe und Würzburg an der Verwirklichung eines gemeinsamen Forschungsvorhabens. Dessen Ziel ist es, mit einem personengeschichtlichen Ansatz die archivischen Quellen zu Biographien der Auswanderer vor und nach ihrer Auswanderung systematisch zu erfassen und daraus aussagekräftige Angaben in einer Datenbank zu einem sachthematischen Findmittel zusammenzuführen. Damit würde neben der Darstellung von Einzelschicksalen für Baden-Württemberg auch eine umfassende Grundlage für sehr unterschiedliche migrationsgeschichtliche Interessen auf beiden Seiten des Atlantik, u.a. auch für genealogische Recherchen, entwickelt.

III

Der kontingente Zusammenhang von sozialer und politischer Motivation zur Migration gilt für das ‚Jahrhundert der Diktaturen‘ aufgrund der Repressionsmöglichkeiten und ideologischen Konsequenz der modernen Diktatur sicherlich in geringerem Umfang als im 19. Jahrhundert;

doch ist auch dies zunächst nicht mehr als eine Arbeitshypothese, die in systematischen Studien zur Migration im 20. Jahrhundert zu erproben wäre, dessen migrationsgeschichtliche Dimension sich auch nicht auf die Flucht vor der Diktatur beschränken läßt.

Der Sozialdemokrat Georg Reinbold

In exemplarischer Weise verkörpert der badische Gewerkschaftler und Sozialdemokrat Georg Reinbold den Zusammenhang von oberrheinischer, westeuropäischer und schließlich transatlantischer politischer Migration im 20. Jahrhundert. Reinbold wurde am 22. Oktober 1885 in Triberg im Schwarzwald als Sohn eines Holzfällers geboren. Nach Schule und Schlosserlehre ging er, bereits Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes, auf Wanderschaft. In seine Heimat zurückgekehrt und vorübergehend in seinem erlernten Beruf tätig, erfuhr Reinbold als Gewerkschaftsfunktionär und Sozialdemokrat die Ausgrenzung der Vertreter der Arbeiterbewegung aus der politischen Nation am eigenen Leib. Ab 1912 arbeitete er schließlich hauptamtlich für die SPD im Bezirk Singen/Hohentwiel, nach dem Krieg und Kriegseinsatz wurde er 1923 Sekretär, ein Jahr später Vorsitzender der badischen SPD am Sitz des Landesvorstandes in Mannheim. Reinbold, der die badische SPD im Reichsparteiausschuß vertrat, wurde 1925 in den Karlsruher Landtag gewählt. Als Vertreter einer ‚wehrhaften‘ Auffassung von Demokratie war er maßgeblich an der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold beteiligt und leitete dessen badische Abteilung. Reinbold war somit einer der ‚geborenen‘ Gegner der Nationalsozialisten, gegen die er innerhalb und außerhalb des Landtags schon lange vor der ‚Machtergreifung‘ entschieden vorging. Im März 1933 gehörte er daher zu den extrem gefährdeten Repräsentanten des den Nationalsozialisten so verhaßten ‚Systems‘ von Weimar. Reinbold konnte, gewarnt von einem Polizeibeamten, untertauchen und auf Umwegen über Frankfurt am Main und das Saarland nach Frankreich fliehen: eine Flucht, die zur Emigration werden sollte. Seine Frau folgte ihm unter Schwierigkeiten nach Straßburg, von wo aus Reinbold seine gefährliche Arbeit als Grenzsekretär der Exil-SPD für Baden und die Pfalz aufnahm. Von dort schrieb er am 10. Juni 1933 an die Genossen des SPD-Exilvorstandes in Prag:

„Auf Grund der mit Genossen Crummenerl gehaltenen Aussprache haben wir für Baden die Vorbereitungen getroffen, damit der Vorwärts über die Grenze gebracht werden kann. Zu diesem Zwecke habe ich vorerst Wohnsitz in Straßburg genommen. Wir haben Baden eingekreist und es ergibt sich folgendes Bild: Posten 1 in Kreuzlingen-Konstanz. Posten 2 in

Schaffhausen-Singen, Posten 3 in Lörrach-Basel. Posten 4 in Mühlhausen-Mühlheim. Posten 5 in Straßburg-Kehl. Weitere Posten sind in Vorbereitung (...).”

Reinbold gründete in Straßburg eine ‚Librairie Populaire‘ als nach außen respektable Tarnung für sein Grenzsekretariat, das – gemäß der frühen Generallinie des Prager Exilpartei Vorstandes, derzufolge der Nationalsozialismus verschärft durch Aufklärung von innen heraus zu bekämpfen sei – zum Umschlagplatz für das ins Reich einzuschmuggelnde sozialdemokratische Schriftgut und die Berichte von Kurieren aus dem nationalsozialistischen Deutschland wurde. Häufig bekam Reinbold Probleme mit den französischen Behörden, seine Lebensumstände blieben elend. Bereits im Juli 1934 musste er nach Ablauf seiner Aufenthaltsgenehmigung Frankreich verlassen, setzte seine Tätigkeit vorübergehend im Saargebiet fort, das er nach dem Anschluß an das nationalsozialistische Reich Richtung mit seiner Frau in Richtung Luxemburg verließ. Von Luxemburg-Stadt aus nahm er ab März 1935 seine Widerstandskontakte nach Mannheim und Frankfurt wieder auf. Der Schwerpunkt seiner Aktivität lag erneut in der Organisation der Verbreitung widerständiger Untergrundpresse. Mit der weitgehenden Zerschlagung der sozialdemokratischen Verteilernetzwerke im Reich bis Mitte 1936 wurden die Grenzsekretariate zu Anlauf- und Betreuungsstellen für deutsche Emigranten. Reinbold wurde in diesem Jahr die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt, im Mai 1940 floh er vor dem deutschen Überfall auf Westeuropa zunächst nach Frankreich, wo er in einem Kriegsgefangenenlager, seine Frau im Lager Gurs interniert wurde. Beiden gelang die Flucht aus den jeweiligen Lagern und über Spanien nach Lissabon, von wo aus sie im Frühjahr 1941 nach New York weiterreisten. Die amerikanischen Gewerkschaften hatten sich erfolgreich für eine Einreisegenehmigung eingesetzt. Der schwer erkrankte, sechsfünfzigjährige Reinbold erholte sich von dieser letzten Etappe seiner Emigration nicht mehr und starb am 24. Mai 1946 in New York City.

Zwischen der Schweiz und Deutschland: Karl Barth

Einer der bekanntesten und nachhaltig einflußreichen Schweizer Intellektuellen in Deutschland war Karl Barth. Barth hatte seit 1930 an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gelehrt, 1934 den bedingungslosen Eid auf den ‚Führer‘ verweigert und war als Opfer der nationalsozialistischen Machtentfaltung nach Basel zurückgekehrt. Von dort aus stellte er sich der geistlichen und politischen Herausforderung des Nationalsozialismus durch intensive Kontakte zur Bekennenden Kirche. Geboren am 10. Mai 1886 in Basel als Sohn einer im Basler reformierten Bürgertum tief

eingewurzelten Theologenfamilie, hatte er nach einer Jugend in Bern ab 1904 dort, in Berlin, Tübingen und Marburg Theologie studiert. Während seiner Zeit als Pfarrer im Aargau näherte er sich der Schweizerischen Religiös-Sozialen Bewegung und der Sozialdemokratie an, deren Mitglied er 1915 wurde. 1921 folgte er einem Ruf nach Göttingen, 1925 nach Münster, 1930 nach Bonn.

Sein seit 1932 erschienenes monumentales Hauptwerk, die Kirchliche Dogmatik, hat die evangelische Theologie bleibend verändert. Die dialektische Theologie ging von der absoluten Transzendenz Gottes und der unbedingten Souveränität der Offenbarung gegenüber jedem theologischen, philosophischen oder weltanschaulichen Bemühen aus. Sie zielte damit in durchaus ‚neuorthodoxer‘ Weise vor allem auf die Überwindung des kompromissfreudigen liberalen Kulturprotestantismus des 19. Jahrhunderts mit seiner weitgehenden Gleichsetzung von Kultur und Reich Gottes. Seit 1932 war Barth Mitglied der SPD. Da er den Eid auf Hitler nur leisten wollte, wenn ihm der Zusatz „soweit ich es als evangelischer Christ verantworten kann“ gestattet würde, suspendierte ihn die Bonner Universität am 26. November 1934. 1935 aus dem Reich ausgewiesen, kehrte Barth in seine Heimatstadt Basel zurück und lehrte an der dortigen Universität. Der ‚Vater der Bekennenden Kirche‘ hatte nachhaltigen Einfluß auf die theologische Positionsbestimmung u.a. Dietrich Bonhoeffers, insbesondere aber auch der Barmer Theologischen Erklärung. „Hier wird das Evangelium von Jesus Christus klar unterschieden von den Ansprüchen kirchlicher Herrschaft, die sich auf wirkliche oder scheinbare vernünftige Zumutbarkeit abstützen. Mit solchen Zumutungen darf dieses Evangelium aber nicht verquickt werden, wenn es die Menschen in ihrer Not erreichen soll.“ Die Kirche wird mit ihrer Verkündigung, mit Glauben und Gehorsam an den in der Schrift bezeugten Jesus Christus als das unteilbare Wort Gottes verwiesen. Für die politischen Zumutungen der Geschichte, Weltanschauung oder ‚Rasse‘ ist in der Gottes Wort bekennenden Kirche als Legitimationsgrundlage kirchlichen Handelns kein Raum. Die 2. Barmer These postuliert unmißverständlich, dass es keinen von der Herrschaft Christi unberührten Bereich gebe. Dem totalen Durchdringungsanspruch der nationalsozialistischen Weltanschauung und des totalitären nationalsozialistischen Staates wird die Wirklichkeit von Gottes Wort radikal und für jeden bekennenden Christen persönlich verbindlich entgegengesetzt: „Von da aus bis zu einer Bestreitung der nationalsozialistischen Herrschaft und zu einem aktiven Widerstand gegen den pervertierten Staat ist noch ein weiter Weg, den nicht viele aus der Bekennenden Kirche gegangen sind. Aber dass hier eine Unterscheidung überhaupt möglich wird, das ist schon von entscheidendem Gewicht.“ Die in Barmen öffentlich und verbindlich festgestellte

Unvereinbarkeit der „Verquickung des Evangeliums mit Herrschaftsansprüchen“ wurde zur zentralen theologischen Grundlage des Widerstehens aus evangelischem Glauben.

Der Fall Barth, insbesondere sein Einfluß auf die Bekennende Kirche im nationalsozialistischen Deutschland, ist mehr als ein gewöhnliches Beispiel für eine an sich wenig erstaunliche akademische Mobilität, sondern weist nachdrücklich auf die Bedeutung von intellektuellen und konfessionellen Netzwerken auch im Zeitalter der modernen Diktaturen hin. Migration, politische und theologische Standortbestimmung gehörten bei Barth zusammen.

IV

Schon diese ergänzungs- und vertiefungsbedürftigen Beispiele aus der südwestdeutsch-oberrheinischen Migrationsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts können recht deutlich Chancen und Grenzen der historischen Migrationsforschung zeigen. Die historische Migrationsforschung könne nicht, wie Bade betont hat, für alle aktuellen Probleme mit dem Thema Migration nützliche, sogleich umsetzbare Antworten aus der Migrationsgeschichte liefern. Aber sie kann durchaus das Problembewußtsein für bestimmte Voraussetzungen, Verlaufsformen und Reaktionsmuster schärfen und damit entscheidend dazu beitragen, den Umgang mit Fragen der Migration professioneller und gelassener zu gestalten. Ihre Ergebnisse ermöglichen ferner, Migration als einen wichtigen Bestandteil regional-kulturräumlicher Identität zu akzeptieren. Übertragen auf die historiographische Ebene, ist das die Aufforderung, die Geschichte von Regionen und Kulturräumen nicht mehr nur um ein ‚Auswanderungs‘-Kapitel zu ergänzen, sondern vielmehr Migration als eine grundlegende Kategorie der historischen Darstellung sozialen Wandels zu verstehen und anzuwenden. Kultur- und Wirtschaftsräume sind immer auch Migrationsräume.

Welche erkenntnisleitenden Perspektiven dafür von Interesse sind, hat Bade vorgeführt. Zu den Leitbegriffen der Diskussion um Migration und Multikulturalität gehört die Selbstbild-Fremdbild-Problematik des Begriffspaares ‚Einheimische‘ im Gegensatz zu und in Abgrenzung von ‚Fremden‘. Migranten werden von vielen ‚Einheimischen‘ als die Verkörperung des ‚Fremden‘ und als Bedrohung empfunden. Doch ist gerade dieses Einstellungsverhalten – Bade spricht vom „magischen Dreieck von Neugier, Angst und Abwehr gegenüber Fremden“ historisch, sozialwissenschaftlich und psychologisch weder neu noch auf einen bestimmten Kulturraum festzulegen.

Eine ablehnende, feindliche und auch aggressive Haltung gegenüber Migranten war, so Bade weiter, stets abhängig von der Verbreitung räumlicher Mobilitätserfahrungen in einer Gesellschaft. Fremdenangst und Fremdenfeindlichkeit als gesellschaftliche Phänomene lassen sich als Abwehrhaltungen verstehen, die in der Geschichte mit unterschiedlichen Ursachen, Formen und Folgen immer wieder zu beobachten waren. Das sei aber nicht identisch mit der Einschätzung von Fremdenangst als Schicksal, als anthropologische Konstante. Bade betont vielmehr klar, dass Fremdenfeindlichkeit regelmäßig die Antwort auf wirtschaftliche, gesellschaftliche, politische und kulturelle Krisenerscheinungen war. Zur Untersuchung der Wahrnehmung von Migration hat Bade drei Leitthesen formuliert:

Die Ablehnung von Fremden habe mehr mit den Einheimischen und ihren Problemen zu tun als mit den Fremden oder denen, die dafür gehalten bzw. dazu gemacht wurden. Oft gehe es dabei nicht nur um die Abgrenzung des vertrauten Eigenen von dem als ‚anders‘ empfundene Fremden, sondern auch um die Sicherung der eigenen Identität durch Abgrenzung von einer fremden.

Fremdenfeindlichkeit verläuft in Wellen. Die jeweils neue Welle von Angst vor Migranten lasse oft vergessen, dass in Perspektiven langer sozialgeschichtlicher Dauer das Begriffspaar ‚Einheimische‘ contra ‚Fremde‘ wenig trennscharf sei, da viele Einheimische die Nachkommen zugewanderter Fremder sind. Nicht minder hilfreich sei die Erinnerung daran, dass Millionen von Deutschen einst als Auswanderer ebenso Fremde im Ausland waren wie heute Ausländer in Deutschland.

Wanderungsgeschehen und Wanderungsverhalten sind abhängig von den verschiedensten Entwicklungsbedingungen. Wanderungen können deshalb nicht losgelöst davon untersucht werden, wenn es nicht um reine Verlaufsbeschreibungen oder Reisegeschichten gehen soll. Das Migrationsverhalten wurde und wird durch verschiedene sozioökonomische und soziokulturelle sowie mentale Faktoren beeinflusst. Das ergibt sich auch daraus, dass die Menschen im Prozeß der Entscheidung für eine bestimmte Form der Migration immer die gesamte zeitgenössische Vielfalt von Alternativen räumlicher Mobilität vor Augen hatten. Daher konnte die Entscheidung, abhängig vom regionalen Erfahrungen und gegebenenfalls auch bereits bestehenden Wanderungstraditionen, unterschiedlich ausfallen. Bade nennt u.a. die kontinentale Ost- oder die transatlantische Westwanderung, die Land-Stadt-Wanderung durch Wegzug vom Land in die Stadt oder durch Pendeln.

Alle diese Migrationsformen sind Bestandteile der Sozial- und Mentalitätsgeschichte des oberrheinischen Kulturraums im 19. und 20. Jahrhundert. Die Perspektiven der historischen Migrationsforschung können helfen, das Verhältnis bestimmter Migrationsformen zueinander, z.B. der politischen Emigration der ‚48ers‘ zur sozioökonomisch motivierten Massenauswanderung aus dem deutschen Südwesten, präziser zu bestimmen und in den Zusammenhang nationaler und internationaler Wanderungssysteme einzuordnen. Aber bis dahin ist der Weg noch weit.

DISKUSSION

Moehring, Markus: Zur regionalen Migration: Das vordere Wiesental war zu Beginn des 19. Jahrhunderts fast ganz protestantisch, am Ende des Jahrhunderts mindestens zu einem Drittel katholisch. Das spricht für einen Zuzug aus dem vormals vorderösterreichischen Gebiet. In welchem Verhältnis steht nun diese regionale Migration zur Auswanderung insgesamt? Und in welche Richtung verlief die grenzüberschreitende Migration? Nur aus Baden in die Schweiz?

Dr. Kunze: Man darf tatsächlich die Spitzen der transatlantischen Migration von dem langsamen, strukturell bedingten Anwachsen regionaler Migration nicht trennen – es ist kein Gegensatz, sondern unterstützt sich wechselseitig. Daher gerät der Mensch in dem sich modernisierenden 19. Jahrhundert auch so nachhaltig in Bewegung. Nicht alle wandern aus, sondern ein großer Teil wandert eben nach Mannheim oder nach Mühlhausen oder nach Basel, immer noch im Bereich der Arbeitsmigration. Der Organismus entfaltet also verschiedene Migrationsformen, die aber möglicherweise gleiche Ursachen haben. Es kann sein, dass schwierige soziale Bedingungen in Wiesental auch durch die Industrialisierung nicht komplett aufgefangen werden können – dies aber zum Teil und paradoxerweise in dem Moment, in dem in der Region Abwanderung als Reaktion auf soziale Krisen stattfindet, dieselbe Region aber aus einer anderen Perspektive für Einwanderung interessant wird. Auch das können wir in Europa gut beobachten; ich bin aber zu wenig Fachmann für diese Region, um es verbindlich beantworten zu können. Mir lag nur daran, Kategorien anzubieten, mittels derer man Fragen stellen kann. In der Zeit von 1850 bis 1914 dominiert statistisch die transatlantische Migration in die USA bei weitem. Aber man darf nicht vergessen, dass zum gleichen Zeitpunkt im Rahmen der Ost-West-Wanderung die massive Einwanderung von Arbeitskräften z.B. aus Polen ins Ruhrgebiet erfolgt. Und zum Teil auch – allerdings sehr viel eingeschränkter – aus Südwestdeutschland nach Mitteldeutschland oder in ganz bestimmte Zentren wie Mannheim, in den pfälzischen Raum oder auch nach Frankfurt.

Dr. König: Die Migrationsbewegungen in beiden Richtungen entlang der schweizerisch-deutschen Grenze ist tatsächlich sehr interessant. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wird die Schweiz zum begehrten Wanderziel für eine Zuwanderung aus Süddeutschland. Die Schweiz wird also Immigrationsland, während noch unzählige Schweizer auswandern und sich auch an der transatlantischen Migration beteiligen. Über die Grenze hinweg gibt es alle Formen

der Migration, von der saisonalen Arbeitswanderung bis hin zur dauerhaften Niederlassung. Im späteren 19. Jahrhundert werden dann die schweizerischen Volkszählungen präziser und weisen aus, woher die ausländischen Zuwanderer kommen. Die größeren Städte richten am Ende des 19. Jahrhunderts eigene statistische Ämter ein, das gilt vor allem für Zürich und Basel. Bei den deutschen Zuwanderern werden dabei Baden und Württemberg immer getrennt vom übrigen, nur summarisch genannten Reichsgebiet ausgewiesen. Es sind sehr viele und diese Zahlen verdienen eine vertiefte Untersuchung.

Dr. Kunze: Wie Klaus Bade immer sagt, wenn er nach konkreten Zusammenhängen gefragt wird: Eine demütige Haltung steht jedem Migrationshistoriker gut an. Wir erleben im Moment wirklich noch die „Early Days“ einer integrierten Migrationforschung. Wir sind vielfach noch nicht soweit, für einige Regionen sicherlich mehr als für andere, das entspricht auch politischen Konjunkturen. Im Zuge der Wiedervereinigung und einer Neujustierung der Verhältnisse zu den ostmitteleuropäischen Nachbarn kümmert man sich stärker um die Immigration aus Polen nach Preußen. Aber das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir eben noch viel zutun haben. Zugleich stoßen wir immer wieder auf das fundamentale Quellenproblem, dass wir es vor allem mit dem statistischen Niederschlag von Auswanderung zu tun haben. Aber was sagt das über den Einzelfall? Und wenn wir im Archiv etwas über den Einzelfall erfahren, ist das dann repräsentativ? Das wissen wir nur aus breiter Grundlage und durch Vergleich.

Prof. Rödel: Lassen Sie mich einen etwas anderen Aspekt desselben Problems ansprechen: die Wanderungen der Handwerksburschen. Als der Zunftzwang aufgehoben wurde, als viel in Bewegung war, kamen aus dem ganzen süddeutschen Raum Handwerksburschen in die Nordschweiz, daneben auch nach Ostfrankreich. Mit Hilfe der Schweizer Polizeiquellen kann man feststellen, wo sie herkamen und wie lange sie sich aufgehalten haben. Sie wollten vielfach nur lernen, sich fortzubilden, und haben dazu für Kost und Logis gearbeitet. Manche gingen auch nach Metz, nach Nancy, um dort auch noch die Sprache dazu zu lernen. Wie lässt sich das vor dem Hintergrund der allgemeinen Migrationforschung fassen? Nach ihrer sozialen Herkunft waren es wenigstens am Anfang keine Bauernsöhne. Aber das strukturiert sich mit der Zeit um, die Erfahrungen werden sozusagen in das allgemeine Migrationsgeschehen eingebracht. Es ist ein Anfangsgeschehen.

Dr. Kunze: Gerade dieser Aspekt ist für die Emigrationsforschung eine Herausforderung, weil er die sozialgeschichtlichen Untiefen, den schichtenübergreifenden Charakter der Migration zeigt. Neben den Handwerksburschen auf der einen Seite gibt es eben gleichzeitig, noch weiter unten, arme Leute, die zu Beginn der Industrialisierung einfach davonlaufen. Zum Teil vor ihren Bindungen, zum Teil immer aber auch auf der Suche nach Erwerb. Und Sie haben am anderen Ende der sozialen Skala einen Karl Barth mit seinen intellektuellen Das zusammenzubringen ist schwer, aber man kann es, vermittelt durch kulturalistische Fragestellungen, die Selbst- und Fremdenbilder deuten, nach dem Beitrag des Handwerksburschen und des Theologieprofessors fragen, mit dem sich das Bild des Schweizers in Deutschland oder der Deutschen im Ausland formte.

Herr Barth: Ich weiß nicht, ob man Karl Barth wirklich unter dem Aspekt der Migration behandeln kann. Er hat seinen Weggang aus Deutschland begründet mit dem Satz *Es gibt keinen Führer als Jesus Christus*, mit der Ablehnung von Hitler. Weil er den Professoreneid nicht

schwören wollte, musste er gehen; er wurde also quasi vertrieben. Starke Persönlichkeit, die er war, hat er die Korrespondenz mit theologischen Kollegen trotzdem aufrechterhalten. Übrigens war bereits sein Bruder als Philosoph von Anfang an in Basel als Professor tätig.

Einen ganz andere und zugleich typisch baslerische Variante der Migration sind m.E. die Grenzgänger. Die Basler Industrie braucht ja sehr viele Arbeiter und schon früh hat das begonnen, dass die Leute ihre Wohnung im Wiesental oder im Elsass behalten, am Morgen in die Stadt, also über die Grenze nach Basel kommen, dort den ganzen Tag arbeiten und dann wieder zurück in ihre Dörfer gehen. In Weil am Rhein gibt es eine ganze Siedlung, die für Grenzgänger gebaut wurde, so wie bei Basel das sogenannte Neudorf. Für Basel war dies so selbstverständlich, dass schon drei, vier Wochen nach Ende des Krieges die ersten Handwerker wieder nach Basel kamen

Dr. Kunze: Man kann sogar sagen, dass die historische Migrationsforschung genau dort begonnen hat. Grenzgängertum ist an allen Grenzen immer besonders interessant, in beiden Richtungen. Deshalb war ich auch so dankbar für dieses schöne Foto der Basler Verbindungsbahnbrücke mit dem Fußgängerweg, die das ja im Prinzip sichtbar gemacht hat, wenigstens in einer Richtung. Hier fängt historische Migrationsforschung deshalb gerne an, weil hier die Quellen überschaubar sind. Hier sind auch die Mechanismen eines Wanderungsprozesses auf der Mikroebene noch rekonstruierbar. Hier kann man die verschiedenen Faktoren noch klären, die hineinspielen. In dem Moment, in dem Sie nur eine Ebene weiter hinauf gehen, zur Territorialkörperschaft des Großherzogtums, wird es sehr schwierig, weil man sieht, dass in andere Richtungen gewandert wird. Das soll nicht heißen, dass nicht auch aus Basel transatlantisch gewandert wurde. Aber hier besteht die Möglichkeit, die Perspektive einzugrenzen. Im Moment, in dem Sie die Ebenen darüber betrachten, spielt auch die offizielle Auswanderungspolitik eine Rolle. Daher hat auch die Migrationsgeschichte von unten in der Lokal- und Regionalgeschichte ihre große Zukunft, das gilt genauso für die niederländisch-niedersächsische und die niederländisch-westfälische Grenzregion – die berühmten Westfalen, die beim Ernteeinsatz im Norden und Osten der Niederlande waren. Preußen wäre das andere große Beispiel. Hier liegen Potentiale für – ganz praktisch gesprochen –Magisterarbeiten, denn die Thematik ist überschaubar und das Quellencorpus ist zu bewältigen.

Prof. Krimm: Ich komme noch einmal auf das Votum von Herrn Barth zurück, mit der Hoffnung auf Ihren methodenkritischen Widerspruch: Welchen Sinn hat es eigentlich, so verschiedene Phänomene der Sozial- und Wirtschaftsmigration, der politischen Flucht, der Auswanderung aus Glaubensgründen und aus Gründen der Wissenschaftskarriere unter einem Aspekt zu betrachten? Bleibt als Verbindendes dann nicht nur das anthropologische Phänomen der Bewegung? Sie haben vorhin versucht, das zu verklammern mit dem Bild des Fremden, das dadurch entsteht. Das ist ja auch richtig, aber es ist doch ein bisschen wenig. Die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte lebt doch wesentlich von quantifizierbaren Daten. Und verglichen mit den sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Wanderungsbewegungen sind alle anderen statistisch völlig unerheblich – selbst die Zahl der politischen Flüchtlinge, bei all ihrer Bedeutung für 1848 oder 1933ff, spielt statistisch keine Rolle.

Dr. Kunze: Sie treffen eine entscheidende Schwachstelle in der historischen Migrationsforschung, die man nicht leugnen, aber vielleicht erklären kann. In der historischen Migrationsforschung begegnen sich die methodischen Ansätze der historischen Sozialforschung der 70er Jahre und kulturalistische Ansätze in der Tradition von Benedict Anderson seit Beginn der 80er Jahre. Der einzige Sinn, so verschiedenartige Phänomene in die gleiche Schublade zu packen, liegt im Moment darin, dass man wohl sagen kann, dass die historische Migrationsforschung der einzige Bereich ist, in dem die Kooperation von Sozialhistorikern und Kulturalisten einigermaßen funktioniert. Ich weiß, dass das irgendwie zynisch klingt, halte aber daran fest, weil wir nicht so sehr viele Bereiche haben, in denen das funktioniert – es wäre leichter, die Bereiche zu nennen, in denen es überhaupt nicht funktioniert. Hier dagegen scheint es so zu sein, dass man mit der Frage nach dem Fremdbild immerhin dieselbe Gruppe bearbeiten kann. Ein in der Wolle gefärbter Bielefelder hat sein Instrumentarium und stellt bestimmte Fragen, wie ich sie nie stellen würde; ich habe nicht gelernt, bin konventionell ausgebildet, aber ich respektiere die Fachpluralität und ich freue mich, dass es uns in Deutschland irgendwie wieder gelingt, die Gesprächsfähigkeit zwischen diesen beiden Lagern der Geschichtswissenschaft herzustellen. Die deutsche Geschichtswissenschaft ist lange Zeit in zwei feindliche Lager gespalten gewesen, zwischen denen kaum noch Gesprächsfähigkeit bestand. Und deshalb ist es gut, wenn hier ein konkreter Forschungsbereich existiert, in dem dies funktioniert. Das ändert nichts an der Richtigkeit des Hinweises, dass die Grundaufgabe des kritischen Wissenschaftlers und insbesondere des Historikers immer die Differenzierung ist und bleiben muss. Natürlich gibt es Unterschiede zwischen dem konfessionellen Protest und der Armutsfucht im 19. Jahrhundert. Aber zugleich mag es ein gewisses Terrain geben, das uns ermöglicht, beides in gemeinsamem Kontext zu verstehen.

Prof. Schmidt-Bergmann: Das Grundproblem scheint mir dabei nicht die Verzahnung auf einer abstrakten Ebene – die muss sein, um Begrifflichkeiten zu klären, und von daher kommen auch viele Anregungen; so haben Sie auf die anders gearteten Integrationsprozesse des 18. und 19. Jahrhunderts in Amerika hingewiesen. Aber wie lassen sich solche Fragen in die konkrete Regionalforschung integrieren? Ist überhaupt der Wille da, von einer Universität aus in die Regionalforschung einzutreten? In der Literaturwissenschaft gilt dies in unserem Raum nur für die Universität Freiburg und auch dies in den letzten Jahren nur durch die Person von Achim Aurnhammer, der literaturgeschichtliches Interesse auch auf die Region beziehen kann. Es gibt das nicht in Karlsruhe, nicht in Heidelberg und nicht in Mannheim; Konstanz muss ich gerechterweise ausnehmen, weiß aber nicht, ob es dort auch weitergeht. Regionalforschung gilt als provinziell. Aber so einfach ist das nicht. Sich auf der Mikroebene zu bewegen, bedeutet nicht, über einen Radius von fünfzig Kilometer nicht hinauszusehen. Das eigentlich Spannende liegt ja erst in der Verzahnung mit der größeren Perspektive

Dr. Kunze: Jedes Projekt der transatlantischen Wanderungsgeschichte, einschließlich des Megaunternehmens von Moltmann in Hamburg in den 70er Jahren, ist bis jetzt grandios gescheitert. Die Erfolgsmöglichkeiten liegen, wenn überhaupt, in der Region. Institutionell funktioniert das gut, wenn ein Universitätsinstitut, das sich mit regionalen Perspektiven beschäftigt, die Zusammenarbeit mit einem Institut für Stadtgeschichte oder einem Lokal- oder Regionalarchiv vor Ort sucht. Denn dann ist immer die Möglichkeit gegeben, für

Qualifikationsarbeiten Grundlagenthemen zu vergeben. Grenzüberschreitend wäre z.B die Kooperation von Universitäten im oberrheinischen Verbund Basel–Mühlhausen–Freiburg–Straßburg–Karlsruhe–Heidelberg ein großer Gewinn. Dann lässt sich auch eher trennscharf sagen, dass sich eine Institution eher für das 19. Jahrhundert zuständig fühlt, eine andere für das 20. Man wird dabei natürlich sofort erleben, dass sich die regionale Öffentlichkeit in der Regel für ganz bestimmte Themen mehr interessiert als für andere. Das ist jedoch normal: Wenn nun einmal das Dritte Reich und die Geschichte seiner Entstehung, Konsequenzen, Folgen, meinetwegen auch des Widerstands dagegen im Mittelpunkt stehen, dann muss man eben in der Region damit beginnen. Wofür ich aber immer plädiere, ist der lange Atem bei diesen Kooperationen. Es nützt nichts, wenn man kurzfristig ein Seminar dazu anbietet; dann entstehen bestenfalls fünfzehn Hauptseminararbeiten zu diesem Thema und eine irgendwann eine Magisterarbeit – dann verdämmert das ganze wieder. Solche Projekte müssen der politischen Ebene gewollt und gefördert werden. Es gibt in der gesamten Bundesrepublik Deutschland ein einziges Zentrum für vergleichende Regionalforschung: an der Gesamthochschule Siegen, sicherlich einem Zentrum abendländischer Gelehrsamkeit. Warum ist das so? Man hat sich in Siegen traditionellerweise mit der Identität des Landes Nordrhein-Westfalen beschäftigt – mit dem Bindestrich in Nordrhein-Westfalen. Irgendwann hat man gemerkt, dass man so nicht weiter machen kann und man nicht noch eine Monographie und noch eine braucht, über Vereine in und bei Recklinghausen, sondern dass man auf die Ebene darüber gelangen muss. Also versuchte man, Identität z.B. des Ruhrgebiets in den historischen Kontext zu stellen und mit anderen industriellen Regionen in Europa zu vergleichen. Das funktionierte exzellent. Es gibt also tolle Tagungen und wunderbare Veröffentlichungen. Aber dieses Zentrum liegt – ich sage das bewusst so polemisch – eben nicht in Bonn oder nicht in Münster, auch nicht in der Reformuniversität Bielefeld, sondern eben bei einer aus einer TH hervorgegangenen Reformuniversität, nicht im Zentrum des Landes. Und Ähnliches erlebt man leider sehr oft.

Prof. Schmidt-Bergmann: Genau darum geht es. Wir leben ja auch in einem Land mit Bindestrich. Von Stuttgart aus gesehen sind dabei die Partikular-Interessen so stark, dass man nicht zu einer gemeinsamen Form der Forschung kommt – allerdings geht es auch darum, bestimmte Identitäten gar nicht mehr aufkommen zu lassen. Am Oberrhein stehen wir vollkommen in der Defensive. Seit den 30er Jahren gibt es keine Literaturgeschichte Badens mehr; als völkisches Produkt wäre sie dringend zu erneuern. Es gibt auch keine politische Plattform, keine Interessenvertretung, um solche Anträge stellen zu können. Deswegen ist es ein eigentlich naiver Appell. An den Universitäten kommen wir damit im Großen nicht weiter. Wir von Karlsruhe kooperieren allerdings gut mit Freiburg, weil wir das gemeinsame Interesse haben, auch regionale Literaturgeschichte zu schreiben. Sie haben gesagt, je kleiner die Forschung wird, umso mehr wird sie unterstützt. Je mehr sich dabei aber Interesse an einer Form von Identität entwickelt, die heute nicht mehr gewünscht wird, wird es auch unterlassen. Wir haben es bei den literarischen Museen in der letzten Zeit geschafft, dass einige eine kleine Betreuung kriegen; wir können etwas Geld aus Stuttgart verteilen. Ein politischer Aspekt dabei ist, damit Identitäten zu stärken. Wenn unsere Anträge erst einmal auf den Marbacher Schreibtisch gelangen, sagt das Literaturarchiv, was genehmigt und was nicht genehm ist. Das ist ein großes Feld, ich glaube, auch für die historische Forschung.

Dr. Kunze: Ich will dies nur ganz kurz ergänzen. Von der zeitgeschichtlichen Seite her ist der Befund spiegelbildlich. Es gibt keine badische Zeitgeschichte. In den badischen Regierungsbezirken beschäftigt sich keine der Universitäten damit. Aus Stuttgarter Perspektive ist dies nicht möglich und nicht erwünscht. Unsere winzige Karlsruher Forschungsstelle „Widerstand gegen den Nationalsozialismus im deutschen Südwesten“ lässt bereits an diesem wunderschönen Spagettititel die gesamte K.u.K.-Herrlichkeit des Landes Baden-Württemberg erkennen; in jedem unserer Bändchen muss natürlich auch ein entsprechender Anteil an schwäbischen Beispielen vorkommen, damit wir legitimiert sind. Die schärfste Kritik, die wir jemals an einem Band unserer Forschungsstelle bekommen haben, war nicht etwa inhaltlicher Natur, sondern dass das Umschlagbild, auf dem einige Herkunftsorte von Widerständigen aus dem Südwesten markiert waren, zu viele Orte in Baden und zu wenige in Württemberg enthalte. Das war allerdings in diesem Fall durch die Fragestellung realgeschichtlich gedeckt. Aber mehr brauche ich dazu nicht zu sagen, da sind wir Leidensgenossen.

SCHLUSSDISKUSSION

Dr. Kaufmann: Ich gehe von einem Paradox aus: Auf dem Rhein, auf einer Verbindungsstraße, entsteht zwischen 1803 und 1815 eine neue Grenze. Die Geschichte dieser Grenze ist im 19. und 20. Jahrhundert eine Geschichte ihrer Überwindung – wir haben dies aus verschiedenen Perspektiven gesehen. Herr Generalkonsul Renggli sagte anfangs, er sei gerade von vielen Tätigkeiten im Ausland nach Stuttgart gekommen. Ist Stuttgart also kein Ausland für ihn, spürt er in Südwestdeutschland eine Art von Nähe, die er nicht als Ausland empfindet? Frau Herren hat uns aufmerksam gemacht auf den Wandel der Enzyklopädien von einer reinen Gelehrten-Enzyklopädie zu einem bürgerlichen Statussymbol. Sie hat vom Schwabenmythos gesprochen und hat ihn global eingeordnet. In meinem Referat versuchte ich die Notwendigkeit des politischen Kontaktes zwischen Baden und dieser eigenartigen Eidgenossenschaft zu zeigen, die bis 1848 so ganz verzettelt vor sich hin politisierte und erst danach zu einer Linie fand. Mario König wies aber darauf hin, dass diese Vertragswerke teilweise auch heute noch bestehen. Herr Bergier entwickelte eine Typologie des Verhaltens im Umgang mit dem Nachbarn in der NS-Zeit am Beispiel von drei Wirtschaftsunternehmen. Dann ging es um die Nähe von Frömmigkeitsidealen im Basler und Württemberger Pietismus mit ihrer Spätwirkung auf Baden - hier war Baden einmal später dran. Herr Schmidt-Bergmann beschäftigte sich mit dem Mythos der Freiheit, des Mythos Tell in der Literaturgeschichte. Man muss ja immer wieder darauf hinweisen, dass wir Schweizer einem Schwaben unseren Gründermythos verdanken; das ist heute wieder etwas bekannter als früher. Die Konstruktion des Alemannischen durch Johann-Peter Hebel gegen ein französisch dominiertes Europa: Interessant, dass dieser Ausdruck eigentlich auf die deutsche Seite begrenzt ist. Wir Schweizer sprechen nicht von den Alemannen - sind es Vorbehalte gegenüber einer abstammungsmäßigen Gemeinsamkeit? Eine transnationale Architektur des Neuen Bauens vermittelte das Büro Curjel & Moser von Karlsruhe in die Ostschweiz. Hodler seinerseits wirkte in den Südwesten hinein, wo Babberger aber diesen Hodlereinfluss für sich auch überwindet und etwas Eigenes, Neues

entwickeln kann - eindrucksvoll, dass er sich aus einem urbanen Kontext in einen quasi Schweizer Mythos am Klausenpass leibhaftig einleben konnte. Mit Stereotypen macht Herr Moehring seine Erfahrungen, wenn er Gruppen des Dreiländerecks führt und erfährt, wie die Schweizer Bilder anders gelagert sind als die der badischen Nachbarschaft: Komplizierte Verbindungen, nicht weniger kompliziert als bei der langen Geschichte der Verbindungsbahn oder der Industrien und Manufakturen im Textilgewerbe. Frau Heck hat gezeigt, wie das schweizerische Engagement seit der Mitte des 18. Jahrhunderts einwirkt auf die badische Nachbarschaft. Wir haben also eine breite Palette bis hin zur Migrationgeschichte überblickt. Sie sind nun gefordert, dies kritisch zu hinterfragen oder auch rückwirkend zu diskutieren, was Sie noch einbringen möchten.

Prof. Krimm: In einer Schlussdiskussion darf vielleicht auch die Rede von etwas sein, das - bei aller enzyklopädischen Breite – nicht oder nur am Rand berührt wurde. Ein so wichtiges Element wie Abhängigkeit über die Grenze hinweg kam eigentlich nur heute, im Referat von Frau Heck, zur Geltung. Wirtschaftliche Verflechtung lässt die Grenze fast keine Rolle spielen, der Grenzraum macht Konjunkturen mit und Lebensbedingungen ändern sich, ob man will oder nicht. Das gilt natürlich vor allem für einen Raum, der dominiert ist durch eine große Stadt; so stand dann auch Basel bei vielen Referaten im Mittelpunkt, als Wirtschafts-, als Kulturraum oder als Verkehrsregion. Lassen Sie mich diese faktische Abhängigkeit noch einmal an einem exotischen Beispiel illustrieren. Frau Heck nannte den Lörracher Obervogt von Walbrunn, der diese Abhängigkeit sah und im Auftrag Karl Friedrichs wirtschaftlich auszunutzen hatte. Walbrunn spielte in diesem Sinn auch eine Rolle in der Geschichte des baden-durlachischen Archivs. Für das Archiv war der Basler Hof fast 100 Jahre Fluchtort; nach den Erfahrungen von 1688 hatte man es dorthin gebracht und bis in die 1770er Jahre in Basel belassen: exterritorial also, in einer fremden Herrschaft, was im Denken des 18. Jahrhunderts aber zunehmend suspekter wurde. Konnte man es sich wirklich leisten, in einer Stadt mit einer so völlig anders gearteten Verfassung, den Staatsschatz, das Archiv zu lagern? Am badischen Hof überlegte man sich in den 1750er Jahren doch recht heftig, ob man mit dem demokratischen Pöbel in Basel eigentlich solche Geschäfte machen könne, ob man sich nicht zu sehr in Abhängigkeit begeben? Da es Krach gab, wie üblich zwischen Mietern und Hausherrn bzw. zwischen dem Markgrafen und den Basler Gastgebern, war man drauf und dran, das Archiv heimlich abzutransportieren. Dagegen remonstrierte nun Walbrunn als Lörracher Vogt heftig: das badische Oberland, Lörrach vor allem, sei wirtschaftlich so abhängig von Basel, dass man sich eine Konfrontation keinesfalls leisten könne. Dieses Argument bewog Karl-Friedrich wohl, alles zu belassen; man hat den Abzug des Archivs dann viel später geregelt. Aber in diesem Moment war die wirtschaftliche Abhängigkeit des Markgräfler Lands von Basel ein so wichtiger Faktor in der badischen Politik, dass an einen Konflikt gar nicht zu denken war. Die Episode ließe sich sicher ins 19. Jahrhundert hinein gedanklich fortsetzen, Frau Heck hat es vorgeführt. Aber vielleicht gilt dies ja auch ganz speziell für den Basler Raum. Unser Thema heißt allerdings nicht „Basel und das badische Oberland“, sondern es geht um die Schweiz und den deutschen Südwesten. Die anderen Grenzregionen kamen aber fast nicht zur Sprache, obwohl lohnend gewesen wäre zu prüfen, ob sie sich ähnlich darstellen oder doch wieder ganz anders? Es ist uns nicht gelungen, das Verhältnis zwischen Konstanzer städtischem Zentrum und Konstanzer Umland zu thematisieren. Die Stadt auf der nördlichen Seite der Grenze konnte

sicher nie mit Basel konkurrieren, aber „groß“ war sie für das Umland doch. War die Konstanzer Attraktion in die Schweiz hinein mit der Basler Attraktion nach Deutschland vergleichbar? - ich denke, nicht.

Dr. Kaufmann: Um dies fortzusetzen: Wir haben auch noch nicht über die Schweizer in Südwestdeutschland gesprochen, also auch keine Frage nach deren Netzwerken gestellt. Schweizer Vereine entstanden in Baden z.B. zwischen 1855 und 1875; jetzt gab es eine genügende, kritische Maße an Zuwanderern. In Mannheim wurde der erste Schweizer Verein, aber dies müsste man in die Breite verfolgen. War es eine Handwerkerzuwanderung? Auch die Dienstboten aus dem Schwarzwald, die nach Basel gingen und dort Familien gründeten, müsste man sozioökonomisch untersuchen. Verschiedene Berufe hatten verschiedene Mobilitäten, bei Pfarrern war es wieder ganz anders. Auf dieser Ebene helfen uns die großen Statistiken nicht viel. Mit Schweizer Studentengruppen an der Universität Heidelberg habe ich mich ansatzweise beschäftigt, freilich sind die Quellen dazu auf Biografien zerstreut. Migrationen können auch Verwandten-Migrationen sein, Migration läuft dann über Bekanntenkreise. Es gibt Mikrokosmen, die man in das Makrohistorische einbetten muss.

Dr. Furtwängler: Ich darf auf einen anderen Aspekt der Beziehungen hinweisen, etwas abseits der „badischen“ Partie. Intensive politische Kontakte zu den Nordschweizer Kantonen besaßen z.B. die Fürsten zu Fürstenberg. Als von Baden die Mediatisierung drohte, versuchte man, diese Schweizer Karte zu spielen und über die Schweiz auf Napoleon einzuwirken. Das ging natürlich schief, aber es war ein konkreter Versuch. Die kleineren fürstenbergischen Besitzungen in der Schweiz spielten auch später noch eine gewisse Rolle. So hat Fürstin Elisabeth ihren illegitimen Sohn, den sie mit dem Freiherrn von Laßberg gezeugt hatte, hier unbemerkt zur Welt gebracht.

Dr. Kunze: Als konkretes Beispiel für die Bedeutung der Netzwerke lohnen sich die Studienmuster zwischen Deutschland und der Schweiz. Wir untersuchen gerade in einem Projekt die badische Landeskirche im Dritten Reich in Gestalt der 703 hauptamtlichen Pfarrer, die in dieser Zeit im Dienst waren. Von diesen 703 haben knapp über 40 % wenigstens vorübergehend in Basel an der theologischen Fakultät studiert. Das sollte uns ungefähr deutlich machen, welcher Einfluss hier konkret vorhanden war. Nach Tübingen ist es die häufigste Einzelnennung einer Universität außerhalb von Heidelberg, wo man sein Examen für den Pfarrdienst in dieser Landeskirche machen musste. Bei soviel intellektueller Kontingenz fragt man sich, ob es dann noch sinnvoll ist, im Hinblick auf die Theologenidentität überhaupt von Grenze zu sprechen?

Es folgten Dankes- und Schlussworte von Prof. Schmidt-Bergmann und Prof. Krimm.